REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 450 · 10.5.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Armut? Kein Thema!
2. Virtuelles Go-In auf die Lufthansa-Website. Lufthansa Goes Offline - Anne Morell
3. AntirassistInnen machen mobil. Tatort Flughafen Frankfurt
4. Allround-Abschiebeservice. Die Rolle der Airline Tarom in der deutschen Abschiebepolitik - h., AG3F
5. Rassistische Pöpelei mit Konsequenzen. Thung D. muss vor Gericht, weil er einen Nazi erstochen hat - FelS-Antira/Antifa
6. Gegen Apartheid in Deutschland. Aktionstage gegen Residenzpflicht in Berlin vom 17.-19. Mai - Boris Kanzleiter
7. Ungestillter Orientierungshunger. "Wie wollen wir leben?" - die taz lud zur Diskussion nach Berlin - Martin Reeh
8. Hate Parade der Autonomen. Provokation des Berliner Innensenators souverän zurückgewiesen - mb., Berlin
9. Nazis: 1. Mai - Straße frei. Mit Hilfe von Polizei und Justiz marschierten am 1. Mai insgesamt 3.000 Nazis - Alex Krsmanovic
10. Ein ganz "normaler" Vergewaltigungsprozess? Bremer Vergewaltigungsprozess endet mit dem Freispruch der Täter - Petra Piranja
11. Für Marktwirtschaft und Sozialismus. Die PDS streitet über Wahlstrategie und neue Programmatik - mb.
12. Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Geschichte lässt sich nicht aufrechnen - Petra Pau und Gabi Zimmer
13. Der Zukunft zugewandt. PDS und SED: Die Partei, die Partei, die hat (n)immer recht - Js.
14. Türkei: Zwischen Militär, IWF und Filz - Jan Keetmann
15. Opfer werden zu TäterInnen gemacht. Prozess gegen kurdische Frauen in Istanbul
16. Frauen müssen ihr Schweigen brechen. Interview mit Nasli Top
17. Die Gefangenen sterben. Todesfasten in der Türkei - der Staat verweigert Verhandlungen - ga.
18. Antifa hat Kontakt aufgenommen. Ein Kongreßbericht - Joachim Kolb
19. "Selbstkritik wäre angebracht." Interview mit den OrganisatorInnen des Antifa-Kongresses
20. Atomtransporte: Mitte Mai mitten durch Hamburg - DSe
21. Zu viel Atommüll, zu wenig Polizei. So stark war der Widerstand gegen Castor-Transporte ins Ausland noch nie - Jochen Stay
22. Undemokratische Politik und systematischer Missbrauch. Beobachtungssplitter von den Demos beim Castor-Transport im März 2001 - Wolf-Dieter Narr, Elke Steven
23. Eingesperrt. "On a Move" - Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal - Terry Bisson
24. Chefsache Amerika. Gipfel in Quebec beschließt ökonomische Integration des amerikanischen Kontinents - Stefanie Kron
25. Frieden heißt Krieg. Mexikos Präsident täuschte Dialogbereitschaft vor - Boris Kanzleiter
26. Vom Kläger zum Berater. Die Pharmaindustrie und Südafrika einigten sich im Streit um Patent-Medikamente - Anke Schwarzer
27. Den Durchmarsch der Rechten verhindern! Pietro Ingrao und Rossana Rossanda: Offener Brief an die linken NichtwählerInnen - Pietro Ingrao und Rossana Rossanda
28. Hoffen auf die Wende. Europäischer Rückenwind für Rutelli - Js.
29. Frankreich nach den Kommunal- und Kantonalwahlen. Die neofaschistische Gefahr bleibt - Bernhard Schmid
30. Chile: Unterstützungsbrief für die Ethikkommission gegen die Folter - Comsión de Etica Contra la Tortura
31. Preußisches Hongkong. Kaliningrads Zukunft zwischen "Königsberg" und Sonderwirtschaftszone - Ernst Kovahl, Jörg Kronauer
32. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil 1). Prekärer Friedensprozess auf Bougainville - Vo
33. Daimlers "verschwundene" Gewerkschafter. Konzern verweigert Aufklärung über 13 ermordete Betriebsräte - Boris Kanzleiter
34. Ehrenamtliche Hilfe: Ein Fall von Rechtsbruch - Monika Gerstendörfer

35. "Bisher war das Prozessbetrug..." Interview mit RAin Andrea Würdinger zum Berliner RZ-Prozess
36. Fruchtzwerge - nein danke! Boykott gegen den französischen Konzern Danone - Bernhard Schmid
37. Essensmarken für "Totalverweigerer". Skurriles und Bitteres in der Faulenzer-Debatte - dk
38. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
39. Brotlose Künste. Tarifrunden in Zeiten des "Bündnisses für Arbeit" - gw.
40. Der Kapitalist in uns allen. "Arbeitskraftunternehmer" als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft - Christian Brütt
41. Lernfähigkeit der Subjekte: Leben und Werk Gottfried Mergners - Thomas Geisen
42. Who the fuck is Robert Zimmermann? Bob Dylan zum Sechzigsten - Tommy Schroedter
43. Gremliza greint und entschuldigt sich - Js.
44. Zebda goes Zapatismus. Erfolge der Liste Motivé-e-s bei den französischen Kommunalwahlen - Nicole Vrenegor
45. AUFGEBLÄTTERT
46. KALENDER
47. EDITORIAL
48. Vielen Dank für 52.000 DM!
49. Gegen Residenzpflicht und Abschiebungen
50. Quelldatei sp050501.htm
51. Quelldatei tuer_tit.htm

1. Armut? Kein Thema!

Rubrik: Sozialpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/aufneu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:aufneu

Anfang April startete Kanzler Schröder seine Attacke gegen "faule Erwerbslose" und verkündete: "Es gibt kein Recht auf Faulheit!". Drei Wochen später legte Sozialminister Riester den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vor. Dessen Ergebnis: In den Jahren zwischen 1973 und 1998 hat "soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen." Ein klarer Befund, aus dem Riester allerdings keinen Handlungsbedarf ableitet: Eine Umverteilungsdebatte werde es nicht geben, beeilte er sich zu versichern.

Angesichts der offiziellen Daten ist das eine bemerkenswerte Aussage. Seit 1973 hat sich die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen im Westen der Republik vervierfacht, im Osten seit 1991 verdoppelt. 2,9 Millionen Menschen, das sind 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, leben von Sozialhilfe, davon allein 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Nach unterschiedlichen Berechnungen waren 1998 im Westen zwischen 3,9 und 11,9 Millionen Menschen arm, im Osten zwischen 0,5 und 1,8 Millionen. Das ist die erste Botschaft des Armuts- und Reichtumsberichts.

Die zweite Botschaft: Die Schere zwischen Arm und Reich klafft weit auseinander. Die Zahl der VermögensmillionärInnen hat sich zwischen 1973 und 1998 von 217.000 auf 1,5 Millionen verfünffacht. Im Westen konzentrieren sich 42 Prozent des gesamten Privatvermögens auf ein Zehntel der Haushalte, im Osten sind es gar 48 Prozent. Umgekehrt verfügt die Hälfte der Haushalte in der Bundesrepublik nur über 4,5 Prozent des gesamten Vermögens. Als "höchst alarmierendes Dokument gesellschaftlicher Spaltung" interpretiert denn auch Barbara Stoltefoht, Vorsitzende des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, den Bericht.

Doch ob dieser tatsächlich zur Skandalisierung gesellschaftlicher Ungleichheit taugt, muss arg bezweifelt werden. Denn die dritte Botschaft lautet: Alles nicht so schlimm. Zwei Bände mit jeweils über 300 Seiten hat die Bundesregierung vorgelegt. Doch die öffentliche Debatte konzentriert sich eher auf das Vorwort, das Ende März - offenbar auf Intervention des Kanzleramtes - noch einmal umgeschrieben wurde. Sein Tenor: Armut ist vor allem ein Problem von "Randgruppen" - allein erziehenden Frauen, Flüchtlingen, "gering Qualifizierten". Und es wird mit Zahlen getrickst: So sagt die Kategorie des durchschnittlichen "Haushaltsnettoeinkommens" (derzeit bei rund 5.081 DM im Monat) wenig aus über die tatsächlichen Lebensverhältnisse. Eine seriöse Betrachtung muss die Anzahl der Haushaltsmitglieder mit berücksichtigen und daraus ein sogenanntes gewichtetes Äquivalenzeinkommen bilden.

Der Armutsbericht der Bundesregierung selbst spricht eine andere Sprache als sein Vorwort. Nahezu jeder dritte Haushalt in Deutschland bezieht ein reguläres Einkommen, das niedriger ist als die Hälfte des Durchschnittseinkommens.

Zwei Drittel schafften es mit Löhnen und Sozialleistungen gerade mal in den Bereich der "relativen Armut", d.h. auf ein Einkommen von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Die Präsentation des Armuts- und Reichtumsberichts fällt mitten in die mit aller medialen Macht geführte Faulenzer-Debatte und geht darin tendenziell unter. Als Anstoß zu einer größeren Debatte um soziale Gerechtigkeit und Umverteilung wird der Bericht nicht genutzt. In der SPD wird "Verteilungsgerechtigkeit" gerade aus dem Kanon der Grundwertekommission getilgt. Ungleichheit wird hier als Indikator und Ansporn für Leistung und Eigeninitiative gesehen, Umverteilung ist demgegenüber geradezu ungerecht. Die Bundesregierung selbst hat allen Anforderungen an eine neue Vermögens- oder Erbschaftsbesteuerung eine klare Absage erteilt.

So bleiben die marginalisierten sozialen Initiativen, die Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaften. Doch die einen sind nicht stark genug und die anderen nicht willens, die wenigen Vorlagen dieses Berichts aufzugreifen und in eine breite Gerechtigkeits- und Verteilungsdebatte münden zu lassen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist somit letztlich ein Lehrstück darüber, wie Regierung und Kanzleramt Themen besetzen und die öffentliche Diskussion lenken. Die Faulenzer-Debatte wird uns mindestens bis zur

Sommerpause verfolgen. Von einem Armutsbericht ist dann wohl nur noch in sozialwissenschaftlichen Seminaren die Rede. Seite 30

Essensmarken für "Totalverweigerer". Skurriles und Bitteres aus der Faulenzer-Debatte

Seite 30

Brotlose Künste. Tarifrunden in den Zeiten des "Bündnisses für Arbeit" Seite 31

Der Kapitalist in uns allen.

"Arbeitskraftunternehmer" als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft Seite 32

2. Virtuelles Go-In auf die Lufthansa-Website. Lufthansa Goes Offline

Autor: Anne Morell · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:23

Mit eigenem Sinn für Timing veröffentlichten das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal und die Solidaritätsinitiative Libertad! in der Nacht zum 1. Mai eine neue Website: http://go.to/online-demo. Im von 9.000 Polizisten abgeriegelten Kreuzberg, auf den Mai-Demonstrationen in Frankfurt und Zürich verteilten AktivistInnen zehntausende Flyer mit der programmatischen Adresse. Wer nach Straßenprotesten - gespannt auf die virtuelle Demonstrationsvariante - die Site aufrief , konnte zunächst einen im Sturzflug begriffenen Lufthansa-Kranich sehen - auf einem simulierten Computerbildschirm, der sich nach kurzem Flackern ganz verfinsterte, um dem Slogan "Lufthansa Goes Offline - Online-Demonstration against Deportation Business" Platz zu machen.

Die geplante Internetdemonstration richtet sich gegen die jährlich etwa 10.000 Abschiebungen, die mit Lufthansa-Linienflügen abgewickelt werden. Der Konzern steht deshalb schon länger in der Kritik: Seitdem am 28. Mai 1999 der Sudanese Amir Ageeb in einer Lufthansa-Maschine unter den Misshandlungen deutscher Grenzpolizisten zu Tode kam, sieht sich die zweitgrößte europäische Fluglinie mit lauter werdenden Forderungen nach einem Rückzug aus dem Geschäft mit der Abschiebung konfrontiert. kein mensch ist illegal hatte anlässlich der letztjährigen Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB) eine Kampagne gestartet, um das saubere Image der Lufthansa mit dem hässlichen Begriff "Deportation Class" zu verschmutzen.

Auf allen Flughäfen und in vielen Lufthansa-Reisebüros tauchten professionell gestaltete Folder auf, die - den offiziellen Werbemitteln täuschend ähnlich - scheinbar für ein neues Angebot warben: "Deportation Class! Um 30% ermäßigte Preise in Flugzeugen, in denen Abschiebungen stattfinden." Die Telefone der Call Center liefen heiß, es hagelte Beschwerden, aber auch Buchungswünsche gingen bei den verwirrten MitarbeiterInnen ein. Die PR-Abteilung war durch die Kommunikationsguerilla-Methode sichtlich überfordert. Nachdem sich die Stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frau Knobloch, in einem geharnischten Brief über das vermeintliche Sonderangebot empörte, berief die Lufthansa eilends eine Pressekonferenz ein, um das Angebot zu dementieren. Und, siehe da: das Medieninteresse war geweckt.

Waren es neben den linken Antirassismusgruppen zunächst Menschenrechtsorganisationen wie pro asyl und amnesty international, die sich der Forderung nach einem Ende der Abschiebeflüge anschlossen, so bedrängten im Herbst 2000 auch die ÖTV und die einflussreiche Pilotenvereinigung Cockpit den Konzernvorstand. Cockpit war durch einen Hinweis von kein mensch ist illegal hellhörig geworden: Bei Verletzungen oder gar dem Tod von nichtreisewilligen Personen haftet der Flugkapitän, der - auch gegenüber Beamten des Bundesgrenzschutzes - die alleinige Bordgewalt inne hat. Seitdem rät die Organisation ihren Mitgliedern, an "unfreiwilligen Abschiebungen" nicht länger mitzuwirken.

Die Begrifflichkeit deutet an, dass es hier nicht um ethische oder politische Bedenken, sondern um Rechtssicherheit geht. Aber das hilft dem Lufthansa Vorstand auch nicht weiter. Für den geht es bei Abschiebungen schließlich auch nicht um Hoheitsgewalt, sondern ums schnöde Geschäft. "Deportation business ist kein business as usual", so heißt es auf der neuen Website der Abschiebegegner, und: "es ist - vorsichtig ausgedrückt - in höchstem Masse kritikwürdig, an Abschiebungen mitzuwirken, aber damit auch noch Geld zu verdienen, ist wirklich verkommen." Die Lufthansa bemüht sich unterdessen nach dem ersten Disaster mit der Deportation Class um Diskretion und deutet an, mit dem Innenministerium über einen Ausstieg aus dem kritisierten Geschäftszweig in Verhandlungen zu stehen. Aber außer Andeutungen ist nichts geschehen.

So startete auf der ITB im März diesen Jahres nun eine weitere Runde in der Auseinandersetzung zwischen AktivistInnen und der Fluglinie: Die Lufthansa erklärte sich selbst - up-to-date - zum "Netzkonzern" und der Öffentlichkeit, dass "im Jahr 2001 erstmals mehr als eine halbe Million Tickets über www.lufthansa.com" verkauft worden seien. Der Online-Anteil solle bis zum Jahr 2005 auf 25 Prozent gesteigert werden, so der für den Vertrieb zuständige Vorstand Thierry Antinori. Nur zwei Tage später konterten die Initiative Libertad!, die sich inzwischen der Kampagne angeschlossen hatte, und kein mensch ist illegal mit einer über Mailinglisten

international verbreiteten Erklärung: "Wenn Konzerne, die mit Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Netz aufbauen, dann muss man auch genau dort demonstrieren." Sie kündigten an, ähnlich wie bei einer Sitzblockade werde der Zugang zur Homepage der Lufthansa AG durch tausende InternetnutzerInnen zeitweise versperrt werden.

Obwohl weder ein Termin noch etwas anderes Konkretes genannt worden war, sah der Konzern die Notwendigkeit, großspurig zu erklären, man sei "als großes Unternehmen auf solch großmundige Ankündigungen vorbereitet". Des Weiteren, so Lufthansa Pressesprecher Thomas Jachnow am 17. März 2001 gegenüber dem Online-Magazin telepolis, gingen die allermeisten Abschiebungen "mit freundlichem Service" vonstatten. "Eine bessere Imageverschmutzung hätten wir nicht zu Stande gebracht", kommentiert der Libertad!-Aktivist Sven Maier die Reaktion der Lufthansa. Der Konzern spiele ungewollt das Spiel der Kampagne.

Zusammen mit dem Weimarer Kunstdozenten Ralf Homann stellte Maier die virtuelle Variante der Deportation-Class-Kampagne am 13. April im Rahmen einer ausverkauften Veranstaltung von Kanak Attak! in der Berliner Volksbühne der Öffentlichkeit vor. "Die Lufthansa sagt der Kundschaft nicht, dass sie Flugtickets verkauft, weil sie Geld machen wollen. Vielmehr wird suggeriert, man bezahle für Freiheit, Sicherheit und Komfort. Beim Internetportal geht es dementsprechend auch nicht einfach nur um Kommerz, sondern um Modernität und globales Bewusstsein. Kapitalistische Unternehmen machen es uns leicht, wenn sie sich so in den Bereich des Symbolmanagements, der Kunst begeben. Da können wir eingreifen, indem wir ihre Symbole aufgreifen und umcodieren", erläuterte Homann in der Volksbühne das Kampagnenkonzept.

Die ZuhörerInnen allerdings interessierten sich vor allem dafür, wie denn die Online-Demonstration konkret funktioniere. Unter http://go.to/online-demo erfährt man, dass die neue Demonstrationstechnik als "Sitzblockade auf dem Datenhighway" oder als "virtuelle Übersetzung eines Go-Ins" zu verstehen sei. Zu gegebenem Zeitpunkt würden die DemonstrantInnen massenhaft und zeitgleich auf Websites der Lufthansa AG und die dortigen Angebote zugreifen - wie etwa, wenn sich bei einem Go-In in einem Reisebüro hundertfünfzig statt der normalen fünf KundInnen gleichzeitig nach Flugverbindungen erkundigten. In der Folge, so hoffen die OrganisatorInnen, werde der Datenfluss von den Großrechnern, die die Internetseiten zur Verfügung stellen, zum Erliegen kommen. Daten sollen dabei weder zerstört noch gestohlen werden - nur der Zugang zu ihnen werde zeitweise blockiert. Auf die Technik von "Trojanischen Pferden", wie sie bei vielen Hackerattacken, etwa jene gegen yahoo und CNN im Frühjahr 2000 zur Anwendung kamen, wird bewusst verzichtet. Damals hinterlegten Hacker zunächst auf fremden Rechnern mit mangelhaften Sicherheitssystemen Angriffsskripte, die sie später zeitgleich fernstarteten. Die Online-Demonstration solle vielmehr eine "elektronische Abstimmung gegen das Abschiebegeschäft" werden, die allein bei großer Beteiligung Wirkung erziele, nach dem Prinzip: eine Person = ein Rechner = eine Stimme.

Abschiebung gehört zum Service

"Wir profitieren von den Erfindungen und Erfahrungen anderer, hauptsächlich US-amerikanischer Gruppen, die das Konzept des Elektronischen Zivilen Ungehorsams entwickelt haben", erklärt Sven Maier die Entstehungsgeschichte der Netzaktion. Das Electronic Disturbance Theater (EDT), ein Zusammenschluss New Yorker NetzkünstlerInnen und Zapatista-SolidaritätsaktivistInnen, gilt als Pioniergruppe des "hacktivism", wie sie den politischen Internetaktivismus getauft haben. 1998 veranstaltete das ECD ein virtuelles Sit-In vor der Homepage des mexikanischen Finanzministeriums, um gegen die Massaker der Armee in Chiapas zu protestieren. Zu diesem Anlass hatten sie das "Zapatista Floodnet Tool" entwickelt, ein inzwischen legendäres Script, das automatisiert immer wieder die anzugreifenden Internetseiten neu lud, um den betreffenden Server zu "fluten". Im Dezember 1999 war ECD am sogenannten "Toywar" beteiligt, einer wochenlangen Netzschlacht zwischen der Spielzeugfirma etoys und der KünstlerInnengruppe etoy.

Das e-Commerce-Unternehmen etoys. com hatte sich das Recht auf etoy.com, die Domain der KünstlerInnen, vor Gericht erstreiten wollen, worauf diese eine elektronische Kampagne gegen das dot-com-Unternehmen lancierten. Mailbombings, zeitgleiche http- und Datenbankanfragen aus aller Welt zwangen zuerst die etoys-Website in die Knie, dann trieb eine Kampagne organisierter Rufschädigung an der Technologiebörse NASDAQ den Kurs in den Keller. Der Spielzeughersteller ist mittlerweile in Konkurs, die KünstlerInnen konnten ihre Domain behalten, und der Toywar ging als Glanzstück des Netzaktivismus in die kurze digitale Geschichte ein.

Mit dem Hinweis auf das Schicksal von etoys.com hatte der Konstanzer Internetforscher Reinhold Grether, der maßgeblich am Toywar beteiligt war, die Lufthansa schon auf deren Jahreshauptversammlung im letzten Jahr davor gewarnt, sich strategisch auf e-Commerce festzulegen - vergebens. Ricardo Dominguez, einer der Mitbegründer des Electronic Disturbance Theater, will die Aktion gegen das Lufthansa-Portal unterstützen: Der New Yorker Aktivist wird auf mehreren Veranstaltungen Anfang Juni in Deutschland sprechen. Zuspruch findet die Online-Demonstration auch im europäischen Ausland. Belgische AbschiebegegnerInnen, französische InformatikgewerkschafterInnen und iranische Flüchtlingsorganisationen haben bereits ihre Unterstützung erklärt.

Bei der Frage, ob die Lufthansa-Website tatsächlich "offline" gehe, wollen sich die AktivistInnen nicht so recht festlegen. "Eine Erfolgsgarantie gibt es bei Netzaktionen so wenig wie bei Straßenblockaden", so Jan Hofmann von kein mensch ist illegal. Der Erfolg sei nicht so sehr eine Frage der Technik, sondern hänge davon ab, dass sich viele Menschen beteiligen. Um dies zu erleichtern, haben die AktivistInnen eine "Online Protest Software" entwickelt, die sie demnächst zum Herunterladen auf ihrer Website anbieten wollen. "Das ist wirklich für jede und jeden handhabbar", versichert Hofmann, "wir wollen schließlich auch und vor allem Leute gewinnen, für die das Internet und elektronischer ziviler Ungehorsam eine neue Welt sind."

Juristische Konsequenzen fürchten sie nicht: "Demonstrationen sind - auch wenn das am Berliner 1. Mai nicht deutlich geworden ist, ein Grundrecht. Und es gibt keinen Grund dafür, dass ein demokratisches Recht im Internet außer Kraft gesetzt werden sollte." Cyberspace, so Sven Maier, sei ein weiterer öffentlicher Raum des digitalen Zeitalters, in dem - wie in den Städten und Straßen - nicht nur die Geschäftsbeziehung stattfinde, sondern auch die sozialen und politischen Konflikte ausgetragen werden. Wenn im Internet schmutzige Geschäfte gemacht werden können, werde es auch dort Demonstrationen geben. Dass die Lufthansa sie trotzdem verklage, will der Aktivist jedoch nicht ausschließen. "Schließlich waren sie schon so fantasielos, mit einer Unterlassungsklage gegen eine konzernkritische Plakatausstellung im Netz vorzugehen." Von solchen, wie sie finden, "unangemessenen Reaktionen" wollen sich kein mensch ist illegal und Libertad! nicht beeindrucken lassen. "Sie sollten besser darüber nachdenken, ob sie die berechtigte Kritik an dem Abschiebegeschäft nicht endlich beherzigen sollten", raten sie der Lufthansa.

Anne Morell

Informationen: Online-Demonstration, c/o Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin; http://go.to/online-demo; Email: online-demo@gmx.net; Infotelefon: 0177 - 5029083

3. AntirassistInnen machen mobil. Tatort Flughafen Frankfurt

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:13

Über 500 Leute demonstrierten im Dezember vergangenen Jahres im Flughafenterminal gegen die dort täglich praktizierte Internierung und Abschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Eine der Forderungen ist direkt an den Flughafenbetreiber gerichtet: Die Bereitstellung eines angemessenen Platzes für eine Gedenktafel, die an die Opfer der Abschiebepolitik erinnert. Weil dieses Anliegen nach wie vor abgelehnt wird, ruft das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main in Zusammenarbeit mit VertreterInnen verschiedener Menschenrechtsorganisationen nun zur "eigenverantwortlichen, öffentlichen Anbringung" auf. Treffpunkt am 26. Mai um 12 Uhr im Terminal 1, Bereich A, Lufthansa.

Diese Aktion dürfte allerdings nur der Auftakt sein für eine ganze Kette von Aktivitäten, die dem Abschiebeflughafen Nr.1 acht Wochen später ins Haus stehen. Denn die "wichtigste Außengrenze innerhalb der BRD" wurde zum Austragungsort des 4. Grenzcamps von kein mensch ist illegal zwischen dem 27. Juli und 5. August gewählt. Etwa tausend AktivistInnen werden für die Aktionswoche erwartet. Diese werden nicht allein das Internierungslager, quasi ein Grenzknast, der nach neuesten Planungen gar zur "Rückschiebehaftanstalt" erweitert werden soll, belagern sowie versuchen, den Abschiebealltag zu stören. Rassistische Kontrollen und Razzien in der Frankfurter City werden einen weiteren Schwerpunkt bilden, und der flexibilisierte Rassismus einer modernen, arbeitsmarktorientierten Migrationspolitik soll gerade im multikulturell geprägten Rhein-Main-Gebiet umfassend thematisiert werden.

Die Idee der Grenzcamps hatte sich schon vergangenes Jahr internationalisiert, in diesem Sommer werden Anfang Juli fast zeitgleich an drei Orten die Zelte aufgeschlagen: im südspanischen Tarifa, bei Lendava in Slowenien und im ostpolnischen Bialystok. Ost- und südeuropäische AktivistInnen mobilisieren gegen die europäischen Grenzregimes, und viele werden sich danach Mitte Juli in Genua treffen, um gemeinsam gegen den dort stattfindenen G-8-Gipfel zu demonstrieren. Die AktivistInnen aus Italien stellen diese Mobilisierung ebenfalls in den Kontext antirassistischen Widerstands.

Weitere Informationen: www.noborder.org und www.no-racism.net/nobordertour. Kontaktadresse für das Camp in Frankfurt: Campbüro c/o 3.Welthaus Frankfurt, Falkstr.74, 60487 Frankfurt, Tel: 069/79201772 (Mittwochs 18-22 Uhr), Email: dwhffm@t-online.de (betr. Camp); www.aktivgegenabschiebung.de; www.contrast.org/borders/kein

4. Allround-Abschiebeservice. Die Rolle der Airline Tarom in der deutschen Abschiebepolitik

Die Rolle der Rumänischen Airline Tarom in der deutschen Abschiebepolitik

Autor: h., AG3F · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:12

Achmed saß drei Wochen in Abschiebehaft in Kassel, bevor er an einem frühen Dienstagmorgen wieder aus dem Gefängnis abgeholt und die ganze Fahrt über mit auf dem Rücken gefesselten Händen zum Flughafen nach Düsseldorf transportiert wird. Dort sperrt ihn der Bundesgrenzschutz (BGS) in eine große Halle, in der bereits zwei Dutzend Menschen warten. In den nächsten Stunden kommen weitere hinzu. Unter den Eingesperrten befinden sich eine Familie und drei junge Männer aus Rumänien, zwei Männer aus dem Libanon und etwa 50 Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Darunter sind mehrere Männer, die bereits mehrere Jahre im Knast saßen und eher froh sind, zum Teil auf Halbstrafe abgeschoben zu werden. Dann sind da Leute wie er selbst, die zuvor wegen fehlender Aufenthaltspapiere über Wochen oder Monate in Abschiebehaft saßen, aber auch drei Familien mit kleinen Kindern, die frühmorgens in ihren Wohnheimen regelrecht überfallen, festgenommen und hier nach Düsseldorf gekarrt wurden. Eine der Familien ist in einem Zustand völliger Verzweifelung. Sie hat keinerlei Geld. Die Mutter und die Kinder weinen die ganze Zeit. Achmed ist mehr als erstaunt, als ein türkischer Mann die Initiative ergreift und es ihm gelingt, unter allen Gefangenen nahezu 300 DM für diese Familie einzusammeln. Fast unglaublich, dass in dieser angespannten Situation kurz vor der Abschiebung und in dieser willkürlichen Zusammensetzung solche Solidarität dennoch zu Stande kommt.

Gegen 15.30 Uhr, Achmed ist seit über fünf Stunden in der Halle, wird das Tor geöffnet. Das Flugzeug wartet. Etwa 30 BGS-Beamte bilden ein Spalier, das vom Ausgang der Halle bis zum Einstieg eines großen Busses führt. In einigen Metern Abstand sind weitere, mit Maschinenpistolen bewaffnete BGSler postiert. Die Botschaft ist klar: Fluchtversuche sind ohne Chance. Der Bus bringt die knapp 60 "Deportees" in wenigen Minuten zum Flugzeug, dort dasselbe Spiel noch einmal: eine Doppelreihe BGS, reichlich rassistische "Abschiedssprüche", bevor die "Rückschüblinge" im Flugzeug der rumänischen Airline Tarom verschwinden.

Die rumänischen Sicherheitsbegleiter im Flugzeug geben sich freundlich, doch zu essen gibt es nichts. Etwa zwei Stunden später am Flughafen in Bukarest müssen alle aussteigen, unter massiver Begleitung bewaffneter rumänischer Polizisten werden die türkischen Staatsangehörigen in eine große Halle gesperrt, die rumänischen und libanesischen Landsleute werden in andere Richtungen weggebracht. Dann eine Stunde weiteres Warten in der Halle, eine Verständigung mit den rumänischen Polizisten ist schon rein sprachlich nicht möglich. Kein Essen, auch die Bitte um ein Telefonat in die Türkei wird abgelehnt. Der zweite Flug dann ist kürzer, gegen 20 Uhr landen die Abgeschobenen in Istanbul, die Verhöre und Befragungen beginnen ...

Neue Abschiebetaktiken

Der Mann, von dem hier die Rede ist, heißt nicht Achmed, ansonsten folgt der vorstehende Bericht allerdings den in einem Interview geschilderten Erlebnissen, die Flüchtlinge und MigrantInnen seit geraumer Zeit jede Woche in ähnlicher Form durchleben müssen. Regelmäßig jeden Dienstag findet eine solche Charterabschiebung statt, von Düsseldorf nach Bukarest und oft weiter nach Istanbul, Beirut, Amman. Über 10.000 Menschen sind in den vergangenen zwei bis drei Jahren auf diese Weise mit der rumänischen Fluglinie Tarom abgeschoben worden.

Ein offizieller Bericht vom Mai 2000 formuliert es nochmals eindeutig: "Bei Personen, die gewalttätigen Widerstand gegen ihre Abschiebung leisten, sollen verstärkt Kleinstchartermaschinen (sog. Lear-Jets) und Sammelrückführungen eingesetzt werden." Die deutschen Innenminister hatten zuvor eigens eine Arbeitsgruppe von Staatssekretären beauftragt, Vorschläge "zur Beseitigung von Rückführungsschwierigkeiten" zu erarbeiten. Deren Empfehlung dürfte forciert haben, was die auf Abschiebungen spezialisierten Stäbe des Bundesgrenzschutz in Koblenz mit geradezu krimineller Energie seit mehreren Jahren betreiben: kleine und größere Gruppen "potenziell renitenter" Flüchtlinge und MigrantInnen unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit abzuschieben, koste es was es wolle.

Hintergrund dafür, dass heute zunehmend ganze Flugzeuge für Abschiebungen gechartert werden, sind die wachsenden Hindernisse, mit denen die Profiabschieber spätestens seit dem Tod von Aamir Ageeb im Mai 1999 konfrontiert sind. Immer häufiger verweigern die Piloten in Linienmaschinen die Mitnahme der unfreiwilligen Passagiere, die Kampagnen gegen die Fluggesellschaften, in der BRD insbesondere gegen die Lufthansa, haben ein Übriges dazu beigetragen, dass "Problemabschiebungen" besonderer Maßnahmen bedürfen.

Eine Airline,

die alles bietet

Die Dienste der Tarom fügen sich gleich mehrfach bestens in diese Sachlage ein:

- Zur Zeit startet regelmäßig jeden Dienstag vom Düsseldorfer Flughafen aus eine Maschine der Tarom, die mit 30 bis 80 so genannter Deportees besetzt ist.

- Tarom bietet eigenes Sicherheitspersonal, das die Betroffenen am Eingang des Fliegers übernimmt.

- Tarom führt für körperlich kranke oder suizidgefährdete "Deportees" angeblich auch ärztliches Personal mit.

- Tarom transportiert in den Abschiebechartern nicht allein ausgewiesene rumänische Staatsangehörige, sondern in der Mehrzahl Menschen mit türkischem Pass, oftmals KurdInnen, und auch libanesische Staatsangehörige.

Tarom ist alles andere als neu im Abschiebegeschäft. Seit dem Pilotrückführungsabkommen, das die Bundesregierung im September 1992 mit Rumänien abschloss, werden diejenigen RumänInnen, die an der Ostgrenze beim Versuch der unkontrollierten Einreise festgenommen werden, u.a. mit Tarom vom Berliner Flughafen Schönefeld nach Bukarest gebracht. Ende 1994 ist zudem bekannt geworden, dass Tarom zunächst im Rahmen der mittlerweile etablierten Rückbeförderungsverpflichtungen (carrier sanctions) auch so genannte Drittausländer, also Menschen aller Kontinente, nach Bukarest "zurück"fliegt und am dortigen Flughafen Otopeni eine Art Haftzentrum betreibt. Hier bleiben die "Deportees" eingesperrt, bevor sie dann in die vermeintlichen Herkunftsländer weitergeschickt werden.

Zur Zeit werden in erster Linie türkische und kurdische "Transitdeportees" in einer schwer bewachten Halle am Flughafen Otopeni gefangen gehalten, wenn sie aus Deutschland ankommen und bevor sie mit einem zweiten Flugzeug nach Istanbul transportiert werden.

Tarom bietet also einen Allround-Abschiebeservice an. Für die wöchentlichen Dienstagsflüge gibt es einen speziellen Beförderungsvertrag mit Nordrhein-Westfalen. Planung und Koordinierung der Sammelrückführungen liegen zumindest teilweise bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Doch auch die BGS-Direktion Koblenz hat auf eine Anfrage zumindest "Absprachen" mit der Fluggesellschaft Tarom eingestanden. Der BGS hat sicherlich ein hohes Eigeninteresse an dieser Zusammenarbeit. Denn nach der Übergabe am Flugzeug müssen sich BGS-Beamte bei Sammelabschiebungen mit Tarom "die Finger nicht mehr schmutzig machen". Die Tarom-Sicherheitsbegleiter übernehmen diesen Job, notfalls unter Einsatz von Elektroschockgeräten, wie bereits 1999 öffentlich bekannt wurde.

Damals, am 11.5.99, war der kurdische Flüchtling Fercent Ucar schon auf dem Weg zum Flugzeug vom BGS an Händen und Füßen gefesselt, geschlagen und vermutlich auch medikamentös ruhig gestellt worden. Während des gesamten Fluges blieb Fercent Ucar gefesselt, er wurde erneut geschlagen und mit Elektroschockgerät malträtiert. Von offizieller Stelle hieß es, Tarom habe angegeben, dass alle Versuche, "den renitenten Herrn U. zu beruhigen, fehlgeschlagen waren und zur Vermeidung einer Notlandung und zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung einmalig und kurz ein Elektroschockgerät eingesetzt wurde". Bei einem Gespräch mit UNHCR-Vertretern in Bukarest bestätigten die Tarom-Verantwortlichen, dass bei jedem Abschiebeflug drei Elektroschockgeräte mitgeführt würden.

Schon für das Jahr 1999 waren die Abschiebezahlen auf dem Flughafen Düsseldorf rasant angestiegen, von den 4.355 Abgeschobenen waren nach offizieller Statistik die meisten "begleitet", und zwar von "privatem Sicherheitspersonal". Dieser Entwicklung liegen in allererster Linie die Sammelabschiebungen mit Tarom zu Grunde. Bei wöchentlich 30 bis 80 "Deportees" heißt das, dass jährlich 2.500 bis 3.000 Abschiebungen allein von Düsseldorf aus stattfinden: sicherlich der größte und profitabelste Posten im Abschiebegeschäft der

Tarom. Doch hinzu kommen auch Abschiebungen von anderen Flughäfen in der BRD, die in Einzelfällen sogar nach Nigeria oder auch Sri Lanka gehen. Zudem bemüht(e) sich Tarom um weitere Abschiebevereinbarungen mit deutschen Behörden; konkret war Tarom Ende 1999 zumindest für Abschiebungen in den Kongo im Gespräch.

Romanian Air Transport, kurz Tarom, meldet enorme Wachstumszahlen. Mittlerweile werden jährlich über eine Million Passagiere auf internationalen und inländischen Routen durch diese staatliche rumänische Fluggesellschaft (zu 97% in der Hand des Transportministeriums) befördert. Im letzten Jahr als 28. Mitglied in der Assoziation Europäischer Airlines (AEA) aufgenommen, bemüht sich Tarom augenscheinlich, ihr Schmuddelimage loszuwerden. Tarom erhält EU-Gelder und kooperiert in Consulting-Programmen mit Lufthansa. Bei ihrer Luftflotte aus mittlerweile 21 Flugzeugen setzt sie auf Jets aus dem Westen. "Comfort, Safety and Style" werden betont, und Vielflieger können "Smart-Miles"-Vergünstigungen erwarten. In ihrer Zeitschrift Insight zelebriert Tarom den "Dialog" mit ihren Passagieren. Zwar ist als Kontakt noch keine Email-Adresse angegeben, doch Webseiten existieren: http://tarom.digiro.net als internationale Homepage und http://www.tarom-online.de/ als Präsentation speziell für Deutschland.

In Berlin, Frankfurt und Düsseldorf befinden sich eigene Tarom-Büros, in München und Stuttgart Agenturen. Außerdem sind die Dienstagscharter von Düsseldorf aus ja relativ berechenbar. Insofern bestehen mehrere Anknüpfungspunkte für erste Aktionen, und alles in allem scheint der Versuch auf jeden Fall lohnenswert, dem aufstrebenden Unternehmen Tarom eine Imageverschmutzungskampagne anzudrohen, wenn sie ihre Rolle in der deportation-alliance nicht baldigst aufgibt. Tarom bietet also alles, um zum nächsten Fall für die deportation-class-Kampagne zu werden.

h., AG3F

5. Rassistische Pöpelei mit Konsequenzen. Thung D. muss vor Gericht, weil er einen Nazi erstochen hat

Autor: FelS-Antira/Antifa · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:17

Am 15. Mai wird in Bautzen ein Prozess gegen den Schüler Thung D. eröffnet. Die Anklage lautet auf "Totschlag" und "versuchten Totschlag". Die Staatsanwaltschaft wirft dem 15-jährigen Vietnamesen vor, im Dezember vergangenen Jahres im ostsächsischen Bernsdorf den 21-jährigen Nazi-Skin Matthias Förster erstochen und einen anderen Jugendlichen schwer verletzt zu haben. Thung drohen bis zu zehn Jahren Jugendhaft und nach einer Verurteilung eventuell die Abschiebung.

Die Geschichte der folgenschweren Konfrontation ist schnell erzählt. (vgl. ak 446) Am 9. Dezember arbeitete Thung mit seiner Familie auf dem Weihnachtsmarkt des bei Hoyerswerda gelegenen 6.000 EinwohnerInnen zählenden Bernsdorf. Eine etwa 20-köpfige Gruppe jugendlicher Nazis zog am frühen Abend angetrunken über den Platz. Aggressiv grölend pöbelten sie PassantInnen an.

Am Marktstand einer vietnamesischen Familie brüllten sie rassistische Parolen und warfen den Tisch mit den Waren um. PassantInnen und WeihnachtsmarktbesucherInnen gingen in Deckung. Niemand wollte sehen und hören, was da vor sich ging. Niemand der zahlreichen Umstehenden griff auf Seiten Thungs ein, der den Stand betreute und den Beschimpfungen scheinbar hilflos ausgeliefert war.

Doch Thung wollte den Angriff nicht auf sich sitzen lassen. Während der fünf Jahre, die er in Bernsdorf verbrachte, hatte er stets rassistische Bemerkungen und Übergriffe über sich ergehen lassen, ohne sich zu wehren. Jetzt er lief nach Hause und kam mit zwei Küchenmessern zurück. Ein wenig später lag der 21-jährige Matthias Förster tot auf dem Pflaster und ein weiterer Angreifer schwer verletzt im Krankenhaus. Thung sitzt seit dem 10. Dezember in Untersuchungshaft in Görlitz und wartet auf die Prozesseröffnung.

Wie kann es sein, dass ein 15-jähriger Junge keine Alternative mehr weiß, als ein Messer gegen Nazis einzusetzen, die ihn bedrohen? Die Antwort auf diese Frage entschlüsselt sich bei Betrachtung der Reaktion auf den Vorfall in Bernsdorf.

"Alles ganz normal"

Die Stelle, wo Matthias Förster starb, wurde für Wochen zu einem Wallfahrtsort. KameradInnen des jungen Skins errichteten eine Gedenkstätte mit Blumen, Kerzen - und Nazisymbolen. Die Beerdigung Försters geriet zu einer Kundgebung, die BeobachterInnen an einen SA-Aufmarsch erinnerten. 300 Nazis, viele von ihnen mit szenetypischen "white power", "white pride", und "88" (für "Heil Hitler") Aufnähern an den Bomberjacken, zogen durch die Kleinstadt. Viele der TeilnehmerInnen waren Mitglieder von Nazi-Gruppen, unter ihnen die Kittlitzer Kameradschaft Odins Legion, sowie organisierte Rechte aus Hoyerswerda, Bautzen und Dresden (z.B. Alexander Kleber). Angeführt wurde der Marsch am 18. Dezember vom Bürgermeister Eberhard Menzel - einem PDS-Mann.

Gegenüber der Presse versuchten Menzel und andere KommunalpolitikerInnen den Fall herunterzuspielen und zu entpolitisieren. Eigentlich sei doch alles ganz normal in Bernsdorf, meinte Menzel. "Im Grunde genommen hat ein Bernsdorfer einen anderen erstochen", erklärte er (taz, 14.12.2000): "Sehen Sie, John Lennon wurde auch erschossen." Am liebsten würde das PDS-Mitglied zur Tagesordnung übergehen.

Als ganz normal wurde in Bernsdorf auch hingenommen, dass unmittelbar nach dem Vorfall alle VietnamesInnen den Ort verlassen und zu FreundInnen und Verwandten in andere Städte ziehen mussten. Sie fürchteten, Opfer von Racheakten zu werden. Einer vietnamesischen Familie, die an einer Bernsdorfer Durchgangsstraße einen Imbiss betrieb, wurde von der deutschen Vermieterin der Laden gekündigt. Es gibt Gerüchte, sie sei von Rechten unter Druck gesetzt worden. Die Frau selbst will dazu nicht Stellung nehmen. (Dresdner Neueste Nachrichten, 10.03.01) Matthias Förster scheint für viele ebenso ein "ganz normaler" Junge gewesen zu sein. Als "hilfsbereit und besonnen in seinem Wesen" beschreiben drei ältere Frauen den Nazi-Skinhead, der an seinem Todestag ein T-Shirt mit der Aufschrift "Märtyrer für Deutschland" trug. (Sächsische Zeitung, 18.12.00)

Kaum jemand in Bernsdorf will die Frage nach den Ursachen stellen, die Thung dazu veranlassten, zum Messer zu greifen. Eine Ausnahme ist die Bernsdorfer Pfarrerin Angelika Scholte-Reh. Sie zeigt öffentlich ihre Solidarität mit Thung und setzt sich offensiv mit dem Geschehenen auseinander. Vor der Bestattungsfeier schnitt sie Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole von den Schleifen der Trauerkränze. In ihrer Weihnachtspredigt, im Religionsunterricht am Hoyerswerdaer Gymnasium und in der Kirchengemeinde sprach sie den Fall an. Während der Gerichtsverhandlung will sie als Entlastungszeugin für Thung aussagen und Gewaltbereitschaft und Rassismus der Bernsdorfer Nazi-Szene verdeutlichen.

Hakenkreuz auf Trauerkranz

Während Bürgermeister Menzel am liebsten zur Tagesordnung übergehen möchte, "könne man", so Martin Jenemann, Vorstand des Trägers von Jugendclubs in der Region, "schon sagen, dass in Bernsdorf besonders viele Jugendliche rechts sind." (Sächsische Zeitung Kamenz, 17.02.01) Auch nehmen die rassistischen Angriffe in der Region Ostsachsen nicht ab. So wurde z.B. im März gegen einen Bernsdorfer Jugendlichen Haftbefehl erlassen wegen des Verdachtes des "versuchten Totschlags" und "Volksverhetzung". Gemeinsam mit zwölf weiteren Personen soll er am 23. März zwei Flüchtlinge aus Angola in einem Regionalzug zwischen Kamenz und Dresden angegriffen und versucht haben, einen der Männer aus dem Fenster des fahrenden Zuges zu stoßen. (Sächsische Zeitung, 27.03.01)

In Dresden und Berlin fanden sich mittlerweile Gruppen und Einzelpersonen zusammen, um Thung und seine Familie zu unterstützen. Dabei "geht es keinesfalls darum, Thung zum Helden zu stilisieren", erklärt Muri Deljak von der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI). "Wir wollen ihn auch nicht als ein Vorbild für den antifaschistischen und antirassistischen Kampf hinstellen. Eine solche Instrumentalisierung der Tat lehnen wir ab. Doch wir wollen die Tat im Kontext sehen und die Geschichte der alltäglichen rassistischen Diskriminierung und Angriffe nicht außer acht lassen, mit denen Jugendliche wie Thung ständig konfrontiert sind. Unsere Solidarität gilt nicht der Tat, sondern einem Menschen, der in Bernsdorf keine Chance auf einen fairen Prozess hat, der vorverurteilt wurde und dessen Eltern einen Tag nach der Tat den Ort verlassen mussten."

FelS-Antira/Antifa, Berlin

Kundgebung zum Prozessbeginn:

15. Mai 8.45 Uhr Landesgericht Bautzen, Lessingstr. 7

Weitere Informationen:

www.antifa.net/venceremos/

www.stressfaktor.squat.net/

Spendenkonto:

Antirassistische Initiative Berlin

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 100 205 00, Konto-Nr. 3039606

Stichwort "Spende Thung"

FelS hat ein Flugblatt in deutsch und vietnamesisch zum Fall Bernsdorf verfasst. Kopierexemplare könne bestellt werden bei fels-antifa@mail.nadir.org

6. Gegen Apartheid in Deutschland. Aktionstage gegen Residenzpflicht in Berlin vom 17.-19. Mai

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:32

"Flüchtlinge in Deutschland sind das Opfer der Residenzpflichtgesetze, eines Systems von Aufenthaltszuweisungen und -beschränkungen, vergleichbar mit der Ära der rassistischen Apartheid in Südafrika", beschreiben Mitglieder von Flüchtlingsgruppen in einem Aufruf zu Aktionstagen gegen die Residenzpflicht ihre Situation. Gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, permanente Kontrollen durch die Polizei und rassistische Übergriffe mobilisieren sie zu einer bundesweiten Demonstration nach Berlin.

In einem demokratischen Land wäre der einzige Grund für die staatliche Kontrolle und Überwachung von Personen eine gravierende Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Schutz der BürgerInnen. Eine solche Kontrolle geschähe auf der Grundlage der Verfassung durch ein Organ des Staates. Dabei dürfte nicht nach Herkunft, Religion, Hautfarbe oder Rasse der kontrollierten Person unterschieden werden. Die Realität in Deutschland ist jedoch eine andere", heißt es in dem Aufruf weiter. "Auch Deutschland hat seine ‚Passgesetze`. Es ist Flüchtlingen verboten, sich in Deutschland frei zu bewegen. Sie dürfen den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis nicht verlassen und sind verpflichtet, in einer ihnen zugewiesenen Flüchtlingsunterkunft (oft abgelegen oder mitten im Wald) zu wohnen. Die Realität dieser Gesetze ist die Unterwerfung der MigrantInnen unter erniedrigende Polizeikontrollen. Diese Kontrollen finden auf der Basis von äußerlich sichtbaren Unterschieden zu den weißen Mehrheitsdeutschen statt."

Rechtsgrundlage der sogenannten Residenzpflicht sind der § 36 des Ausländergesetzes und der § 56 und § 89 des Asylverfahrensgesetzes. Demnach unterliegen Asylbewerber seit 1982 der Residenzpflicht. Bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens, das sich über mehrere Jahre hinziehen kann, dürfen sie den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit Genehmigung des Ausländerbehörde verlassen. Andernfalls drohen Geldstrafen bis zu 5.000 DM, Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder sogar die Abschiebung. Während des UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR die Residenzpflicht für unvereinbar mit internationalem Recht hält, erklärte das Bundesverfassungsgericht 1997, dass sie nicht gegen die Grundrechte verstoße.

In ihrem Aufruf schildern die Flüchtlingsgruppen die konkreten Auswirkungen der Residenzpflicht: "Wir werden erkennungsdienstlich behandelt und unter Zwang fotografiert, unsere Fingerabdrücke werden abgenommen und eine Kriminalakte über uns angelegt. In den Polizeikontrollen, die sich gegen unsere Bewegungsfreiheit richten, werden wir wie Kriminelle behandelt. Wir werden das Opfer von staatlich gedeckter Polizeibrutalität, werden geschlagen und müssen uns ausziehen, bekommen den Finger in den Hals gesteckt und in den Anus, eine Behandlung, die einige von uns schon das Leben gekostet hat. Wir nennen dies Apartheid, weil die Residenzpflicht, diese deutschen ‚Passgesetze`, uns zu öffentlich Verdächtigen machen, ohne dass wir Kriminelle sind; weil wir aus rassistischen Gründen eingesperrt werden, ohne ein Verbrechen begangen zu haben."

Neben der schikanösen Behandlung durch Polizeibeamte und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit führt die Residenzpflicht auch dazu, dass Flüchtlinge in Deutschland sich nur sehr eingeschränkt für ihre Interessen einsetzen können. Ein Beispiel dafür ist der Prozess gegen Cornelius Yufani, ein Student aus Kamerun. Weil er an einer Demonstration gegen die Residenzpflicht am 1. Mai vergangenen Jahres in Jena teilgenommen hat, wurde er eben auf Grundlage der Residenzpflicht zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Demonstration gegen die Residenzpflicht wird am Samstag 19. Mai in Berlin stattfinden. Für Donnerstag 17. und Freitag 18. Mai sind Veranstaltungen und weitere Proteste geplant.

Genaue Angaben zu Ort und Zeit siehe: www.nadir.org

Boris Kanzleiter

Spendenkonto: 0231633905, BLZ:

860 100 90 Postbank Leipzig; Stichwort: Berliner Residenzpflicht Protest.

Berliner Vorbereitungsbündnis c/o

Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 0 30-785 7281,

Fax 030-786 9984, Email: ari@ipn.de

7. Ungestillter Orientierungshunger. "Wie wollen wir leben?" - die taz lud zur Diskussion nach Berlin

Autor: Martin Reeh · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:34

Kloster Banz im Oberfränkischen vielleicht. Oder Tutzing am Starnberger See. Die taz wäre gut beraten gewesen, ihren ambitionierten "Wie wollen wir leben?"-Kongress an einem der klassischen bayerischen Tagungsorte statt in Berlin auszutragen. Nicht der Landschaft und des besseren Bieres wegen, sondern weil die neue Hauptstadt ein denkbar schlechter Ort ist, um über linke Zukunftsprojekte zu beraten. Berlin, so scheint es, ist im 20. Jahrhundert so oft die Avantgarde linker Bewegungen gewesen, dass die Rest-Linke nun pausenlos damit beschäftigt ist, die schönsten Momente der Geschichte zu wiederholen und an sie zu erinnern: an den 1. Mai 1987, Ostern 1968, Januar 1919. Jährlich grüßt das Murmeltier. Die Avantgarde ist anderswo: In Seattle, Mexiko, Frankreich.

Wer in Berlin dennoch eine Tagung veranstaltet, tut gut daran, sich zumindest auf Podiumsdiskussionen zu beschränken - Publikumsdebatten werden unweigerlich von denen dominiert, die sich vordringlich mit der "Sicherung linker Hauptgewissheiten" (taz-Redakteur Christian Semler) beschäftigen. Ob unbezahlte Hausfrauenarbeit, die Manipulation durch Medien (taz lügt!) und immer wieder der Krieg im Kosovo - während des taz-Kongresses wurde wenig von dem ausgelassen, was die Linke in den letzten 150 Jahren gelernt hat, um es den Podiumsteilnehmern bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit um die Ohren zu hauen. Statt das Verhältnis von Bruch und Kontinuität zu diskutieren, gehe bei vielen um die "bloße Verteidigung von seelischen Positionen", kritisierte Christian Semler. Die Kongress-Stimmung war dementsprechend ungemütlich - ein unbehauster Linksradikalismus, der seine Fähigkeit zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung eingebüßt hat, schien überall durch.

Berlin erfüllte

die Erwartungen

Angesichts dessen soll hier darauf verzichtet werden, vor allem die nahe liegenden Erwartungshaltungen bei der Berichterstattung über einen Kongress, bei dem auf nahezu jedem Podium ein grüner Parteivertreter saß, zu bedienen - Erwartungshaltungen, die selbstverständlich erfüllt wurden: Marianne Birthler etwa räsonierte munter über die "erste und zweite deutsche Diktatur" (Nationalsozialismus und DDR); Parteichefin Claudia Roth eierte herum, weil die Bundesregierung ihrer angekündigten Mitdiskutantin Madjiguène Cissé aus dem Senegal das Einreisevisum verweigert hatte: "Es ist eine Schande, dass Frau Cissé nicht hier sein kann." Immerhin hatte die taz den grünen Podiumsteilnehmern meist einen außerparlamentarischen Vertreter entgegengesetzt.

Ausgerechnet beim Thema "Als Tiger losgesprungen - Außerparlamentarische Bewegungen und institutionalisierte Politik" bewies sich, dass produktive Debatten möglich sind, wenn die erwartbaren Positionen verlassen werden. Grünen-MdB Christian Ströbele räumte das weitgehende Scheitern der rot-grünen Regierungspolitik ein: "Ich habe nicht vermutet, dass die Koalition so enttäuschend wird." Er habe feststellen müssen, dass selbst richtigste Dinge in einer parlamentarisch verfassten Gesellschaft über Parlament und Regierung nicht durchgesetzt werden könnten. Dennoch sei es aber richtig, in den Institutionen zu arbeiten, So lange die Bewegungen nicht da sind, mit denen man schneller bestimmte Ziele durchsetzen kann. "Es gibt keine Situation, die es rechtfertigt, eine Revolution zu machen."

Hermann Scheer (SPD-MdB) zog zwar eine bessere Bilanz der rot-grünen Regierung, insbesondere bei der Förderung von Alternativenergien. Die Grenze zwischen Kompromiss und Kompromittierung sei aber schmal und werde von Politikern im Moment des Handelns oft nicht mehr erkannt. "Das größte Problem ist, wenn viele, die den Kompromiss mittragen, die Kritik daran nicht mehr verstehen", sagte er unter Verweis auf den so genannten Atomkonsens. Wenn die öffentliche Bewegung einschlafe, sei die parlamentarische Linke handlungsunfähiger. "Es geht gar nicht anders, als dass die Linke mit unterschiedlichen Rollen operiert."

Ähnlich argumentierte Andreas Fanizadeh vom ID-Verlag: "Abgrenzungsrituale von der außerparlamentarischen zur parlamentarischen Linken sind wenig produktiv, nachdem klar ist, dass man die

kommunistische Utopie nicht vor Augen hat." Der Legalismus der Linken müsse aber immer von links durchbrochen werden. Die Frage sei, mit welchen Mitteln Veränderungen am besten bewirkt werden könnten: "Auch die Revolutionären Zellen (RZ) haben letzten Endes nichts anderes als einen bewaffneten Reformismus praktiziert", sagte er unter Verweis auf die Berliner RZ-Anschläge auf Ausländerbehörden. Die RZ als Reformistische Zellen? Das revolutionäre Pathos der militanten Linken in den achtziger Jahren nichts als eine gigantische Selbsttäuschung? "Die radikale Linke würde über eine solche Anbindung an SPD und Grüne öffentlich nie reden, weil es kriminalisiert wird", glaubt Fanizadeh. Doch dies dürfte nicht der einzige Grund sein, nicht einmal der Entscheidende. Die angestrengten Abgrenzungsrituale der militanten Linken von reformistischen Gruppen legen jedenfalls nahe, dass die Aktivististen mehr als eine bloße Mittel-Zweck-Relation als Begründung für außerparlamentarisches Handeln brauchen, um notfalls auch Haftstrafen für ihr Handeln auf sich zu nehmen.

Alte Fronten - unerwartete Einsichten

"In den Bewegungen zu arbeiten, ist die undankbarere Rolle", räumte auch Hermann Scheer ein. Die Doppelstrategie der Jusos in den siebziger Jahre, gleichzeitig parlamentarisch und außerparlamentarisch präsent zu sein, sei auch daran gescheitert. "Viele haben im Parlament tatsächlichen Sachzwängen nachgegeben. Bei vielen war das Nachgeben aber auch nackter Opportunismus. Zu denken, dass es bei den Grünen heute anders laufen könnte, überschätzt die Leute." Die parlamentarische Arbeit sei eben professionalisiert, die außerparlamentarische nicht. "Das Problem ist aber nicht aufhebbar - schließlich kann man nicht die gesamte Arbeit auf eine professionelle Basis stellen." Wenn aber parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit gleichberechtigt sind oder sich zumindest gegenseitig bedingen, die Parteiarbeit aber von der Bezahlung bis hin zu den Arbeitsbedingungen attraktiver - warum sollte jemand da auf die Idee kommen, außerparlamentarisch zu arbeiten? Es liegt nahe, das eigene Engagement in diesem Fall moralisch aufzuladen, ihm die Bedeutung einer grundsätzlich anderen Politik zu geben. Eine offene Diskussion der eigenen Handlungsgrundlagen in solchen Bewegungen dürfte an Grenzen stoßen, weil sie das Engagement als Ganzes in Frage zu stellen droht.

Der Vortrag Jochen Stays, Sprecher der Gorleben-Kampagne X-tausendmal quer, war bezeichnenderweise der Schwächste des Podiums. Viel mehr als in moralisierendem Unterton die Fehler der rot-grünen Koalition aufzuzählen und den Erfolg der eigenen Aktionen zu loben, hatte Stay, der sich selbst als "Bewegungsfachidiot" ankündigte, nicht zu bieten. Nachfragen blieben aus - eine Folge des aus den taz-Gründungsjahren mitgeschleppten stillschweigenden Konsens, Parteien berechtigterweise unter Generalverdacht zu stellen, Bewegungen aber als grundsätzlich gut zu betrachten und nicht einmal auf der taktischen Ebene zu kritisieren. Dabei war in Stays Vortrag noch einmal nachzuvollziehen, dass die sozialen Bewegungen daran gescheitert sind, nicht einmal die eigenen Krisensymptome wahrnehmen zu können. "Wir haben den Mut erfolgreich zu sein", sinnierte Stay. Kein Wort zu dem verschlafenen Castor-Straßentransport vom März oder dazu, dass nur dank der Hilfe der professionellen Robin-Wood-Aktivisten die bröckelnde Beteiligung an den Blockaden überspielt werden konnte. Die Gorleben-Bewegung erinnert an ein Achtziger-Jahre-Freilichtmuseum, das sich selbst durchaus sympathisierende Linke nicht mehr antun mögen: nicht die handgeklampften Lieder, nicht die Überemotionalität der Aktivisten, nicht das jede Opposition verhindernde Konsensprinzip der Bezugsgruppen, das Stay unwidersprochen als "konkrete Utopie" loben durfte. Wie, so bleibt die Frage, sollen neue, attraktive Bewegungen entstehen, wenn sie beständig die kulturellen Formen der siebziger und achtziger Jahre reproduzieren?

Darauf hätte auch die Diskussion "Mit wem wollen wir teilen? Globalisierung und Strategien der Solidarität" eine Antwort finden können - wenn nicht die taz der groben Fehleinschätzung unterlegen gewesen wäre, Claudia Roth habe dazu etwas Substanzielles zu sagen. Die neue Parteivorsitzende gab lieber ihre Paraderolle als grüne "Königin der Herzen", sprach über Migrationspolitik statt über Globalisierung und redete die Ökofeministin Vandana Shiva und den nicaraguanischen Ex-Vizepräsidenten Sergio Ramírez an die Wand. Der Streit zwischen Ramírez, der eine nachholende Modernisierung für Lateinamerika befürwortet und Shiva, die ein Denken in Fortschrittskategorien ablehnt - eine der ungelösten Grundfragen der Globalisierungsgegner - ging unter. Die taz-Moderatorin Daniela Weingärtner erwies sich als völlig überfordert, ließ Roth reden und schnitt dem einzigen Nicht-Prominenten auf dem Podium, dem Berliner ATTAC-Aktivisten Philipp Hersel, in Oberlehrerinnenmanier das Wort ab.

Hier zeigten sich deutlich die Grenzen eines taz-Kongresses. Die taz ist zwar nicht, wie befürchtet, zum Amtsblatt der Bundesregierung geworden. Journalisten wie die Parlamentskorrespondentin Bettina Gaus, der Migrationsspezialist Eberhard Seidel oder Christian Semler, der mehr und mehr zum "elder statesman" der taz wird, halten ausreichend Distanz zur neuen Mitte. Vielleicht ist es kein Zufall, dass alle drei der mittleren bis älteren Generation angehören. Für viele Jüngere ist sie eher eine der bestbezahlten Journalistenschulen der Welt, ein Sprungbrett in besser zahlende Blätter von der Süddeutschen Zeitung über Max bis zur Welt, für andere eher ein angenehmer, weitgehend hierarchiefreier Arbeitsplatz. Die taz ist, wie viele andere Initiativen und Zeitungen auch, kein linkes Projekt, sondern eines, in dem Linke linke Positionen vertreten können. taz kann, muss aber nicht sein. Das macht die Organisation eines Kongresses schwierig, wie nicht nur bei der Globalisierungsdebatte deutlich wurde. taz-mag Redakteur Jan Feddersen beispielsweise, der sich sonst gerne mit dem Schlager-Grand-Prix beschäftigt, war als Moderator des Themas "Für welchen Sozialismus lohnt es sich noch zu kämpfen?" schlicht fehl am Platz. Und die Diskussionsrunde "Was ist uns Versöhnung wert?" entbehrte Sinn und Verstand. Marianne Birthler, Grünen-MdB Volker Beck (als Experte für Zwangsarbeiterfragen), Ex-RAF-Mitglied Karl-Heinz Dellwo und der Ex-Mescalero Klaus Hülbrock sollten über Versöhnung zwischen der Gesellschaft und früheren Tätern zu sprechen - und der diffuse Einladungstext ließ die Interpretation zu, dass es dabei auch um die Versöhnung zwischen Nazis und ihren Opfern gehen könne.

taz kann, muss aber nicht sein

Dennoch - wer anders sollte die Organisation eines solchen Kongresses übernehmen? Christian Semler konstatierte am Ende des Kongresses ein wachsendes Interesse an linken Grundsatzdebatten, geradezu einen "Orientierungshunger". Weil die desolate Berliner Linke dieses Bedürfnis nicht befriedigen kann, kümmert sich inzwischen vor allem die linksliberale Presse darum. Im März beispielsweise war auf Einladung der Süddeutschen Zeitung der britische Marxist Eric Hobsbawm in Berlin zu Gast, im Mai wird die Feministin Judith Butler erwartet. Publikumsdebatten gibt es dort nicht. Wer unbedingt zu einer von Linken organisierten Tagung will, dem bliebt nur der Linksruck-Kongress an Pfingsten: Dort steht die Aktualität des Leninismus im 21. Jahrhundert auf der Tagesordnung.

Martin Reeh

8. Hate Parade der Autonomen. Provokation des Berliner Innensenators souverän zurückgewiesen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:47

Auch das Rekordaufgebot von 9.000 PolizistInnen konnte die seit 14 Jahren traditionelle Feiertagsgestaltung am 1. Mai in Kreuzberg nicht verhindern. Ganz im Gegenteil: Das Verbot der Revolutionären 1. Mai-Demonstration spornte zusätzlich an. Über 50.000 Pflastersteine lagen am späten Abend auf den Straßen von SO36. Die Strategie des Berliner Innensenators Eckart Werthebach (CDU) ist nicht aufgegangen. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Kreuzberg an diesem Tag zu befrieden und "autonomenfrei" zu machen.

Der 1. Mai in Kreuzberg ist so etwas wie ein linker Pop-Event. Mensch geht auf die Straße, schaut beim Fest auf dem Mariannenplatz vorbei, das von der Kreuzberger PDS und den Grünen veranstaltet wird, und beteiligt sich an einer der beiden Demonstrationen, deren politische Aussagen und Stoßrichtung dabei eine eher untergeordnete Rolle spielen. Dass dies alles in einer Konfrontation mit der Polizei endet, ist - für nicht wenige - fester Bestandteil dieser "Maifestspiele".

Teile Berlins dürften nicht Kriminellen für ihre alljährlichen Gewaltrituale überlassen werden, tönte Werthebach schon Wochen vor dem 1. Mai. Kurzerhand verbot er deshalb eine der beiden Kreuzberger 1. Mai-Demonstrationen. Die Demo, die um 18 Uhr auf dem Oranienplatz beginnen sollte, war in den vergangenen Jahren regelmäßig unter Polizeiknüppeln aufgelöst worden. Ebenfalls verboten wurde ein Aufmarsch von Neonazis am 1. Mai (siehe nebenstehenden Artikel). Doch während das Verbot der Nazi-Demonstration aufgehoben wurde, bestätigten die Gerichte das Verbot der 18 Uhr-Demo in Kreuzberg. Die Ausgangslage war also eindeutig: Nazis dürfen unter dem Schutz der Polizei marschieren, während in Kreuzberg staatlicherseits der Ausnahmezustand inszeniert wird.

Das Motto des Berliner Innensenators lautete: "Null Toleranz". Im Vorfeld kündigte er das harte Eingreifen seiner BeamtInnen an. Gleichzeitig rief er sie zu verstärkter Eigeninitiative im Einsatz auf, denn ab dem späten Nachmittag sollte Ruhe in Kreuzberg herrschen. Bereits in den frühen Morgenstunden hatte sich der Bezirk in eine Polizeifestung verwandelt. Überall waren massive Polizeikräfte aufmarschiert. Schon seit dem Vortag stand ständig ein Polizeihubschrauber am Himmel. Trotzdem kamen am Nachmittag des 1. Mai an die 6.000 Menschen zusammen, um gegen das Verbot der 18 Uhr-Demonstration zu protestieren. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Angela Marquardt hatte die Demo angemeldet, die von der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, dem Republikanischen Anwaltsverein und anderen Organisationen unterstützt wurde. Zeitgleich beteiligten sich rund 2.500 Menschen an der Demonstration kommunistischer und maoistischer Organisationen, deren Auftaktkundgebung wie üblich um 13 Uhr am Oranienplatz begann. Beide Demos endeten ohne besonderen Vorkommnisse.

Währenddessen hatte auf dem Mariannenplatz das 1. Mai-Fest begonnen. Bei strahlendem Wetter tummelten sich dort mehrere tausend Menschen, darunter viele Familien mit Kindern. Die FestbesucherInnen vertrieben sich die Zeit, indem sie entweder an den zahlreichen Infoständen der diversen sozialen und politischen Organisationen entlang flanierten oder sich in der Mitte des Platzes auf die Wiese setzten, um sich mit FreundInnen und Bekannten zu unterhalten. Nachdem sich die beiden Demonstrationen aufgelöst hatten, begannen PolizistInnen einige hundert Meter weiter in Richtung Oranienstraße, Menschen wegen angeblicher "Verstöße" gegen das für 18 Uhr ausgesprochene Demonstrationsverbot auseinander zu treiben. Entgegen der Absprachen zwischen den VeranstalterInnen des Mariannenplatzfestes und der Polizei - die hatte in ihrer Dienstanweisung für den 1. Mai ausdrücklich festgelegt: "Unter allen Umständen ist eine Konfrontation auf dem Mariannenplatz zu vermeiden" - stürmte dann gegen 18 Uhr die berüchtigte Berliner 23. Einsatzhundertschaft ohne Ankündigung den Platz.

Es kam zu zahlreichen Festnahmen. Angesichts der unübersichtlichen Lage zogen sich die Bullen allerdings kurze Zeit später zurück. Was dann folgte, war ein Akt spontaner Organisierung. Mehrere hundert Leute deckten von der Mitte des Mariannenplatzes aus eine Einsatzgruppe der Polizei, die die Muskauer Straße abriegelte und von zwei Wasserwerfern unterstützt wurde, in einer Art Dauerbeschuss mit Steinen und Flaschen ein. Zwei Autos gingen in Flammen auf. Rund zwei Stunden dauerte die Schlacht am

Mariannenplatz. Dann räumte die Polizei den Platz, kesselte an dessen Rand annähernd 400 Menschen ein, die zum Teil bis um drei Uhr dort ausharren mussten, und besetzte nach und nach ein Gebiet, das vom Lausitzer Platz bis zum Oranienplatz und vom Mariannenplatz bis zum Kottbusser Tor reichte. Dort wurden alle Menschenansammlungen sofort auseinander getrieben. Das Gebiet um den Mariannenplatz - die Straßen mit Pflastersteinen übersät - glich einem Heerlager in Feindesland. Bullen posierten in Siegerpose für ein Erinnerungsfoto vor einem ausgebrannten Autowrack. 616 Personen wurden vorläufig festgenommen, 148 wegen angeblicher Straftaten, der Rest wegen "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Neun Leute sitzen immer noch in Untersuchungshaft. Rund 160 PolizistInnen erlitten Verletzungen; wie viele Opfer der Polizei es gab, ist bislang unbekannt.

Der sich immer mehr zum würdigen Nachfolger des Ex-Generals Jörg Schönbohm mausernde Innensenator verteidigte unverdrossen sein Vorgehen am 1. Mai. Obwohl SPD, Grüne und PDS den Innensenator für die Militanz in Kreuzberg verantwortlich machen, ficht das den Hardliner nicht an. "Die Taktik stimmte, und ich werde sie auch in Zukunft verfolgen", erklärte Werthebach und kündigte bereits das Verbot der Revolutionären 1. Mai-Demonstration im kommenden Jahr an.

mb., Berlin

9. Nazis: 1. Mai - Straße frei. Mit Hilfe von Polizei und Justiz marschierten am 1. Mai insgesamt 3.000 Nazis

Autor: Alex Krsmanovic · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:40

In sechs Städten konnten am 1. Mai insgesamt etwa 3.000 Nazis aufmarschieren. Die von der NPD und "Freien Kameradschaften" organisierten Demonstrationen trafen in Frankfurt a.M. und Mannheim auf entschlossenen und erfolgreichen Widerstand antifaschistischer Gruppen. In Essen, Augsburg, Dresden und Berlin konnten die Nazis trotz Protestkundgebungen ihre Aufzüge weitgehend ungestört durchführen. Polizei und Justiz ermöglichten eine der größte Mobilisierung deutscher Nazis am 1. Mai nach der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Vorbildlich im Sinne der NPD verhielt sich Berlins Innensenator Eckart Werthebach. Während er in den Medien tagelang für das Verbot der "Revolutionären 1. Mai Demonstration" in Kreuzberg trommelte, untersagte er zwar auch den im Bezirk Friedrichshain geplanten NPD-Aufmarsch. Allerdings war von vorneherein absehbar, dass die Verbotsbegründung gerichtlich nicht durchsetzbar war. So durften etwa 1.000 NPD-Anhänger und Mitglieder "Freier Kameradschaften" unter der Protektion von 2.000 PolizistInnen am Vormittag durch den Ostberliner Bezirk Hohenschönhausen marschieren. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und NPD-Rechtsanwalt Horst Mahler sprachen zu den KameradInnen.

Den 350 AntifaschistInnen, die den Weg nach Hohenschönhausen gefunden hatten, gelang es auf Grund der massiven Polizeipräsenz nicht, den Aufmarsch effektiv zu stören. Nach Polizeiangaben wurden etwa die selbe Anzahl von GegendemonstrantInnen bereits im Vorfeld des Aufmarsch bei Straßenkontrollen abgewiesen und konnte erst gar nicht nach Hohenschönhausen gelangen. Werthebach betonte nach der Nazi-Demonstration, sie sei "ruhig und zufrieden stellend" verlaufen und beglückwünschte sich selbst für sein Verdienst, den Aufmarsch durchgesetzt zu haben. Der NPD-Vorsitzende bedankte sich anschließend artig beim Berliner Innensenator. "Voigt begrüßte die Verlegung der Berliner-Demonstration nach Hohenschönhausen, da man am ‚Tag der Arbeit` genau dort demonstrieren konnte, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht und künftige NPD-Wahlerfolge garantiert sind", heißt es in einer Presseerklärung der Partei.

Ganz anders verlief der Tag in Frankfurt a.M. Dort wollten 800 bis 1000 Nazis unter der Führung von Christian Worch vor der Bundesbank-Zentrale demonstrieren. Im Demonstrationsaufruf wird deutlich, dass die Main-Stadt den Nazis als ein undeutscher Sündenpfuhl erscheint: Internationales Wirtschaftszentrum, Multi-Kulti-Stadt, eine große jüdische Gemeinde. Das erregt beim "nationalen Widerstand" Gräuel.

Doch zumindest für einige Nazis wurde der 1. Mai in Frankfurt zum Waterloo. In der Innenstadt demonstrierten etwa 5.000 Menschen gegen den Aufmarsch. Mehreren hundert AntifaschistInnen gelang es trotz Polizeieinsatz, die Kurzhaarigen direkt zu konfrontieren. Durch die Blockade von U-Bahn-Gleisen konnte die Anreise der RechtsextremistInnen teilweise behindert werden. Manch einer der Nationalhelden zog sich eine Beule zu, als die U-Bahnen mit Steinen beworfen wurden und einige Scheiben zu Bruch gingen. Erst ein Wasserwerfereinsatz der Polizei konnte die AntifaschistInnen zurückdrängen. Durch die Besetzung von Straßenkreuzungen und dem Bau einer Barrikade aus Müllcontainern und Leitplanken konnten die Nazis ihren Aufmarsch nicht wie geplant durchführen.

Auch in Mannheim konnte der Aufmarsch von etwa 200 Anhängern der NPD-Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland durch eine Sitzblockade von etwa 300 AntifaschistInnen gestoppt werden. Bereits am Vormittag hatten an einer DGB-Demonstration etwa 2.000 bis 3.000 Menschen teilgenommen. Der Aufruf zu dieser Kundgebung wurde von einem breiten Bündnis getragen, das sich nicht dazu durchringen konnte, sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen. Dass dies dann dennoch erfolgreich geschah, ist der Initiative hauptsächlich jugendlicher AntifaschistInnen zu verdanken.

In Dresden marschierten knapp tausend Nazis unter der Führung von NPD-Kadern und zahlreichen "Freien Kameradschaften" durch die Innenstadt. Eine versuchte Blockade der Nazi-Route durch etwa 350 AntifaschistInnen auf der Elbbrücke wurde durch die Polizei geräumt. Dennoch gelang es, den Nazi-Aufmarsch durch ein Pfeifkonzert zu belästigen.

Auch in Augsburg und Essen fanden NPD-Aufmärsche statt. In Augsburg nahmen rund 400 Nazis, in Essen nur etwa 120 Rechte teil. In beiden Städten wurden antifaschistische Proteste organisiert, welche die Aufmärsche aber nicht verhindern konnten.

Für eine Kontroverse sorgte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die NPD-Aufmärsche in Augsburg und Essen zu erlauben. Am 30. April hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München das von der Stadt Augsburg ausgesprochene Kundgebungsverbot bestätigt. Das Bundesverfassungsgericht hob diese Entscheidung dann wieder auf. In einer zweiten Entscheidung genehmigten die Verfassungsrichter auch den NPD-Aufmarsch in Essen. Auch dort hatte die Stadt die Demonstration verboten, was durch das Oberverwaltungsgericht Münster am 1. Mai bestätigt wurde. Die Entscheidung der Bundesverfassungsrichter stießen auch in Justizkreisen auf Kritik. Hintergrund der juristischen Kontroverse ist die Frage, ob Grundrechte auch für die möglicherweise vor einem Verbot stehende NPD gelten.

Der Verlauf des 1. Mai hat einmal mehr deutlich gemacht, dass die NPD im Verbund mit den regional verankerten "Freien Kameradschaften" bundesweit mobilisierungsfähig ist. Mit "national-revolutionären" und "globalisierungsfeindlichen" Parolen wie "Arbeit zuerst für Deutsche", "Soziale Gerechtigkeit durchsetzen - gleiche Löhne für gleiche Arbeit" (Fronttransparent in Dresden) oder "Euro stoppen - Globalisierung bekämpfen" (Motto in Frankfurt) versucht die NPD, das Feld des Sozialen zu besetzten. Dabei stößt sie auf offene Ohren, wie Anwohnerreaktionen in Berlin-Hohenschönhausen deutlich gemacht haben. Dass Antikapitalismus auch von rechts artikuliert werden kann, ist nichts neues. Besorgnis erregend ist es trotzdem.

Alex Krsmanovic

10. Ein ganz "normaler" Vergewaltigungsprozess? Bremer Vergewaltigungsprozess endet mit dem Freispruch der Täter

Autor: Petra Piranja · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:09

In Bremen fand seit Mitte Januar 2001 vor dem Landgericht ein Vergewaltigungsprozess statt. Angeklagt waren zwei Angestellte eines Imbisses, die im Sommer 2000 im Keller desselben eine Frau mehrfach vergewaltigt haben. Nach der Anzeige durch die Frau wurden beide Männer auf Grund dringenden Tatverdachts und der schweren Beweislast (unter anderem einer DNA -Analyse eines Täters) in Untersuchungshaft genommen. Die Frau trat im Prozess als Nebenklägerin auf. Ende Februar wurden die Männer nach gut sieben Monaten aus der U-Haft entlassen. Der jüngere und schwerer belastete Angeklagte Ari tauchte daraufhin unter, erschien im April jedoch wieder zum Prozess. Am 30. April wurden die Täter aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Der Prozess im Bremer Landgericht fand nach einem festgelegten Setting statt: Der Vorsitzende Richter Oetken und sein Beisitzer Harms waren umringt von einem Schöffen (direkt neben dem Vorsitzenden) und einer Schöffin (etwas abseitiger zwischen Beisitzer und Gerichtsschreiberin). Zu ihrer Rechten saßen die Verteidiger Joester und Jenkel, zur Linken die Staatsanwältin Piontkowski. Die Nebenklägerin und ihre Anwältin befanden sich einige Stufen tiefer den Richtern gegenüber. Die Kommunikation fand fast ausschließlich zwischen den vier Männern statt. Genervte Blicke, verständnisvolles oder Beifall heischendes Grinsen, gemeinsames Lachen demonstrierten die Einigkeit dieses Männerbundes. Seitens der Verteidiger wurde die Staatsanwältin gerne in Sachen korrekter Prozessführung väterlich herablassend ("Nun seien Sie doch mal vernünftig") belehrt. Während der Vorsitzende Richter aggressives Überbrüllen, beleidigende Unterstellungen etc. seitens der Verteidiger regelmäßig überhörte, "übersetzte" der Beisitzer gelegentlich verständnisvoll einzelne "emotionale Aussagen" von Zeuginnen, wenn deren Aussagen nicht in seinen Erfahrungshorizont passten. Die junge Staatsanwältin erschien einerseits auf Grund der frauenfeindlichen Grundstimmung und der permanenten Angriffe auf ihre Rolle bzw. Person in schlechtem Licht, andererseits aber wirkte sie häufig schlecht vorbereitet und schöpfte ihre Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf des Prozesses bei weitem nicht aus. So verpasste sie es, eine/n ExpertIn zum Thema "posttraumatische Reaktionen" zu laden, und sie war nicht in der Lage, unverschämte Fragen der Verteidiger abzuwehren. Sie reagierte vor allem dann scharf, wenn sie bzw. ihre Behörde in die Kritik der Verteidigung gerieten, nicht jedoch, wenn die Verteidigung die betroffene Frau mit verwirrenden, beleidigenden und aggressiven Fragen überhäufte. Diese Stimmung beeinflusste den Prozessverlauf in jeder Hinsicht und machte ihn vor allem für die vergewaltigte Frau schwer erträglich.

Männerbünde im Gerichtssaal

Die juristische Sachlage erschien auf den ersten Blick zumindest relativ klar. Es gab zwei Angeklagte, die zum Teil widersprüchliche Angaben machten, zunächst eine Begegnung mit der Frau abstritten, später Geschlechtsverkehr zugaben und sich die Anzeige der Frau damit erklärten, sie habe Geld von ihnen gewollt und wolle sich nun wohl rächen. Unabhängig davon kam hinzu, dass die ehemalige Lebensgefährtin des Angeklagten Ari zwischenzeitlich ebenfalls Anzeige gegen ihn wegen Vergewaltigung und Körperverletzung erhoben hatte. Unverständlich also auf den ersten Blick, weshalb sich die Verhandlung so lange hinzog. Verständlich wird dies jedoch schnell, betrachtet mensch neben der beschriebenen Grundstimmung die in Vergewaltigungsprozessen übliche Strategie der Verteidigung, die Glaubwürdigkeit der betroffenen Frau in Frage zu stellen. Dazu war den beiden Verteidigern jedes Mittel recht. Sie behielten sich vor, die Frau jederzeit zu befragen, so dass sie zu fast jedem Verhandlungstermin zu erscheinen hatte. Immer wieder wurde sie zu ihren Lebensgewohnheiten, ihrer Familie, ihrer Vergangenheit, ihren Beziehungen, ihrer lesbischen Lebensweise und vergangenen Gewalterfahrungen befragt.

Retraumatisierung durch den Prozess

Die Tatsache, dass sie in der Tatnacht Alkohol konsumiert hatte, stand von Anfang an im Mittelpunkt des Prozesses. Um die Wichtigkeit dessen zu unterstreichen, befand sich von Anfang an ein Gerichtsmediziner,

der 76-jährige Dr. von Karger, als Alkoholgutachter und permanenter Beobachter im Gerichtssaal. Unter medizinisch fragwürdigen Begründungen erlangte er eine Befreiung von der Schweigepflicht der behandelnden Ärzte der Frau, in deren Akten er sodann einen Hinweis auf mögliches Vorliegen eines AGS (adreno-genitales Syndrom; eine Hormonsynthesestörung der Nebenniere mit verminderter Bildung von Kortison und vermehrter Bildung männlicher Geschlechtshormone) fand. Daraufhin scheute er sich nicht, Zusammenhänge zu möglichen Wahrnehmungsstörungen und einer gesteigerten Aggressivität zu konstruieren. Er bescheinigte der Frau ohne jegliche körperliche bzw. psychiatrische Untersuchung "grobe psycho-physiologische Auffälligkeiten" und erfand eine vermeintliche Erklärung für ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre "sexuelle Abartigkeit". Er machte deutlich, dass er sie für nicht glaubwürdig hielt. Bei einer Anzeige wegen Falschaussage könne ihr dann ja auf Grund "krankhafter seelischer Störungen und Abartigkeit" Schuldunfähigkeit bescheinigt werden, was bei gerichtlicher Feststellung einer Psychiatrisierung Tür und Tor öffnen würde. Zwar wurde von Karger drei (!) Wochen später wegen Befangenheit vom Prozess ausgeschlossen, dennoch haben sich seine abstrusen Thesen in den Köpfen der Richter und SchöffInnen festgesetzt. Dies war nur eines der perfidesten Beispiele für die Frauen- und Lesbenfeindlichkeit während dieses Prozesses.

Ein weiterer "Höhepunkt" war die Vorladung eines weiteren Vergewaltigers, des ehemaligen Taxifahrers Frahm aus Bremerhaven, der die Nebenklägerin vor neun Jahren vergewaltigt hatte. Das Verfahren war seinerzeit eingestellt worden, weil Aussage gegen Aussage stand. Einwänden gegen die Zeugenvorladung angesichts fehlenden Zusammenhangs mit dem aktuellen Geschehen und massiver Retraumatisierung der betroffenen Frau wurde seitens der Richter nicht stattgegeben. Auch hier sollte die Glaubwürdigkeit der Frau erschüttert werden und das Bild einer "Männerverführerin" gezeichnet werden, die nach vollzogenen Geschlechtsverkehr die Männer (weshalb auch immer) anzeigt. Der Täter wurde von Richtern und Verteidigern mit großer Sorgfalt behandelt. Die Richter entschuldigten sich für die "Retraumatisierung", die er durch seine erneute Aussage durchlitten habe, und er konnte sich weinend als Opfer präsentieren.

Unmittelbar danach beantragten die Verteidiger die Aufhebung der Untersuchungshaft für ihre Mandanten, da insgesamt ja erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Frau aufgekommen seien und der dringende Tatverdacht gegen die Angeklagten hinfällig sei. Diesem Antrag wurde am 28.2. stattgegeben. In ihrer Begründung formulierten die Richter immer wieder die ihrer Auffassung nach zunehmende Unglaubwürdigkeit der Frau. Sie sahen Widersprüche zwischen ihren Aussagen und denen einzelner ZeugInnen der Verteidigung, deren Aussagen als wahr angesehen wurden. Aussagen der BelastungszeugInnen im Sinne der Anklage wurden nicht gewürdigt. Über wichtige weitere Beweisanträge der Staatsanwaltschaft sowie der Nebenklage war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht entschieden, offensichtlich wurde ihnen keine Bedeutung für das weitere Verfahren beigemessen. Zudem äußerten sie Zweifel an der "Nachhaltigkeit und Erkennbarkeit ihres Abwehrverhaltens". Die Aufhebung der U-Haft war somit als Vorentscheidung auf den Ausgang des Prozesses zu sehen.

Bereits am nächsten Verhandlungstag erschien der durch DNA-Analyse schwerer belastete Angeklagte A. nicht mehr. In der Zwischenzeit erfolgte die zweite Anzeige gegen ihn durch seine ehemalige Lebensgefährtin wegen Vergewaltigung und Körperverletzung. Auch sie wurde daraufhin als Zeugin geladen, zog dann jedoch ihre Aussage vermutlich aus Angst wieder zurück. Die Staatsanwältin versuchte nun, diese für die Anklage sehr wichtige Zeugin unter Druck zu setzen, um sie zur Aussage zu bewegen. Prozesstaktisch ist dies nachvollziehbar, jedoch funktionalisierte sie damit die betreffende Frau und zeigte einmal mehr fehlendes Einfühlungsvermögen in die Lebensrealität von Frauen mit Gewalterfahrung.

Rechtsanwalt Joester hingegen gab sich in diesem Fall sehr "einfühlsam" und setzte sich dafür ein, dass die Frau von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen könne. Auch die Richter zeigten sich sehr "bemüht", ihr diese Möglichkeit zu eröffnen. Damit sie sich nach ihrer für den 19. April terminierten Scheidung von ihrem Noch-Ehemann als Verlobte des Angeklagten Ari auf ihr Zeugenverweigerungsrecht berufen könne, haben Verteidigung und Richter ihre Vernehmung so lange hinausgezögert. Auf Grund der wochenlangen Nicht-Bearbeitung von Beweisanträgen der Anklage und der offensichtlichen Prozessverzögerungen, die der Verteidigung zu Gute kamen, stellte die Nebenanklage einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter. Dieser Antrag wurde am 19.4. "mangels hinreichender Zweifel an der Unparteilichkeit des Richters" abgelehnt. Trotz der Blitzscheidung konnte die Verlobte des Angeklagten Ari sich dann doch nicht auf ihr Zeugenverweigerungsrecht berufen. Sie verweigerte aber dennoch die Aussage unter Berufung auf 55 StPO,

nach der sie sich selbst durch eine solche Aussage belaste. Die Staatsanwaltschaft wird nun ein Verfahren gegen sie wegen Falschanschuldigung einleiten müssen.

Freispruch

für Vergewaltiger

Während des ganzen Prozesses fand weder juristisch noch menschlich die Traumatisierung der vergewaltigten Frau Beachtung. Hingegen wurde kaum eine Möglichkeit der Retraumatisierung ausgelassen. Der Frau wurde ihre Wahrnehmung abgesprochen, ihre Grenzen wurden permanent überschritten, ihre Intimsphäre verletzt, sie wurde immer wieder mit den Tätern und gar einem zusätzlichen Täter aus der Vergangenheit konfrontiert. Die US-amerikanische Psychiaterin Judith L. Herman, die jahrzehntelang mit Überlebenden sexualisierter, häuslicher und politischer Gewalt gearbeitet hat, beschreibt die Dynamik von Vergewaltigungsprozessen folgendermaßen: "Die Versuchung, sich auf Seiten des Täters zu schlagen, ist groß. Der Täter erwartet vom Zuschauer lediglich Untätigkeit. Er appelliert an den allgemein verbreiteten Wunsch, das Böse nicht zu sehen, nicht zu hören und nicht darüber zu sprechen. Das Opfer hingegen erwartet vom Zuschauer, dass er die Last des Schmerzes mitträgt. Das Opfer verlangt Handeln, Engagement und Erinnerungsfähigkeit. Die ersten Verteidigungstaktiken des Täters sind Geheimhaltung und Schweigen. Wenn Geheimhaltung nicht mehr möglich ist, greift der Täter die Glaubwürdigkeit des Opfers an. Wenn er das Opfer ganz und gar nicht zum Schweigen bringen kann, sorgt er so weit wie möglich dafür, dass dem Opfer niemand zuhört. Zu diesem Zweck bietet er ein erstaunliches Arsenal an Argumenten auf, von offenkundiger Ableugnung der Tat bis hin zu ausgefeilten und feinsinnigen Rationalisierungen. Nach jeder Gewalttat sind die gleichen Ausreden zu erwarten: Es ist nie geschehen; das Opfer lügt; das Opfer übertreibt; das Opfer ist selbst schuld." (1)

In den Abschlussplädoyers der Verteidigung wurde die große Öffentlichkeit der Verhandlung bedauert, "auch wenn die Betroffene das genieße"! All diese und noch viele andere Widerwärtigkeiten ließen die Richter stehen und schlossen sich schließlich in ihrer Urteilsbegründung voll und ganz der Strategie der Verteidigung an: mangelnde Glaubwürdigkeit und Alkohol.

Es ist verständlich, zu hoffen, dass in einem juristischen Verfahren den Opfern zugehört und geglaubt wird, dass Täter zum Reden gezwungen werden und angemessen sanktioniert werden, realistisch ist es - und das zeigt nicht nur dieser Prozess - nicht. FrauenLesben müssen anderweitig dafür sorgen, dass sich Täter nirgends sicher fühlen können und dass Opfer nicht schweigen müssen.

Petra Piranja

1) Judith Lewis Hermann: Die Narben der Gewalt. Traumatische Erfahrungen verstehen und überwinden, München 1998, S. 18.

Spendenkonto für Prozesskosten und Öffentlichkeitsarbeit: Verein zur Förderung der Kommunikation unter Frauen e.V.; Kto Nr: 1681873, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101

11. Für Marktwirtschaft und Sozialismus. Die PDS streitet über Wahlstrategie und neue Programmatik

Autor: mb. · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:35

In der PDS geht es in die Vollen. Die "Reformer" blasen zum Angriff gegen Traditionalisten, Systemoppositionelle und die "Parteilinke". Die Führung der Partei will durch diesen Kraftakt der PDS einen festen Platz im bundesdeutschen Parteiensystem sichern. Das ist erst mal gut und nicht schlecht. Ob dabei die Auseinandersetzung um den sozialistischen Charakter der Partei geführt wird, darf allerdings bezweifelt werden. Diese Schlacht ist längst geschlagen.

Lange Zeit war es ruhig in der PDS - zu ruhig, wie viele Parteimitglieder und Beobachter meinten. Schlagzeilen brachte nur die gelegentliche Kritik an der im Oktober vergangenen Jahres neu gewählten Parteivorsitzenden Gabi Zimmer. Sie sei zu farblos, zu wenig mediengewandt, würde die Zügel zu locker halten. Immer wieder kamen Gerüchte auf, Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch würde gezielt in den Gängen des Karl-Liebknecht-Hauses, der Parteizentrale in Berlin, gegen die neue Vorsitzende intrigieren.

Dann kam im April ein mächtiger Dreierschlag, der wie schon lange nicht mehr der PDS Aufmerksamkeit weit über die eigene Anhängerschaft hinaus bescherte: die Vorstellung der Wahlkampfstrategie, die Erklärung von Gabi Zimmer und der Berliner Landesvorsitzenden Petra Pau zur Vereinigung von SPD und KPD zur SED (siehe nebenstehenden Artikel) und die Vorlage des Entwurfs eines neuen Programms.

Anfang April stellte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in Berlin den Entwurf der "Wahlstrategie der PDS 2001/2002" vor. Darin nimmt sich die Partei vor, um den "dritten Platz im bundesdeutschen Parteieinsystem" zu kämpfen. Der Kampf um den dritten Platz sei ein Zeichen von Stärke und ein realistisches Ziel, heißt es in dem Papier. Mehr als 6 Prozent der Wählerstimmen will die Partei bei den Bundestagswahlen 2002 erzielen. Vier Jahre zuvor hatte sie 5,1 Prozent erreicht und lag damit hinter den Bündnisgrünen (6,7) und der FDP (6,2). Drei Themen will die PDS dabei in der Vordergrund stellen und darin "für einen Politikwechsel eintreten: in der Sozialpolitik, bei einer friedlichen, gewaltfreien Außenpolitik und bei der Entwicklung Ostdeutschlands". (PID, 25/2001) Für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im kommenden Jahr heißt die Zielmarge 20 Prozent (1998: 19,6); damit soll die Voraussetzung geschaffen werden, "die Landespolitik stärker als in den zurückliegenden Jahren" zu prägen. Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2002 sollen 25 Prozent der Wählerstimmen (1998: 24,4) erreicht werden, damit die PDS "als gleichberechtigter Partner die Regierungskoalition mit der SPD fortsetzen" kann.

Die PDS will

dritte Kraft werden

Für Aufregung sorgte Bartsch mit seiner Äußerung, eine Koalition mit der SPD auf Bundesebene könne "Resultante" des Wahlergebnisses 2002 sein - in der Folge distanzierten sich zahlreiche Mitglieder des Parteivorstandes von dieser Aussage. Von "gewissen Wahrnehmungsproblemen des Bundesgeschäftsführers" war sogar die Rede. Gabi Zimmer stellte klar, es gebe ihrer Ansicht nach derzeit "keine Voraussetzung" für eine Regierungsbeteiligung der PDS nach der Bundestagswahl. Eine Beteiligung an der Bundesregierung sei erst möglich, "wenn die PDS mehr politischen Einfluss hat". (ND, 14.4.01) Im Entwurf der Wahlkampfstrategie liest man hierzu: "Die Bundestagswahl 2002 wird keine Wechselwahl. Mehrheitlich ist die Stimmung pro Schröder und für die SPD als führende Regierungspartei. Die SPD hat alle machtpolitischen Optionen, sie könnte 2002 mit jeder Partei koalieren. Wir sagen: Wer eine bessere Politik will, muss dafür sorgen, dass die Enttäuschung über rotgrüne Regierungspolitik zu mehr linken Stimmen führt und nicht zu mehr Stimmen für die CDU." Die Parteivorsitzende interpretiert diese Textstelle so: Die PDS sei "nicht die Westentaschenreserve von Schröder."

Der Parteivorständler Dieter Dehm erklärte, eine Koalition mit einer Partei, "die einen Krieg vom Zaun bricht und Arbeitslose zu Faulenzern erklärt", könne er sich nicht vorstellen. Und er gab zu bedenken, dass die Partei von Rot-Grün enttäuschte Wähler nur dann "mobilisieren" könne, wenn "wir resolut Front machen gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung". Deutliche Worte also, sollte man meinen, die das Gerede einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene - für die Landesebene sieht das ganz anders aus - für absurd

erklären. Gleichwohl sahen sich die Parteistrategen im Karl-Liebknecht-Haus genötigt, im Entwurf für eine Wahlstrategie auch auf das Verhältnis zur SPD einzugehen, und dabei wurden versöhnlichere Töne angeschlagen: "In der Bundesrepublik ist mit der SPD nicht der unversöhnliche politische Gegner an der Regierung, sondern eine konkurrierende Partei, mit der wir teilweise zusammen regieren und mit der wir in Kooperation stehen müssen, wenn wir in absehbarer Zeit Veränderungen ernsthaft durchsetzen wollen. Nicht ein anderes Lager, sondern Verschiebungen zum und im Mitte-Links-Spektrum sind realistischer Weise in Deutschland erstrebenswert."

Hier schimmert schon durch, was den Entwurf für ein neues Parteiprogramm prägt, der am 27. April zeitgleich der Öffentlichkeit, dem Parteivorstand und der Programmkommission vorgestellt wurde. "Das noch nicht abgesegnete Programm entsorgt ideologische Altlasten und bittet die SPD zum Tanz", so brachte die FR - sichtlich angetan - den Inhalt auf den Punkt. (28.4.01) In einem wahren Husarenstreich hatte Gabi Zimmer zuvor - mit der Unterstützung des neuen Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion Roland Claus - den Zeitplan der Programmdiskussion über den Haufen geworfen. Die Diskussion um ein neues Programm wurde nach den Bundestagswahlen 1998 von den "Reformern" auf die Agenda der Partei gesetzt. Grundlagen für die Diskussion sollten durch eine Programmkommission erstellt werden, der neben VertreterInnen des Parteivorstandes auch GenossInnen der Kommunistischen Plattform (KPF), des Marxistischen Forums, der Ökologischen Plattform, der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA und der Jugendstrukturen in und bei der PDS angehörten.

Im Vorfeld des 6. Parteitags in Münster legte die Mehrheit der Programmkommission "Thesen zur programmatischen Debatte" vor. Michael Benjamin (KPF), Uwe-Jens Heuer (Marxistisches Forum) und Winfried Wolf gaben ein Minderheits-"Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS" ab. (vgl. ak 437) Zu diesem Zeitpunkt war schon offensichtlich, "dass es in der Partei einen erheblichen Klärungsbedarf zu Grundsatzfragen gibt", wie es in einem Beschluss des Münsteraner Parteitags zur Weiterführung der Debatte hieß. Notwendig sei deshalb "eine breite demokratische Diskussion in der Partei selbst ohne die Zwänge kurzfristiger Termine". Insofern solle im Herbst dieses Jahres der 7. Parteitag "über den zeitlichen Verlauf der Programmdebatte entscheiden".

Lob des Unternehmertums

Anfang Januar entschied der Parteivorstand allerdings, bis April "Grundlinien" zu erarbeiten; im März wurde Gabi Zimmer beauftragt, bis zu diesem Zeitpunkt den Entwurf eines neuen Programms vorzulegen. "Drei Monate, nachdem sie die Leitung der Programmkommission übernommen hat, präsentiert sie einen Entwurf, der sich sehen lassen kann", schwärmt die FR. "Vorgänger Bisky war es nie gelungen, die Selbstblockade des Gremiums zu durchbrechen und jene fundamentalistische Minderheit in die Schranken zu weisen, die ein neues Programm zu fürchten hat." (28.4.01)

Die Autoren des Papiers sind André Brie, lange Zeit PDS-Wahlkampfleiter und heute Europaabgeordneter der Partei, sein Bruder Michael Brie, der der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorsteht, und Dieter Klein, Leiter der PDS-Grundsatzkommission. Alle drei sind prominente Vertreter der Konzeption eines "modernen Sozialismus", einer intellektuellen Reformströmung innerhalb der SED, die Ende der 80er Jahre entstand. Deren zentrale Fragestellung lautete, wie man eine Gesellschaft der westlichen Moderne durch schrittweisen Ausbau ihrer zivilisatorischen Errungenschaften und Zurückdrängen ihrer zivilisationsgefährdenden Potentiale transformieren könne.

Wohin das im aktuellen Programmentwurf führt, brachte die FAZ auf den Punkt: "Programmentwurf der PDS balanciert Marktwirtschaft und Sozialismus." In einem theoretischen Pendelschlag betont der "Dreimännerbund" (Winni Wolf) in Frontstellung zum staatssozialistischen und autoritären Erbe der SED, das weite Teile der PDS-Mitgliedschaft nicht missen möchten, die Begriffe der Freiheit und der politischen Liberalität. Bei dem Versuch, "libertären und egalitären Sozialismus" zu verbinden, verschwimmt allerdings eine antikapitalistische Zielstellung. Da heißt es dann: "Jeder Schritt realer Bewegung, durch den der Zugang zu den Grundbedingungen individuellen Lebens egalitärer gestaltet wird, jeder Schritt zu einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Verfügung über Eigentum ist für uns ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und in Richtung Sozialismus." Wen wundert's, dass man dann auch "Unternehmertum" und "Gewinninteresse" als "wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz" lobt und beschwörend auf die durch das Grundgesetz gebotene "Sozialpflichtigkeit des Eigentums" verweist.

Solche Argumentationsmuster durchziehen den gesamten Entwurf. Insofern klingt die Aussage, die PDS wolle "diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden", irgendwie schal. Wenn in dem Entwurf davon die Rede ist, dass "sozialistische Politik immer Realpolitik " sein müsse, so kann man dem nur zustimmen. Aber Realpolitik heißt doch nicht, - und hier muss man nicht nur auf den Programmentwurf, sondern auch auf die reale Politik der PDS verweisen - einseitig Vorleistungen in Richtung der politischen Mitte zu bringen.

Das Dilemma

der linken KritikerInnen

"Es sind der allgemeine Kurs der Sozialdemokratisierung, aber vor allem diese Anbiederung zum prinzipienlosen Mitregieren und damit die Selbstaufgabe als sozialistische Partei, weswegen der von einem Dreimännerbund erstellte Programmentwurf abgelehnt werden muss", schrieb Winni Wolf am 2. Mai in der jungen Welt. Notwendig sei deshalb, dass die Parteilinke einen Gegenentwurf "in Kontinuität" zum geltenden PDS-Programm vorlege. Auf das Dilemma einer Linken, die sich weder von Anhängern eines autoritären Staatssozialismus, noch von den PDS-"Reformern" vertreten fühlt - ein Dilemma an der bislang jede linke Blockbildung innerhalb der PDS gescheitert ist -, wies Michael Gärtner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, hin: "Man will einerseits nicht mit Leuten in einem Boot sitzen - Wagenknecht und anderen -. die ein rückwärts gewandtes, staatssozialistisches und bürgerrechtsfeindliches Gesellschaftsmodell vertreten, andererseits will man auch nicht die Politik der ‚SED-Reformerfraktion` absegnen, die zunehmend den Eindruck von Wahrnehmungsstörungen bei der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse vermittelt." (Freitag, 4.5.01)

Die Situation in der PDS ist verfahren. Seitdem SPD und Grüne die Bundesregierung stellen, ist Platz für eine linke reformistische Partei entstanden, die in der sozialen Fragen sowie außen- und friedenspolitisch auf alternativen Lösungen beharrt. Alle Versuche der PDS - die im Osten zum einen eine 20-Prozent-Partei ist, zum anderen von einem tief verankerten Etatismus geprägt ist - sich hierauf zu konzentrieren, können nicht schaden. Die Utopie einer radikalen Umwälzung der herrschenden Verhältnisse ist momentan selbst für eine radikale Linke nicht greifbar. Insofern wäre angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Existenz einer sozialdemokratischen Partei, die diesen Namen verdient, kein Fehler. Ob der aktuelle Programmentwurf dafür eine Grundlage sein kann, bleibt offen. Entscheidend dabei wird sein, wie und mit welchen Argumenten sich die KritikerInnen in die Debatte einmischen.

mb.

Anmerkung:

Die "Wahlstrategie der PDS 2001/2002" und das "Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf)" können unter

www.pds-online.de abgerufen werden.

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe hat die "Parteilinke" einen eigenen Programmentwurf vorgelegt. Dieser ist ebenfalls unter

www.pds-online.de abrufbar.

12. Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Geschichte lässt sich nicht aufrechnen

Autor: Petra Pau und Gabi Zimmer · Rubrik: PDS; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:24

DOKUMENTATION

Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt

Geschichte lässt sich nicht aufrechnen

Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer und die Landesvorsitzende der PDS-Berlin, Petra Pau, erklären zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD:

In kaum einem zweiten Land ist das Verhältnis linker Strömungen und Parteien untereinander so belastet, wie in Deutschland. Wunden, die man sich im 20. Jahrhundert schlug, hinterließen Narben und gegenseitiges Misstrauen.

Die gemeinsame Geschichte belastet die Gegenwart. Noch immer abrufbereit sind die Verantwortung von Gustav Noske für die Ermordung der KPD-Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Tausenden Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Weimarer Republik unter sozialdemokratischen Regierungen als politische Gefangene in Haft geworfen wurden, der "Blut-Mai" des Jahres 1929. Ebenso präsent ist die verheerende Sozialfaschismusthese der damaligen KPD, die mit Zwang einhergehende Vereinigung von KPD und SPD sowie die Verfolgung von Sozialdemokraten durch die SED. Beispiele nur, die nicht verdrängt werden sollen und ohnehin verschiedenen Bewertungen unterliegen.

Auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 hatte sich die SED beim "Volk der DDR" dafür entschuldigt, "dass die ehemalige Führung der SED unser Land in" eine "existenzgefährdende Krise geführt hat". Dazu stehen wir und wir meinen aus heutiger Sicht: Dies sollte die Vereinigung von KPD und SPD einschließen. Denn die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen.

Wir erwarten übrigens von der Sozialdemokratie keine Abbitte für Handlungen, mit denen sie der deutschen Linken Schaden zugefügt hat. Geschichte lässt sich nicht gegenseitig aufrechnen, Ablassrituale machen sprachlos, sie haben nichts mit historischer Aufarbeitung zu tun.

Nach den Erfahrungen des Jahres 1933 und mit der folgenden nationalsozialistischen Barbarei war der Drang nach einer wieder vereinigten Arbeiterbewegung in Deutschland weit verbreitet, übrigens nicht nur in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Gründung der SED war historisch erklärbar, sie war von vielen gewollt und vollzog sich regional sehr unterschiedlich.

Zugleich verweisen Historiker darauf: Skeptisch waren seinerzeit keineswegs nur "rechte", argwöhnisch waren vor allem "linke" Sozialdemokraten, darunter viele ehemalige Anhänger der KPD. Sie hatten in den zwanziger Jahren erlebt, wie in der KPD demokratischer Meinungsstreit ausgeschaltet und die Partei einer stalintreuen Linie unterworfen wurde. Nun befürchteten sie hinter der Vereinigung erneut eine Vereinheitlichung nach stalinistischen Prinzipien, so, wie sie auch in anderen osteuropäischen Staaten vonstatten ging.

Viele, die sich damals dem Zusammenschluss von KPD und SPD verweigerten, bezahlten das mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, nicht wenige mit dem Leben. Auf der 13. Tagung des Parteivorstands der SED 1948 drängte Wilhelm Pieck: "Wir haben ... sehr viele Kräfte in unserer Partei, die innerlich noch nicht von der Notwendigkeit der Vereinigung überzeugt waren ..." Fortan trat ein, was linke Einheitsgegner 1945/46 befürchtet hatten. Sozialdemokraten in der SED wurden gedemütigt und verfolgt, ebenso kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder von KPDO, SAP, die sogenannten Westemigranten, schließlich nicht wenige, die in der Nazi-Zeit in KZ und Zuchthäusern für ihre Ideen gelitten hatten.

All das gehört zur widersprüchlichen Geschichte. Die PDS hat sich ihren Anteil 1989/90 bewusst aufgebürdet, um einen Neuanfang zu wagen, einen besseren. Sie trägt an ihm, schwer. Zugleich halten wir es für schlicht ahistorisch, wenn konkurrierende Parteien uns die Vergangenheit und sich die Zukunft verordnen wollen.

Zumal die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts, die Verwirklichung von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, noch immer einer Lösung harrt, und zwar weltweit.

Auch deshalb ist uns eine grundsätzliche Lehre wichtig. Die Linke ist plural und auch nur so in der Lage, eine offene Gesellschaft erfolgreich zu verändern. Das Unglück der Linken ist nicht, dass sie in verschiedenen Parteien agieren. Die Misere der Linken ist ihre Spracharmut miteinander.

Petra Pau und Gabi Zimmer

13. Der Zukunft zugewandt. PDS und SED: Die Partei, die Partei, die hat (n)immer recht

Autor: Js. · Rubrik: PDS; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:18

Die SPD lobt, die Basis tobt - und die staatstragende Presse höhnt. Die Erklärung der PDS-Führungsgenossinnen Petra Pau und Gabi Zimmer, in der sie sich für die SED-Gründung entschuldigen, hat voraussehbare und überwiegend beabsichtigte Reaktionen ausgelöst. Eine wirkliche Debatte über die Umstände des Zusammenschlusses von KPD und SPD hat bisher nicht stattgefunden. Vermutlich war das aber auch gar nicht bezweckt.

Wenn der zentrale Satz einer politischen Erklärung schwammig und interpretationsbedürftig ist, dann fällt es schwer, mangelnde sprachliche Kompetenz dafür verantwortlich zu machen. Da die Erklärung der Genossinnen Pau und Zimmer mit Sicherheit länger beraten und sorgfältig redigiert wurde, ist die Ungenauigkeit der Aussage wohl beabsichtigt. Zimmer und Pau zitieren die Entschuldigung der SED vom Dezember 1989 dafür, "dass die ehemalige Führung der SED unser Land in" eine "existenzgefährdende Krise geführt hat"; im unmittelbaren Anschluss schreiben sie: "Dazu stehen wir und wir meinen aus heutiger Sicht: Dies sollte die Vereinigung von KPD und SPD einschließen." Der Adressat der Entschuldigung - 1989 war es das mittlerweile ausgestorbene "Volk der DDR" gewesen - bleibt ebenso unklar wie deren Inhalt. Dass "die Gründung und Formierung der SED auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen" wurde, dürfte in der PDS weitgehend unumstritten sein. War die SED-Gründung deshalb von vornherein falsch? War sie der erste Schritt in die unvermeidliche "existenzgefährdende Krise" des Jahres 1989?

So unklar die Aussage, so offensichtlich ist das Motiv: Die PDS findet es politisch klug, sich für Vorgänge aus den Jahren 1945/46 zu entschuldigen, um mit der SPD ins Geschäft zu kommen. Franz Münteferings positive Reaktion folgte unmittelbar nach der Pressekonferenz der Genossinen Pau und Zimmer: Mit der Entschuldigung habe die PDS eine "langjährige, berechtigte Forderung der Sozialdemokraten" erfüllt.

Dabei hatten Pau und Zimmer vor der Presse ebenso eifrig wie erfolglos versucht, Spuren zu verwischen. Sie seien überrascht von dem großen Medieninteresse an einem "historischen Thema", die Erklärung richte sich in erster Linie an die PDS-Mitgliedschaft, und eine Pauschalverurteilung der SED-Gründung ("Zwangsvereinigung") sei nicht beabsichtigt. Allein, große Teile der Mitgliedschaft reagierten gereizt, wie etliche wütende LeserInnenbriefe an junge Welt und Neues Deutschland zeigen. Die Kommunistische Plattform (KPF) scheint erstmals mehrheitsfähig; sie ruft zum innerparteilichen Widerstand: "Wehren wir uns innerhalb der PDS gegen einen Kurs, der ihre Identität zur Disposition stellt!" Das klingt nicht unsympathisch - wenn damit der Schmusekurs gegenüber der SPD gemeint ist. Denn realpolitisch sind einseitige Vorleistungen generell nicht besonders klug. Und in dem vorliegenden geschichtspolitischen Zusammenhang ist es geradezu aberwitzig, Fehler und Verbrechen der KPD/SED zu bekennen und gleichzeitig der SPD Generalabsolution zu erteilen für die von ihr zu verantwortenden Bluttaten der Jahre 1919 und 1929. "Das ist Selbstverleugnung", schreiben die Mitglieder der Kommunistischen Plattform - wo sie recht haben, haben sie recht.

Zu vermuten ist allerdings, dass die Definition der KPF, was denn zur "Identität" der PDS gehören müsse, mehr als problematische Elemente enthält. Der Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED sei nicht nur "historisch erklärbar", sondern auch "historisch notwendig" gewesen. Notwendig im Sinne von alternativlos war er, weil er im Interesse der sowjetischen Besatzungsmacht und auch der KPD lag, die auf diesem Wege aus ihrer Minderheitenposition zur dominierenden Kraft wurde. Dass mit der SED-Gründung die "Lehren aus der Niederlage gegen den Faschismus" gezogen und die "Spaltung der Arbeiterbewegung" überwunden worden wäre, wie die KPF-AutorInnen schreiben, ist aber denn doch eine zu naive Interpretation, zumindest im Jahre 2001. Wohl gab es an der kommunistischen wie an der sozialdemokratischen Parteibasis nach 1945 ein ernsthaftes Einheitsstreben, wurde auch kein Sozialdemokrat zum Eintritt in die SED gezwungen - weshalb die Kampfparole "Zwangsvereinigung" zum Verständnis der Ereignisse von 1945/46 nicht dienlich ist.

Das SED-Erbe und die "Identität" der PDS

Aber die SED-Gründung war kein "historisch notwendiges" Ereignis im Sinne eines "Voranschreitens" oder gar "Sieges" der Arbeiterbewegung. Die Floskel von den "Lehren aus der Niederlage gegen den Faschismus" hilft da auch nicht weiter: Die vor 1933 - aus unterschiedlichen Gründen - gescheiterte "antifaschistische Einheitsfront" war nach 1945 auch mit zwei, drei oder noch mehr Arbeiterparteien möglich. Und zumindest in der Rückschau war die Gründung der "Einheitspartei", die zur Staatspartei wurde, ein Hindernis für einen "demokratischen Sozialismus" in der DDR. Die bürgerlichen "Blockparteien" waren für die SED keine Konkurrenz, eine sozialdemokratische Partei - neben der SED oder der KPD - hätte es sein können. Sie war nicht zugelassen, "Sozialdemokratismus" wurde ein Grund für den Ausschluss aus der SED und Schlimmeres. Auch die Agententätigkeit des illegalen "Ostbüros" der SPD, an die in der jungen Welt erinnert wird, rechtfertigt nicht die Kriminalisierung jeglicher sozialdemokratischer Aktivitäten.

Eine ernsthafte Diskussion über die Anfänge der DDR wäre heute keineswegs akademisch - wenn grundsätzliche Fragen wie Koalitionsfreiheit und Parteienpluralismus im Sozialismus ebenfalls thematisiert würden. Wie es scheint, hat in der PDS von denen, die sich jetzt öffentlich artikulieren, daran kaum jemand Interesse. Die einen sorgen sich um die - ihrer Ansicht nach vor allem historisch begründete - "Identität" der Partei, die anderen wollen die lästige Vergangenheit entsorgen, um eine vermeintlich bessere Zukunft im Schlepptau der SPD zu beginnen.

Js.

Ein ausführlicher Artikel zu den Umständen der SED-Gründung erschien in ak 390 (2.5.1996): "Die Jubilarin ist schon gegangen. Anmerkungen zur SED-Gründung vor 50 Jahren"

14. Türkei: Zwischen Militär, IWF und Filz

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:41

Die Zinsenfalle hat jetzt auch

die Türkei erreicht. Das Militär musste sich erstmalig den ökonomischen Zwängen unterwerfen und seine Offensive im Nordirak beenden. Kleinhändler und Mittelstand gehen auf die Straße.

Der türkische Staat ist pleite.

Die Linke ohne Konzept.

Den Zustand des türkischen Staates hat der Chefredakteur der linksliberalen Tageszeitung Radikal recht treffend beschrieben: "Wenn wir von Istanbul aus blicken, so neigen wir dazu, dieses Staat genannte Monstrum als ein ganzes, darüber hinaus als ein überaus seltsames Etwas zu sehen, das alles begreifen, planen, manipulieren kann und Augen und Ohren überall hat. Jedoch in Ankara kann jeder, der es versteht, den Staat von innen zu betrachten, sehen, dass der Staat in der Türkei eine Konföderation ist, die durch die Koalition von mehr als drei Kräftegruppen gebildet wird."

Filz aus Staat und Banken

Diese drei Hauptgruppen, die den Staat lenken, sind rasch aufgezählt: das Militär, ausländische Mächte, insbesondere der IWF und die Parteiführer mit Anhang und Klientel. Gegen das Wort der Generäle geht nichts in Ankara. Sie beschließen über ihren Etat selbst, und wenn die Politik aus ihrer Sicht in eine gefährliche Richtung geht, greifen sie ein. Sei es, dass sie putschen oder den Ministerpräsidenten durch Drohungen zum Rücktritt zwingen, wie 1997 den Islamisten Necmettin Erbakan. Historisch sind das Ausland und das Militär immer die Mächte gewesen, die der Türkei Reformen beschert haben. Im Moment drängen die EU und vor allem der IWF auf Reformen. Der IWF, der als Kreditgeber weit mehr Einfluss hat als die nicht immer ernst genommene EU, regiert zur Zeit ziemlich direkt in die Türkei hinein. So weit, dass er den ehemaligen Weltbankmitarbeiter und neuen Superwirtschaftsminister Kemal Dervisch der Regierung Ecevit aufgenötigt hat.

Damit führt der IWF einerseits der immer wieder zu demokratischen Spielregeln ermahnten Türkei vor, dass diese nur einseitig gelten. Andererseits rückt er damit dem alten Filz aus Politik und Staatswirtschaft noch gefährlicher auf den Pelz. Wie dieser Filz funktioniert und warum er das Land auf Dauer in eine Katastrophe treiben muss, wird immer deutlicher. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Kontrolle bzw. Nichtkontrolle des Bankensystems durch die Politiker. Zunächst sind da die staatlichen Banken, die dazu gebraucht werden, heimlich Subventionen an Wählergruppen zu verteilen, ohne dass die Sache gleich im Etat auffällt. Ein gutes Beispiel war der Aufstand der Kleinhändler im März und April dieses Jahres. Als es der Regierung zu bedrohlich wurde, beschloss sie, den Kleinhändlern die Steuern zu stunden und den Zins für ihre Kredite auf den Satz vor dem Beginn der akuten Finanzkrise, nämlich auf 55% zu senken.

Das hat sicher viele Menschen vor dem Ruin bewahrt. Dafür muss aber der Staat für die Differenz zwischen dem allgemeinen Zinsniveau und den 55% aufkommen. Der Staat selbst zahlt derzeit für seine Anleihen zwischen 150 und 190 % Zinsen. Das ganze ist also ziemlich kostspielig. In der gleichen Weise wird die Landwirtschaft mit verbilligten Krediten subventioniert. Gleichzeitig kauft der Staat den Landwirten ihre Produkte zum Teil zu einem Preis weit über dem Weltmarktpreis ab. Was zu viel ist, wird angekauft und dem Volk mit aufwendigen Werbekampagnen aufgedrängt oder vernichtet - wie der große Kartoffelberg, der hier letztes Jahr vernichtet worden ist. Von diesem System profitieren vor allem die in der Politik gut vertretenen Großgrundbesitzer.

Bänker machen Politik

Man könnte nun meinen, die Privatisierung der Banken würde dem Missbrauch ein Ende setzen, doch das ist keineswegs so. Zunächst entscheidet die Politik darüber, wer eine staatliche Bank erwerben darf. Die Bankaufsicht verbleibt allerdings unter ihrer Kontrolle. Die drückt dann eben mal beide Augen zu, wenn sie bemerkt, dass ein frisch gebackener Bankier das ganze Geld seiner Kunden ohne Sicherheit an die eigenen

Firmen verleiht. Das geschieht entweder offen oder oberflächlich getarnt über extra zu diesem Zweck gegründete sogenannte Off-Shore-Banken im türkischen Teil Zyperns. Nebenbei bemerkt, wird der Chef der Zentralbank des nur von der Türkei anerkannten türkischen Staates in Nordzypern von Ankara eingesetzt. Die Opfer der auch auf der Insel virulenten Bankenpleiten werden ebenfalls von Ankara in Raten entschädigt, wodurch die ökonomische Abhängigkeit der Inseltürken weiter zementiert wird.

Hat man nicht genug Geld in der eigenen Bank oder will die Sache noch besser kaschieren, so bürgt die eigene Bank lediglich für Kredite anderer Banken an die eigenen Firmen. Murat Demirel, der Neffe des gleichnamigen Staatspräsidenten, brachte es sogar fertig, eine Bank mit ihren eigenen Bürgschaften zu kaufen, d.h. mit nichts - außer seinem guten Namen. Mit diesen Methoden werden große Firmenimperien aufgebaut, und wenn es der Eigentümer nicht übertreibt und seine Firmen auch noch gute Gewinne abwerfen, so mag das auch mal gut gehen. Wenn nicht, so bricht das ganze mit lautem Knall zusammen und der Staat muss einspringen, weil er für die Bankeinlagen haftet.

Mit der Privatisierung der Banken einher ging die Übernahme der Medien durch die Inhaber von Privatbanken. Ende der neunziger Jahre hatte diese Entwicklung seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Neun landesweite Fernsehkanäle waren in der Hand von Bankiers, zwei von ihnen gaben nebenher noch rund 80% der türkischen Zeitungen heraus.

Die Banken machen ihre Gewinne hauptsächlich mit staatlichen Anleihen. Ein Jahrzehnt lang lieh sich der Staat sein Geld zu Zinsen, die im Schnitt 32% über der Inflationsrate lagen. So machte er die Banken und solvente Privatleute immer reicher. Weil die horrenden Zinsen nur noch zum Teil mit den Einnahmen zu bezahlen waren, wurde und wird der Schuldenberg, den der Staat vor sich her schiebt, immer größer. Machten die Zinszahlungen des Staates 1990 noch 32% der Steuereinnahmen aus, waren es 1999 bereits 72% und seither ist die Quote weiter gestiegen. Wenn 100% erreicht sind, wird dieser Kreislauf endgültig zum Circulus vitiosus, in dem der Staat, selbst wenn er sein gesamtes Personal entlässt und nichts mehr investiert, aus dem Bezahlen der Schulden nicht mehr herauskommen. Dass es bisher nicht ganz so weit gekommen ist, liegt daran, dass es noch ein Ventil gibt, nämlich staatliche Monopolbetriebe, die ihre Preise ohne Konkurrenz erhöhen können, was allerdings Inflationsdruck erzeugt. Auf diese Weise wird ein Teil der Last wieder auf die Allgemeinheit abgewälzt. Dies führt dazu, dass nicht nur die Zinsen, sondern auch die Realzinsen, d. h. der Abstand zwischen Zins und Inflation kräftig ansteigt, denn in den Zins muss ein höheres Inflationsrisiko eingespeist werden.

Dieses System aus Politik und Wirtschaft, zu dem auch noch die weit verbreitete Vetternwirtschaft und Korruption zu rechnen wäre, ist extrem krisenanfällig. Solche Krisen gab es 1994, 1999 (damals verstärkt, aber nicht ausgelöst durch zwei schwere Erdbeben) und jetzt wieder. Dabei sind solche Krisen zugleich der Augenblick, in dem die Umverteilung intensiviert und die Rechnung denen präsentiert wird, die nicht von dem System profitieren.

Nehmen wir als Beispiel die letzte große Krise, die am 19. Februar diesen Jahres begann. Der Anlass war relativ zufällig, ein Streit zwischen Ministerpräsident Bülent Ecevit und Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer. Sezer bestand darauf, dass Korruptionsaffären untersucht werden, die Ecevit, um seine Koalition nicht zu gefährden, unter den Tisch kehren wollte. Schließlich warf der gelernte Jurist Sezer sogar die Verfassung durch den Raum in Richtung Ecevit. Dieser rächte sich wie ein kleiner Junge, trat vor die Presse, erzählte, was hinter verschlossenen Türen geschehen war und sagte, es gäbe nun eine große politische Krise. Innerhalb von Stunden wurden riesige Lira-Beträge in Dollar eingetauscht. Nachdem die Leute ihr flüssiges umgetauscht hatten, begann man sich Geld für den Umtausch zu leihen und so wurden die Zinsen in astronomische Höhen getrieben. Der IWF glaubte, die Lage sei nicht mehr zu retten und wollte, dass der starre Wechselkurs der Lira aufgegeben und diese so abgewertet würde. Die türkische Regierung weigerte sich, und die Zentralbank bot an, durch Ausgabe von mehr Lira die Zinsen zu senken und so die auf der politischen Ebene bereits entschärfte Krise langsam abzukühlen. Angesichts der katastrophalen Folgen, die die Abwertung dann hatte, war der Vorschlag der türkischen Seite wohl vernünftiger, zumindest aber einen Versuch wert. Allerdings ist die Frage, ob es alle Vertreter der türkischen Seite mit ihrem dreitägigen Widerstand gegen die Forderung des IWF ernst meinten. Zumindest der Chef der Zentralbank Gazi Ercel hatte sofort sein eigenes Geld ebenfalls in Dollar getauscht. Das zeigt, dass derjenige, der in einem solchen Moment die richtigen Informationen hat, auch den größten und sichersten Gewinn einfährt, weil er weiß, wann er auf Devisen und wann auf Zinsen setzen soll. Und vielleicht hätte sich die Lage ja auch nach dem Streit zwischen Ecevit und Sezer wie nach einem

Sturm im Wasserglas wieder beruhigt, wären ein paar Leute weniger sicher gewesen, dass die Abwertung tatsächlich kommt.

Die Zinsenfalle ist zugeschnappt

Die Situation ist nun noch verfahrener als vorher. Zum einen stößt das Umverteilungssystem, das zwischen der Politik und ihren Nutznießern in der Türkei filzt, allmählich an Grenzen. Die Schulden des Staates und der Banken sind zu hoch. Im Ausland kann kein Geld mehr geliehen werden, denn die Kreditwürdigkeit der Türkei ist nur noch eine Stufe über den sogenannten Junkbonds. Ohne neue Kredite muss aber jede 7. Lira, die dieses Jahr in der Türkei erwirtschaftet wird, alleine für Rückzahlungen und Zinsen im Ausland bezahlt werden. In dieser Rechnung sind die Auswirkungen des Dollarkurses, der seit Februar um 70% gestiegen ist, noch nicht einmal berücksichtigt und ebenso wenig die enormen internen Schulden.

Vielleicht nicht weniger schlimm ist der verborgene Machtkampf zwischen zwei der in Ankara regierenden Mächte, dem IWF und dem Filz. Die Reform des Bankensektors und anderes, was der IWF will, gehen dem Filz entschieden an seine Quellen, und gleichzeitig wäre ein Erfolg des Wirtschaftsministers Kemal Dervisch auch eine zu große Blamage für die beim Volk ohnehin in Ungnade gefallenen Politiker. Was liegt da näher, als öffentlich Ja zu den Reformen zu sagen, sie aber zu verschleppen und zu hintertreiben, sozusagen "Politik nach Vorschrift" zu machen, bis das Volk den erfolglosen Minister zurück nach New York oder zum Teufel wünscht? Unterdessen beginnt man schon mal ein bisschen weiter am Nationalismus zu köcheln, die Suppe gibt es dann sehr heiß, aber mit wenig Brot.

Jan Keetmann

15. Opfer werden zu TäterInnen gemacht. Prozess gegen kurdische Frauen in Istanbul

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:36

Am 21.3.2001 begann in Istanbul der Prozess gegen die kurdischen Frauen, die im Juni 2000 auf einem öffentlichen Kongress ihre Folterer der sexuellen Gewalt angeklagt hatten. Die Frauen wurden angeklagt, da dies eine Diffamierung des türkischen Staates sei. Im Folgenden dokumentieren wir einen Prozessbericht. Der Text ist redaktionell überarbeitet worden.

Es war auffällig viel Presse zum Prozessbeginn erschienen - selbst die ARD hatte ein Fernsehteam vor Ort. Der Verhandlungssaal war so groß, dass gerade eben alle anwesenden angeklagten Frauen dort Platz hatten. Das Gericht sträubte sich nicht dagegen, dass die Presse im Raum blieb und auch Filmaufnahmen machte. Die Tür zum Gerichtssaal blieb offen, so dass draußen im Gang alles zu hören war.

Die ZuschauerInnen wurden nicht daran gehindert, auf dem Boden zu sitzen, und einige Personen aus der Delegation saßen aus Platzmangel mit auf der Anklagebank. Dass dies vom Gericht nicht unterbunden wurde, ist erfreulich und notwendig: rein rechtlich gesehen, weil das Gericht Öffentlichkeit herstellen muss. Normalerweise interessiert die türkischen Gerichte jedoch nicht, ob für die Öffentlichkeit ausreichend Platz vorhanden ist.

Das Verfahren begann mit der Verlesung einer Nachtragsanklage: In der bisherigen Anklageschrift wurden 16 Menschen angeklagt, mit der Nachtragsanklage wurden drei weitere Frauen angeklagt, so dass es nun 19 Angeklagte sind (achtzehn Frauen und ein Mann).

Zusätzlich angeklagt wurde Fatma Deniz Polattas. Sie war zusammen mit einer 16jährigen nach einer Festnahme schwer gefoltert und vergewaltigt worden. Gegen Fatma Deniz Polattas wurde ein Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eröffnet, und sie war zu 12 1/2 Jahren Haft verurteilt worden. Seit zwei Jahren befindet sich Fatma Deniz Polattas nun im Gefängnis, sie kann daher unmöglich im Juni 2000 auf dem Kongress aufgetreten sein. Sie wird aber in der Nachtragsanklage beschuldigt, dort gesprochen zu haben. Sie soll gesagt haben, dass sexuelle Folter und Vergewaltigung durch Polizei, Militär und Spezialeinheiten systematisch angewandt werden.

Der Richter verlas im weiteren Verlauf der Verhandlung einen Beweisbeschluss, der prüfen soll, ob sich die Angeklagte tatsächlich in Haft befand.

Die Rechtsanwältin Keskin erinnerte daran, dass die Vergewaltiger derjenigen Frauen, die auf dem Kongress von selbst erfahrener sexuelle Folter sprachen, angezeigt wurden und dass diese Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Hierzu wurde ein Beweisbeschluss gemacht: Es soll festgestellt werden, ob die Verfahren gegen die Vergewaltiger noch anhängig sind.

Das Gericht beschied mehrere gestellte Anträge negativ, so entschied es unter anderem, dass die beiden angeklagten Anwältinnen auf dem Kongress nicht in ihrer Funktion als Anwältinnen, sondern als Individuen gesprochen haben und deshalb keine gesonderte Erlaubnis für deren Strafverfolgung einzuholen ist.

Die einzelnen Angeklagten erhielten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör. Als erste sprach Frau Nasli Top. Ihr wird vorgeworfen, beschrieben zu haben, wie sie auf dem Kongress 1992 festgenommen und schwer gefoltert wurde. Sie sei über Tage aufgehängt, mit Elektroschocks gefoltert und anschließend mit einem Stock vergewaltigt worden. Sie hat das alles während des Prozesses wiederholt, sie bestätigte, dass ihr das passiert ist. Sie sprach weiter davon, dass sie gegen die Folterer Anzeige erstattet hat, aber dieses Verfahren habe mit einem Freispruch geendet. Dieses Urteil ist auch rechtskräftig. Frau Top sagte, für sie bedeutete der Freispruch des Täters, dass sie damit zur Schuldigen gemacht wurde. Für sie ist es nach wie vor wichtig, über das zu sprechen, was sie erlebt hat. Sie will dazu beizutragen, dass anderen nicht das Gleiche passiert. Die Eröffnung des jetzigen Verfahrens ist für sie ein zweiter Freispruch für die Täter.

Anschließend sprach Frau Fatma Karakas. Sie sagte, dass mittlerweile bekannt und durch Dokumente und Urteile des Europäischen Menschengerichtshofes belegt ist, dass in der Türkei systematisch gefoltert wird und sexuelle Folter an Frauen dazu gehört. Das, was sie auf dem Kongress gesagt hat, war die Darstellung der

herrschenden Realität, was mit vielen Dokumenten zu belegen ist. Ihre Absicht war, Realität darzustellen und nicht den Staat zu verunglimpfen. Realität ist auch, dass insbesondere kurdische Frauen sexuell gefoltert werden.

Auch Nahide Kilic bestätigte, dass sie weiterhin zu ihren Aussagen stehe, nämlich dass es systematische sexuelle Folter gibt, von der insbesondere kurdische Frauen betroffen seien.

Nach ihr wiederholte Sultan Secil, dass sie 1997 von fünf bis sechs Beamten vergewaltigt wurde. Damals wurde sie zusammen mit Asiye Güzel festgenommen, die auch vergewaltigt wurde. Asiye Güzel hatte ein psychologisches Gutachten erhalten, daraufhin wurde ein Verfahren gegen die Folterer eingeleitet. Seit vier Jahren warten die beiden Frauen auf ein Ergebnis, das Verfahren ist jedoch bis heute nicht abgeschlossen. Sultan Secil war auf dem Kongress als Gesprächsleiterin tätig und hatte die Folter, die sie erleben musste, daher nicht auf dem Kongress erzählt. Trotzdem wird ihr jetzt vorgeworfen, auf dem Kongress darüber gesprochen zu haben.

Danach sprach Frau Zeynel Ovaoglu. Sie wiederholte, was sie auf dem Kongress gesagt hatte. Das alles ist dokumentiert, deswegen gehe sie davon aus, dass das nicht strafbar ist, was sie getan habe.

Nachdem manche der Frauen ihre Aussage gemacht haben, fasste das Gericht mehrere Beschlüsse: So sollen alle Angeklagten zur nächsten Hauptversammlung geladen werden, Vorstrafenregister sollen angefordert werden, es soll geklärt werden, ob Fatma Polattas zur Zeit des Kongresses in Haft war. Zur weiteren Verhandlung sollen Akten anderer Prozesse hinzugezogen werden. Der Prozess wurde auf den 21.6.2001 vertagt.

Seit fast vier Jahren gibt es in Istanbul ein Menschenrechtsprojekt speziell für Frauen: "Rechtliche Hilfe für Frauen, die von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell misshandelt wurden". Vier Anwältinnen, darunter Eren Keskin, Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IHD Istanbul und die deutsche Juristin Jutta Hermanns, bieten den betroffenen Frauen Hilfe an. Durch die Arbeit der Anwältinnen wird versucht, Bewusstsein über das Unrecht sexueller Folter zu entwickeln und die Frauen zu ermutigen, ihre Folterer anzuzeigen.

Im Juni 2000 fand in Istanbul ein von mehreren Frauengruppen organisierter Kongress gegen sexuelle Misshandlung und Vergewaltigung in der Türkei und Kurdistan statt. Auf dem Kongress sprachen Vertreterinnen von Frauengruppen sowie betroffene Frauen.

Im November 2000 eröffnete die Staatsanwaltschaft Beyoglu in Istanbul ein Verfahren gegen 16 Frauen, die den Kongress organisiert bzw. an ihm teilgenommen hatten. Die Anklage lautete auf "Verunglimpfung und Verleumdung des Staates und seiner Sicherheitsorgane". Die Strafandrohung betrug zwischen einem und sechs Jahren Haft. Unter den Angeklagten befinden sich drei Frauen, die auf dem Kongress über die von ihnen erlebte sexuelle Folter berichteten, und die Anwältin Fatma Karakas, die eine allgemeine Auswertung der Arbeit des Projektes vortrug.

16. Frauen müssen ihr Schweigen brechen. Interview mit Nasli Top

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:37

Wir dokumentieren hier Auszüge aus einem Interview mit Frau Nasli Top, eine der im Prozess angeklagten Frauen. Das Interview wurde im Anschluss an den Prozess am 21.03.2001 geführt. Frau Nasli Top hatte auf der Konferenz im Juni 2000 über selbst erlebte sexuelle Folter berichtet.

Frage: Wie schätzen Sie den Ausgang des Verfahrens ein? Rechnen Sie mit einer Verurteilung?

Frau Nasli Top: In der Türkei kommt es in Verfahren, in denen es darum geht, dass staatliche Organe verunglimpft oder beleidigt worden sein sollen, immer wieder zu Verurteilungen. Andere sollen abgehalten werden, sich ähnlich öffentlich zu äußern. In diesem Verfahren kann das auch eintreten. Ich denke, es hängt vom weiteren Verlauf des Verfahrens ab, von der Öffentlichkeit, die hergestellt werden kann, insbesondere auch im Ausland und es hängt von der Unterstützung ab. Dann kann es sein, dass die Türkei Kritik aus dem Ausland vermeiden will und es zum Freispruch kommen kann. Wenn es kaum Öffentlichkeit gibt, kann es gut sein, dass zumindest symbolisch gegen manche von uns Strafen ausgesprochen werden.

Erfahren Sie als Angeklagte aus Istanbul und innerhalb der Türkei eine breite Unterstützung?

Im Verhältnis zu ähnlichen Verfahren und Situationen in der Vergangenheit muss ich sagen, dass es relativ viel Aufmerksamkeit gibt. Wenn man sich aber vor Augen hält, welche Dimension dieses Verfahren hat, lässt die Solidarität doch zu wünschen übrig. Man muss das aber auch im Zusammenhang mit der generellen politischen Situation in der Türkei sehen: die Angriffe auf die Haftanstalten, was an Politik gegen die Gefangenen betrieben wird, oder dass heute in Istanbul wieder Newroz (1) verboten wurde. (...)

Gab es schon einmal Verfahren gegen Frauen, die sexuelle Folter öffentlich angeprangert haben?

Dies ist das erste Mal, dass ein Strafverfahren in diesem Zusammenhang eingeleitet wurde. Ich persönlich spreche seit 1992 darüber, dass ich gefoltert und unter Folter vergewaltigt wurde, ich habe sehr oft darüber geredet. Ich bin deswegen nie angeklagt worden.

Was immer wieder passiert, ist dass Frauen, die das veröffentlichen oder Anzeige erstatten, bedroht, auf der Straße verfolgt und erneut festgenommen und gefoltert werden. Dass es Hausdurchsuchungen gibt und sie auf diese Art und Weise davon abgebracht werden sollen zu reden. Aber in Form eines Strafverfahrens ist es das erst Mal.

Werden Frauen durch diesen Prozess abgeschreckt oder ermutigt, über sexuelle Folter zu sprechen und Täter anzuzeigen?

Bisher traf die Repression die Frauen, die sich individuell gewehrt haben. Das jetzige Strafverfahren ist eine organisierte Form von Einschüchterung. Die Botschaft des Staates ist klar: Alle Frauen und Männer, die es wagen, eine Bestrafung der Folterer einzufordern und die Verbrechen zur Sprache bringen, werden ein zweites Mal verletzt, in dem eine Anklage erfolgt. Es ist eine widersprüchliche Situation. Aber ich denke, dass dieses Verfahren auch genau das Gegenteil bewirken kann. Dass es Frauen dazu ermutigen kann, endlich ihr Schweigen zu brechen und die Bestrafung der Täter einzufordern. Dass es Frauen den Weg zeigen kann, wenn sie sehen, wie wir uns in diesem Verfahren verhalten.

Es kommt sicherlich auf den weiteren Verlauf des Verfahrens an. Insbesondere ob in der Öffentlichkeit eine große Unterstützung hergestellt wird. Wenn betroffene Frauen, die bis jetzt noch nicht geredet haben, sehen, sie sind nicht alleine, andere sind da, die hinter und neben ihnen stehen, hier und im Ausland, dann kann es das Gegenteil bewirken.

Welche Erwartungen haben Sie an uns?

Wir finden es insbesondere wichtig, dass im Ausland Druck auf die eigene Regierung ausgeübt wird. Diese müssen die verantwortlichen Stellen in der Türkei kritisieren. Das Ausland soll nicht immer die staatlichen Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen, sondern das hören, was die Betroffenen von Folter und Vergewaltigung

zu sagen haben. Dies soll zur Grundlage der Außenpolitik gemacht werden. Wir hoffen, dass die offiziellen Stellen im Ausland dieses Verfahren beobachten.

Es ist ja nicht so, dass dies ein einzelner herausragender Prozess ist. Er ist Teil einer Gesamtsituation hier in diesem Land. Ich erwähnte ja schon die Lage der Menschen, die in Haftanstalten und nach wie vor im Hungerstreik sind. Während der Verlegung in andere Haftanstalten wurden viele gefoltert und vergewaltigt. Diese Sachen gehören zusammen. Man muss sich auch um die Menschen kümmern, die bis jetzt nicht die Chance hatten, auch nur einen Arzt oder Ärztin zu sehen und sich das attestieren zu lassen, was ihnen in der Zeit nach der Erstürmung der Gefängnisse geschehen ist. Auch dazu sollte im Ausland gearbeitet werden.

Anmerkungen:

1) Newroz ist das kurdische Neujahrsfest

17. Die Gefangenen sterben. Todesfasten in der Türkei - der Staat verweigert Verhandlungen

Autor: ga. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:43

Nach fast sechs Monaten Hungerstreik und Todesfasten in den Gefängnissen der Türkei hat sich die Zahl der Toten auf über 50 erhöht - über 30 von ihnen wurden bei dem Überfall durch Polizei- und Militärkräfte vom 19. bis 22. Dezember 2000 getötet. Viele der weit über Tausend am Todesfasten beteiligten Gefangenen und Angehörigen stehen an der Schwelle zum Tod. Der größte Teil von ihnen hat schon jetzt irreparable Gesundheitsschäden davongetragen. Der Staat zeigt keinerlei Verhandlungsbereitschaft. Das Knastprogramm soll durchgesetzt werden, schließlich will sich die Türkei an europäische Verhältnisse anpassen - warum also dabei nicht mit den Gefängnissen anfangen.

In den Gefängnissen der Türkei sind 71.000 Gefangene inhaftiert, davon 46.000 aus politischen Gründen. Unter ihnen sind etwa 13.000 Mitglieder aus linken und kurdischen Organisationen. Seit dem 20. Oktober 2000 sind ca. 2.000 der politischen Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik gegen die Einführung der Hochsicherheitsgefängnisse (F-Typ-Gefängnisse) getreten. Am 18. November, dem 30. Tag des Hungerstreiks, haben die ersten (etwa 250) Gefangenen mit dem Todesfasten begonnen.

Der Staat verweigerte zuerst jede Form von Verhandlungen. Erst nachdem öffentlicher Druck aufgebaut werden konnte und die ersten Toten zu befürchten waren, nahm der Justizminister am 9. Dezember Gespräche auf. Die Verlegung sollte ausgesetzt werden, bis Mitglieder von Menschenrechtsgruppen mit den Gefangenen einen Kompromiss ausgehandelt haben. Es sollte ein öffentlicher Konsens gefunden werden. Am 15. Dezember wurden diese Gespräche ohne Begründung abgebrochen, und vier Tage später reagierte der Staat mit einem Massaker an den Gefangenen. Vom 19. bis 22. Dezember 2000 griffen Polizei- und Militärkräfte die hungerstreikenden Gefangenen in 20 Gefängnissen an. Nach drei Tagen war das letzte Gefängnis gestürmt. Unter den Gefangenen gab es mehr als 30 Tote - erschlagen, erschossen, bei lebendigem Leib verbrannt. Hunderte Gefangene wurden in die neugebauten Isolationsknäste verschleppt - gegen deren Einführung sich der Hungerstreik und das Todesfasten richtet - und dort erneut misshandelt. Offizielle Erklärungen der Regierung versuchen die Übergriffe zu vertuschen und die getöteten Gefangenen als Selbstmörder hinzustellen. Dafür wurden Videos, Tonbänder und Zeitungsartikel gefälscht. Der Innenminister gab bekannt, dass der Staat sich auf die Erstürmung der Gefängnisse seit Monaten vorbereitet habe - also auch parallel zu den Gesprächen, in denen angeblich nach einem öffentlichen Konsens gesucht wurde. Nach dem Überfall auf die Gefangenen im Dezember haben sich immer mehr Gefangene und Angehörige sowohl dem Hungerstreik, als auch dem Todesfasten angeschlossen.

Die jetzige Situation bahnte sich seit langem an, nachdem die türkische Regierung am 6. Januar 2000 ein Dekret veröffentlichte, in dem sie öffentlich erklärte, dass bis Mai die Isolationsgefängnisse vom Bautyp F, dem sogenannten Europa-Standard, in Betrieb genommen werden sollen. Jedes dieser Gefängnisse wird bis zu sechs Millionen Dollar kosten. (Siehe auch ak 440 vom Juli, ak 442 vom September und ak 445 vom Dezember 2000) In den Anfang der 90er erbauten Prototyp - den Knast Eskisehir - wurden schon im Sommer 1991 Gefangene verschleppt. Hungerstreiks und andere Proteste konnten erreichen, dass Eskisehir für politische Gefangene wieder geschlossen wurde. Inzwischen gibt es sechs weitere Isolationsgefängnisse. Kartal in Istanbul wurde als erstes Isolationsgefängnis belegt. Darüberhinaus sollen noch weitere sechs neue Gefängnisse innerhalb der nächsten Jahre gebaut werden. Von Anbeginn war deutlich, dass die Gefangenen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Verlegung in die geplanten Hochsicherheitstrakte verweigern würden. Schon im Sommer letzten Jahres gab es vereinzelte Hungerstreiks.

Die Verlegung in die neuen Gefängnisse, die vom Staat als modern und europäisch bezeichnet und gepriesen werden, bedeuten für die Gefangenen ein noch größeres Ausgeliefertsein. Die - zugegebener Maßen nicht unbedingt unseren Vorstellungen entsprechenden - engen, lauten und sicherlich auch hygienisch schlechten Zustände in den mit bis 60 Gefangenen belegten Massenzellen bieten dem einzelnen oft Schutz vor Übergriffen und Folter, die in türkischen Gefängnis an der Tagesordnung sind. Nur dort ist es möglich, verletzte oder verzweifelte Gefangene zu versorgen und zu betreuen. Nur in diesem Umfeld ist es möglich, die politische Identität zu erhalten und sich politisch fortzubilden und auszutauschen. Gerade diese politische Stabilisierung der Gefangenen will der Staat mit der Zerschlagung der Großzellen bezwecken. Und nicht

zuletzt steigen für den Staat die Chancen, unter den Gefangenen Verräter und Spitzel leichter zu finden, wenn sie in Einzelzellen - isoliert von den anderen Gefangenen - aufgesucht und unter Druck gesetzt werden können.

Ob die Europäische Union drückt ... Ob sich die Regierung von der Einführung der neuen Gefängnisse verspricht, europäisch genormt auftreten zu können und so weitere Kredite erbetteln zu können... Ob einfach nur das Kräfteverhältnis zwischen Gefangenen und Staat zur Zeit so eingeschätzt wird, dass die Verlegungen in die neuen Gefängnisse durchgesetzt kann - who knows. Frühere Versuche waren am Widerstand der politischen Gefangenen gescheitert. So passt in die jetzige Krisensituation die Propaganda der Medien, die die Reform des Vollzugssystems einerseits als Modernisierung und Anpassung an europäische Maßstäbe anpreisen und gleichzeitig kräftig gegen die politischen Gefangenen Stimmung machen und den Sozialneid schüren, indem sie die neuen Gefängnisse als Luxushotels beschreiben. In einer Zeit der Inflation und größer werdenden sozialen Not greifen solche Parolen leicht und entziehen den Gefangenen mit Sicherheit einen Teil der notwendigen Solidarität.

Die türkischen Medien berichteten groß über die modernen und luxuriösen Zellen in den neuen Gefängnissen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Einzelzellen, 24-Stunden Einschluss, Essen durch eine Klappe in der Stahltür, kein Tageslicht, Sichtblenden, kein Kontakt zu Mitgefangenen, mit Stacheldraht überdachter Freiganghof, Besuch eine halbe Stunde pro Woche, Verbot von Lebensmittelpaketen. Diese Aufzählung gleicht den Isolationshaftbedingungen in bundesrepublikanischen Knästen vermutlich bis in die Zeichensetzung. Die Berichte über die im Luxus lebenden RAF-Gefangenen sind noch allzu bekannt.

Um weitere Tote zu verhindern, muss der türkische Staat mit allen Mitteln unter Druck gesetzt werden, die Verlegung der Gefangenen in die neuen Knäste zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Gemeinsam mit VertreterInnen von Menschenrechtgruppen, AnwältInnen und Angehörigen muss ein Konsens gefunden werden. Die Zeit drängt, die Gefangenen und ihre Angehörigen, die im Hungerstreik oder im Todesfasten sind, haben keine Zeit mehr, zu warten.

ga., 3.5.2001

Yeni Gündem titelt: "Das ist F-Typ: Vergewaltigung mit Knüppeln, angepinkelt werden, Schläge, nackt ausgezogen werden, zum Singen der Nationalhymne gezwungen werden, Stiefel küssen, Isolation in Zellen. Was den Gefangenen im Anschluss an die Operation (gemeint ist der 19.12.2000; Anm. ak) in den F-Typ-Gefängnissen angetan wird, erinnert an die Zeit des Putsches."

TAYAD und weitere Angehörige bitten um ein Gespräch mit Staatspräsident Sezer. Der Präsident antwortet nicht. Der Generaldirektor der Straf- und Haftanstalten, Ali Suat Ertosun, erklärt: "Es wird keinen Dialog geben. Geht hin und überzeugt eure Kinder. Sie sollen vom Todesfasten absehen. Es wird keine Verhandlungen geben."

Die Staatsanwaltschaft verfügt, dass die Autopsieprotokolle der am 19. Dezember getöteten Gefangenen unter die "Geheimhaltung der Vorermittlungen" fallen und verweigert den Rechtsanwälten die Einsicht. Die Untersuchung wird ausschließlich von Polizisten geführt, die an der Militäroperation teilnahmen.

Die Polizei beschlagnahmt bei der Überführung von Ankara nach Istanbul auf der Autobahn die Leiche von Cengiz Soydas und zwingt die Angehörigen, die genaue Uhrzeit des späteren Begräbnisses nicht bekannt zu geben. Später werden 225 Personen festgenommen, die an dem Begräbnis teilnehmen wollen.

"Europa"-Gefängnisse

Im Rahmen der F-Typ-Kampagne hat die Initiative Libertad! eine informative Ausstellung erstellt. Dreizehn, zum Großteil farbige Tafeln im DIN-A1-Format befassen sich mit den Hintergründen der in der Türkei geplanten Einführung der neuen "Europa"-Gefängnisse. Das bisherige türkische Knastsystem kennt als Standard keine Einzelhaft. In der Türkei sind die Haftbedingungen ohnehin menschenunwürdig, Folter, Demütigungen und wiederholte Übergriffe auf die Gefangenen sind an der Tagesordnung. Einzel- und Isolationshaft wären eine zusätzliche Qual. International wird, wenn auch in vielen Staaten praktiziert, Isolationshaft als "weiße Folter" geächtet. Die Ausstellung versucht diese Zusammenhänge mit Texten, Zitaten und Erläuterungen und vielen Fotos deutlich zu machen.

Die Ausstellung informiert über die Haftsituation und die Vorhaben der türkischen Regierung. Im Rahmen einer Ausstellung gelingt es natürlich nicht, alle Aspekte auszuführen. Obwohl die Tafeln viel Text beinhalten, ist die Ausstellung auch gut geeignet, Interesse zu wecken. So kann sie in Infoläden, "Dritte-Welt"-Häusern, Kommunikations- und Kulturzentren, Kirchengemeinden, Veranstaltungsvorräumen, universitären Einrichtungen usw. gezeigt werden. Zu den deutschsprachigen Texten auf den Tafeln gibt es türkische Übersetzungen. Ein farbig gedruckter Katalog enthält Abbildungen der Tafeln, samt türkischer Übersetzung, Einleitung und Hintergrundartikel zur aktuellen Situation in der Türkei.

Libertad! stellt diese Ausstellung interessierten Gruppen für ihre Aktivitäten zur Verfügung. Die Ausstellung kann ausgeliehen oder gekauft werden. An der Ausstellung Interessierte melden sich bitte bei Libertad!, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt oder über www.libertad.de.

18. Antifa hat Kontakt aufgenommen. Ein Kongreßbericht

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:25

Es sollte der Auftakt für die Neuorganisierung der gesamten linksradikalen Antifaszene in Deutschland sein. Erwartungsgemäß wurde daher auf dem Antifa-Kongress vom 20. bis 22. April in Göttingen die Auflösung der AA/BO bekannt gegeben. Vom angekündigten Gründungsprozess eines neuen linksradikalen Organisationsansatzes bleibt jedoch vorerst nur eine neue Zeitschrift.

Über mangelndes Interesse konnten sich die VeranstalterInnen sicherlich nicht beschweren: Mit weit über 600 TeilnehmerInnen waren die verschiedenen Kongress-Veranstaltungen meist überfüllt, bei den Auftaktveranstaltungen mussten im großen Hörsaal der Göttinger Universität viele Anwesende sogar auf dem Boden Platz nehmen. Die Erwartungen an den Kongress waren bei vielen der Angereisten im Vorfeld hoch gewesen. Schließlich versprach das Programm viele spannende Diskussionen zu Stand und Perspektiven der antifaschistischen Bewegung und der radikalen Linken in Deutschland: "Welche Organisationsform braucht die Antifa", "Kann Antifa mehr als eine Jugendbewegung sein?", "Wie kann die Antifa eine antikapitalistische Praxis entwickeln?" oder "wie sieht eine europäische Perspektive des linksradikalen Widerstandes aus?" waren nur einige von vielen Fragen, die auf dem Kongress behandelt werden sollten.

Diese hohen Erwartungen konnte der Kongress nicht erfüllen. Dazu lagen vielleicht auch die Ausgangspunkte zwischen TeilnehmerInnen und den veranstaltenden Gruppen zu weit auseinander. Die Autonome Antifa (M) Göttingen, das Bündnis gegen Rechts (BgR) Leipzig und die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) hatten nicht weniger erhofft, als mit dem Kongress eine inhaltliche und organisatorische Neukonstituierung der linksradikalen Antifa einläuten zu können. Nicht zuletzt deswegen hatten sie gleich zu Beginn des Kongresses nach einer Auswertung des autonomen Antifaschismus der letzten 15 Jahre die Auflösung der AA/BO bekannt gegeben. Das über viele Jahre festgeschriebene Image der BO sollte einer neuen Phase linksradikaler antifaschistischer Organisierung nicht im Weg stehen.

Doch sehr schnell zeigte sich, dass auf dem Kongress kaum eine gemeinsame Diskussionsgrundlage vorhanden war, zu unterschiedlich waren theoretische Standpunkte, politische Strategien und intellektuelles Niveau der anwesenden Gruppen: Von leninistischen und maoistischen über antiimperialistische und antideutsche bis hin zu autonomen und projektanarchistischen Vorstellungen war so ziemlich alles vertreten, was sich selbst als radikal links begreift. Die Diskussionen drohten daher immer wieder, ins ziellos Beliebige abzudriften.

Konsumhaltung statt

Engagement

Während die Diskussion über eine linksradikale Neuorganisierung im wesentlichen auf ein Forum der Antifa (M) beschränkt blieb, sorgten im Publikum vor allem diejenigen Veranstaltungen für Verwirrung und Widerspruch, auf denen die ReferentInnen offen eingestanden, über keine Erfolg versprechenden Patentrezepte für revolutionäre Prozesse zu verfügen. So versuchte z.B. das von Einzelpersonen aus der AAB organisierte Forum "Macht revolutionärer Antifaschismus dumm?" die Entwicklung linker Revolutionstheorie anhand leninistischer, kritisch theoretischer und postmoderner Konzeptionen nachzuzeichnen. Ihre These: Die Geschichte der Revolutionstheorie ist keine Durchsetzungs-, sondern eine Zerfallsgeschichte: Denn während die leninistische Revolutionstheorie noch in der Lage war, ein revolutionäres Subjekt sowie ein klares Programm für die gesellschaftliche Umwälzung zu benennen, sieht die weitaus skeptischere Kritische Theorie nur noch die Möglichkeit, in der radikalen Kritik der herrschenden Verhältnisse, also in der Negation, einen revolutionären Gehalt zu bewahren. In der postmodernen Beliebigkeit schließlich verschwindet jegliche Form von Revolutionstheorie endgültig. Obwohl die beiden Referenten diese Entwicklung revolutionärer Theorie keineswegs begrüßten, sahen sie sich doch nicht in der Lage, ihren endgültigen Zerfall z.B. über eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit dem Postmodernismus zu hinterfragen. Für die politische Praxis forderten sie, den Antifaschismus vom revolutionären Impetus zu befreien. So problematisch die theoretische

Unentschiedenheit der beiden Referenten und ihre Schlussfolgerungen für die politische Praxis auch waren, so gehörte die Veranstaltung zumindest dem intellektuellen Anspruch nach zu den Glanzlichtern des Kongresses.

Mit Spannung war auch jene Veranstaltung erwartet worden, auf der die AAB ihren heftig umstrittenen Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen innerhalb der eigenen politischen Zusammenhänge zur Diskussion stellen wollte. Letztlich verlief die Diskussion weniger tumulthaft, als viele zuvor befürchtet hatten. Lediglich einige "Revolutionäre KommunistInnen", eine dogmatisch autoritäre Splittergruppe aus Berlin, sah in diesem Forum noch einmal eine Chance, sich durch Einhacken auf die AAB als ihren langjährigen politischen Hauptfeind zu profilieren.

Als eine unglückliche Programmgestaltung erwies sich die zeitliche Überschneidung zweier Podien, die sich beide mit verschiedenartigen inhaltlichen Neuansätzen einer linksradikalen Antifa beschäftigten: Die vom BgR Leipzig zusammen mit der bundesweiten Grenzcampvorbereitung organisierte Veranstaltung sollte dazu beitragen, die jahrelange Kluft zwischen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen zu beseitigen. Diese Hoffnung bekam auf der Veranstaltung jedoch einen Dämpfer. So entzündete sich ein Konflikt zwischen Flüchtlingsinitiativen und linksradikalen Gruppen etwa an der Frage, ob eine Einzelfallbetreuung von Flüchtlingen ein notwendiger Bestandteil einer antirassistischen Praxis sei oder als perspektivloses Abarbeiten an Symptomen begriffen werden müsse.

Streit zwischen Antifa und Antira

Viel Lob erhielt dafür die zur gleichen Zeit stattfindende Podiumsveranstaltung der AAB zur sogenannten "Antiglobalisierungsbewegung". Markus Wissen vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft nahm die schillernde Protestbewegung etwas genauer unter die Lupe und arbeitete drei unterschiedliche Strömungen heraus: Zum Ersten systemkonforme Lobby-NGOs, die über ein enormes Detailwissen über die Abkommen und Regelwerke von Weltbank, IWF und WTO verfügen, aber nur Vorschläge zu marginalen Verbesserungen an einzelnen Punkten unterbreiten. Zum Zweiten eine linkskeynesianische Strömung, die zwar den Neoliberalismus scharf kritisiert, über Forderungen nach einer staatlichen Regulierung des globalen Kapitalismus jedoch nicht hinausgeht. Zum Dritten das antiinstitutionalistische Spektrum, das klar antikapitalistisch ausgerichtet ist, jedoch oft zum theoriearmen Eventhopping neigt. Michael Heinrich, Redakteur der PROKLA, versuchte im Anschluss, einige für viele GlobalisierungsgegnerInnen typische Fehleinschätzungen zu korrigieren. Entgegen der Annahme, die Globalisierung produziere eine besonders entfesselte Form des Kapitalismus oder bedeute gar dessen finale Krise, betonte Heinrich, dass der Kapitalismus lediglich zu seiner normalen Verlaufsform zurückkehre. Der nachkriegsbedingte Wirtschaftswunderkapitalismus, der zumindest in den Metropolen keine ernsthaften Krisen kannte, Vollbeschäftigung garantierte und eine stetige Reallohnerhöhung möglich machte, sei stets nur eine historische Ausnahmesituation gewesen. Ob es mit den "Antiglobalisierungsprotesten" gelingt, eine breite antikapitalistische Bewegung zu reorganisieren, oder ob die Proteste zum routinierten Begleitprogramm eines jeden Gipfels verkommen, bleibt abzuwarten.

Wenig Interesse an einer Neuorganisation

Weitere Veranstaltungen zu "Widerstand in der Überwachungsgesellschaft", "Wohin entwickelt sich die BRD?" oder "Pop-Antifa, Mainstream und linke Kultur" ergänzten das breite Themenspektrum. Doch so informativ einige Veranstaltungen auch waren, von einem wirklichen Neuanfang linksradikaler (Antifa-)Politik kann nach dem Kongress keine Rede sein. Die KongressbesucherInnen verharrten zumeist in einer abwartenden Konsumhaltung, so dass das einzige konkrete Ergebnis eigentlich schon vor dem Kongress feststand: Eine neue Zeitschrift mit dem Namen Phase 2 soll in Zukunft die Beiträge und Debatten zum angestrebten Neukonstituierungsprozess bündeln. Ob die Zeitschrift angesichts des anhaltenden Sterbens linker Zeitungsprojekte wirklich eine dauerhafte Perspektive hat, ist allerdings fraglich.

Gemessen am eigenen Motto "Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen" war der Kongress dennoch ein Erfolg. So ist es den OrganisatorInnen zumindest gelungen, eine Vielzahl an antifaschistischen Gruppen zu einer Diskussion über die politischen Perspektiven der radikalen Linken zusammenzubringen. Der Kontakt ist wieder hergestellt, was sich daraus ergibt, wird sich auf dem Nachbereitungstreffen am 14. Juli in Leipzig zeigen.

Joachim Kolb

19. "Selbstkritik wäre angebracht." Interview mit den OrganisatorInnen des Antifa-Kongresses

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:28

Joachim Kolb sprach mit Viktor Neuss (Antifa M Göttingen), Jana Rudisleben (BgR Leipzig) und Maren Wilke (Antifaschistische Aktion Berlin) über den Verlauf und die Perspektiven des Kongresses.

ak: Hat der Kongress Eure Erwartungen erfüllt?

Viktor: Nicht so ganz! Unsere Hoffnung war ja, ähnlich wie schon beim Antifa-Camp 1998, alle aktiven Gruppen noch mal an einen Tisch zu kriegen, um den Neuorganisierungsprozess weiter voranzutreiben. Leider hat sich jedoch gezeigt, dass sich viele Gruppen hauptsächlich regional verorten und kein großes Interesse haben, sich zu diesem Organisierungsprozess zu äußern.

Jana: Dass über 600 Leute kamen, zeigt ja schon, dass es grundsätzlich ein großes Interesse an linksradikaler Politik gibt. Schade war allerdings, dass die TeilnehmerInnen mit ihren Diskussionsbeiträgen meist nur als Einzelpersonen aufgetreten sind. Man hatte überhaupt nicht den Eindruck, an dem Kongress nehmen politische Gruppen teil, die sich im Vorfeld auch inhaltlich mit den Themen auseinandergesetzt und dazu eigene Positionen ausgearbeitet haben, die sie auch präsentieren könnten.

Maren: Das lag aber zum Teil auch an der unglücklichen Konzeption. Der Kongress sollte gleich drei Funktionen auf einmal erfüllen: Zum Ersten alle Leute, die an Antifa-Politik interessiert sind, zusammenbringen, also ein möglichst breites Forum bieten, zum Zweiten über neue Inhalte linksradikaler antifaschistischer Politik diskutieren und zum Dritten die Neuorganisierung der systemoppositionellen Linken initiieren. Auf dem Kongress war zu beobachten, dass wirklich alle, die sich als linksradikal begreifen, sich nunmehr der Antifa zurechnen. Antifa gilt inzwischen als der Politikbereich, in dem sich für radikale Linke noch etwas ausrichten lässt. Da kamen dann eben eingefleischte Klassenkampf-Apologeten genauso wie überzeugte Antiimps, die sich noch immer hauptsächlich an den nationalen Befreiungsbewegungen orientieren. Mit einem derart breiten Spektrum war jedoch ein einheitliches Diskussionsniveau von vorne herein nicht möglich, die Diskussion blieb oft schon bei der Debatte um Begrifflichkeiten, z.B. dem jeweiligen Staatsverständnis hängen.

Ein anderer Kritikpunkt war - und da müssen wir uns als VeranstalterInnen auch an die eigene Nase packen: Mit der Auflösung der AA/BO wäre eine selbstkritische Auswertung angebracht gewesen. Stattdessen wurde auf dem Kongress einfach noch mal ihre Geschichte referiert.

Der Kongress war bestimmt von Referaten Eurer Gruppen. Diese Vortragsstruktur ließ den TeilnehmerInnen wenig Möglichkeiten für eigene Beiträge.

Jana: Es stimmt, die Referate waren zu lang, dadurch gab es zu wenig Raum für Diskussionen. Die Workshops sollten eigentlich diesen Raum bieten, was aber nur bei einem Teil gelungen ist.

Maren: Das Problem war, dass es keine wirkliche inhaltliche Schwerpunktsetzung gab. In dem Fall wäre es möglich gewesen, den anderen Antifa-Gruppen entsprechendes Material zukommen zu lassen, damit sich alle schon im Vorfeld auf den gleichen Diskussionsstand bringen können. Der Kongress war also von vorneherein mehr auf breite Vermittlung, als auf Diskussion angelegt.

Viktor: Aber wir wollten ja gerade, dass sich möglichst alle Interessierten und nicht nur ausgewählte Gruppen am Kongress beteiligen können. Bei über 600 TeilnehmerInnen ist ein konstruktiver Diskussionsprozess ohne ausgearbeitete Vorträge einfach kaum möglich. Wichtig ist jetzt, wie es weiter geht. Der Kongress soll ja nur der Auftakt und nicht das Ende der Diskussionen über eine Neubestimmung linksradikaler Politik sein.

Ein Schwerpunkt des Kongresses sollte der Neuorganisierungsprozess der radikalen Linken sein. Auf dem Kongress war davon wenig zu merken. Gibt es derzeit überhaupt genügend Interesse an einer bundesweiten Organisierung?

Maren: Wenn man allein die auf dem Kongress vertretenen Gruppen zum Maßstab nimmt, ist es in der Tat schwierig, einen dafür ausreichenden Resonanzboden auszumachen. Insofern finden wir es wirklich fraglich, ob es sinnvoll ist, so viel Gewicht auf diesen Organisierungsprozess zu legen.

Viktor: Der Kongress war ja nur der Auftakt für den Neuorganisierungsprozess, und die Auflösung der BO war diesbezüglich ein deutliches Angebot an alle linksradikalen Gruppen. Aber ein Kongress, auf dem unterschiedliche Themen vor einem großen Publikum diskutiert werden, kann und sollte auch kein Gründungstreffen sein. Das hätte bedeutet, den Kongress unzulässig zu instrumentalisieren.

Jana: Es hat sich sehr schnell gezeigt, dass es einen enormen Diskussionsbedarf zu den unterschiedlichen Themen gibt. In dieser Situation plötzlich die Organisierung in den Vordergrund zu stellen, hätte bedeutet, diese Diskussionen abzuwürgen. Das war ja gerade eine Kritik, die die BO nicht ganz zu Unrecht immer zu hören bekam. Immerhin haben insgesamt 25 Gruppen ihr Interesse am Nachbereitungstreffen zum Kongress am 14. Juli in Leipzig bekundet, auf dem die Organisierungsfrage auch weiter Thema sein wird.

Maren: In nächster Zeit muss vor allem geklärt werden, welchen Charakter die Organisation haben soll: Will man sich auf einige wenige inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren, um bestimmte politische Themen wieder stärker öffentlich wahrnehmbar zu machen, oder soll eine bundesweite Organisation besser darauf ausgelegt sein, den beteiligten Gruppen praktische Angebote für eine stärker aktionistische Politik unterbreiten zu können, beispielsweise materielle oder logistische Unterstützung zu leisten?

Eine Neuerung wird die ab Juni erscheinende Zeitschrift Phase 2 sein, die von einer gruppenübergreifenden Redaktion produziert wird. Sie soll Analysen liefern, Kampagnen unterstützen und Debatten anstoßen. Ein ähnliches Konzept verfolgen auch andere linke Zeitungen, wie z.B. Arranca! oder ak. Gibt es Bedarf an einer weiteren Zeitschrift?

Jana: Es ist tatsächlich so, dass Arranca! oder ak die beiden Publikationen sind, die uns von der Ausrichtung her am nächsten stehen. Phase 2 soll speziell die Diskussionen des Kongresses fortführen und den weiteren Organisierungsprozess institutionalisieren. Die Zeitschrift bietet dabei die ideale Plattform, um die unterschiedlichen Standpunkte der einzelnen Gruppen darstellen zu können. Zudem ist die Mobilisierungsfähigkeit der meisten Zeitungen eher gering, Jungle World oder konkret etwa verschließen sich dem ohnehin von vorne herein.

Maren: Eine Zeitschrift, die an eine politische Gruppe gekoppelt ist, ist einfach besser in der Lage, breite Diskussionen anzustoßen als eine Zeitung, die über keine solche Gruppenanbindung verfügt.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Neuorientierung der systemoppositionellen Antifa. Begründet wurde dies mit dem staatlichen Aktionismus gegen Rechts im Sommer 2000. Hat sich dadurch tatsächlich so viel geändert?

Maren: Der sogenannte Antifa-Sommer hat zumindest deutlich gemacht, dass sich die rot-grüne Koalition im Gegensatz zur vorherigen konservativen Bundesregierung um eine "Normalisierung" der deutschen Innen- und Außenpolitik, sprich Angleichung an westeuropäische Standards bemüht. Dabei können umherschlägernde Nazi-Horden nur stören.

Jana: Im Gegensatz zu Anfang der 90er Jahre sind die Neonazis heute keine Stichwortgeber für politische Diskurse mehr. Seit dem Antifa-Sommer 2000 gelten Menschen, die sich Neonazi-Aufmärschen in den Weg stellen, auch nicht mehr in jedem Fall als linksextreme Störenfriede, sondern als anständige Demokraten. Das kann sicherlich jederzeit wieder kippen. Die Grenze eines solchen zivilgesellschaftlichen Engagements hat sich ja schon zuletzt in der von der CDU angestoßenen Debatte um Nation und Patriotismus gezeigt. In dem Moment, als es gegen nationale Integrationsmuster ging, konnte sich die Zivilgesellschaft nicht mehr durchsetzen.

Viktor: Ob die nun angelaufenen Programme der Bundesregierung gegen Rechts auch dauerhaft finanziell abgesichert werden, bleibt sicherlich abzuwarten. Aber unabhängig davon sollten wir diese Veränderung im gesellschaftlichen Umgang mit Neonazismus als Chance begreifen, unsere bisher doch stark auf den direkten Anti-Nazi-Kampf reduzierte Politik wieder für andere Inhalte zu öffnen.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzen dabei Eure Gruppen?

Jana: Wir werden auf jeden Fall unsere Zusammenarbeit mit antirassistischen Gruppen fortsetzen, beispielsweise werden wir für das diesjährige Grenzcamp mitmobilisieren. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Nationalstolzdebatte sein. So wie es aussieht, könnte dies im nächsten Jahr Wahlkampfthema werden. Darauf sollte man reagieren.

Viktor: Unser Schwerpunkt wird auch in Zukunft die Kapitalismuskritik bleiben, es wird zum Beispiel um die Frage gehen: Wie kann eine antikapitalistische Praxis aussehen? Ganz konkret stehen in nächster Zeit der EU-Gipfel in Göteborg und das G8-Treffen in Genua an, zu denen wir mobilisieren werden.

Maren: Auch in unserer politischen Praxis werden die so genannten Antiglobalisierungsproteste einen breiten Raum einnehmen. Ob wir damit aber wirklich einen Beitrag leisten können, eine nachhaltige antikapitalistische Bewegung aufzubauen, wird erst die Zukunft zeigen.

Interview: Joachim Kolb

20. Atomtransporte: Mitte Mai mitten durch Hamburg

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:27

Norddeutschlands Atomwirtschaft und den Anti-Atom-Gruppen stehen die ersten Castor-Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen noch bevor. Voraussichtlich am 14. oder 15. Mai sollen aus den AKWs Stade und Brunsbüttel bestrahlte Brennelemente nach La Hague geschickt werden.

Nun gehen auch aus den Hamburg umgebenden AKWs die Castor-Transporte wieder los. Für das AKW Brunsbüttel ist der Transport von derzeit vier Castorbehältern (vom Typ TN 17-2) vorgesehen. Diese sollen jeweils als Doppelpack auf die Reise gehen.

Eine richtige Flut von Atomtransporten wird es in diesem Jahr aus dem AKW Stade geben. Insgesamt 16 Castor-Transporte sind bis Ende des Jahres von der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz (www.bfs.de), genehmigt worden. Transportstrecken gehen dabei u.a. auch durch Hamburg, mitten durch dicht besiedelte Wohngebiete. In Hamburg-Harburg treffen die Atommülltransporte aus den AKWs Stade und Brunsbüttel (bzw. auch aus den AKWs Brokdorf und Krümmel) zusammen und fahren von hier aus zum Rangierbahnhof Maschen. Hier werden sie gesammelt und zu einem Transport zusammengestellt, bevor es jeweils in den frühen Abendstunden weiter - meist Richtung Bremen - geht.

Offen ist, wie der Stade-Betreiber (E.on) das umsetzen will. Denn derzeit steht in dem sogenannten "Deutschen Behälterpool" nur ein für Stade geeigneter Behälter zur Verfügung. Und nach Aussagen von Petra Uhlmann, Pressesprecherin von E.on, sollen auch keine neuen Behälter mehr besorgt werden. Ob das zutrifft, bleibt abzuwarten. In den knapp acht Monaten bis zum Ende des Jahres müsste demnach alle 14 Tage ein Castor von Stade Richtung La Hague und mitten durch die Metropole Hamburg auf die Reise gehen. Ein ehrgeiziger Plan.

Und eine gute Möglichkeit für die Anti-Atom-Gruppen, sich auf Demonstrationen und Aktionen gegen diese Transporte und den rot-grünen Atomkonsens vorzubreiten. Ein erster Sonntagsspaziergang hat bei Erscheinen dieser Ausgabe von ak bereits stattgefunden. Für den 14./15. Mai sind dann Aktionen zwischen Stade und Hamburg-Harburg geplant. Auftakt am Tag X ist um 6 Uhr an der S-Bahn-Station Harburg Rathaus. Geplant sind sowohl eine Kundgebung wie auch eine Demonstration in der Harburger Innenstadt, die teilweise auch entlang der Gleisstrecke verlaufen wird, über die der Castor aus Stade auf seinem Weg nach La Hague rollt.

In den nächsten Wochen und Monaten dürfte der Castor aus Stade Dauerthema werden. Denn einerseits sind viele Menschen nach den Aktionen Ende März im Wendland bestärkt, sich gegen die rot-grüne Atompolitik zur Wehr zu setzen. So beteiligen sich derzeit in Hamburg deutlich mehr Menschen als früher an der Vorbereitung. Mit dem Rückenwind von Gorleben organisiert sich auch X-tausendmal quer in Hamburg und Norddeutschland neu. Das lässt hoffen. Andererseits rollt in Hamburg langsam der Wahlkampf an. Am 23. September stehen die Bürgerschafts- und Bezirkswahlen auf dem Programm. Angesichts eines rot-grünen Senats sicherlich kein schlechter Hintergrund, um seitens der Anti-AKW-Initiativen, aber auch für die GAL-Abspaltung REGENBOGEN - Für eine neue Linke gegen den rot-grünen Atomkonsens zu mobilisieren.

DSe

Aktuelle Infos zu den Castortransporten aus Stade und Brunsbüttel bei REGENBOGEN - Für eine neue Linke:

www.regenbogen-hamburg.de

21. Zu viel Atommüll, zu wenig Polizei. So stark war der Widerstand gegen Castor-Transporte ins Ausland noch nie

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:26

Der Gorleben-Castor war der Türöffner für die nun anstehenden Atommülltransporte in die Wideraufarbeitungsanlagen. Die französische Regierung hatte verlangt, dass erst der in La Hague lagernde deutsche Atommüll abtransportiert werden müsse, bevor von den hiesigen Atommeilern verbrauchte Brennelemente wieder dorthin rollen dürften. Seither geht es Schlag auf Schlag. Denn nach drei Jahren ohne Castor-Transporte ersticken die AKWs an Atommüll. Schon seit Ende letzten Jahres drängen sie auf die Wiederaufnahme der Atommülltransporte. Jetzt rollen sie wieder, die Transporte nach La Hague und Sellafield.

Am 10. April starteten insgesamt fünf Waggons aus den AKWs Grafenrheinfeld, Biblis und Philippsburg nach La Hague. Sie wurden im südpfälzischen Wörth zusammengekoppelt und gingen bei Lauterbourg über die Grenze. Zwei Wochen später, am 24.-25. April gab es einen weiteren Transport, diesmal mit fünf Behältern aus Neckarwestheim und Biblis nach Sellafield, ebenfalls über Wörth und Lauterbourg. Weitere Atommüllzüge sind nach ak-Redaktionsschluß geplant, beispielsweise Mitte Mai von Stade und Brunsbüttel nach La Hague (siehe nebenstehenden Artikel). In den nächsten Monaten sollen über 40 Transporte, hauptsächlich aus den bereits genannten AKWs, rollen.

Ob dies wirklich gelingt, ist inzwischen fraglich. Denn bei den ersten beiden Transporten im April gab es erstaunlich großen Widerstand. Positiv war daran vor allem die gute Ergänzung von Aktionen von so unterschiedlichen Gruppen wie Greenpeace, "X-tausendmal quer" und örtlichen Initiativen. Greenpeace-AktivistInnen ketteten sich bei jedem dieser genannten Transporte an die noch leeren Waggons auf ihrem Weg zu den Umladestationen an. In Grafenrheinfeld und am dortigen Bahnverladepunkt Gochsheim gab es Demonstrationen und Blockaden örtlicher Gruppen.

In Philippsburg gelangten zwar nur Einzelne kurz auf die Schienen, denn ein massives Polizeiaufgebot ging mit Einkesselung und Schlagstockeinsatz gegen 400 Leute vor. Aber noch am gleichen Tag konnten kurz vor der französischen Grenze in Hagenbach die Gleise besetzt werden. Dort hatten sich auch zwei Leute angekettet. Der Zug passierte die Grenze mit eineinhalb Stunden Verspätung. Bis zum Bahnhof Valognes in der Normandie - dort wurden die Behälter wieder auf LKWs umgeladen, da La Hague keinen Gleisanschluss hat - war die Verspätung auf über drei Stunden angewachsen, weil auch in Frankreich mehrere erfolgreiche Blockaden stattfanden.

In Neckarwestheim gelang es, die Abfahrt des Straßentransportes zur Verladestation Walheim um mehrere Stunden zu verzögern. Trotz eines riesigen Polizeiaufgebotes gelangten 150 Leute zu einer Sitzblockade auf die Strecke. Und auch bei diesem Transport gab es wieder Blockaden in Frankreich.

Am 10. April waren insgesamt 6.800 PolizeibeamtInnen im Einsatz, bei dem Transport nach Sellafield zwei Wochen später waren es am ersten Tag 2.500 und am zweiten Tag über 6.000. Die baden-württembergische Polizei hat schon angekündigt, dass sie das so nicht mehr lange durchhält. Es gibt einfach zu viel Atommüll und zu wenig Polizei.

Nach den Aktionen schrieben manche Zeitungen, der Widerstand hätte gegenüber Gorleben deutlich abgenommen. Aber das ist der falsche Maßstab. Es ist doch klar, dass sich in einer Region wie dem Wendland, die zur Atommüllkippe Deutschlands werden soll, und in der es eine Widerstandstradition von einem viertel Jahrhundert gibt, mehr Menschen wehren, als an AKW-Standorten, an denen normalerweise nur sehr kleine BIs den Betrieb der laufenden Anlagen kritisch begleiten. Entscheidende Bezugsgröße zur Einschätzung der Proteste in Grafenrheinfeld, Philippsburg, Hagenbach und Neckarwestheim sind die Aktionen, die vor dem Transport-Stopp von 1998 zu Castor-Transporten in die WAAs gelaufen sind. Da gab es zwar immer wieder kleinere und auch mal größere Aktionen, aber so flächendeckend und öffentlichkeitswirksam wie diesmal war der Widerstand noch nie. Also: ein voller Erfolg.

Aus einer Presseerklärung von X-tausendmal quer: "In der Vergangenheit sind die Atommüllfuhren ins Ausland oft unter Ausschluss der Öffentlichkeit gerollt, diesmal hat die ganze Republik mitbekommen, dass die deutschen Atomkraftwerke auf Kosten von Leben und Gesundheit der Menschen rund um die Wiederaufarbeitungsanlagen betrieben werden. Es ist mehr als deutlich geworden: Eine wirkliche Entsorgung der Reaktoren gibt es nicht, sondern nur ein Verschieben des Atommülls quer durch Europa. Unsere Forderung nach einer sofortigen Stilllegung der AKWs hat so neue Nahrung erhalten."

Und nicht nur auf den Transportstrecken wurde demonstriert. Solidaritätsaktionen fanden auch in Stade, Gorleben, Essen, Göttingen, Berlin, Erfurt, Duisburg, Lüneburg, Köln und Leipzig statt. Auch das ist eine neue Qualität, dass in immer mehr Städten der örtliche Bahnhof zum Aktionsgebiet für all diejenigen wird, die sich nicht auf den Weg zum betroffenen AKW machen konnten. Insgesamt waren beim ersten Transport bundesweit 3.000 Menschen an Aktionen beteiligt, beim zweiten waren es 1.500 und das alles innerhalb von nur vier Wochen nach den anstrengenden Wendland-Tagen. Wann hat es so etwas bei WAA-Transporten schon einmal gegeben?

Neu ist auch die zunehmende Blockadefreudigkeit in Frankreich. Die französischen Anti-Atom-Gruppen sind selbst sehr begeistert von den Aktionen der letzten Zeit, und sie gehen davon aus, dass sich bei den nächsten Transporten noch deutlich mehr Menschen an Blockaden beteiligen.

Glücklicherweise ist es trotz riesiger Übermacht der Polizei gelungen, die Transporte auch mal aufzuhalten. Vielleicht sind manche der vor Ort Aktiven traurig oder frustriert, dass es nicht noch öfter gelungen ist, auf die Strecke zu kommen. Aber bei aller Freude über eine gelungene Blockade, sind diese Aktionen ja nicht Selbstzweck, sondern sollen öffentlich deutlich machen, dass der europäische Atommülltourismus auf Ablehnung stößt. Und das wird auch deutlich, wenn die AtomkraftgegnerInnen mit vielen Leuten vor Ort sind, aber die Polizei noch zahlreicher Aktionen verhindert. Wichtig ist, dass öffentlich deutlich wird, dass der Streit um die Atomkraft weitergeht. Und das ist bei den letzten Transporten uneingeschränkt gelungen. Und es geht weiter ...

Aus der bereits erwähnten Presseerklärung: "Wir werden wieder vor Ort sein und erneut demonstrieren, denn wir wollen, dass der gefährliche und sinnlose Atommüll-Tourismus quer durch Europa endlich aufhört. Einzig verantwortbare Lösung ist dabei der Stopp der Atommüll- Produktion. Der derzeitige politische Streit darüber, ob nun mehr strahlender Abfall in Gorleben, an den AKW-Standorten oder im Ausland gelagert werden soll, zeigt nur, wie ratlos die Politik angesichts des stetig wachsenden Atommüllberges ist. Nicht wer sich gegenseitig die Verantwortung und den Atommüll in die Schuhe schiebt, erreicht etwas für die kommenden Generationen, sondern nur, wer Atomkraftwerke wirklich stilllegt, und zwar jetzt und nicht erst in einigen Jahrzehnten."

Es sind schon verdammt viele Transporte nötig, damit beispielsweise in Philippsburg, Stade oder Biblis eine "Verstopfung" mangels Lagerplatz für Atommüll ausbleibt und alles reibungslos weiterlaufen kann. Und ob das polizeilich durchzuhalten ist, bleibt mehr als fraglich. Denn die Polizei weiß ja nie, wo und wann sich die Menschen querstellen. Also müssen sie immer und überall sein. Das ist personalintensiv, teuer und unpopulär. Der Streit um die Atomenergienutzung geht weiter.

Jochen Stay

22. Undemokratische Politik und systematischer Missbrauch. Beobachtungssplitter von den Demos beim Castor-Transport im März 2001

Autor: Wolf-Dieter Narr, Elke Steven · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:22

Eine Woche lang hat die Polizei im Landkreis zwischen Lüneburg und Gorleben die Herrschaft übernommen. Mit übermächtiger Präsenz versuchte sie, jedweden Protestausdruck zu kontrollieren und den Zusammenschluss von BürgerInnen zu verhindern. Sie beherrschte die Region, verbot oder erlaubte Lebensäußerungen.

Alle unsere Beobachtungssplitter, die wir aus einem großen Haufen von Beobachtungen herausgeklaubt haben, weisen symptomatisch auf das atomenergiepolitische System. (...) Von den Demonstrierenden ging keine personal-adressierte Gewalt aus; auch keine Personen gefährdenden Sachzerstörungen erfolgten. Die Polizei setzte - nahezu allpräsent und fast durchgehend selbst in der Zahl der Personen überlegen - ungleich mehr personal-adressierte Gewalt ein: von Wasserwerfern, über Schlagstockeinsatz, hartgriffiges Wegtragen bis zu Festnahmen.

Erster Splitter

Die Allgemeinverfügung der Bezirksregierung Lüneburg vom 10.3.2001, die verfassungsgerichtlich primär aus formalen, dennoch unzureichenden Gründen bestätigt worden ist, schränkte das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in unzulässiger Weise und ohne ausreichenden Nachweis einer unmittelbaren Gefahr ein.

Insbesondere die Versammlung von X-tausendmal quer bei Wendisch-Evern hätte nicht von diesem Versammlungsverbot erfasst werden dürfen. (....) Der vom Komitee beobachtete Ablauf der Demonstration vielmehr zeigte, dass allenfalls Ordnungswidrigkeiten geschahen: Einmal ein Verstoß gegen die Bahnbetriebs-Ordnung (Ordnungswidrigkeit) und zum andern ein Verstoß gegen das zuvor selbst geschaffene Demonstrationsverbot (§ 29 VersG). Letzteres Verbot gewährte die Handhabe, um gegen die Demonstranten gemäß § 15 VersG per Auflösung vorzugehen. Die Schiene wurde zur Tabu-Zone erklärt, die Spontandemonstration nicht noch einmal einer neuen Prüfung unterzogen. (...) Der Bußgeldtatbestand (!) des § 29 VersG wurde dazu benutzt, das Grundrecht des Art. 8 GG zu beschneiden. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten wurde höher gestellt als die Grundrechte (Art. 5, 8 GG); Sicherheit und Ordnung wurden schwerer gewichtet als das Grundgesetz.

Die in diesem Zusammenhang bemühten Strafgesetze (§ 315 StGB und § 240 StGB) sind nicht einschlägig. Die Schienenstrecke sollte ausschließlich und nur vom Castor-Zug befahren werden, der sich noch in Frankreich / Süddeutschland befand. Es konnte also niemand "genötigt" werden (§ 240). Ein konkret-gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr schied aus. Hindernisse vorzubereiten ist allein noch nicht strafbar, sondern erst die damit verbundene konkrete Gefährdung von Leib und Leben bzw. vergleichbar wichtiger Rechtsgüter. Derartiges lag nicht vor.

Unverhältnismäßig war es, dass die (friedfertigen) Demonstranten von Wendisch-Evern am 26.3.01 abends nicht nur per Zug nach Lüneburg gebracht wurden, sondern sogar noch mit Bussen nach Soltau, Munster und Schneverdingen, wo sie gegen 23.30 bzw. 24.00 Uhr ausgesetzt wurden. (...) Welche Gefahr wurde hier bekämpft? Die einer erneuten friedlichen Demonstration? Es handelte sich um eine Freiheitsentziehung (Art. 104 Abs. 2 GG) und es könnte sich um eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit handeln, wenn man bedenkt, dass diese Demonstranten bei Minustemperaturen in einer fremden Gegend ausgesetzt wurden. Hinzu kommt, dass die betroffenen Menschen von der Polizei belogen worden sind: Vor der Räumung der Blockade war den Demonstrierenden die "Ingewahrsamnahme" angekündigt worden. (...)

Zweiter Splitter

Das Versammlungsverbot wurde weitgehend als Betretungsverbot gehandhabt. Jede(r) BürgerIn stand ständig unter dem Verdacht (!), demonstrieren zu wollen und somit unter dem Verdacht der Begehung eines

Rechtsbruchs. Wo zwei oder mehr BürgerInnen zusammenkamen, galt dies schon als unzulässige Versammlung. Am Sonntag, den 25.3.2001, fuhr ein Traktor mit einer Gulaschkanone, begleitet von zirka 20 Leuten auf ein Feld in der Nähe von Splietau. Sie markierten ein Viereck mit gelbem Plastikband weitab von der Straße. Sofort kamen Polizeikräfte, rannten über das Feld und umstellten die Gruppe. Der Einsatzleiter vor Ort verlangte die sofortige Abfahrt. Die Demonstrierenden wiesen darauf hin, dass sie sich mit Genehmigung des Eigentümers auf einem Privatgrundstück befänden. Die Polizei habe kein Recht, dies zu verbieten. Der Einsatzleiter bestand jedoch auf einer Räumung des Feldes. Die Polizei könne nichts zulassen, was als Beginn eines Camps gelten könne. Inzwischen kreiste auch ein Hubschrauber über der Stelle, berittene Polizei eilte hinzu. Ein älterer Mann bot an, dass die Gulaschkanone auf dem Hof eines Bauern aufgebaut werden könne. Während der Konfliktmanager auch dazu erst die Zustimmung des Einsatzleiters einholen wollte, verwiesen die anwesenden BürgerInnen darauf, dass sie keine polizeiliche Erlaubnis bräuchten, um von einem Bauern zum Essen eingeladen zu werden.

Dritter Splitter

Der Aufbau von Camps wurde weit über den räumlichen Bereich hinaus verboten, in dem per Allgemeinverfügung jede Demonstration untersagt war. Am Freitag, dem 23. März 2001, wurde der Aufbau von Camps auf Privatgelände bei Tollendorf und Govelin verboten. Die Camps wurden geräumt aus Resignation angesichts einer Übermacht der Staatsgewalt. Letztere interpretierte das als freiwillige Räumung. Bei Schmessau und Köhling entstanden daraufhin zwar neue Camps. Die standen unter der Drohung, geräumt zu werden, wenn sie zu groß würden. Das Camp bei Nahrendorf wurde Montagabend, am 26.3.2001, geräumt. Auch bei Wendisch-Evern durfte lediglich eine mehrtägige Mahnwache stattfinden, nichts aber aufgebaut werden, was einer "Campstruktur" gedient hätte. Immer wieder wurden Autos und Personen daraufhin durchsucht, ob sie Materialien dabei hätten, die dem Aufbau einer Campstruktur dienen könnten. Samstagabend, am 24.3.2001, begegneten BeobachterInnen im sogenannten Kindercamp bei Hitzacker einem jungen Mann, der mit seinem PKW im Verlauf des Tages drei Mal kontrolliert worden war. Bei der letzten Kontrolle hatte er schließlich ein mehrtägiges Aufenthaltsverbot für die gesamte Region erhalten. Er hatte Musik-CDs bei sich, mit denen er zur Unterhaltung auf einem Camp beitragen wollte - folglich hätte er zur Campstruktur beigetragen.

Vierter Splitter

Immer wieder ging die Polizei in unverhältnismäßiger Weise gegen friedliche BürgerInnen vor. Hervorzuheben ist die Festnahme von Jochen Stay, dem Mitorganisator der explizit gewaltfreien Sitzblockade von X-tausendmal quer. Wegen der "Hartnäckigkeit", mit der er seit Jahren dieses Ziel verfolgt (vgl. Presseerklärung von BGS und Polizei vom 26.3.2001) wurde er mit der Begründung, er sei der "Rädelsführer", überfallartig während eines Gesprächs mit dem Einsatzleiter vor Ort von einem Sondereinsatzkommando festgenommen. Bis zum Abschluss des Transportes, fast drei Tage, wurde er festgesetzt. Die Sitzblockaden fanden trotzdem statt.

Die Sitzblockade bei Wendisch-Evern am Montag, 26.3.01, an der fast 600 Personen beteiligt waren, wurde mit zum Teil körperverletzenden Eingriffen geräumt. Während die niedersächsischen Einheiten generell die Menschen vom Blockadeort wegtrugen, wandten die gleichzeitig eingesetzten Leipziger Polizeibeamten personenverletzende Griffe an. Unter anderem durch Ins-Gesicht-Drücken, die Nase-Hochdrücken, An-den-Haaren-Ziehen, Hand-Umknicken, Leute-auf-den-Boden-Drücken.

Am Dienstag, dem 27.3.2001, wurde eine Sitzblockade bei Wendisch-Evern von einer sächsischen Polizeieinheit mit Hilfe eines brutalen Schlagstockeinsatzes geräumt. Zuvor war nicht dazu aufgefordert worden, die Schienen zu räumen - wie vom NGefAG vorgesehen. Auch das eingesetzte Zwangsmittel, also der Schlagstock, ist vorher nicht angekündigt worden. Sieben Demonstranten erlitten dadurch Platzwunden. Ein schwer Verletzter musste von Sanitätern mit Gehirnerschütterung ins Krankenhaus abtransportiert werden.

Fünfter Splitter

Versammlungen, die polizeilich unter Auflagen "genehmigt" worden waren, wurden unverhältnismäßig unter Druck gesetzt. So verlangte die Polizei von jedem/r TreckerfahrerIn bei der Stunkparade der Bäuerlichen Notgemeinschaft eine schriftliche Erklärung, dass er/sie die genehmigte Strecke nicht verlässt, keine unerlaubten Aktionen vornimmt und ohne Aufenthalte bis zum Endpunkt fährt. Susanne Kamin von der

Bäuerlichen Notgemeinschaft musste als Organisatorin eine gesonderte Erklärung über die "ordnungsgemäße" Abwicklung und pünktliche Beendigung um 17.00 Uhr unterschreiben. (...)

Sechster Splitter

(...) Auch Dienstagabend wurde der Spontandemonstration in "sicherer" Ferne vom Verladekran mit nicht begründbarer Härte begegnet. Obwohl der überwiegende Teil der Demonstrierenden sich friedlich verhielt und nur dorthin zog, wo der Transportzug zu erwarten war, wurden gegen die Demonstrierenden Wasserwerfer eingesetzt. Ein Teil dieser Versammlung wurde später eingekesselt. Von wenigen Demonstrierenden sind Leuchtraketen in die Luft geschossen worden, auch Gegenstände waren in Richtung Polizei geflogen. Auf der Wiese hinter dem Wall und südlich auf der Straße nach Nebenstedt kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden. Mit Schlagstock ging die Polizei gegen diese Gruppe vor, dann flogen auch Feuerwerkskörper und andere Gegenstände in Richtung Polizei. Die Wasserwerfer wurden zunächst gegen diesen Teil der Versammlung eingesetzt, dann aber auch gegen diejenigen, die auf dem Wall standen. Auf der Straße wurde daraufhin ein Teil der Versammelten eingekesselt.

Siebter Splitter

Polizeiliche Maßnahmen sind zuweilen willkürlich unberechenbar. Sie werden mit "erfundenen" Taten und Zusammenhängen begründet.

Zu den drastischsten Vorkommnissen zählt die Behauptung von Säureangriffen gegen die Polizei. Pünktlich kurz vor den Nachrichten am Abend des 27.3.2001 wurden Polizeibeamte per Lautsprecher in der Umgebung der Pressewagen vor möglichen Essigsäureangriffen gewarnt. Die Nachricht konnte nicht mehr überprüft werden und ging durch alle Medien. Später wurde diese Vermutung mit einem erhöhten Verkauf von Essigsäure im Kreis Lüchow-Dannenberg begründet. Ein Klärwerk hatte wohl tatsächlich auf Grund eines Bakterienproblems größeren Bedarf. Verletzte Polizeibeamte gab es nicht. Das Gerücht hielt sich aber einige Zeit.

Eine Gruppe zumeist Jugendlicher brach Dienstagvormittag vom Camp bei Nahrendorf auf, um sich an der angemeldeten und bestätigten Mahnwache an einer Straßenkreuzung zu beteiligen. Auf diesem Weg hätten sie die Bahnlinie kreuzen müssen. Bevor sie dorthin kommen konnten, wurden sie gegen 11.30 Uhr von der Polizei gestoppt und eingekesselt. Einzeln wurden sie aus dem Kessel geführt und in einen Gefangenenbus gebracht. Gegen 17.25 Uhr war die bürokratisch euphemistisch genannte "Ingewahrsamnahme" abgeschlossen. (...) Was ihnen vorgeworfen wurde, war im Einzelnen nicht zu erfahren. Der fassbarste Vorwurf bestand darin, einzelne in dieser Gruppe seien "vermummt" gewesen (wohlgemerkt: die Polizeileute sind dies, selbst wenn ihre Gesichter zu sehen sind, durchgehend). "Erfunden" wurde, dass sie die Gleise, die sie noch gar nicht erreicht hatten, beschädigt hätten, oder dass sie sich auf der Straße hingesetzt hätten. Interessant ist der Vorwurf, dass die Demonstrierenden, da sie zu mehreren auf dem Weg zu der genehmigten Mahnwache waren, gegen die Allgemeinverfügung verstoßen hätten. So schafft man Ordnungswidrigkeiten und Möglichkeiten zum polizeilichen Eingreifen.

Wolf-Dieter Narr,

Elke Steven

Der ungekürzte Bericht des Komitees für Grundrechte und Demokratie, der neben diesen Demobeobachtungen noch grundsätzliche Ausführungen zur politischen Dimension des Konfliktes um den Castor-Transport und die Atompolitik der BRD enthält, kann für 4 DM beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln bestellt werden.

23. Eingesperrt. "On a Move" - Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal

Autor: Terry Bisson · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:33

Für einige ist Mumia Abu-Jamal ein gefährlicher Ex-Black-Panter, für andere ein mutiger Radiojournalist. Seit fast 20 Jahren sitzt er in den USA in einer Todeszelle. Im Bremer Atlantik Verlag erscheint am 27. Mai das Buch "On a Move" des US-Autors Terry Bisson, in dem die Lebensgeschichte des weltweit bekanntesten politischen Gefangenen seit Nelson Mandela erzählt wird. Wir veröffentlichen als Vorabdruck Kapitel 23, das den Titel "Eingesperrt" trägt.

Mumia ist heute nur deshalb noch nicht tot, weil sein Fall weltweit Aufmerksamkeit und Unterstützung ausgelöst hat.

Manche unterstützen ihn, weil er unschuldig ist.

Andere, weil sie der Meinung sind, daß es nicht um Schuld oder Unschuld geht; daß es bei jedem Konflikt zwischen einem weithin bekannten radikalen schwarzen Journalisten und einem Mitglied einer so berüchtigt rassistischen und gewalttätigen Polizeitruppe wie der von Philadelphia um Selbstverteidigung geht und nicht um Mord.

Wieder andere setzen sich für ihn ein, weil die Todesstrafe erwiesenermaßen auf rassistische Art angewendet wird, und nochmals andere deshalb, weil sie die Todesstrafe prinzipiell ablehnen.

Manche unterstützen Mumia, weil sie in ihm einen Märtyrer sehen, wie Sacco und Vanzetti, Joe Hill oder die Rosenbergs. Andere wiederum, weil die Worte, mit denen er für andere eingetreten ist, sie berührt haben.

Aber alle sind sich darüber einig, daß die zentrale und vorrangige Ungerechtigkeit der Prozeß gegen Mumia war.

Der sogenannte Prozeß.

Richter Albert F. Sabo wurde seinem Ruf als "schlimmster Alptraum eines Angeklagten" (Philadelphia Inquirer) gerecht, indem er ein Verfahren leitete, das eher zu einem Militärgericht während eines Krieges oder einer Diktatur im Belagerungszustand gepaßt hätte. Es gibt zahlreiche, vielfältige und gravierende Gründe für eine Berufung:

Ein Todesurteil, das politisch begründet wurde ("Haben Sie gesagt, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt?").

Ein Geschworener (und sogar Juryvorsitzender), der für die Jury ausgewählt wurde, obwohl er selbst zugegeben hatte, er könne dem Angeklagten gegenüber nicht fair sein.

Ein Richter, der ehemaliges Mitglied der Polizeigewerkschaft war.

Ein Verteidiger, der hinter dem Rücken des Angeklagten mit der Staatsanwaltschaft Verabredungen traf, um seinen Mandanten vom Verfahren auszuschließen, und der außerdem dem Richter gegenüber erklärte, er habe "keine Verteidigung" zu bieten.

Ein Tatort, der nicht abgesperrt wurde, Kugelfragmente, die "verlorengingen", eine Waffe, die nie getestet wurde, nicht einmal darauf, ob sie überhaupt abgefeuert worden war, und ein Gefangener, dessen Hände nie auf Schmauchspuren untersucht wurden.

Belastungszeugen, die mit Belohnungen überhäuft wurden, wenn sie mit der Anklage zusammenarbeiteten, und bedroht wurden, wenn sie es nicht taten (aber ihre Aussagen dann dennoch zurückzogen).

Ein Zeuge, Geschäftsmann aus Philadelphia, der den Schützen vom Tatort fliehen sah, dessen Aussageprotokoll aber von den verhörenden Polizisten zerrissen wurde und der aus der Stadt vertrieben wurde, bevor er zugunsten der Verteidigung aussagen konnte.

Ein "Geständnis" Mumias, das einem Polizisten seltsamerweise wieder einfiel, nachdem er es monatelang "vergessen" hatte.

Undsoweiter, undsoweiter, undsoweiter.

Es handelte sich eher um Lynchjustiz als um ein Gerichtsverfahren.

Die Anhörung zur Strafzumessung (die in Pennsylvania in Verfahren, bei denen es um die Todesstrafe geht, gesetzlich vorgeschrieben ist) fand am Samstagmorgen des Wochenendes vom 4. Juli (1) statt und folgte direkt auf den Schuldspruch, der erst um halb sechs Uhr nachmittags am Freitag zuvor gefällt worden war. Die Festsetzung des Strafmaßes dauerte nicht einmal einen Tag.

Die mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Organisation amnesty international prüfte sämtliche Akten des Falls und stieß dabei nicht nur auf erschreckende Verstöße gegen gültiges US-Recht, sondern auch auf eine Verfahrensführung, die "offenkundig nicht den internationalen Mindeststandards entsprach". All das ist im Internet nachzulesen, ebenso wie die Dokumente der amici curiae, (2) die von so unterschiedlichen Gruppen wie dem NAACP (3), der Chicana/Chicano Studies Foundation, der Amerikanischen Bürgerrechtsunion ACLU und Mitgliedern des britischen Parlaments zur Unterstützung Mumias bei Gericht eingereicht worden sind.

Diese schockierenden Dokumente enthüllen eine Justizfarce, bei der dem Angeklagten dauernd das grundlegendste Recht - das Recht, sich selbst zu vertreten - sowie das Recht, einen Freund und Berater (in diesem Fall John Africa (4)) am Tisch der Verteidigung bei sich zu haben, verweigert wurde. Und wie um ihn noch zusätzlich zu verhöhnen, wurden diese Rechte Mumia mit der Begründung vorenthalten, dies geschehe "zu seinem eigenen Schutz".

Ironischerweise war derjenige, der in diesem Land als erster für das Recht auf freie Wahl des Anwalts kämpfte, kein anderer als der Gründervater Philadelphias, William Penn, dessen Verfahren wegen "Anstiftung zum Aufruhr" auf unheimliche Art an den Prozeß gegen Mumia dreihundert Jahre später erinnert:

Die Krone: Ihr seid ein unverschämtes Subjekt, wollt Ihr das Gericht lehren, was das Gesetz ist?

William Penn: Gewiß, denn wenn das gemeine Recht so schwer zu verstehen ist, ist es weit davon entfernt, wirklich ein gemeines Recht zu sein.

Richter Sabo: Was das Gesetz betrifft, habe ich einen Beschluß gefaßt. Sie müssen ihn befolgen.

Mumia Abu-Jamal: Sie haben einen Beschluß über ihre Vorgehensweise gefaßt. Es gibt kein Gesetz, das festlegt, daß niemand mir am Tisch der Verteidigung behilflich sein darf, und das wissen Sie auch.

Die Krone: Sir, Ihr seid ein Unruhestifter ... wenn ich Euch erlauben würde, bis morgen früh Eure Fragen zu stellen, würden wir dadurch auch nicht klüger.

William Penn: Das kommt ganz auf die Antworten an. Ich habe nur eine einzige Frage gestellt, und Ihr habt mir keine Antwort gegeben, obwohl die Rechte und Privilegien jedes Engländers davon berührt sind.

Richter Sabo: Ich gehe so vor, wie ich es für rechtmäßig halte.

Mumia Abu-Jamal: Was ich sage, Herr Richter, ist, daß kein Gesetz existiert, das Ihnen verbietet zu gestatten, daß jemand mich am Tisch der Verteidigung unterstützt. Das geschieht andauernd. Ich habe eine Reihe von Fällen zitiert, die genau hier im Rathaus verhandelt wurden und bei denen es am Tisch der Verteidigung Unterstützung von Seiten von Nichtanwälten gab.

Die Krone: Schafft ihn fort. Mein Gott, wenn wir nichts gegen dieses verderbte Subjekt unternehmen und ihm nicht den Mund stopfen, werden wir den ganzen Tag lang nichts mehr zuwege bringen.

Das Stadtoberhaupt: Schafft ihn fort, schafft ihn fort, schafft ihn zurück in die Arrestzelle.

Richter Sabo: Sie haben gewisse Rechte, aber was ich gesagt habe, ist folgendes: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sie den ordnungsgemäßen Gang dieses Verfahrens absichtlich gestört haben. Dafür entziehe ich Ihnen das Recht, sich selber zu verteidigen und schließe Sie von der Verhandlung aus. Stattdessen bestimme ich Mr. Jackson zum Hauptanwalt der Verteidigung.

Mumia hatte allen Grund, dem System nicht zu vertrauen. Außerdem war er von dem erstaunlichen Sieg John Africas im Gerichtssaal beeindruckt. Er verfolgte die Strategie, als sein eigener Verteidiger zu fungieren und sich dabei auf John Africa als Ratgeber zu stützen.

Er zählte darauf, daß seine Unschuld, seine Intelligenz, Recht und Gesetz und die Tatsachen seines Falles dafür sorgen würden, daß er frei kam. Und behielt in jeder Hinsicht unrecht. Die wahre Sachlage kam nie zur Sprache, Recht und Gesetz wurden mißachtet, die Unschuldsvermutung war niemals Grundlage des Verfahrens (ganz im Gegenteil), und seine Intelligenz durfte er nie in die Waagschale werfen. Er wurde aus dem Gerichtssaal ausgeschlossen, und man verweigerte ihm sogar das Recht, in seinem eigenen Fall das Schlußplädoyer zu halten.

Cap (5) hatte recht. Mumia hätte eine konventionelle Verteidigung vorbereiten sollen. Es hätte keinen Johnnie Cochran (6) gebraucht, um eine derart löchrige und schwache Anklage zu widerlegen; jeder Dummkopf, der ein paar Monate lang die Gerichtsserie "Law and Order" im Fernsehen gesehen hatte, hätte das tun können.

Am Ende der juristischen Zirkusshow fragte Richter Sabo Mumia, ob er in den Zeugenstand treten und in eigener Sache aussagen wolle. Seine Antwort:

Meine Antwort ist, daß man mir seit Beginn dieses Verfahrens gesagt hat, ich hätte eine Reihe verfassungsmäßiger Rechte. Als wichtigstes das Recht, mich selbst zu vertreten. Dann das Recht, eine Jury von meinesgleichen auszuwählen. Das Recht, Zeugen zu befragen und ihre Aussagen zu untersuchen ... Diese Rechte wurden mir entzogen.

Mir scheint, das einzige Recht, das dieser Richter mir zugestehen will, ist mein Recht, in den Zeugenstand zu treten, aber das ist gar kein Recht. Ich möchte all meine Rechte, nicht nur einige davon. Ich möchte keine Krümel vom Kuchen. Ich möchte das Recht, mich selbst zu vertreten, und ich möchte mein Recht, ein Schlußplädoyer zu halten. Ich möchte meine Rechte in diesem Gerichtssaal, weil mein Leben auf dem Spiel steht ...

Ein erschossener Polizist. Eine zur Witwe gemachte junge Frau. Es war unbestreitbar eine Tragödie. Und keine Überraschung.

Nach Jahrzehnten der Gewalt und Brutalität seitens eines der rassistischsten und korruptesten Polizeikorps des ganzen Landes gab es nur allzu viele Leute in Philadelphia, die wütend genug waren, einen Polizisten umzubringen.

Mumia Abu-Jamal gehörte nicht zu ihnen. Als junges Mitglied der Panthers hatte er sich zusammen mit Schell bemüht, die Gewalttätigkeit einzudämmen; als engagierter Journalist sah er seine Aufgabe darin, die Polizei bloßzustellen, nicht darin, zur direkten Konfrontation mit ihr überzugehen. Aber diese Arbeit der Bloßstellung hatte er so beständig und effektiv geleistet, daß er damit eine weitaus größere Bedrohung darstellte als jeder rachsüchtige Revolverheld.

Was vielleicht genau der Punkt war.

Terry Bisson: on a move. Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal, Atlantik Verlag, 248 S., DM 25 (Erscheint am 27. Mai)

Anmerkungen:

1) Der 4. Juli - "Fourth of July" - ist der amerikanische Unabhängigkeitstag, ein Feiertag, auf den die Amerikaner großen Wert legen. (Anm. des Übersetzers)

lateinisch "Freunde des Gerichts". In der englischen und amerikanischen Rechtsprechung können nicht unmittelbar am Verfahren beteiligte Gruppen zur Unterstützung - als "Freunde" - des Gerichts im Interesse der Allgemeinheit Anträge und Schriftsätze bei Gericht einreichen, um bei einer gerechten Urteilsfindung behilflich zu sein. Bundesbezirksrichter William Yohn Jr., der darüber befinden wird, ob das gegen Mumia verhängte Urteil ungültig ist und Mumia daher freigelassen werden oder ein neues Verfahren bekommen muß, hat die vier Amicus-Anträge, die in Mumias Fall gestellt wurden, mit der Begründung abgelehnt, ihm liege auch so schon genügend Material vor. (Anm. des Übersetzers.)

3) National Association for the Advancement of Coloured People (Nationale Vereinigung zur Förderung der Farbigen); größte und einflussreichste Bürgerrechtsorganisation der USA. (Anm. ak)

4) Gründer von MOVE (Anm. ak)

5) Cap Schell war Ende der 60er Jahre Finanzverantwortlicher der Black Panthers Party in Philadelphia. (Anm. ak)

6) Der Anwalt, der im Verfahren gegen den wegen Doppelmordes an seiner Exfrau und deren Liebhaber angeklagten afroamerikanischen Sport- und Fernsehstar O.J. Simpson einen Freispruch erwirkte. (Anm. des Übersetzers)

24. Chefsache Amerika. Gipfel in Quebec beschließt ökonomische Integration des amerikanischen Kontinents

Autor: Stefanie Kron · Rubrik: USA; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:10

George Bush junior kommt aus Texas. Traditionell übernimmt dort der Sohn die Ranch des Vaters oder führt in anderer Weise dessen Lebenswerk fort. 1990 verkündete der damalige Präsident George Bush senior seine Vision: die Enterprise of the Americas - eine Freihandelszone, die sich über den gesamten Kontinent erstrecken solle. Die meisten US-amerikanischen Politiker taten Bushs Initiative damals als utopistische Vorstellung ab. Denn zurück lag ein Jahrzehnt von Bürgerkriegen und Schuldenkrisen im Süden des Kontinents. Lateinamerika galt als außerordentlich instabiler Investitions- und Produktionsstandort. Doch manchmal werden Träume wahr. Auf dem Gipfel der amerikanischen Regierungschefs in Quebec Ende April wurde mit der Free Trade Area of the Americas (FTAA) ein Projekt abgesegnet, das die Enterprise-of-the-Americas-Idee realisieren soll.

Die politischen Bedingungen in Zentral- und Südamerika haben sich im vergangenen Jahrzehnt dramatisch gewandelt. Bis auf die Konflikte in Chiapas und Kolumbien legten die Guerillas die Waffen nieder. Die internationalen Finanzinstitutionen verordneten ultraliberale, exportorientierte Strukturanpassungsprogramme zur Begegnung der Schuldenkrise. So verschärften sich in den 90er Jahren zwar die sozialen Gegensätze in Lateinamerika. Ein Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung lebt heute unter der so genannten Armutsgrenze mit einem Tageseinkommen von weniger als zwei Dollar. Gleichzeitig verzeichnete der Subkontinent jedoch auch das weltweit zweitstärkste Wirtschaftswachstum.

Begleitet von massiven Protesten seitens amerikanischer Gewerkschaften und Basisgruppen haben nun - außer dem ausdrücklich nicht eingeladenen kubanischen Revolutionschef Fidel Castro - alle Regierungschefs des Kontinents am Ende des dritten Amerikanischen Gipfels im kanadischen Quebec vom 20. - 22. April ihre Unterschrift unter einen Rahmenentwurf für die FTAA gesetzt. Die panamerikanische Freihandelszone wäre mit über 800 Millionen Menschen - von marktliberalen Euphorikern Konsumenten genannt - der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt, in dem rund 20 Prozent des globalen Handels abgewickelt würde.

Während des Wahlkampfes hatte Bush junior die Schaffung der FTAA zum Schwerpunktthema gemacht. "Amerika ist Chefsache", erklärte er bei seiner ersten Rede vor dem US-Kongress. Sein Vorgänger William Clinton brachte zwar 1994 als ersten Schritt zur FTAA das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko auf den Weg. Er kam aber - abgesehen von Erklärungen des guten Willen der amerikanischen Regierungen, die Verhandlungen für die FTAA bis 2005 abgeschlossen zu haben - mit der gesamtamerikanischen Perspektive kaum voran. Clinton scheiterte an der wiederholten Weigerung des US-Kongresses, dem so genannten fast-track (schnellen Weg) zuzustimmen - eine Forderung der lateinamerikanischen Länder für die Fortsetzung der Verhandlungen. Der fast-track gibt dem Präsidenten weitgehende Vollmachten bei Verhandlungen um Wirtschafts- und Handelsabkommen mit anderen Ländern und beschleunigt damit Vertragsabschlüsse.

Kurz vor dem Amerika-Gipfel in Quebec schienen sich jedoch die Widerstände im Kongress aufzulösen. Die Demokraten deuteten Anfang März an, dass sie bereit seien, dem fast-track zuzustimmen. Deren Abgeordneter, Sander Levin, erklärte, dass die von seiner Partei und auch von den großen US-Gewerkschaften erhobene Forderung nach Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards beim Abschluss von bi- oder multilateralen Handelsverträgen in Zukunft "flexibler" gehandhabt werden könne. Diese Klauseln werden von den meisten lateinamerikanischen Regierungen auf Grund der Befürchtung abgelehnt, sie eröffneten dem Norden indirekt einen Weg, neue Handelsbarrieren zu errichten. Unter anderem an diesem Konflikt scheiterte auch die Milleniumsrunde der WTO 1999 in Seattle.

Größter Wirtschaftsraum der Welt

So plädierte vor allem der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick, unterstützt von den Vertretern aus Chile und vor allem den kleinen sowie ökonomisch desolaten zentralamerikanischen Staaten, auf dem FTAA-Gipfel

der amerikanischen Wirtschaftsminister und Unternehmerverbände Anfang April in Buenos Aires dafür, das kontinentale Freihandelsprojekt zwei Jahre früher als geplant, also bereits 2003, in Kraft treten zu lassen. Doch insbesondere Brasilien, neben Mexiko die größte Wirtschaftsmacht in Lateinamerika, stellte sich quer. Mit einem vorgezogenen Datum für den Start und ohne ausgeglichenere Verhandlungen werde es keine FTAA mit Brasilien geben, erklärte der brasilianische Außenminister Celso Lafer. Man werde dem panamerikanischen Freihandelsabkommen nicht zustimmen, wenn die USA ihren Markt nicht weiter liberalisiere, so wie es die lateinamerikanischen Staaten fordern.

Auch auf Grund der massiven Proteste argentinischer und brasilianischer Gewerkschaften, deren Sprecher die FTAA als "umfassende neoliberale Diktatur" bezeichneten und wie die US-Gewerkschaften Sozialklauseln forderten, lenkte Zoellick überraschenderweise ein: Washington überlege, die US-amerikanischen Anti-Lohndumping-Gesetze für die FTAA nicht anzuwenden. Ungeachtet der US-Agrarlobby erklärte er zudem, auch über die Abschaffung der hohen Subventionen auf die eigenen landwirtschaftlichen Produkte könne man verhandeln, um den eigenen Markt für lateinamerikanische Agrarprodukte zu öffnen. Man einigte sich in einer abschließenden Erklärung auf 2005 als Startjahr für das kontinentale Freihandelsabkommen und vereinbarte zudem als faulen Kompromiss, zwar Sozialklauseln in das Vertragswerk aufzunehmen. Wer sie nicht einhalte, habe allerdings auch nicht mit Sanktionen zu rechnen, versicherte der ecuadorianische Ministerpräsident und derzeitige FTAA-Präsident Heinz Moeller.

Die ungewohnte Kompromissbereitschaft der USA weist darauf hin, dass es Bush gar nicht schnell genug gehen konnte, das Vertragswerk für die FTAA unter Dach und Fach zu bekommen. Ein Grund dafür ist das von der EU unterstützte Wiedererstarken des lange schwächelnden südamerikanischen Wirtschaftsbündnisses Mercosur, wobei Brasilien zunehmend als südlicher Gegenpol zu den USA auftritt. Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso ist allerdings kein Altruist, sondern forciert die regionale wirtschaftliche Integration Südamerikas auf Grund nationaler ökonomischer Eigeninteressen. Brasilien ist beispielsweise weltgrößter Produzent von Orangensaft und damit der schärfste Konkurrent der USA auf diesem Sektor.

Noch gewichtiger für die Eile der USA dürfte allerdings der Wettlauf mit der EU um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt sein. So heißt es in einem Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung zur FTAA: "Eine aktive Führungsrolle bei der Gestaltung einer künftigen FTAA würde die USA mit Blick auf zukünftige Märkte und Investitionen in Lateinamerika zweifellos in eine bessere Position gegenüber seinem Hauptrivalen EU versetzen."

Der südamerikanische Wirtschaftsraum spielt dabei eine besondere Rolle. Die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay bringen zusammen 54 Prozent des gesamten lateinamerikanischen Bruttoinlandsproduktes auf. Der Mercosur ist das wichtigste regionale Handelsbündnis in Lateinamerika. Ein starker Mercosur mit der regionalen Exportgroßmacht Brasilien im Rücken schadet den Interessen der USA. Denn Brasilien folgt der Strategie, das wirtschaftliche, politische und institutionelle Integrationsmodell der EU zu adaptieren, die ihrerseits gerne ebenfalls möglichst bald ein Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Wirtschaftsbündnis schließen würde und deshalb auf dessen Harmonisierung drängt.

Neuordnung unter US-Hegemonie

Offenbar trug auch der wachsende Widerstand gegen die Enterprise of the Americas zur Hektik des US-Präsidenten bei, das Megaprojekt in Quebec zügig absegnen zu lassen, obwohl nach wie vor viele Punkte völlig ungeklärt sind. Die Interessen der Kritiker sind dabei zwar höchst unterschiedlich, aber nicht mehr zu ignorieren. So monieren linke Parteien, dass die Verhandlungen über die FTAA bislang diskret zwischen Regierungschefs und großen Wirtschaftsunternehmen unter Ausschluss der nationalen Parlamente geführt wurden.

Dass die Verhandlungen für den Vertragskorpus der FTAA mehr als ein Jahrzehnt lang hinter verschlossenen Türen stattfanden, hat einen guten Grund. Denn was Bush in Quebec als "Export von Demokratie und Freiheit" bezeichnete, bedeutet eine umfassende sicherheits- und wirtschaftspolitische Neuordnung des gesamten Kontinents unter der Hegemonie der USA. Teil dessen ist der umstrittene Plan Colombia, ein von den USA stark forciertes und maßgeblich finanziertes militärisches Projekt, das unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung Kolumbien befrieden und - wie es auf den gemeinsamen Landesinformationsseiten aller deutschen Entwicklungsdienste heißt - das "Investitionsklima in Kolumbien verbessern" soll. Der erweiterte

Plan America sieht auch die Umstrukturierung und Aufrüstung der Streitkräfte anderer lateinamerikanischer Länder gegen das neue Bedrohungsszenario des Drogenhandels vor.

Der Export der Freiheit soll selbstverständlich nicht für Migrationswillige aus dem Süden gelten. Seit dem Inkrafttreten von NAFTA ist nicht nur die Grenze zwischen den USA und Mexiko hochgerüstet worden. Im guatemaltekischen Grenzgebiet zu Mexiko wurde auf Initiative der USA und in Abstimmung mit den zentralamerikanischen Regierungen ein "Sicherheitskordon" von 20 Kilometern Breite eingerichtet, in dem eine neu geschaffene Grenzpolizei Reisende aus ganz Zentralamerika kontrollieren und gegebenenfalls abweisen kann.

Wirtschaftspolitisch ist geplant, die NAFTA-Bestimmungen, die weitaus rigider sind als das vorgesehene Modell der WTO, auf den gesamten Kontinent auszuweiten. Geschützt werden sollen vor allem die Interessen multinationaler Konzerne. Das heißt, die in vielen lateinamerikanischen Ländern noch stark staatlich protegierten nationalen Märkte zu liberalisieren, die teilweise verfassungsmäßig verankerte Bevorzugung staatlicher Unternehmen bei der Auftragsvergabe abzuschaffen und die Privatisierung des öffentlichen Dienstleistungssektors voranzutreiben. Dies soll durch das Gleichbehandlungsprinzip für ausländische und inländische Produkte und Unternehmen gewährleistet und mit der Anwendung der so genannten Nichtdiskriminierungsklausel auf Dienstleistungen, Märkte und Investitionen durchgesetzt werden. Kern dieses normativen Rahmens ist Kapitel elf der NAFTA-Verträge, mit Hilfe dessen ein ausländischer Konzern gegenüber einer Regierung seine Gleichbehandlung mit einheimischen Unternehmen oder sogar Entschädigung für potenzielle Gewinnverluste einklagen kann.

Die bisherigen Erfahrungen mit NAFTA haben gezeigt, dass FTAA, von Clinton seinerzeit als "Partnerschaft für den Wohlstand" bezeichnet, auf dem lateinamerikanischen Subkontinent unter anderem das Ende der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der kleinen und mittelständischen Industriezweige bedeutet. Zudem ist mit einem weiteren Sinken der Löhne und einer Ausweitung der transnationalen Billiglohnindustrie in Lateinamerika zu rechnen.

Mehr als 3.000 Basisgruppen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aus allen Teilen des amerikanischen Kontinents und aus Europa hatten zu Protestaktionen gegen den Gipfel in Quebec aufgerufen. Zum Schutz des Megatreffens, zu dem neben den amerikanischen Staatschefs 4.000 offizielle Delegierte und 2.500 Journalisten anreisten, hat die kanadische Regierung ein derartiges Aufgebot an Sicherheitskräften bestellt wie seit 1759 nicht mehr, als die Invasion der englischen Truppen erwartet wurde. Über 6.000 Polizisten und die königliche Leibgarde waren rund um die Uhr im Einsatz. Um die Altstadt, wo das Enterprise-Treffen stattfand, wurde ein drei Meter hoher, vier Kilometer langer Schutzwall errichtet. Die Anwohner befanden sich in einer Art Belagerungszustand und durften sich nur mit einer speziellen Genehmigung hinaus- und hineinbewegen. Trotzdem gelang es den FTAA-GegnerInnen, mehr als 25.000 DemonstrantInnen nach Quebec zu mobilisieren und den Beginn des Treffens immerhin für eine Stunde zu verzögern.

Mit ihrer Unterschrift unter den Entwurf für die FTAA haben sich die 34 amerikanischen Präsidenten verpflichtet, dem Schutz des individuellen Privateigentums auch politisch oberste Priorität einzuräumen. Die von den Unterzeichnern zugesagte Aufnahme von Demokratie-, Sozial- oder Umweltklauseln in das Vertragswerk dagegen kann da nicht mehr sein als eine kosmetische Korrektur.

Stefanie Kron

25. Frieden heißt Krieg. Mexikos Präsident täuschte Dialogbereitschaft vor

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:29

Statt Dialog und Frieden wird es in Mexiko eine Fortsetzung des Krieges niederer Intensität geben. Diese Perspektive zeichnet sich ab, nachdem Ende April die beiden Parlamentskammern einem Gesetzentwurf über indianische Rechte und Autonomie zustimmten, der in keiner Weise den Vorstellungen der EZLN und anderer indianischen Organisationen entspricht. Der Optimismus, die Mobilisierung des Marsches der zapatistischen KommandantInnen in die Hauptstadt könne eine Kehrtwende in der Indigena-Politik bewirken, ist verflogen.

In einem Kommuniqué vom 29. April erklärte die EZLN jedes Gespräch mit der Regierung des seit Dezember amtierenden neuen Präsidenten Vicente Fox für beendet. "Es wird keinen weiteren Kontakt zwischen EZLN und der föderalen Exekutive geben", kündigte die Generalkommandantur an. Stattdessen würden die Zapatistas den "Weg des Widerstandes und der Rebellion weitergehen." An einen Dialog sei erst zu denken, "wenn die Rechte und Kultur der Indigenas entsprechend der sogenannten Gesetzesinitiative der COCOPA konstitutionell anerkannt" würden.

Damit befindet sich der Chiapas Konflikt wieder auf dem status quo antes. Bereits im Februar 1996 hatten die indianischen RebellInnen mit den Unterhändlern des damals regierenden Präsidenten Ernesto Zedillo das "Abkommen von San Andrés" geschlossen. Dieser weigerte sich aber, die von der Parlamentarischen Vermittlungskommission COCOPA auf der Grundlage der San Andres Abkommen ausgearbeiten Gesetze tatsächlich auch parlamentarisch absegnen zu lassen. So blieb der Konflikt zwischen EZLN und Regierung fünf Jahre lang blockiert, während die Regierung durch den Aufmarsch von 60.000 Soldaten die Zapatistas zu zermürben versuchte.

Nachdem der ehemalige Coca-Cola-Manager Vicente Fox von der klerikal-konservativen Oppositionspartei (PAN) bei Wahlen im vergangenen Juli die über siebzig Jahre regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) besiegen konnte, keimte Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Konfliktes auf. Zumal Fox, als die Zapatistas Mitte März unter Jubel in die Hauptstadt marschierten, vor jedem Mikrophon in dessen Reichweite er kam, erklärte, dass er die Zapatistas verstehen könne und ihre Forderungen für legitim halte.

Dass es sich dabei hauptsächlich um eine mediale Strategie der fortgesetzen Kriegführung niederer Intensität handelte, wird nun deutlich. Der von Fox' Partei im Senat und Kongress durchgesetzte Gesetzentwurf fällt an manchen Stellen sogar hinter die Vorschläge der Zedillo-Regierung zurück. Es sind hauptsächlich drei fundamentale Differenzen, an denen sich der Konflikt zwischen Regierungsvorlage und den Vorstellungen der indianischen Organisationen entzündet.

1. Während in der COCOPA-Vorlage die indigenen Gemeinschaften (comunidades) den Status von "Entitäten des öffentlichen Rechtes" (1) genießen, bezeichnet sie der Kongress als "Subjekte des öffentlichen Interesses". Ein Unterschied wie er größer kaum sein könnte. Während die indigenen Gemeinschaften in der COCOPA-Vorlage als konstitutioneller Bestandteil eines pluri-nationalen Staatswesen gelten, verlieren sie diesen Status im nun beschlossenen Text und werden zu bevorzugten Betreuungsobjekten herabgestuft.

2. In der COCOPA-Vorlage wird den indigenen Gemeinschaften das Recht auf "kollektive Nutzung der natürlichen Ressourcen auf ihren Ländereien und Territorien" zugestanden mit Ausnahme der Ressourcen, "deren Nutzung der Nation" zustehe, also beispielsweise der Erdölförderung, die in Mexiko noch immer verstaatlicht ist. In der beschlossenen Vorlage bleibt von diesem zentralen Punkt der Nutzungsrechte so gut wie nichts übrig. Es ist lediglich die Rede vom Recht einer "bevorzugten Nutzung". "Das Konzept des Territoriums, der Schlüssel, um die Autonomie zu definieren und zu verstehen, verschwindet", kommentiert Sergio Rodriguez Lascano von der FZLN dazu in der Tageszeitung La Jornada vom 2. Mai. "So bleibt der geographische Raum, in der Autonomie ausgeübt werden kann, maximal beschränkt."

3. Die COCOPA-Vorlage fordert den Respekt vor der "freien Selbstbestimmung der indianischen Völker in jedem Raum und auf jeder Ebene, in der sie Autonomie ausüben." Dies solle entsprechend der regionalen Bedingungen ein oder mehrere Gruppen einschließen, die sich "frei assoziieren" könnten , "um ihre Aktivitäten zu koordinieren." Die beschlossene Vorlage nun sieht dieses Recht nicht mehr vor, wenn es über die Grenzen

eines Landkreises hinausreicht. Damit aber ist ausgeschlossen, dass politisch und ökonomisch tragfähige Autonomieprojekte entstehen können.

Die vom Senat und Kongress beschlossene Vorlage hat mit den Abkommen von San Andrés letztlich nicht mehr viel zu tun, meint Rodriguez Lascano. Die Reform nehme zwar "80 Prozent des in San Andres Beschlossenen auf, aber die 20 Prozent, die außen vor bleiben, sind das Rückgrat der indigenen Autonomie", erklärt er.

Die Regierung Fox hat deutlich gemacht, dass sie nicht reformbereit ist, stellt Rogelio Mercado, der Sprecher des Nationalen Indigenen Rates (CNI), des Zusammenschlusses der bedeutenden indigenen Organisationen, fest. "Der CNI schließt das Wiederaufleben der bewaffneten Bewegung in Chiapas nicht aus", erklärte er (La Jornada, 2.5.2001). "Die drei Zeichen, welche die EZLN forderte, wurden nicht erfüllt. Die sieben Militärbasen verschwanden nicht, sondern wurden nur umgruppiert. Nicht alle zapatistischen Gefangenen sind frei, und das von den Abgeordneten und Senatoren beschlossene Gesetz entspricht nicht der COCOPA-Vorlage."

Der von den mexikanischen und internationalen Medien so begierig inszenierte Kampf der zwei charismatischen Caudillos Vicente Fox und Subcomandante Marcos um die Gunst des Publikums ist vorbei. Jetzt geht in Chiapas und Südmexiko der Krieg niederer Intensität weiter, der seit 1994 hunderte Menschenleben, fast ausschließlich der indianischen Basis der EZLN, gekostet hat.

Boris Kanzleiter

Anmerkung:

1) "Entität" in diesem Zusammenhang: Definierte Gruppe, die verfassungsmäßig als Rechtssubjekt anerkannt ist.

26. Vom Kläger zum Berater. Die Pharmaindustrie und Südafrika einigten sich im Streit um Patent-Medikamente

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:15

Beim Prozess über Billigmedikamente in Pretoria gibt es scheinbar nur strahlende Sieger. Gewöhnlich wird man bei sogenannten Win-Win-Situationen misstrauisch: Entweder lügt sich die eine Partei kräftig in die eigene Tasche oder sie inszeniert einen Jubel, um in der Öffentlichkeit nicht als Verliererin dazustehen. Im Fall des Pharma-Prozesses in Südafrika haben Regierung und AktivistInnen zwar erreicht, was sie erreichen wollten: Der südafrikanische Verband der Arzneimittelhersteller (PMA) zog die Klage gegen die Regierung Südafrikas zurück. Südafrika kann Billigmedikamente einführen. Auf lange Sicht macht aber möglicherweise doch das "Big Pharma" das Rennen.

Am 19. April haben 39 weltweit führende Pharmakonzerne ihre Klage gegen Südafrikas Zulassung von Billigmedikamenten zurückgezogen. Die Arzneimittelindustrie und die südafrikanische Regierung haben sich außergerichtlich im Patentstreit geeinigt. Der Prozess war begleitet von internationalen Protesten. Auch Regierungen der EU-Länder haben die Pharmaindustrie aufgefordert, ihre Klage zurückzuziehen.

Bereits am 18. Februar 1998 klagten pharmazeutische Unternehmen und der südafrikanische Verband der Arzneimittelhersteller (PMA) gegen die Regierung Südafrika. An der Klage beteiligten sich auch sieben deutsche Firmen und Tochtergesellschaften, u.a. Bayer, Boehringer Ingelheim, Hoechst Marion Roussel, E. Merck und Schering.

Der Grund: Die südafrikanische Regierung unter Nelson Mandela hatte 1997 ein Gesetz erlassen, das den Import von kopierten Patentmedikamenten erlaubt. Die kopierten Medikamente gegen Aids und Armutskrankheiten wie Tuberkulose und Cholera kosten nur einen winzigen Bruchteil der Originalmedikamente. Nach Ansicht der Pharmaindustrie verstoße dieses Gesetz gegen das Patentschutzabkommen (Trips) der Welthandelsorganisation (WTO). Die Weltgesundheitsbehörde (WHO) dagegen hatte erklärt, dass das südafrikanische Gesetz das Patentrecht nicht einschränken würde. Das WTO-Patentschutzabkommen sieht ausdrücklich die Anwendung von Ausnahmeregelungen im Falle eines "nationalen Gesundheitsnotstandes" vor. Diesen hat Südafrikas Präsident Thabo Mbeki allerdings nie ausgerufen, obwohl Schätzungen der WHO davon ausgehen, dass in Südafrika jeder Neunte HIV-infiziert ist. Möglicherweise scheut sich Mbeki vor diesem Schritt, weil er nicht ausländische InvestorInnen vergraulen will.

Die Klage der Pharmaindustrie hat die Umsetzung dieses südafrikanischen Gesetzes bislang blockiert. Die Proteste gegen die Klage und das weltweite Interesse drohten aber zu einer Image-Katastrophe für das "Big Pharma" zu werden. Laut Handelsblatt (20./21.4.01) vertreiben die meisten Pharmafirmen in Afrika nur ein Prozent ihrer Medikamente, in Nordamerika, Westeuropa und Japan rund 80 Prozent. Vor allem dort schadet ihnen schlechte Presse. Auch der Ausgang des Prozesses war von Anfang an völlig offen. Das Gericht ließ die südafrikanische Aids-Organisation Treatment Action Campaign (TAC) als Sachverständige zu. TAC sollte dem Gericht darlegen, was die hohen Medikamentenpreise für Aids-Kranke bedeuten. Die Organisation verlangte auch, die undurchsichtige Medikamenten-Preispolitik der Konzerne offen zu legen.

Schließlich zog die Pharmaindustrie die Klage nach einer außergerichtlichen Einigung zurück. Der Deal: Die 39 Pharma-Konzerne gehen nicht mehr gerichtlich gegen das umstrittene Medizingesetz vor und übernehmen die gesamten Prozesskosten. Südafrika verpflichtet sich, das geistige Eigentum der Firmen gemäß des Patentschutzabkommens das Patentschutzabkommen der WTO zu respektieren. Damit stehen Südafrika nun sowohl Parallelimporte (Originalmedikamente, die in armen Ländern billiger zu haben sind) als auch Generika (billige Kopien, die unter Lizenz hergestellt werden) frei.

Eine Arbeitsgruppe von Regierung und Pharmaindustrie soll mit dem Abkommen konforme Konzepte zur Aids-Bekämpfung finden. Die südafrikanische Gesundheitsministerin Manto Tshabala-Msimang betonte, sie habe keine Konzessionen hinter verschlossenen Türen gemacht. Die zukünftige enge Kooperation von Regierung und "Big Pharma" ist aber offensichtlich. Mit dieser Einigung können Konzerne wie

Glaxo-Smithkline (Netto-Gewinn im Jahr 2000: 7,6 Milliarden US-Dollar) oder Pfizer (Netto-Gewinn im Jahr 2000: 6,5 Milliarden) nicht nur ihr angekratztes Image aufpolieren. Mit der engen Kooperation gelingt es ihnen, im Preiskrieg bei der Belieferung von armen Ländern mit Aids-Medikamenten die Oberhand zu behalten. Billiganbieter können durch die Kooperation verdrängt werden.

Das Aus für die Pillenkopierer aus Brasilien, Indien und Thailand könnte fatale Folgen haben: Die Erfahrung zeigt, dass die großen Pharmakonzerne nur dort, wo billige Generika zur Verfügung stehen, die Preise ihrer Produkte tatsächlich senken. Und nur wo solche Preissenkungen auf freiwilliger Basis umgesetzt werden, können die Regierungen mit den nötigen Finanzmitteln von außerhalb rechnen.

Auf Grund des starken internationalen Drucks versuchten die großen Medikamentenhersteller ihr Image aufzubessern, indem sie freiwillige Preissenkungen ankündigten. Die Zusage der Pharmaindustrie gegenüber UN-Generalsekretär Kofi Annan, Medikamentenpreise in den ärmsten Ländern der Welt dauerhaft zu senken, kommt den finanzschwachen Regierungen zwar entgegen. Die niedrigeren Preise liegen aber immer noch weit über den finanziellen Möglichkeiten der meisten Menschen in Afrika. Und sie sind immer noch teurer als die Kopien. Nach Informationen der BUKO-Pharma-Kampagne handelten drei große Firmen mit dem Senegal einen Preis für ein Aids-Medikament von 1.200 US-Dollar pro PatientIn pro Jahr aus. Die indische Firma Cipla habe die kopierten Medikamente dagegen für 350 US-Dollar angeboten. Wie groß der Prozess-Sieg für die ärmeren Länder und die HIV-Infizierten wirklich ist, wird sich noch zeigen müssen.

Das Lobbying des "Big Pharma" wird weitergehen. Zwar können die Pharmariesen in ihrem Kampf gegen Produktpiraterie nicht uneingeschränkt auf die Hilfe der Politik hoffen. Deutliches Warnsignal war die Entscheidung der Clinton-Regierung Mitte 2000, nicht gegen jene afrikanischen Staaten vorzugehen, die unerlaubt kopierte Aids-Präparate einführten. Gleichzeitig bereiten die USA aber eine Klage gegen ein brasilianisches Gesetz vor. Nach diesem Gesetz verfällt das Patent eines Medikamentenherstellers, wenn jener die Arznei nicht innerhalb von drei Jahren in Brasilien herstellt. Seit einigen Jahren produziert das Land Nachahmerprodukte und verteilt sie kostenlos an alle HIV-Positiven in Brasilien.

Anke Schwarzer

27. Den Durchmarsch der Rechten verhindern! Pietro Ingrao und Rossana Rossanda: Offener Brief an die linken NichtwählerInnen

Autor: Pietro Ingrao und Rossana Rossanda · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:01

Pietro Ingrao (Jahrgang 1915) und Rossana Rossanda (geboren 1924) sind die bekanntesten Persönlichkeiten unter den noch aktiven "VeteranInnen" der italienischen Linken. Beide gehörten seit ihrer Jugend der kommunistischen Partei, dem PCI, an und beteiligten sich an der Resistenza gegen den Faschismus und die deutsche Besatzungsmacht. Rossanda wurde 1969, als sie die Tageszeitung Il Manifesto mitgründete, wegen "Linksabweichung" aus dem PCI ausgeschlossen; Ingrao trat 1993 aus der PCI-Nachfolgepartei PDS (heute DS) aus. Heute sind beide parteilos. 1995 versuchten sie mit einem gemeinsamen, auch ins Deutsche übersetzten Buch (vgl. ak 395), eine Debatte "über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken" zu initiieren. Ihr Wahlaufruf, den wir leicht gekürzt dokumentieren, erschien in Il Manifesto vom 6. April.

Noch nie waren die Linken vor Wahlen so uneinig und so wenig überzeugt wie diesmal. Noch nie war bei den Linken die Neigung zur Stimmenthaltung so stark ausgeprägt. Nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Misstrauen und Zorn. Alle wissen, dass wir vor einem neuen Schritt nach rechts stehen, vor der Zerschlagung der Reste von Sozialgesetzgebung und Arbeitsschutz, des Netzes öffentlicher Dienstleistungen wie Schule und Gesundheitswesen - und vor der völligen Unterwerfung unter den Anspruch des Vatikans, die zivile Ethik zu kontrollieren. Das Unternehmen Italien erklärt seine Absicht, die geistige Grundlage des republikanischen Italien zu ändern; es stellt sich zur Aufgabe, dem Markt die soziale Mobilität und der Kirche die Beherrschung der Seelen zu garantieren. Die Linke, die sich der Stimme enthält, weiß das.

Mit welcher Begründung enthält sie sich? Die Mitte-Links-Koalition ist schwach und selbst daran Schuld. Sie ist immer weiter in die Mitte gerückt, in der Erwartung, dadurch Stimmen zu gewinnen, auf die Gefahr hin, ganze soziale Sektoren zu verlieren, die sie ungeschützt und enttäuscht zurückgelassen hat. Also wird sie jetzt durch Stimmenthaltung bestraft. Das ist die gemeinsame Haltung derjenigen Linken, die am 13. Mai nicht zur Wahl gehen wollen. Über das Weitere gehen die Erwartungen auseinander. Eine ist, dass das Centrosinistra die Niederlage verdiene, das Haus der Freiheiten aber nicht lange regieren werde: Es sei eine Wahlkoalition, die sich in Europa als Regierungskoalition nicht präsentieren könne, die herrschende Klasse Italiens habe kein Interesse, sich mit dem Trio Berlusconi-Fini-Bossi zu identifizieren, innerhalb von zwei Jahren sei der Bruch sicher. Die Strafe kann also ohne große Gefahren verhängt werden. Eine Variante dieser Hypothese richtet sich dagegen nicht auf die inneren Widersprüche, sondern auf die Ernüchterung, die nicht ausbleiben werde: Angesichts der Anmaßungen Berlusconis würden die Italiener wie 1994 auf die Straße gehen und seinen Sturz beschleunigen. Die dritte und am meisten verbreitete Hypothese besagt, dass die Linksdemokraten in der Opposition ihre Lebensgeister wiedergewinnen und sich schließlich einer Liniendiskussion stellen würden, durch die der Run auf die Mitte gestoppt und eine Partei der Linken aus der Asche steigen würde, eine gemäßigte, aber linke Partei. Eine noch schlauere Version prognostiziert dagegen ein Abflauen der Konfrontation, ein "normales Land", regiert von der Europäischen Sozialistischen Partei mit Amato und D'Alema und von einem "zivilisierten" Berlusconi, der Bossi zu bremsen vermag. Kurz und gut, es sei nicht gesagt, dass ein Sieg des Hauses der Freiheiten ein Unglück wäre. Eine saftige Ohrfeige würde der Linken helfen, sich wieder aufzurappeln. Viele Enthaltungen wären eine Lektion, eine bittere, aber hilfreiche Medizin.

Wir werden uns nicht enthalten. Um klar verstanden zu werden: Wir wählen Rifondazione Comunista (RC) mit der Zweitstimme und überall dort, wo sie Gewinnchancen hat oder die Stimme dazu beitragen kann, nützliche Reste zu sammeln. (1) Wir wählen RC nicht, wo sie aussichtslos ist und gleichzeitig das Risiko besteht, mit einer Stimme für sie die Niederlage eines rechten Kandidaten zu gefährden: In diesem Fall stimmen wir für das Centrosinistra, falls der Kandidat eine zumindest moralisch akzeptable Person ist. Wir wählen also aus zwei Motiven: um Rifondazione Comunista möglichst stark zu machen und um einen Sieg oder wenigstens einen überwältigenden Sieg Berlusconis zu verhindern.

Zweitstimme für Rifondazione Comunista

Und wir rufen dazu auf, es ebenso zu tun. Das nicht aus der Gewohnheit zweier alter Kommunisten, die im Übrigen kein bisschen reumütig sind und wenig darauf erpicht, Gestalten wieder in die Regierung einziehen zu sehen, über deren Natur und Absicht nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre keine Zweifel möglich sind. Wir rufen dazu auf, weil wir die Gegenwart analysieren und weil wir keines der Argumente teilen, welche die enttäuschten NichtwählerInnen vorbringen.

Wir teilen nicht die Einschätzung, eine Regierung Berlusconi-Fini-Bossi sei wenig gefährlich und nur von kurzer Dauer. Diese hat hinter sich den Welt-Währungs-Fonds, die OSZE, die Europäische Zentralbank, den Unternehmerverband Confindustria. Der Präsident der Confindustria, D'Amato, hat mit bemerkenswerter Klarheit seine Ziele formuliert, die Berlusconi übernommen hat: Abschaffung des Flächentarifvertrages und Ersetzung durch einen Arbeitsvertrag zwischen dem Unternehmen und dem einzelnen Arbeiter, uneingeschränkte Möglichkeit von Entlassungen, totale Flexibilität, entscheidender Schlag gegen das Rentensystem, auch um dem Finanzmarkt frisches Blut zuzuführen; damit hätte man den Gewerkschaftsbund CGIL (2) mit dem Rücken an die Wand gedrückt. Nichts deutet darauf hin, dass ein modernes, intelligentes und demokratisches Kapital diese Lawine aufhalten würde: Die "liberale Rechte" ist ein Wunschtraum einiger Väter des Vaterlandes, der schon einmal ein Desaster herbei geführt hat.

In diesem schnellen Prozess sozialer Umgruppierungen hat die Rechte ihre Banner aufgepflanzt - Egoismus, Rassismus, Zerstörung jeglicher öffentlicher Instanz -, und die Mitte-Links-Regierung ist ihr gefolgt, ohne zu begreifen, welche zersetzenden Elemente dieser Prozess enthält und dass die neuen prekären sozialen Akteure eine weniger subalterne Identität und einen wirksameren Schutz brauchen. Wir teilen also auch nicht die Versicherung, was uns bevorsteht, sei nur ein reibungsloser Wechsel zwischen zwei Koalitionen. Aber wir teilen auch nicht die Hypothese, nach der eine deftige Niederlage des Centrosinistra die linken Geister bei den Linksdemokraten wieder beleben würde, die auf so beeindruckende Weise von der Bühne verschwunden sind. Die Erfahrung lehrt, dass aus der Niederlage niemals eine Radikalisierung mit langem Atem erwächst, eher die Diaspora einer schon zerfaserten Gruppierung. Es fällt schwer, das, was schönfärberisch "Transition" der DS genannt wird, nicht als abgeschlossen zu betrachten. Deren Ergebnis zeigt sich in dem Projekt von D'Alema und Amato auf den Spuren von Tony Blair und in der Erstarrung der CGIL, die von der Unternehmerschaft und von "ihrer" Partei an die Wand gedrückt wurde. Das Projekt einer "Linken" im Rahmen des Neoliberalismus und seiner Philosophie, Krieg eingeschlossen, ließ keinen anderen Ausweg. Die Wiederaufnahme der Diskussion bei den DS hat die Zerstörung der Partei, ihre Umwandlung in ein Wahlkomitee nicht verhindert, ihre Unduldsamkeit gegen jegliche etwas radikalere Instanz in der Gesellschaft, der Gewerkschaft oder einer Basisbewegung. Es gibt also wenig Hoffnung auf einen Linksschwenk der linksdemokratischen Partei.

Aus diesem Grund stimmen wir für Rifondazione Comunista, und wir rufen dazu auf, für sie zu stimmen, und hoffen auf ihren größtmöglichen Zuwachs - als einzigen Ausdruck einer klaren Gegenrichtung. Vieles trennt uns von RC und einigen ihrer Positionen, aber eine grundlegende eint uns: die Einschätzung über den Charakter der neoliberalen Welle und ihrer Folgen, und der Versuch, die oppositionellen Kräfte zu sammeln und Inhalte und Gegendruck zu entwickeln. Wer als Linker RC nicht wählen will, weil sie nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben ist, muss sich fragen, wie er selbst seine Kräfte genutzt hat. Bei der Abrechnung am Wahltag ist Politik brutal einfach.

Vergebliche Hoffnung auf den heilsamen Schock

Wir denken jedenfalls, dass eine linke Stimmenthaltung nur einer starken und zur Hegemonie fähigen Bewegung gestattet wäre, die landesweit und auf allen Politikfeldern agieren könnte. Aber Bewegungen gibt es heute nur wenige, im klassischen Proletariat und in den sozialen Zentren - keine davon denkt an Stimmenthaltung. Wer nicht in der Lage ist, eine Bewegung zu konstituieren, handelt verantwortungsbewusster, wenn er dem hilft, der ein Symbol und ein Terrain anzubieten hat für eine autonome Diskussion - als wenn er selbstgenügsam der Rechten Raum gibt.

Die Erneuerung der Linken in Angriff nehmen!

Der Punkt ist: Die Erneuerung der Linken und die Schaffung eines Pols alternativ zur Linie der Mitte und der Rechten darf nicht aufgeschoben werden. Das wird mit mehr Zeit und unter weniger dramatischen Umständen geschehen, wenn der Ulivo gewinnt oder knapp verliert, während ein tiefer Sturz in die Niederlage, der die ohnehin schon verwirrte Wählerschaft desorientiert, eher zur Flucht als zum Engagement ermuntert. Dieser

Erneuerung widmen wir das, was noch in unsren Kräften steht. Und dies ist kein reines Bekenntnis - auch wenn es in diesen Zeiten durchaus eine Bedeutung hat, sich zu bekennen: Die Triumphe des Neoliberalismus drohen, sein Knirschen ist auf internationaler wie auf nationaler Ebene spürbar. Es handelt sich darum, Position zu beziehen - und schließlich: "Aus mehr Garn lässt sich auch mehr Stoff weben." Wir hoffen auf eine ernsthafte Diskussion.

Pietro Ingrao und Rossana Rossanda

(Übersetzung: Js.)

Anmerkungen:

1) Für die Senatswahl gibt es - anders als bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer - nur einen Stimmzettel. Aber auch hier wird ein Viertel der Mandate (83 Sitze) per Verhältniswahl an die kandidierenden Listen vergeben. Mit einem Stimmenanteil von 5 Prozent würde RC also keinen einzigen Wahlkreiskandidaten durchbringen, aber dennoch 4 SenatorInnen stellen.

2) Der Gewerkschaftsbund CGIL (Confederazione generale italiana del lavoro) ist die größte und die "linkeste" unter den italienischen Richtungsgewerkschaften. Sein Sekretär Sergio Cofferati gehört zum linken Flügel der Democratici di sinistra (DS).

28. Hoffen auf die Wende. Europäischer Rückenwind für Rutelli

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:31

So viel "Einmischung in die inneren Verhältnisse" Italiens war selten seit 1976. Damals hatte die deutsche Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD) die Italienerinnen und Italiener vor den Wahlen wissen lassen, dass sie unter einer linken Regierung auf wirtschaftliche Hilfe der EG-Partner wohl verzichten müssten. Zwar konnte die kommunistische Partei (PCI) trotz dieses Erpressungsversuchs bei den Wahlen im Juni 1976 ihr historisches Rekordergebnis von 33,8 Prozent erreichen; sie wurde dann aber nur vorübergehend Juniorpartner der Democrazia Cristiana in einer informellen "Koalition der nationalen Solidarität" unter Giulio Andreotti.

Heute geht es in der europäischen "Italien-Politik" gegen die rechte Gefahr, und alle machen mit. Schon im vergangenen Jahr hatte Schröder mit Sanktionen gedroht, falls die Neofaschisten von Alleanza Nazionale Minister stellen sollten. (vgl. ak 436) Derzeit sind es international renommierte Medien wie Le Monde, Economist, Financial Times, Wall Street Journal oder El Mundo, die kräftig Druck gegen rechts machen. Dabei geht es allerdings weniger um den Rassismus der Lega Nord oder die Mussolini-Verherrlichung der Neofaschisten. Zielscheibe der Kritik ist vielmehr Silvio Berlusconi, der wegen seiner dunklen Geschäfte und diverser gegen ihn laufender Prozesse "ungeeignet" für das Amt eines europäischen Regierungschefs sei.

Die Unterstützung unverdächtiger, zum Teil konservativer Blätter aus dem befreundeten Ausland liefert dem immer noch zurückliegenden Mitte-Links-Bündnis Argumente gegen eine drohende "Isolierung" Italiens unter einer Regierung Berlusconi. Letzterer spielt zum wiederholten Male seine Rolle als verfolgte Unschuld, nachdem er zuvor auf die Erfolgsnummer aus dem Jahre 1994 gesetzt hatte: die Geschichte vom arbeitsamen Unternehmer, der allein aus eigener Kraft zum reichsten Mann Italiens geworden sei. Francesco Rutelli, der Spitzenkandidat des Mitte-Links-Blocks, erhofft sich von den willkommenen Einmischungen eine "echte Wende". Er wird sie brauchen, wenn er nach einem inhaltsarmen und niveaulosen Wahlkampf doch noch gewinnen will.

Js.

29. Frankreich nach den Kommunal- und Kantonalwahlen. Die neofaschistische Gefahr bleibt

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:14

Die französischen Kommunal- und Kantonalwahlen vom 11. und 18. März 2001 waren auch ein Test für die beiden rechtsextremen Parteien Front National (FN: Jean-Marie Le Pen) und Mouvement National Républicain (MNR: Bruno Mégret). Die Wahlergebnisse zeigen: Die neofaschistische Gefahr ist keineswegs vorüber.

An den beiden Sonntagen im März galt es zugleich, 36.000 Bürgermeisterposten im Land zu besetzen und die Kommunalparlamente zu wählen, wie auch die Hälfte der Mandate in den Bezirksparlamenten (Conseils généraux, "Generalräte" auf Ebene der Départements) neu zu vergeben. Die Wahlen zu den Bezirksparlamenten heißen "Kantonalwahlen", weil die Bezirke (Départements) in "Kantone" genannte Unterbezirke eingeteilt werden.

Die verschiedenen Hürden im Wahlverfahren (siehe Kasten) sind seit jeher für die extreme Rechte von Bedeutung, da sie oft das Spiel der staatstragenden Parteien durcheinander zu bringen suchte. Indem sie ihre Kandidaten in die Stichwahl schickte, konnte sie mehrfach die bürgerliche Rechte verlieren lassen, da so das eher rechtsorientierte Wählerpotenzial aufgespalten wurde. Auf diesem Wege wurden die Neofaschisten mit dafür verantwortlich, dass das bürgerlich-konservative Lager die nationalen Parlamentswahlen im Frühjahr 1997 gegen die Linkskoalition unter Lionel Jospin verlor. Diese Fähigkeit, die Konservativen zu behindern, scheint den Neofaschisten nunmehr weitgehend abhanden gekommen zu sein.

Vor allem die Ergebnisse der Kantonalwahlen erlauben eine relativ genaue Diagnose über den landesweiten Zustand der extremen Rechten. Denn bei den Kommunalwahlen waren FN und MNR nicht flächendeckend vertreten: Das 1999 verabschiedete Gesetz über die Frauenparität lässt nur solche Listen zu, auf denen gleich viele Männer und Frauen kandidieren. Zugleich schreibt das Kommunalwahlgesetz "vollständige" Listen vor - mit mindestens 50 BewerberInnen. Beide rechtsextremen Parteien, die weitaus mehr männliche als weibliche Aktivisten in ihren Reihen haben, hatten damit ihre Schwierigkeiten. Der MNR präsentierte in 395 mittleren und größeren Städten Listen zur Kommunalwahl, der FN in 225 Städten. Umgekehrt war der Rumpf-FN mit 1.703 KandidatInnen bei den Wahlen zu den Bezirksparlamenten - insgesamt 2.021 Kantone - stärker präsent als der MNR mit 1.318 BewerberInnen.

Die Wahlen zu den Conseils généraux lassen, anders als die Rathauswahlen, eine landesweite Hochrechnung der Ergebnisse zu. Demnach erhielt die extreme Rechte landesweit 10,2 Prozent der Stimmen. Diese teilen sich in 7,1 Prozent für den FN und 3,1 Prozent für den MNR. Mit diesem Ergebnis - das aber nur ca. 40 Prozent der Gesamtwählerschaft repräsentiert - liegt das neofaschistische Lager gut ein Prozent über seinem Stimmenanteil bei den Europaparlamentswahlen 1999 (8,97 Prozent). Der Rumpf-FN verbesserte sich demgegenüber um anderthalb Prozentpunkte (5,69 Prozent); der MNR liegt knapp unter seinem damaligen Resultat von 3,28 Prozent. Da beide neofaschistischen Parteien diesmal nicht im gesamten Wahlgebiet vertreten waren, kann man von einem noch etwas stärkeren Aufschwung gegenüber 1999 ausgehen.

Zugleich legte die extreme Rechte auch gegenüber der letzten Wahl zu den Bezirksparlamenten von 1994 zu: Damals erhielt der (noch vereinigte) Front National in denselben Kantonen 9,9 Prozent der Stimmen. Einen kleinen Rückschlag musste die extreme Rechte allerdings dennoch auch bei den Kantonalwahlen hinnehmen: Sie verlor vier ihrer fünf Abgeordneten in den Bezirksparlamenten. Insgesamt kamen 22 FN- und 2 MNR-KandidatInnen in den zweiten Wahlgang der Kantonalwahlen. Im Jahr 1994 hatten dies noch 92 Kandidaten des (noch nicht gespaltenen) Front National geschafft.

Bei den Rathauswahlen war die französische Landkarte - aus den genannten Gründen (Frauenquote und Mindestzahl von 50 KandidatInnen) - für die rechtsextremen Parteien mit weißen Flecken gezeichnet. Insgesamt ist ihre Präsenz gegenüber den Kommunalwahlen von 1995 um gut ein Drittel zurückgegangen. Den höchsten Symbolwert hatte dabei die Nicht-Kandidatur der Le-Pen-Anhänger aus Dreux: In dieser 40.000-Einwohner-Stadt 100 Kilometer westlich von Paris hatte der FN 1983 seinen ersten Wahlerfolg überhaupt gelandet: 61,3 Prozent bei der Nachwahl für einen frei gewordenen Sitz im nationalen Parlament. Später hatte der FN hier über Jahre hinweg bei mindestens 40 Prozent gelegen. Diesmal fehlten dem FN drei

Frauen, um seine KandidatInnen-Liste voll zu bekommen. Nur der MNR trat zur Rathauswahl an und erreichte 9,84 Prozent.

In anderen Fällen hatten die Neofaschisten versucht, bei ähnlichen Schwierigkeiten ein wenig nachzuhelfen. In den acht bis zehn Tagen vor der Wahl machte eine Reihe von Fällen Skandal, in denen (zunächst nur) der MNR ältere Damen ohne ihr Wissen auf seine KandidatInnenlisten aufgenommen hatte. Eine Reihe von Großmütterchen war dazu verleitet worden, ihre Unterschrift unter "Petitionen gegen die wachsende Unsicherheit" zu setzen - und fand sich plötzlich ohne ihr Wissen zu Kandidatinnen des MNR befördert. Nachdem der erste Skandal dieser Art im westfranzösischen Poitiers bekannt wurde, fing die Affäre rasch an, Kreise zu ziehen. Auch der Rumpf-FN geriet, wenn auch seltener, wegen ähnlicher Praktiken ins Gerede.

Erwartungsgemäß verloren haben die Neofaschisten die südfranzösische Großstadt Toulon: 7,8 Prozent erhielt Ex-Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier, der dem FN im März 1999 den Rücken gekehrt hatte und der kurz vor der Wahl vom MNR unterstützt wurde. Seine frühere Partei, die ihn unbedingt zu Fall bringen wollte, erhielt für ihren Gegenkandidaten nur 5,5 Prozent. Eine dritte rechtsextreme Gruppe um den ehemaligen Mégret-Anhänger Dominique Michel, der sich als überparteilicher lokaler Einiger zwischen den verfeindeten Rechtsextremen versuchte, landete bei 2 Prozent. (Zum Vergleich: 1995 holte der FN im ersten Wahlgang 31 und in der Stichwahl 36 Prozent.) Daneben bleiben die Anhänger des Nationalpopulisten Charles Pasqua präsent, die bei der EP-Wahl 1999 einen gut Teil der neofaschistischen Stimmen gewonnen hatten. Ihr Kandidat Jean-Charles Marchiani schnitt aber mit 14,2 Prozent klar schwächer ab als 1999 (über 20 Prozent). Das ergibt zusammen immer noch 15,3 Prozent für Kandidaten aus dem neofaschistischen Umkreis und insgesamt 29,5 Prozent für weit rechts angesiedelte Bewerber.

In einigen Orten haben die Neofaschisten gegen den allgemeinen Trend kräftig hinzugewonnen, so im nördlich gelegenen Boulogne-sur-Mer (1995: 4,3 Prozent, jetzt 9,5 Prozent für den MNR) und im südwest-französischen Bergerac (von 6,8 Prozent auf 14,3 Prozent für den MNR). In der südfranzösischen Stadt Orange (30.000 Einwohner) wurde FN-Bürgermeister Jacques Bompard mit 59,97 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang wiedergewählt.

In Marignane und Vitrolles mussten die beiden MNR-Bürgermeister Daniel Simonpieri und Catherine Mégret in den zweiten Wahlgang. Beide wurden wiedergewählt, mit 62,5 respektive 45,3 Prozent. In Marignane hatte nur eine in letzter Minute eingereichte FN-Konkurrenzliste verhindert, dass Simonpieri bereits im ersten Wahlgang durchmarschierte. In Vitrolles, wo es - anders als in Marignane und Orange - deutliche Widerstände etwa im Kulturbereich gegeben hatte, muss die Wiederwahl von Frau Mégret besonders schockieren. Sie war im November 2000 wegen rassistischer Diskriminierung in erster Gerichtsinstanz verurteilt worden. Das Gericht von Aix-en-Provence hatte die MNR-Mannschaft in Vitrolles ferner im Januar 2001 dazu verurteilt, ihre Flugblätter mit dem Vermerk zu versehen, dass nach gerichtlicher Ansicht ihr Programm zur Frage der Immigranten durch "rechtswidrige Rassendiskriminierung" gekennzeichnet sei. Es hat alles nichts geholfen. Auch die wesentlich höhere Wahlbeteiligung in der Stichwahl (die Enthaltungen gingen von 27,5 auf 19 Prozent zurück) hat den Neofaschisten nicht geschadet. Von einer Mobilisierung der potenziellen Abwehrkräfte gegen den Faschismus kann nicht die Rede sein.

Südostfrankreich bleibt eine Hochburg der Neofaschisten. So erreichten FN und MNR in Marseille immer noch 17,8 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang, wobei Rathaus-Kandidat Bruno Mégret die Nase vorn hatte (10,44 Prozent für den MNR gegenüber 7,3 Prozent für den Rest-FN). Im zweiten Wahlgang erhielt der MNR (der in fünf von acht Sektoren in die Stichwahl kam) stadtweit noch 12,2 Prozent. Bruno Mégret kam dabei auf stattliche 20,26 Prozent im zweiten Wahlgang. Zum Vergleich: 1995 hatte der noch nicht gespaltene FN im ersten Durchgang in Marseille stadtweit 22 Prozent und im zweiten Wahlgang 19 Prozent erhalten.

In Nizza erhielt die extreme Rechte 15 Prozent im ersten Wahlgang (11,98 Prozent für den FN, 3 Prozent MNR) und 14,2 Prozent in der Stichwahl. Damit steht die extreme Rechte heute in Nizza besser da als 1995 (12,5 Prozent im ersten, 7,5 Prozent im zweiten Wahlgang für den alten FN): Damals stand sie mehr noch als jetzt in Konkurrenz zum Amtsinhaber Jacques Peyrat, der 1994 aus dem FN ausgetreten und 1996 dem gaullistischen RPR beigetreten war. Freilich erzielte Jean-Marie Le Pen als Parlamentskandidat Anfang der Neunziger in Nizza locker 40-Prozent-Ergebnisse.

Auch das Elsass bleibt für die extreme Rechte anfällig. Stellenweise hatten die beiden Parteien auch hier Mühe, Listen aufzustellen. In Colmar suchte der MNR per Zeitungsannonce nach weiblichen Kandidatinnen. Dort, wo eine der beiden Parteien (oft der MNR) antrat, erreichte sie aber nach wie vor stattliche Ergebnisse. In der Regionalhauptstadt Strasbourg legten die rechtsextremen Kräfte insgesamt gegenüber 1995 zu, dabei hat sich aber das Kräfteverhältnis zwischen der nationalistischen und der regionalistischen Rechtsaußen-Variante umgedreht: Im Juni 1995 lag der FN bei 9,5 Prozent, die regionalistisch-extreme Rechte (der MRA, Mouvement régionaliste alsacien) bei 5,1 Prozent. Jetzt kam der MRA auf 9,2 Prozent, der Rumpf-FN auf 7,5 Prozent; der MNR trat nicht an.

Wenig antifaschistische Mobilisierung

Auch die Trabantenstädte von Paris und Lyon bleiben für die extreme Rechte ein fruchtbares Terrain. So überrundete der MNR in den beiden wichtigsten Städten des Départements Seine-Saint-Denis, das im Norden an Paris angrenzt, die bürgerliche Rechte: In der Bezirkshauptstadt Bobigny erhielt die Mégret-Partei 18,2 Prozent und in Saint-Denis 15,6 Prozent (gegenüber 16,7 Prozent bzw. 13,4 für die Liberal-Konservativen). Da die jeweiligen KP-Bürgermeister auf Anhieb die absolute Mehrheit erhielten, gab es jeweils nur einen Wahlgang. Die Vergleichszahlen für 1995 lauten im ersten Wahlgang: 18 Prozent FN (Bobigny) und 24,4 Prozent (Saint-Denis). In der Nachbarstadt Pierrefitte erhielt der MNR als einzige rechte Kraft 29,1 Prozent im ersten Durchgang und 27,9 Prozent in der Stichwahl. Wichtig zu wissen ist allerdings, dass die Wahlenthaltung in den Trabantenstädten oft an die 50-Prozent-Marke heranreicht.

In einigen kleineren Trabantenstädten im Bezirk von Saint-Denis und Bobigny ist der Einfluss der Rechtsextremen seit 1995 zurückgegangen. In der Stadt Paris selbst haben FN und MNR mit 3,5 bzw. 2,3 Prozent schlecht abschnitten. Die Hauptstadt mit ihrer vergleichsweise wohlhabenden Bevölkerung wird von den Konservativen dominiert und ist seit 10 bis 15 Jahren ein schlechtes Pflaster für die Rechtsextremen. In zwei stark konservativ geprägten Vororten von Paris gab es Bündniskandidaturen unter Einschluss von Neofaschisten: in Versailles unter Führung von Henry de Lesquen, dem Chef des rechten Intellektuellenzirkels Club de l'Horloge; in Montfermeil mit dem notorischen Rassisten Pierre Bernard, der dem Rechtskatholiken Graf Philippe de Villiers nahe steht.

In Villeurbanne bei Lyon erhielt der ultraradikale MNR-Rassenideologe Pierre Vial 16,3 Prozent im ersten und 15,3 Prozent im zweiten Wahlgang; hier gab es keine FN-Konkurrenz. Wenig erfolgreich waren die mit dem Etikett "parteilos" angetretenen Bündnislisten aus Neofaschisten und Bürgerlichen in anderen Lyoner Trabantenstädten. Rechnerisch hätten hier die ehemaligen FN-Sektionen, die sich nicht zwischen Le Pen und Mégret entscheiden mochten und sich selbstständig machten, zusammen mit den Liberal-Konservativen eine Mehrheit haben müssen. Doch die WählerInnen wurden anscheinend von dem Gespann abgeschreckt: Gegen die Rechts-Rechts-Allianzen in Rillieux-la-Pape und Saint-Priest erreichten die von Sozialisten geführten Linkskoalitionen gleich im ersten Wahlgang absolute Mehrheiten.

Ein Sonderfall ist Lyon. Hier hatten die beiden Spitzenkandidaten der Rechten, der RPR-Mann Jean-Michel Dubernard und der Rechtskonservative Charles Millon, ein Abkommen über eine Fusion ihrer Listen getroffen. Im ersten Wahlgang hatte Millon 23,1 Prozent der Stimmen erhalten und lag damit nur knapp hinter der "offiziellen" bürgerlichen Liste um Mercier (24,5 Prozent). Der örtliche FN hinter Bruno Gollnisch erhielt "nur" 6,95 Prozent im ersten Wahlgang (gegenüber 15,2 Prozent vor sechs Jahren), weil viele seiner früheren WählerInnen für Millon stimmten. Der Lyoner FN konnte nur in einem von neun Sektoren an der Stichwahl teilnehmen. Millon, der 1998 das Bündnis mit den Neofaschisten im Lyoner Regionalparlament akzeptiert und kurz darauf seine Partei "La Droite" als Brücke zwischen Bürgerlichen und Neofaschisten gegründet hatte, flößte jedoch WählerInnen der bürgerlichen Mitte Angst ein. Zugleich riefen die Leiter von Lyoner Kultureinrichtungen, die örtliche jüdische Gemeinde, aber auch Unternehmer aus der New Economy zur Wahl des sozialistischen Bewerbers Gérard Collomb auf, um Millons Durchmarsch zu verhindern.

Rechtsextreme wählen jetzt

auch taktisch

So bekam Collomb, zuvor erfolgloser Kandidat seit 1977, in einer notorisch konservativen Stadt eine knappe Mehrheit, wenn auch nur der Sitze, dank des Verteilungsschlüssels auf Basis der neun Stadtbezirke. Seit dem

Wahltag arbeitet Charles Millon sichtbar darauf hin, zum "Lyoner Oppositionsführer" zu werden und sich an die Spitze der örtlichen bürgerlichen Rechten zu setzen.

Die bürgerlich-konservative Rechte atmet unterdessen auf: Für sie haben die Neofaschisten ihre Störfähigkeit in den zweiten Wahlgängen weitgehend verloren. Im Jahr 1995 hatte der Front National noch insgesamt 234 Listen in der Stichwahl aufrechterhalten können und damit die bürgerliche Rechte zu triangulaires genannten Dreiecks-Konstellationen gezwungen. Im März 2001 gelang das noch in 78 Fällen. Zugleich sinkt die Stimmenzahl der Neofaschisten oft zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, und zwar erkennbar zu Gunsten der konservativen Rechten. Dies ist freilich nicht immer der Fall, aber doch ein sichtbares Phänomen, das die Feststellung erlaubt, die Bindungskraft der extremen Rechten (als autonomer Faktor gegenüber dem konservativen Lager) habe nachgelassen.

Proportional zugenommen hat die Neigung der rechtsextremen WählerInnen, für das "kleinere Übel" in Gestalt der Konservativen zu stimmen. So fiel in Blois, einer mittelgroßen Stadt an der Loire, die bisher von Bildungsminister Jack Lang regiert wurde, der FN zwischen den beiden Wahlgängen von 17,5 Prozent auf 9,6 Prozent. Jack Lang, ein mediengeiler und eitler Schicki-Micki-Linker, ist für die Rechtsextremen ein besonderes Hass-Objekt. Während der FN unbedingt seinen eigenen Kandidaten gegen Lang aufrechterhalten wollte, rief der MNR zur Wahl des konservativen "kleineren Übels" auf. Tatsächlich wurde Lang, sehr knapp, durch die Bürgerlichen geschlagen.

Damit ist das Problem für manch einen auf der Rechten erledigt. Zugleich steigt die Mehrheitsfähigkeit des konservativen Lagers - auch das haben diese Kommunalwahlen bewiesen. Le Monde merkt an, dass die Rechtsopposition sich stärker als früher dazu in der Lage gezeigt habe, "örtlich die Stimmen solcher Wähler wieder an sich zu ziehen, die früher oder auch (heute noch) im ersten Wahlgang für die extreme Rechte gestimmt haben". Dabei war es von besonderer Bedeutung, dass viele konservative KandidatInnen das Thema "Innere Sicherheit" in das Zentrum ihres Wahlkampfs stellten. Doch nichts deutet daraufhin hin, fügt Le Monde hinzu, dass dieser Mechanismus auch auf nationaler Ebene genauso wirksam wird.

Bernhard Schmid,

Paris

Der hier stark gekürzte Artikel unseres Autors erschien ungekürzt in der Zeitschrift der antifaschistischen Gewerkschafter-Initiative I.S.A. (Informations Syndicales Antifascistes).

Kompliziertes Wahlsystem

Um die Ergebnisse von FN und MNR bewerten zu können, muss zunächst zwischen den Kommunal- und den Kantonalwahlen differenziert werden. In jedem Kanton (Unterbezirk eines Départements) gilt das Mehrheitswahlrecht: Wer ins Bezirksparlament will, braucht dazu im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit; im zweiten Durchgang (Stichwahl) reicht die relative Mehrheit.

Dasselbe Verfahren gilt auch für die Wahl der Kommunalparlamente. Dabei gibt es aber bei den Rathaus-, im Gegensatz zu den Kantonalwahlen, keine Personen-, sondern eine Listenwahl. Die Liste, die im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, gewinnt; alle Listen erhalten einen ihrem Prozentergebnis entsprechenden Anteil an den Sitzen. Oder aber eine Liste gewinnt erst im zweiten Wahlgang mit der relativen Mehrheit und streicht dann die Hälfte aller Sitze ein. Der Rest der Sitze wird auf die übrigen Parteien verteilt.

In den drei wichtigsten Großstädten - Paris, Lyon und Marseille - ist das Ganze noch ein wenig komplizierter, da hier die jeweiligen Arrondissements (Stadtbezirke) die Wahlkreise bilden, bzw. in Marseille speziell gebildete "Sektoren" (die jeweils zwei Arrondissements zusammenfassen). Auf der Ebene der Arrondissements werden einerseits die Bezirks-Rathäuser besetzt, und andererseits entsendet jedes Arrondissement eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten ins Parlament der Gesamtstadt. Die Zusammensetzung des Stadtparlaments muss in diesem speziellen Falle nicht immer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen entsprechen: So konnten am 18. März die Linksparteien Paris dem bürgerlich-konservativen Lager "entreißen", obwohl sie nur 49,6 Prozent, die Rechte aber 49,9 Prozent gewonnen hatte. Hier entscheidet der Verteilungsschlüssel nach Arrondissements.

Um am zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen teilnehmen zu können, muss eine Liste mindestens 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten haben, oder aber mindestens fünf im Falle, dass sie mit einer anderen Liste "fusioniert". Für die Kantonalwahlen liegt diese Hürde bei 12,5 Prozent der Wahlberechtigten, nicht der abgegebenen Stimmen.

30. Chile: Unterstützungsbrief für die Ethikkommission gegen die Folter

Autor: Comsión de Etica Contra la Tortura · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:44

Wir dokumentieren hier den Aufruf gegen die Folter in Chile und bitten unsere LeserInnen um Unterstützung. In der nächsten ak-Ausgabe werden wir einen Hintergrundbericht zur Situation in Chile veröffentlichen.

Unterstützungsbrief für die Ethikkommission gegen die Folter

In Chile haben ca. 500.000 Personen die Folterzentren, Konzentrationslager und Gefängnisse durchlaufen müssen. Der Verhaftung Tausender Personen folgten unmenschliche und erniedrigende Behandlungen, unrechtmäßige Haft, Prozesse und Strafen auf der Grundlage von unter Folter erlangten Geständnissen.

Die Folter ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und genießt in unserem Land absolute Straflosigkeit. Die ehemaligen Gefangenen - Männer, Frauen und Kinder - leben immer noch mit den Folgen der Folter, der Angst und dem Terror, denn die Folter hat zum Ziel, mittels der Angsteinflößung gegenüber Oppositionellen und Dissidenten, jede Form der Organisation, solidarischer Verbindungen und kollektiver Aktionen zu zerstören. Andererseits laufen die zivilen und militärischen Bediensteten frei auf den Straßen unseres Landes herum.

Angesichts der Geständnisse von Militärs über die Eliminierung politischer Gefangener, der Folteranklagen ehemaliger Gefangener und des Fehlens einer Justizbarkeit und Bestrafung der FOLTER, haben am 10. März 2001 die Gruppierung der ehemaligen politischen Gefangenen (Agrupación de Ex-Pres@s Politíc@s - AEPP de Chile), amnesty international chilenische Sektion , die Vereinigung zur Verteidigung der Rechte des Volkes (Corporación de Defensa de los Derechos del Pueblo - CODEPU), CINTRAS, Frieden und Gerechtigkeit (Servicio Paz y Justicia SERPAJ) und das Lateinamerikanische Institut für psychische Gesundheit (Instituto Latinoamérica de Salud Mental ILAS), sowie herausragende Persönlichkeiten die Chilenische Ethikkommission gegen die Folter gegründet. Diese Kommission hat zum Ziel die chilenische Regierung dazu zu bringen, das Ausmaß der Folter und ihre Folgen zu untersuchen, die Mechanismen für die juristische Ahndung und die Wiedergutmachung der Opfer zu schaffen, sowie auch die entsprechenden Normen zu etablieren, damit es in unserem Land NIEMALS WIEDER Folter gibt, damit der chilenische Staat NIEMALS WIEDER staatlichen Terrorismus ausübt.

Wir bitten Sie, die Arbeit der Ethikkommission gegen die Folter mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Alle Unterschriften werden dem Präsidenten der Republik, Ricardo Lagos Escobar, am 26. Juni 2001 übergeben. Dieser Tag ist von den Vereinten Nationen zum Internationalen Solidaritätstag mit den Opfern der Folter erklärt worden. Wir verlangen, dass die chilenische Regierung das Ausmaß der Folter und ihrer Folgen untersucht, und dass in unserem Land Gerechtigkeit geschaffen werde und eine Wiedergutmachung für die Opfer erbracht werde; auch ist es wichtig, dass Normen zur Prävention und Bestrafung für das Verbrechen der Folter etabliert werden.

Damit in unserem Lande niemals wieder eine Person gefoltert werde!

Damit der chilenische Staat niemals wieder staatlichen Terrorismus ausübe!

COLUMNS(3), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(1.0000,E1,E1), HGUTTER(0.0555), VGUTTER(0.1575), BOX(Z_SINGLE), HGRID(Z_SINGLE), VGRID(Z_SINGLE), KEEP(OFF)

DOK, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Name:, , +

Organisation:, , +

Unterschrift:, , +

Comisión de Etica Contra la Tortura

Victoria Subercaseaux 181 Of. 43 Santiago / E-Mail: cect-accion@gmx.net

31. Preußisches Hongkong. Kaliningrads Zukunft zwischen "Königsberg" und Sonderwirtschaftszone

Autor: Ernst Kovahl, Jörg Kronauer · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:08

Mit der geplanten Aufnahme Polens und Litauens in die Europäische Union (EU) wird das zwischen den beiden Ländern gelegene Kaliningrad zu einem isolierten Vorposten Russlands im EU-Binnenmarkt. Damit steht der politische und wirtschaftliche Status der Region zur Debatte. Während deutsche Vertriebenenverbände aus der Region wieder das ostpreußische "Königsberg" machen wollen, schwebt dem russischen Gouverneur des knapp eine Million EinwohnerInnen zählenden Gebiets ein "Hongkong an der Ostsee" vor, wie er kürzlich dem Spiegel (11/2001) verriet. Nach Verhandlungen mit der EU soll in absehbarer Zukunft eine Vereinbarung geschlossen werden.

Die Interessen der an den Verhandlungen Beteiligten liegen vor allem auf ökonomischem Gebiet. Russland und Kaliningrad erhoffen sich eine Verbesserung der desolaten wirtschaftlichen Lage. 30 Prozent der Kaliningrader leben unter der Armutsgrenze. Für die EU steht vor allem der Zugang zum russischen Markt im Mittelpunkt - gerade die skandinavischen Länder, allen voran Schweden, sind auf Grund der örtlichen Nähe zu Kaliningrad hieran interessiert. Und auch deutsche Unternehmen verfolgen ökonomische Ziele in der Region. BMW lässt hier seit 1999 Autos montieren. Die Investition wurde noch vom ehemaligen BMW-Chef Eberhard von Kuenheim auf den Weg gebracht - ein "vertriebener" Ostpreuße.

Während sich der russische Gouverneur über die Investitionen freut, wittern deutsche Revanchisten Morgenluft. Im Zusammenhang mit dem Preußen-Jubiläumsjahr wird in den Medien immer wieder über die deutsche Vergangenheit Kaliningrads berichtet und sein Verfall beklagt. Nach der Eroberung durch die Rote Armee 1945 wurden die meist Nazideutschland verteidigenden Deutschen ausgewiesen und das Gebiet in Russland eingegliedert. Zwar steht eine Veränderung des politischen Status der heutigen russischen Exklave, welche durch die Sezession der baltischen Staaten 1990 entstand, momentan offiziell nicht zur Diskussion. Doch britische Zeitungen meldeten im Januar, Kanzler Schröder habe mit dem russischen Präsidenten Putin in "Geheimgesprächen" über einen "Ausverkauf" des ehemaligen Nordostpreußen an die Bundesrepublik verhandelt.

Berlin und Moskau dementierten sofort: Nein, Putin habe nicht einen Assoziierungsvertrag zwischen Kaliningrad und der EU akzeptiert und im Gegenzug einen Schuldenerlass bekommen, wie die Pressemeldungen vermuteten. Ein solcher Vertrag, so der britische Sunday Telegraph, käme fast einer Aufgabe der Exklave durch die russische Regierung gleich, denn er würde Deutschland die wirtschaftliche Kontrolle über die Region verschaffen.

Dies zumindest ist nicht von der Hand zu weisen. Schon heute kommt der größte Teil der Auslandsinvestitionen in Kaliningrad aus Deutschland und Polen. Dass die deutsche Wirtschaft sich bei einer engeren Anbindung des Gebiets an die EU ohne weiteres gegen das polnische Kapital in Kaliningrad durchsetzen würde, lässt sich ebenfalls kaum bezweifeln. Und nicht von der Hand zu weisen ist auch, dass Deutschland Erfahrung damit hat, die eigenen Interessen auf dem Umweg über die EU durchzusetzen. Gerade die Vertriebenenverbände haben diese Strategie erfolgreich eingesetzt.

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigten sich die deutschen "Vertriebenen" mit Europakonzepten zur Durchsetzung ihrer revanchistischen Ziele, die auf Wiedererlangung der ehemaligen "deutschen Ostgebiete" zielten. Sie gingen davon aus, dass die Vereinigung von BRD und DDR nicht in einem nationalen Alleingang, sondern nur im europäischen Kontext möglich sei. Auch Franz Josef Strauß (CSU) vertrat mit dieser Argumentation seit Anfang der 50er Jahre in Übereinstimmung mit dem damaligen Bundeskanzler Adenauer (CDU) die "Westbindung" der Bundesrepublik an Westeuropa und die USA, denn: "Wer auf den Anschluss der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis."

Europäisierung der deutschen Frage

Ab Mitte der 60er Jahre propagierte Strauß eine verstärkte europäische Integration als Bündnis gegen den Realsozialismus. Eine "handlungsfähige freie Welt" sollte nun der Sowjetunion mit "zwei Polen" gegenübertreten: neben den USA ein vereintes Europa. 1966 veröffentlichte Strauß im rechtskonservativen Seewald-Verlag sein Buch "Entwurf für Europa". Es enthielt eine Strategie, um die Vereinigung von BRD und DDR unter dem Dach der europäischen Einigung zu erreichen - die sogenannte "Europäisierung der deutschen Frage".

Strauß entwickelte sein Konzept ausgehend von der Erkenntnis, dass die Wiederherstellung einer einheitlichen deutschen Nation durch politischen oder militärischen Druck nicht möglich war. Daher musste - so Strauß - zuerst die machtpolitische Stellung der BRD gestärkt werden. Dafür hielt er einen Zusammenschluss der nicht-sozialistischen Staaten Europas für notwendig, um "wirtschaftliche Kraft" entwickeln zu können. Eine prosperierende westeuropäische Ökonomie würde ein Anreiz für die Menschen in Osteuropa sein und schließlich durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt den Zusammenbruch des Realsozialismus bewirken. Dann aber könne die DDR der BRD einverleibt werden. Kurz gesagt: Strauß wollte Westeuropa vor den Karren der deutschen Vereinigung spannen. Mit einigem Erfolg, wie man heute feststellen kann.

"Freihandelsplatz Königsberg"

Parallel zur Strauß'schen "Europäisierung der deutschen Frage" setzte auch ein Teil der "Vertriebenen" verstärkt auf die europäische Einigung. Der Hintergedanke: Wenn die Einigung Westeuropas den Eisernen Vorhang zu Fall gebracht habe, könnten die osteuropäischen Staaten in die europäische Einigung einbezogen werden. Im geeinten Europa aber würden die Grenzen zu den Herkunftsgebieten der "Vertriebenen" durchlässig, ihr "Recht auf Heimat" könne durchgesetzt werden. 1966 wurde der Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft an den Gründer der Paneuropa Union (PEU), Richard Coudenhove-Kalergi, verliehen - für seine Rolle als "Vorkämpfer der Europabewegung". Für Coudenhove-Kalergi war dies ein "wesentlicher Schritt zur Stärkung der Paneuropa-Bewegung in Deutschland". Die Kontakte wurden rasch intensiviert.

Die parallel erarbeiteten Konzepte von Strauß und den "Vertriebenen" fanden ab 1968 unter dem Eindruck der neuen Ostpolitik und der Niederschlagung des Prager Frühlings zueinander. Sie wurden zur Leitlinie führender VertreterInnen der revanchistischen Kräfte in der BRD. Der damalige Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Rudolf Wollner, mahnte: "Wenn wir den europäischen Zug nicht bald besteigen, dann wird er eben ohne uns abfahren." Und so veranstaltete der BdV 1969 einen "Europa-Kongress", auf dem die "Europäische Runde" mit dem Präsidenten Wollner gegründet wurde. Ziel war es, gegen die neue Ostpolitik zu agieren und die Politik des deutschen Revanchismus mit reaktionären Kräften anderer westeuropäischer Staaten zu koordinieren. 1973/74 gingen diese "Runden" nahtlos in die PEU über, die von nun an treibende Kraft bei der Europäisierung deutscher Interessen war.

Innerhalb der PEU Deutschland nun diskutierte etwa Hartmut Koschyk, PEU-Funktionär, "Vertriebenen"-Aktivist und CSU-Bundestagsabgeordneter, schon Anfang der neunziger Jahre über die Zukunft der Region Kaliningrad. Auch hier war die Europäisierung deutscher Interessen im Spiel. Koschyk plante damals - so war 1992 im Verbandsblatt Paneuropa intern zu lesen -, "die Europäische Gemeinschaft gemeinsam mit der russischen Führung ein Konzept entwickeln" zu lassen, an dessen Ende ein "Freihandelsplatz Königsberg" stünde. Auch finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Region solle, so Koschyk, von der EU geleistet werden.

Zwei Jahre später, am 8. Februar 1994, sprach sich das Europäische Parlament für ein "Sonderverhältnis" zwischen der EU und der Region Kaliningrad aus; die EU-Staaten sollten sich stärker in der russischen Exklave engagieren. Keine drei Wochen zuvor hatte die Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Hartmut Koschyk angehörte, ein Strategiepapier zur "Zukunft des russischen Teils Ostpreußens" veröffentlicht. Sie erklärte die Region zum "gesamteuropäischen Problem" und zielte darauf ab, unter Federführung europäischer Institutionen möglichst günstige Bedingungen für Auslandsinvestitionen in Kaliningrad zu erreichen. Die aber kamen nach wie vor hauptsächlich aus Deutschland.

Im Januar diesen Jahres flammte jetzt die Debatte um Kaliningrad wieder auf. Der Anlass: Die neu ins Spiel gebrachten Vorschläge der EU-Kommission für das Gebiet. Sie beinhalten maßgeblich Mittel für die

wirtschaftliche Entwicklung der Region und werden demzufolge Investitionen in Kaliningrad unterstützen. Die EU-Vorschläge, teilte dann auch Hartmut Koschyk stolz in der FAZ mit, weisen "erstaunliche Parallelen" zum 1994er-Strategiepapier der CDU/CSU-Arbeitsgruppe auf.

Flexible

Optionen

Die ökonomische Einflussnahme über die EU, also die Europäisierung der "nordostpreußischen" Frage, ist für "Vertriebene" und sonstige an der Region Interessierte in Deutschland zur Zeit die einzige Möglichkeit, direkten Einfluss in Kaliningrad zu erlangen. Kurz nach Öffnung des Gebietes für AusländerInnen Anfang der neunziger Jahre war sogar die "Regermanisierung" der Region im Gespräch: "Russlanddeutsche" sollten vom Umzug in die Bundesrepublik abgehalten und dafür in Kaliningrad angesiedelt werden. Dieses Projekt, das vor allem von deutschen Neonazis vorangetrieben wurde, scheiterte aber trotz verdeckter staatlicher Unterstützung.

Im vergangenen Jahr warnte der Friedensforscher Johann Galtung, die EU-Mitgliedschaft für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn sei der logische Weg für Deutschland, "sich den grenzfreien Zugang zum Sudetenland, zu Pommern/Schlesien und mindestens dem halben Ostpreußen zu erschließen". Darüber hinaus liefert der EU-Beitritt Polens und Litauens der EU die Mittel, den nördlichen Rest "Ostpreußens" der deutschen Wirtschaft auszuliefern. Der "Ausverkauf" der Region, der angeblich von Schröder und Putin besprochen und später so auffällig dementiert wurde, würde diesen Vorgang nur beschleunigen.

Die Befürchtung, zentrifugale Tendenzen gegenüber Moskau könnten in Kaliningrad überhand nehmen, wenn die EU bzw. Deutschland sich dort ökonomisch stärker engagierten, wird inzwischen auch in der russischen Presse erörtert. Dabei ist Kaliningrad beileibe nicht die einzige Region Russlands, in der Moskaus Einfluss zu schwinden droht. Putins Bestrebungen, den Staat stärker zu zentralisieren, haben ihre Ursache in zahlreichen zentrifugalen Tendenzen im Land. Das beflügelt die Fantasie der deutschsprachigen völkischen Rechten. Separatismus, so ein Bericht der FAZ, hat PEU-Chef Otto Habsburg sogar schon in Sibirien ausgemacht. Sein Sohn Karl Habsburg, Vorsitzender der Paneuropa-Bewegung Österreich, wurde konkreter: "Beispiele für Selbstständigkeitsbestrebungen finden sich in der jetzigen russischen Föderation von Tuwa über Grosny bis nach Joskar-Ola", meinte er vor einem Jahr in der Welt. Europa müsse durch das Beharren auf Volksgruppenrechten "Russland auf dem Weg der Dekolonisierung unterstützen".

Der Gedanke, den "Vielvölkerstaat" Russland zum "Völkergefängnis" zu erklären und wie das ehemalige Jugoslawien zu zerschlagen, mag derzeit noch abwegig erscheinen: Gerade die rot-grüne Bundesregierung setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit Russland. Doch der Vergleich mit Jugoslawien mahnt zur Vorsicht: Politische Optionen sind flexibel. Ende der siebziger Jahre begann Deutschland, im Rahmen regionaler Kooperationen - und unterstützt durch völkische Organisationen wie die PEU - enger mit Nationalisten in den jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien zusammenzuarbeiten. Das war Wasser auf die Mühlen des dortigen Separatismus und bereitete die Loslösung der beiden Republiken aus dem jugoslawischen Staatsverband mit vor. Heute will Deutschland im Rahmen der EU beginnen, die Region Kaliningrad wirtschaftlich zu fördern. Und die FAZ beginnt weitergehende Sondierungen: "Viele erwachsene Einwohner der Enklave nehmen Russland als ein Land mit einer fremden, exotischen Kultur wahr", konnte man in der Zeitung für Deutschland am 20. April lesen. Manche KaliningraderInnen würden sich für die Wiederherstellung Ostpreußens einsetzen, auch wenn sie gar keine Deutschen sind.

Ernst Kovahl/ Jörg Kronauer

32. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil 1). Prekärer Friedensprozess auf Bougainville

Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil I)

Autor: Vo · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:04

Im letzten Jahr sind südpazifische Inselstaaten zumindest für kurze Zeit in die Schlagzeilen der internationalen Presse geraten: Ein Putschversuch und eine Meuterei in Fiji, ein Staatsstreich und kriegerische Auseinandersetzungen auf den Salomonen sowie eine Eskalation der Gewalt im indonesisch besetzten West Papua (Irian Jaya) erschütterten das vorherrschende Bild der Südsee als einer "paradiesischen" Weltregion. In dieser und den folgenden Ausgaben von ak wollen wir einige pazifische Krisenherde vorstellen. Wir beginnen mit Bougainville. In den nächsten Ausgaben werden die Salomonen, Fiji und West Papua folgen.

Der Südpazifik ist in Gefahr, zu einem weiteren Krisenherd auf der Südhalbkugel zu werden und damit den Anschluss an eine "Normalität" zu gewinnen, die weite Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bereits seit Jahrzehnten fest im Griff hat - eine "Normalität" von Staatsstreichen, Gewaltkonflikten und Kriegen und dem damit verbundenen menschlichen Leid und Elend.

Die Metropolen des Nordens sind daran bekanntlich nicht unschuldig; im Gegenteil: Die von hier ausgehende weltweite Durchsetzung des Kapitalismus - neuerdings "Globalisierung" genannt - und die damit notwendig einhergehende Auflösung und Zerstörung vor- bzw. nicht-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen ist die zentrale Ursache für die vielfältigen Gewaltkonflikte in den von diesem Transformationsprozess betroffenen Regionen. Im Falle Bougainvilles liegt dies im Wortsinne offen zu Tage. War dort Auslöser des Krieges doch eine der seinerzeit größten Tagebauminen der Welt, die Panguna-Kupfermine. Sie wurde von einem britisch-australischen Bergbaumulti (CRA/ RTZ) betrieben, der die Mine auf Grund der Profite, die sie abwarf, als "Juwel in unserer Krone" zu bezeichnen liebte.

Die Regierung von Papua-Neuguinea (PNG), zu dem Bougainville staatsrechtlich (noch) gehört, befürwortete das Minenprojekt enthusiastisch, weil man ein ganz auf die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen des Landes ausgerichtetes Entwicklungskonzept verfolgte. Von dieser Art "Entwicklung" profitierten allerdings lediglich die Aktionäre des Bergbaumultis und die "politische Klasse" in der hunderte von Seemeilen von Bougainville entfernten Hauptstadt PNG's, Port Moresby. Die Menschen im Minengebiet hingegen hatten unter den ökologischen Zerstörungen und sozialen Verwerfungen, die mit dem Minenbetrieb einhergingen, zu leiden. Die Mine verursachte eine ökologische Katastrophe.

Vom Krieg im Dschungel zum Waffenstillstand

Da den Minenbetreibern keinerlei Umweltschutzauflagen gemacht wurden, kam es zu einer großflächigen Zerstörung von Regenwald und landwirtschaftlich genutzten Flächen, zur Vergiftung der Flüsse und zu einem umfassenden Artensterben. Damit wurde der lokalen Bevölkerung, die von der Subsistenzlandwirtschaft und dem Anbau einiger Cash crops (Kakao, Kopra) lebte, die materielle Existenzgrundlage entzogen. Mehr noch: Ihre gesamte traditionale Lebensweise, die auf das Engste mit dem Land verbunden war, geriet unter Druck. Demgegenüber blieben positive "Entwicklungs"-Effekte, die man sich von der Mine erhofft hatte - Schulen, Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätze im modernen Sektor und damit verbundenes Geldeinkommen u.Ä. - weit hinter den Erwartungen zurück.

Als die lokalen Land besitzenden Clans aus dem Minengebiet in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit immer größerem Nachdruck Entschädigungszahlungen für die Umweltzerstörungen, wirksame Umweltschutzmaßnahmen und einen gerechteren Anteil an den Einkünften aus der Mine forderten, stießen sie bei Bergbaumulti und Zentralregierung auf taube Ohren. Seit 1988 verliehen vor allem junge Leute aus dem Minengebiet mit gegen die Mine gerichteten Sabotageaktionen diesen Forderungen Nachdruck. Die Polizei wurde der Bewegung nicht Herr, die Zentralregierung schickte Militär. Dieses führte sich auf wie die Besatzer in einem fremden Land. Auf Seiten der lokalen Bevölkerung bildete sich daraufhin die Bougainville Revolutionary Army (BRA), eine Guerilla, die den Kampf gegen die Regierungstruppen aufnahm. Schon in einer frühen Phase der Kämpfe besetzte die BRA die Mine und legte sie still.

Nicht zuletzt wegen der brutalen, vor allem die Zivilbevölkerung treffenden Kriegführung der Regierungsstreitkräfte (Papua New Guinea Defence Forces - PNGDF) gewann die BRA bald Anhänger überall auf Bougainville, der lokale Konflikt um die ökologischen und sozialen Folgen eines Minenprojekts weitete sich aus zum Krieg. Alsbald forderte die BRA die Sezession der Insel von PNG.

Wir haben in dieser Zeitung über den von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachteten Sezessionskrieg zwischen den PNGDF und der BRA, der ein volles Jahrzehnt währte, wiederholt berichtet (zuletzt ak 428). 1998 konnte ein Waffenstillstand ausgehandelt werden, der bis heute hält. Seither wird an einer dauerhaften Friedensregelung, an Wiederaufbau und Versöhnung gearbeitet. Gleichwohl besteht die Gefahr des Rückfalls in gewaltsamen Konfliktaustrag.

Auf der politischen Ebene geht es darum, eine Verhandlungslösung für die Frage des künftigen politischen Status der Insel zu finden. Die Zentralregierung PNG's besteht auf der territorialen Integrität des Staates Papua-Neuguinea, für sie ist Bougainville eine Provinz dieses Staates wie jede andere. Die BRA dagegen fordert politische Unabhängigkeit für eine "Republik Bougainville". Mit Beginn des Friedensprozesses einigte man sich auf ein Verfahren, um diesen Konflikt mit nicht-militärischen Mitteln zu lösen. Trotz vieler Verzögerungen und Rückschläge stehen beide Seiten bis heute zu dieser Festlegung. In einem mühsamen Prozess der Kompromissfindung ging es um die Schlüsselthemen Autonomie und Referendum. Während die Bougainville-Seite weitest gehende Autonomie für ihre Insel als Übergangsregelung bis zu einem (baldigen) Referendum über die politische Unabhängigkeit wollte, war die Zentralregierung zwar bereit, eine gewisse Autonomie zuzugestehen, wollte aber das Referendumsthema offen halten (also die Fragen, ob es überhaupt ein Referendum geben, worüber in einem solchen abgestimmt werden und wann es stattfinden solle). Erst Ende Januar 2001 einigte man sich auf Folgendes: Es soll ein Referendum über die Unabhängigkeit Bougainvilles geben, und zwar in frühestens zehn und spätestens 15 Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Konstituierung einer Autonomieregierung an. Allerdings muss noch eine Zweidrittelmehrheit des Nationalparlaments PNG's einer entsprechenden Verfassungsänderung, die ein solches Referendum möglich macht, zustimmen.

Zur Zeit ist man dabei, eine umfassende Autonomieregelung auszuhandeln, um dann möglichst bald eine Autonomieregierung wählen zu können (etwa zeitgleich mit den nationalen PNG-Parlamentswahlen im Juli 2002). Haupthindernis für ein Übereinkommen ist die Frage der Entmilitarisierung der Insel. Die Zentralregierung verlangt, dass die BRA ihre Waffen abgeben müsse ("weapons disposal"), bevor eine Autonomieregelung in Kraft treten und eine Autonomieregierung gewählt werden könne. Die BRA will sich demgegenüber von ihren Waffen erst trennen, nachdem die Autonomie implementiert ist und funktioniert.

Außerdem will die BRA auch über den Abzug der noch auf Bougainville verbliebenen PNGDF-Einheiten reden. Ein solcher Abzug war in jenem Abkommen, welches 1998 den Friedensprozess in Gang brachte, vereinbart worden; die Zentralregierung scheint hiervon gegenwärtig nichts mehr wissen zu wollen. Vom 19. bis zum 21. Februar verhandelten die Parteien unter australischer Vermittlung in Townsville (Australien) insbesondere über die strittige Frage des "weapons disposal" - ohne Ergebnis. Seither ist es zu mehreren weiteren Gesprächsrunden in Port Moresby gekommen, in denen man sich hinsichtlich der Autonomieregelung weitgehend geeinigt hat. Doch verwies der Verhandlungsführer der Zentralregierung gerade jüngst, am 19. April, in einem Brief an die Bougainville-Seite darauf, dass es aus Sicht der Regierung eine Unterschrift unter ein Autonomieabkommen nur geben könne, wenn vorher die Frage des "weapons disposal" geklärt sei.

Wiederaufbau

und Versöhnung

Besonders interessant an den Februar-Verhandlungen in Townsville war, dass erstmals auch der Flügel der BRA, der sich bisher am Friedensprozess nicht aktiv beteiligt, diesen aber stillschweigend toleriert hatte, mit einer Delegation vertreten war. Dieser Flügel, der sich Mekamui Defence Force nennt, kontrolliert immer noch die Panguna-Mine und das umliegende Gebiet. Er wird geführt von Francis Ona, der seinerzeit den militanten Widerstand gegen die Panguna-Mine initiiert hatte und 1990 Präsident der damals von der BRA einseitig ausgerufenen "Republik Bougainville" geworden war. Ona und seine Leute scheinen die selbstgewählte "splendid isolation", in die sie sich seit 1998 zurückgezogen hatten, allmählich aufzugeben. Indiz dafür ist nicht nur die Beteiligung an den Townsville-Verhandlungen, sondern auch die Tatsache, dass Ona und einige seiner

Genossen im April eine US-amerikanische und eine australische Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt haben, vor dem Bezirksgericht von Los Angeles (USA) Klage gegen Rio Tinto als ehemaligem Betreiber der Panguna-Mine einzureichen.

Der Konzern soll nach dem Willen von Ona wegen Genozid, Mord und Umweltzerstörungen angeklagt und zur Zahlung von mehreren Millionen US-Dollar Schadenersatz verurteilt werden. Mit diesem Schritt betreten Ona und Co. ein neues Feld der Auseinandersetzung. Gleichzeitig sind sie offensichtlich fest entschlossen, das Faustpfand Panguna-Mine nicht aus den Händen zu geben. Die Chancen, dass Rio Tinto und die anderen Anteilseigner jemals wieder Zugriff auf "ihre" Mine bekommen, stehen schlecht. In einer umfassenden politischen Regelung für Bougainville wird auch die Zukunft der Mine geklärt werden müssen. Zur Zeit scheint die überwältigende Mehrheit der Bougainvilleans dafür zu votieren, dass sie für immer geschlossen bleibt.

Autonomie

und Referendum

Fortschritte in politischen Fragen sind nur langfristig tragfähig, wenn die Menschen an der Basis davon etwas haben. Diese sind vor allem interessiert an Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Gesellschaft, an Heilung der physischen und psychischen Wunden des Krieges, an Versöhnung der ehemals verfeindeten Gruppierungen (während des Krieges haben nicht alle Bougainvilleans geschlossen auf Seiten der BRA gestanden; die Zentralregierung und ihre Truppen fanden willige HelferInnen unter der Inselbevölkerung). Auch in dieser Hinsicht hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Der Anbau und die Vermarktung von Cash crops sind angelaufen, die Infrastruktur - Straßen, Häfen, Landepisten - wird wiederhergestellt, fast überall wurden mittlerweile die Schulen wieder geöffnet, vielerorts sind Gesundheitsposten wieder eingerichtet worden. In zahlreichen Orten und Regionen haben sich ehemals verfeindete Gruppierungen auf Versöhnungsprozesse eingelassen und in traditionellen Friedenszeremonien gleichsam das Kriegsbeil begraben. Der materielle Aufbau wird auch durch Hilfe von außen - Australien, Neuseeland, EU u.a. - gefördert (die Zentralregierung trägt dazu bisher allerdings so gut wie nichts bei).

Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, insbesondere auch, was Versöhnung und Heilung der psychischen Kriegswunden anbelangt. Auf zwei "Problemgruppen" sei besonders hingewiesen. Zum einen die Gruppe der jugendlichen Ex-Kombattanten. Diese ehemaligen jugendlichen Kämpfer hängen gegenwärtig in großer Zahl beschäftigungs- und einkommenslos herum und stellen zusehends ein "Law-and-order"-Problem dar. Wenn ihre gesellschaftliche Reintegration nicht gelingt, dann besteht die Gefahr, dass sie den Friedensprozess erheblich stören, wenn nicht gar zum Scheitern bringen können. Sie bedürfen besonderer Unterstützung bei schulischer und beruflicher Ausbildung und der Entwicklung von - beruflichen - Zukunftsperspektiven. Spezielle Reintegrationsprogramme für diese jugendlichen Kombattanten sind dringend geboten.

Zum Zweiten brauchen viele Frauen besondere psychosoziale Unterstützung. Frauen sind in großer Zahl während des Krieges in verschiedener Weise zu Opfern geworden, sei es, dass sie Ehemänner, Kinder oder andere Verwandte verloren haben, sei es, dass sie selber körperliche und seelische Gewalt erleiden mussten; Gruppenvergewaltigungen ("pack rapes") etwa waren ein übliches "Kampfmittel" der kriegführenden Männer. Traumabearbeitung ist dringendes Bedürfnis der vielen kriegstraumatisierten Frauen. Hier eröffnet sich ein Feld nicht zuletzt für externe Unterstützung durch entsprechend spezialisierte Fachkräfte.

Nur wenn politische Lösungen und Wiederaufbau, Rehabilitation und Versöhnung an der gesellschaftlichen Basis Hand in Hand gehen, gibt es auf Bougainville eine Chance für einen dauerhaften gerechten Frieden.

Vo

In der nächsten Ausgabe: Krieg und Putsch auf den Salomonen.

33. Daimlers "verschwundene" Gewerkschafter. Konzern verweigert Aufklärung über 13 ermordete Betriebsräte

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:07

Auf der Hauptversammlung von DaimlerChrysler am 11. April im Berliner Internationalen Congress Centrum musste sich Konzernchef Jürgen Schrempp erstmals öffentlich zu den Vorwürfen äußern, die Autobauer aus Stuttgart hätten Mitte der 70er Jahre zusammen mit Militärs Gewerkschafter in Argentinien verschwinden und ermorden lassen. Vor über 10.000 Aktionären betonte Schrempp, er wisse nichts von Menschenrechtsverletzungen in Argentinien. Trotz einer Fülle von Zeugenaussagen, zahlreicher Indizien, der Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft und des Drucks von Menschenrechtsorganisationen bleibt der Daimler-Konzern damit seiner Linie treu: Der Fall der 13 verschwundenen Daimler-Gewerkschafter soll ausgesessen werden. Kritische Vergangenheitsbewältigung? Fehlanzeige.

"Por la memoria" - "Für die Erinnerung" steht auf einem schlichten Flugblatt, das ehemalige Beschäftigte der Daimler-Niederlassung in González Catán verteilen. "Für das Verschwinden und den Tod unserer Kollegen ist die Militärdiktatur verantwortlich. Mercedes war Komplize", heißt es auf dem kopierten Blatt, das die Gewerkschafter ihren Kollegen in die Hand drücken, bis sie der Mercedes-Werkschutz vertreibt. Eine Szene aus Argentinien - heute.

Die Schatten der sieben Diktaturjahre zwischen 1976 und 1983 sind lang, und die Erinnerung an die Verbrechen ist auch heute noch schwierig. 30.000 Oppositionelle wurden damals von Polizei und Militär verschleppt, gefoltert und ermordet. Die Täter leben noch, kaum einer musste sich je vor Gericht verantworten. Doch die Angehörigen der Opfer fordern Aufklärung. Nicht nur über den Verbleib der oftmals bis heute "Verschwundenen", sondern auch über die Täter und die Hintergründe der Repression.

Die Schatten des Krieges gegen die Opposition reichen bis nach Stuttgart. Dort muss sich die Konzernzentrale von DaimlerChrysler überlegen, wie sie mit einem unangenehmen Kapitel der Firmengeschichte fertig wird, ohne einen allzu großen Imageschaden davonzutragen. Mindestens 13, vielleicht sogar bis zu 20 unbequeme Gewerkschafter soll sich der Konzern mit Hilfe von Polizei und Militär in den Monaten nach dem Putsch am 24. März 1976 entledigt haben.

"Mord, Geiselnahme, Körperverletzung"

Das sagen Gewerkschafter, die damals mit dem Leben davongekommen sind. Der ehemalige Betriebsrat Hector Ratto bezeugt sogar, wie am 12. August 1977 in seiner Gegenwart der Werksleiter Juan Tasselkraut die Adresse seines Kollegen Diego Nuñez an Militärs weitergegeben hat. Zuletzt wiederholte er diese Aussage bei einer konsularischen Vernehmung in der deutschen Botschaft in Buenos Aires im März. Tasselkraut streitet den Vorwurf ab, aber in der Nacht, nach der Ratto Zeuge der Adressenweitergabe wurde, holten Uniformierte Nuñez zu Hause ab - seitdem fehlt jedes Lebenszeichen von ihm. Hector Ratto selbst wurde an jenem Tag von Tasselkraut auf dem Werksgelände an Militärs übergeben, die ihn in das berüchtigte Folterzentrum Campo de Mayo verschleppten. Zwei Jahre später kam er frei. Neben nur einem anderen ist er der einzige Überlebende unter den verhafteten Daimler-Gewerkschaftern. Jetzt möchte er wissen, was damals passiert ist und wer für den Tod seiner Kollegen verantwortlich ist.

Juan Tasselkraut ist noch immer in leitender Funktion für Daimler in Argentinien tätig. Das zumindest bestätigte Konzernchef Schrempp auf Nachfrage der Kritischen Aktionäre während der Hauptversammlung in Berlin. Mittlerweile lässt sich Tasselkraut verleugnen, wenn Journalisten ihn sprechen wollen. Vor zwei Jahren hatte er der Journalistin Gaby Weber, die den Fällen der verschwundenen Gewerkschafter auf die Spur gekommen ist, noch gesagt: "Wer Argentinien damals mehr oder weniger kannte, wusste, dass Menschenrechte verletzt und Menschen eliminiert wurden." Jetzt läuft gegen den deutschen Staatsbürger ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Nürnberg. Die Anzeige wurde vom Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der Hector Ratto juristisch vertritt, erstattet und lautet auf "Mord, Geiselnahme und

gefährliche Körperverletzung". Viele Indizien sprechen dafür, dass auch andere führende Daimler-Manager damals wussten, wie in Argentinien gegen die Gewerkschafter vorgegangen wurde.

Nachdem neben Ratto im März noch zwei andere Zeugen zum Fall ausgesagt haben, kündigt Rechtsanwalt Kaleck nun an, in den nächsten Wochen einen Haftbefehl gegen Tasselkraut beantragen zu wollen. "Alle Aussagen bestätigen unsere Annahme, dass Daimler eng mit den Militärs kooperierte", meint Kaleck.

Nachdem die Konzernzentrale monatelang versuchte, die Vorwürfe auszusitzen, und Journalisten, die sich nach Details des Falls erkundigten, von der Pressesprecherin Ursula Merzig mit Bemerkungen wie "Das ist doch schon so lange her" oder "Hören sie doch endlich mit Ihrer Kampagne auf" abgespeist wurden, gerät der Daimler-Vorstand seit vergangenem Herbst unter verstärkten Druck. Am 27. November beschlossen die Betriebsräte des Daimler-Stammwerkes in Stuttgart-Untertürkheim eine Resolution, in der sie vom Konzernvorstand "umgehend eine eindeutige Stellungnahme und klare Positionierung" fordern. Auch die IG-Metall aus der Neckarstadt schloss sich der Forderung an. "Offensichtlich haben Führungskräfte der damaligen Daimler-Benz AG mit der argentinischen Militärdiktatur zusammengearbeitet, um betriebliche Interessenvertreter dem Terror auszuliefern", schreibt der 1. Bevollmächtigte Jürgen Stamm in einer Stellungnahme. Die Daimler-Chefetage sah sich zu einer ersten Reaktion genötigt. Personalvorstand Günter Fleig kündigte nach einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Helmut Lense eine Stellungnahme zum Fragenkatalog der Stuttgarter Gewerkschafter an. Diese erfolgte dann aber doch nicht.

Der Grund liegt nahe. Es dürfte Daimler einigermaßen schwer fallen, sich ohne Schuldeingeständnis aus der Affäre zu ziehen. Zu zahlreich sind mittlerweile die Indizien, welche auf eine direkte Verwicklung leitender Mitarbeiter in die Repression gegen die Gewerkschafter deuten. Kürzlich konnte die in Uruguay lebende Gaby Weber herausfinden, dass der ehemalige Werkschutzchef Rubén Luis Lavallén bis kurz vor seiner Einstellung durch Daimler im Juli 1978 Kommandant genau der Polizeiwache war, in dem einer der beiden überlebenden Gewerkschafter gefoltert wurde. Auf Nachfrage, ob dem Konzern bekannt gewesen sei, dass Lavallén ein Folterer war, bevor er eingestellt wurde, antwortete die Pressestelle am 30. Oktober vergangenen Jahres lapidar: "Es ist durchaus üblich, dass Unternehmen Werkschutzpersonal rekrutieren, das vorher im Polizeidienst tätig war, weil die Qualifikationsanforderungen ähnlich sind."

Dass sich Lavallén während seiner Tätigkeit als Chef der Polizeiwache San Justo auch das zweijährige Kind eines zuvor zu Tode gefolterten Ehepaars angeeignet hatte, wurde dem Konzern angeblich erst 1984 bekannt, nachdem die Presse darauf aufmerksam geworden war. Lavallén wurde entlassen, nicht ohne ihm allerdings ein Zeugnis auf den weiteren Weg zu geben, das ihm bestätigte, seine Arbeit "optimal und vertrauenswürdig" verrichtet zu haben. Was damit gemeint war, bringt ein ehemaliger Daimler-Arbeiter auf den Punkt: "Die linken Betriebsräte ermordet, ein represor zum Sicherheitschef ernannt - da widersprach im Werk niemand mehr."

"Mercedes

war Komplize"

Ein Hintergrund für das brutale Vorgehen der Daimler-Geschäftsleitung gegen die Gewerkschafter - vermutet Frau Weber - könnte in einem Entführungsfall vom Oktober 1975, einem halben Jahr vor dem Putsch, liegen. Inmitten heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen in den letzten Amtsmonaten Isabel Perons entführten die linksgerichteten Guerilleros der Montoneros den deutschen Mercedes-Manager Heinrich Metz. Als Bedingung für seine Freilassung verlangten sie die Wiedereinstellung von 115 Daimler-Arbeitern, die während eines Streiks vom Konzern gefeuert worden waren. Außerdem forderten die Guerilleros die Entrichtung einer "Geldstrafe".

Nachdem der Konzern den Forderungen der Montoneros tatsächlich nachgekommen war, wurde Metz freigelassen. Der Mercedes-Geschäftsführer Rubén Cuevas, der den Montoneros das Lösegeld für Metz übergab, war bereits kurz nach der Entführung bei der Bundespolizei in Buenos Aires erschienen. Dort hatte er mehrere Mercedes-Arbeiter beschuldigt, "Kommunisten" zu sein und Kontakte zur Guerilla zu unterhalten. Unter anderem denunzierte er den aktiven Gewerkschafter Marcelino Olasiregui. Dieser hatte sich schon Jahre zuvor als Betriebsrat mit der Chefetage angelegt und war bereits 1969 entlassen worden. Nach einer Aussage von Metz wurde Olasiregui im April 1987 - zehn Jahre nach der Entführung - verhaftet. Doch Olasiregui beteuerte seine Unschuld. Als er begnadigt werden sollte, lehnte er dies ab und verlangte einen Prozess. In diesem wurde er tatsächlich freigesprochen.

Während führende Daimler-Mitarbeiter die Entführung Metz' möglicherweise zum Anlass nahmen, an den Gewerkschaftern im Werk Rache zu üben, stellt sich eine weitere Frage. Was ist mit dem Lösegeld tatsächlich geschehen? Laut einer nicht dementierten Meldung der Tageszeitung Die Welt handelte es sich um 7,5 Millionen Dollar, 1975 etwa 20 Millionen DM, zum damaligen Zeitpunkt "das höchste Lösegeld (...), das je von Deutschen erpresst wurde". Die argentinischen Mercedes-Direktoren Ruben Cuevas und Pedro Adolfo Elias wollen aber nur vier Millionen Dollar übergeben haben, wie sie in einer richterlichen Aussage 1985 angaben. Der Guerillero, das das Geld entgegennahm, möchte dagegen nur zwei Millionen Dollar bekommen haben, wie Julio Alsogaray gegenüber Frau Weber bekannte.

Es stellt sich nun die Frage, welche Angabe die richtige ist und wer sich eventuell das Geld für welche Zwecke in die Tasche steckte. "Bis heute ist unklar, ob Daimler-Benz, heute DaimlerChrysler, das Finanzamt betrogen hat und den Steuerzahler das Lösegeld für Heinrich Metz berappen ließ. Immerhin bestätigt der ehemalige Mercedes-Mitarbeiter Klaus Oertel, dass das Finanzamt das Lösegeld damals als notwendige Betriebsausgabe anerkannt hat. So sparte der Konzern 12 Prozent Gewerbesteuer und 56 Prozent Körperschaftssteuer. Wenn also die Firma 7,5 Millionen Dollar beim Fiskus geltend gemacht hat, bedeutet das eine Steuerersparnis von über 5 Millionen. Abzüglich der 4 Millionen, die Daimler seinen argentinischen Geschäftsführern Cuevas und de Elías überreichte, ergebe das einen Reingewinn von über 1 Million Dollar. Eine ansehnliche Summe, die in den Taschen von Daimler-Managern gelandet sein muss", schreibt Frau Weber (taz, 10.4.2001)

Was damals genau geschah, wird so lange nicht restlos aufzuklären sein, wie sich Daimler weigert, Auskünfte zu geben. Unzweifelhaft ist allerdings, dass Daimler, wie viele andere transnationale Unternehmen in Argentinien, dem Putsch der Generäle laut applaudierte. Die Begründung liefern die Stuttgarter Autobauer in ihrem im Putschjahr 1976 veröffentlichten Geschäftsbericht selbst: "Unser Engagement in Argentinien war auf Grund der labilen politischen Situation und der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten beträchtlichen Risiken ausgesetzt", heißt es dort. Und weiter: "Dank der inzwischen erreichten allgemeinen Fortschritte in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse des Landes wird für 1976 wieder ein positives Ergebnis erwartet."

Konzernchef Schrempp

weiß von nichts

In diesen lapidar scheinenden Sätzen wird zumindest der politische Hintergrund der Hatz auf die Gewerkschafter deutlich. Das meint jedenfalls Juan Carlos Capurro, ein Anwalt des argentinischen Gewerkschaftsdachverbandes CTA, der eine Schadenersatzklage der Daimler-Gewerkschafter vertritt. Anwalt Capurro geht davon aus, dass es den Militärs 1976 um die Durchsetzung des neoliberalen wirtschaftspolitischen Projektes ging, dem die Gewerkschaften entgegenstanden und das mit desaströsen sozialen Folgen bis heute Bestand hat. Multinationale Konzerne hätten bewusst mit dem Terrorregime kooperiert, sagt Capurro. Denn in den Jahren vor dem Militärputsch war in Argentinien eine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung angewachsen, welche auf die Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre mit sich radikalisierenden sozialen Forderungen und Protesten reagierte.

Boris Kanzleiter

34. Ehrenamtliche Hilfe: Ein Fall von Rechtsbruch

Autor: Monika Gerstendörfer · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:11

Wer Nicht-Yuppies und Nicht-Gutverdienende oder anderweitig nicht privilegierte Menschen in Rechtssachen berät, steht mit einem Bein im Gefängnis oder sehr fix vor Gericht. So geschehen im März 2001 vor dem Stuttgarter Landesgericht. Dafür hergehalten hat ein Nazigesetz aus dem Jahre 1935, das sogenannte Rechtsberatungsgesetz. Die Stuttgarter Anwaltskammer hatte gegen den Stuttgarter Caritas-Verband und den renommierten Sozialrechtler Dr. Manfred Hammel, der auch als "Anwalt der Armen" bekannt ist, eine Klage auf Unterlassung eingereicht. Hammel hatte u.a. so spektakuläre Entscheidungen durchsetzen können wie die Erlaubnis für "stilles Betteln" in der Fußgängerzone. Der Gegenstand der Verhandlung lautete: "Verstoß gegen das Wettbewerbsgesetz in Verbindung mit Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz".

Mit der Beratung von Sozialhilfeempfänger/innen, allein Erziehenden, Asylbewerber/innen und anderen sozial benachteiligten Menschen im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit beim Caritas-Verband Stuttgart soll Hammel gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen haben, so der offizielle Grund der Anklage.

Das Gesetz befugt in der Tat nur Rechtsanwälte oder zugelassene Rechtsbeistände, Mitbürgern und Mitbürgerinnen in rechtlichen Dingen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ja, es soll laut OLG Stuttgart (NStZ 1989, 274) sogar jegliche entgeltliche oder unentgeltliche "Betätigung von christlicher Nächstenliebe oder sozialem Engagement" verboten sein!

Damit wäre die Ausrufung des Jahres 2001 zum "Jahr der Freiwilligen" streng genommen ein Aufruf zum Rechtsbruch, und wer das Gesetz samt des OLG-Urteils richtig ernst nimmt, sollte seinen Verein auflösen und sich mit der Tatsache vertraut machen, dass Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) sinnentleert und ihre Tätigkeiten eigentlich verboten sind.

Besonders brisant ist jedoch, dass das der Klage zu Grunde liegende Rechtsberatungsgesetz aus dem Jahr 1935 stammt. Die Wurzeln dieses Gesetzes liegen im Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1933. Mit seiner Hilfe sollte die "Entjudung" der deutschen Anwaltschaft und eine gleichzeitige Monopolstellung für die Rechtsberatung erreicht werden. Die Folge war damals eine (fast) geschlossene Unterstützung des Nazi-Faschismus durch die deutsche Anwaltschaft.

Der Frontalangriff auf sozialpolitisch Engagierte durch eine Anwaltskammer ist keineswegs der erste Fall dieser Art. Bundesweit werden immer wieder Vereine und Beratungsstellen, aber auch Einzelpersonen mit Verfahren wegen "Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz" drangsaliert und auch sanktioniert. Klagen werden in der Regel immer dann gerne gegen Einrichtungen oder Einzelpersonen erhoben, wenn sie unbequem sind, sich besonders konsequent und engagiert für die Belange Hilfe suchender (nicht selten völlig mittelloser) Menschen einsetzen.

Die Stuttgarter Anwaltskammer ging aber noch weiter, denn sie kombinierte die Klage mit dem Wettbewerbsgesetz. Ein Skandal par excellence!

Die Sicherung von Besitzständen unter Berufung auf ein Nazigesetz hätte ihnen eigentlich bereits die Schamesröte ins Gesicht treiben müssen. Angesichts der Tatsache, dass kaum ein Anwalt solche Fälle, wie sie auch Dr. Hammel bearbeitet, annimmt, da hier anstatt Geld vor allem Arbeit und Ärger zu ernten sind, kann man nur mit Unverständnis und Zorn reagieren.

Der Hintergrund für den Stuttgarter Prozess ist entlarvend für die gegenwärtig deutliche Tendenz, NGOs einem "Outsourcing"-Prozess zu unterwerfen. Vorausgegangen war dem Prozess, der am 29.03.2001 vor dem Stuttgarter Landgericht in mündlicher Verhandlung erörtert wurde, die Anzeige eines Stuttgarter Verwaltungsrichters. Der fühlte sich offensichtlich durch die ebenso zahlreichen wie qualifizierten Schriftsätze des Dr. Hammel für sozial benachteiligte Menschen in seiner Ruhe gestört.

So sammelte er aus eigenen Aktenbeständen und Akten anderer Kollegen "Verdachtsfälle" zusammen und leitete diese an Staatsanwaltschaft und Anwaltskammer weiter. Ein klarer Verstoß gegen das Datenschutzgesetz! Aber das wurde niemals zum Thema gemacht. Die Staatsanwaltschaft nahm die Sache zunächst sehr ernst und beantragte sogar einen Beschluss zur Hausdurchsuchung für die Diensträume des

Caritas-Verbandes und für die Privaträume des "Anwalts der Armen". Ein rechtsstaatlich denkender Amtsrichter lehnte das Hausdurchsuchungsbegehren der Staatsanwaltschaft glücklicherweise ab.

Nach dieser peinlichen Vorstellung zog sich die Staatsanwaltschaft aus dem Visier möglicher, öffentlicher Kritik zurück und verkündete - nachdem sie zwanzig der vom Verwaltungsrichter ermittelten Personen als Zeugen vorgeladen hatte - die Einstellung des angeblichen Ordnungswidrigkeitsverfahrens. Die Caritas und Dr. Hammel hätten aus altruistischen Motiven und in Erfüllung sozialer Zwecke gehandelt.

Doch die Stuttgarter Anwaltskammer wollte es nun genau wissen und legte eine Klage auf Unterlassung gegen den Caritas-Verband Stuttgart und Dr. Hammel ein. Spannend ist dabei, dass zur allgemeinen Problematik längst Gutachten existieren, die klar aufzeigen, dass Hilfe und Beratung von Sozialhilfeempfängern durch Einrichtungen der Wohlfahrtspflege eben nicht gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen. Sie wurden ignoriert.

Die Kammer versucht also einen Rechtsstreit vom Zaun zu brechen, der völlig sinnlos ist und einen "Streitwert" mit fatalen Folgen haben könnte, nämlich: Das Ende karitativer Tätigkeit. Denn niemand kann das hier angedrohte Ordnungsgeld von bis zu 500.000 DM bezahlen oder gar eine Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten für Dr. Hammel in Kauf nehmen.

Man muss auch immer wieder daran erinnern, dass sich dies alles vor dem Hintergrund abspielt, dass Anwälte in der überwiegenden Mehrzahl aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt nicht bereit sind, in solchen Fällen die Rechtsvertretung zu übernehmen.

Während der Gerichtsverhandlung bejahte der Vorsitzende Richter ausdrücklich, dass es ein Wettbewerbsverhältnis zwischen den hier streitenden Parteien gäbe. Dieses würde schon potenziell bestehen, meinte er. Es sei also nicht nötig, dass dem Rechtsanwalt auch tatsächlich Klientel entgehen würde.

Der Anwalt der Caritas machte die zentrale Frage deutlich: "Was soll das Ganze eigentlich?" Er brachte Beispiele aus der Praxis, um "Ausnahmen", die auch schon vom Richter angesprochen worden waren, zu klären. Es gäbe nicht selten Notstandssituationen - z.B. bei Obdachlosen -, wo es um den Ablauf der Klagefrist ginge und anwaltliche Stellen nicht mehr zu erreichen seien. In Bayern sei das in Ordnung. Niemand würde sich darüber aufregen. Die Sozialträger würden hier helfen, mit den Rechtsanwälten oder deren Kammer gäbe es keine Probleme.

Beim Streit um die Grenzziehung hob er darauf ab, dass die Kirche in der Tat eine besondere Stellung hätte. Er stimme mit der Theorie, wie sie auch der Richter dargestellt habe, überein. Aber in der Praxis der Notfälle müsse das Selbstdefinitionsrecht und die Freiheit der Kirche vorgehen.

Nachdem die Anwaltskammer im Vorfeld mit Kanonen geschossen hatte, blieb sie während der Verhandlung seicht und hatte kaum Argumente beizusteuern. Der anwesende Präsident der Anwaltskammer ließ sich - in dem durch NGO-Vertreter/innen völlig überfüllten Saal - dennoch zu dem theatralisch formulierten Satz hinreißen: "Wir sind ein Berufsstand, der angetreten ist, um den Armen und Entrechteten zu helfen." Von der aggressiven Brisanz der schriftlichen Anklage war während der Verhandlung jedenfalls nichts mehr zu spüren. Nein, man erahnte Kompromissbereitschaft. Nach derlei Worten protokollierte der Richter die Klagerücknahme, was den Gesamtumfang der ursprünglichen Streitfrage anging. Er meinte, dass ja nun "95 Prozent des Sprengstoffs" weg seien.

Es bliebe, so der Richter aber weiter, noch die Frage der Notfälle, also der Grenzziehung. Und er bat, "ohne die Instanzen weiter zu bemühen", darum, dass die Gegner doch ein "Spitzengespräch" führen sollten. Der Anwalt der Caritas bemerkte auf diese richterliche Bitte hin, dass sie die Anwaltskammer doch genau darum im Vorfeld gebeten hätten. Nach dem Willen des Richters müssen nun die Ausnahmefälle, die Nothilfe definiert werden. Wenn klar wäre, dass ein erster Schriftsatz als Nothilfe in Ordnung sei - und dann in jedem Fall der Rechtsanwalt aufgesucht würde, könne er damit leben.

Die Hervorhebung der Sonderstellung der Kirche durch die Caritas ist und bleibt aber ein kritischer Punkt. Für sie selbst mag das ja in Ordnung sein und eine ebenso praktische wie praktikable Lösung darstellen. Doch sie löst das grundsätzliche Problem und das für die anderen, nicht-kirchlichen Organisationen nicht. So las man dann folgerichtig in der Stuttgarter Zeitung, dass bei der Rechtsberatung für die Caritas und die Kirche eine

Ausnahmeregelung gelte. Auch wurde das Rechtsberatungsgesetz als verfassungskonform angesehen. Doch genau das ist dringend zu bezweifeln.

Die Parteien haben jetzt bis Anfang Mai Zeit, um sich außergerichtlich zu einigen. Sollten sie es nicht schaffen, wird es am 17. Mai um 12 Uhr im Saal 22 des Landgerichts eine richterliche Entscheidung geben müssen.

Sollte der Anwaltsverein mit seiner Klage erfolgreich sein, wäre dies ein Frontalschlag gegen die Wohlfahrtsverbände und viele kleinere und größere Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, die sich engagiert für die Rechte sozial Schwacher und Ausgegrenzter einsetzen, denn man würde dadurch offiziell bestätigen, dass NGOs wirtschaftlichen Schaden anrichten. Gerade im "Jahr des Ehrenamtes" erhält eine Anklage wegen Verstoß gegen das aus dem Nazifaschismus kommende Rechtsberatungsgesetz einen äußerst unangenehmen Beigeschmack. Und der Satz von Ministerin Bergmann - "Was ich tue, ist unbezahlbar" - verkäme zu einem puren Sarkasmus.

Monika Gerstendörfer,

Lobby für Menschenrechte e.V.

Das Internationale Jahr der Besitzstandswahrung

2001 ist das "Internationale Jahr der Freiwilligen". Die Bundesregierung und allen voran Bundesministerin Christine Bergmann werden nicht müde, immer wieder die zunehmende Wichtigkeit des Ehrenamtes zu betonen. Sie haben dazu das Motto "Was ich kann, ist unbezahlbar!" ausgegeben und wissen auch dieses: "Unschätzbare soziale, politische und auch wirtschaftliche Werte verdanken wir den knapp 22 Millionen Freiwilligen in Deutschland. Dennoch wird ihre Bedeutung häufig unterschätzt; auch, weil dieser unbezahlte und unbezahlbare Einsatz oft unsichtbar bleibt."

Ein ungeheuer massives Plädoyer für noch mehr sozialen Kitt ist gegenwärtig im Gange. Und mehr Menschen, die noch mehr sozialen Kitt "produzieren" sollen, sind auch vonnöten. Das weiß die Politik genau und blendet gleichzeitig ein Faktum aus: Sozial relevante, konstruktive Arbeit wird in unseren Gesellschaften schlecht oder gar nicht bezahlt. Sozial wenig oder ganz irrelevante, sogar destruktive Arbeit wird gut bis spitzenmäßig bezahlt.

35. "Bisher war das Prozessbetrug..." Interview mit RAin Andrea Würdinger zum Berliner RZ-Prozess

Berliner RZ-Prozess: Interview mit der Rechtsanwältin Andrea Würdinger

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:05

Andrea Würdinger ist Berliner Strafverteidigerin und vertritt im Berliner RZ-Verfahren den Angeklagten Harald G., dem Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) und verschiedene Anschlagsdelikte aus den achtziger und frühen neunziger Jahren vorgeworfen werden. Das Verfahren gegen ihn und drei weitere Mitangeklagte wurde, nachdem die Ermittlungen bereits im Sommer 2000 abgeschlossen waren, mit Beschluss des Kammergerichts vom 25. Januar 2001 eröffnet. Die Hauptverhandlung begann am 22. März 2001. Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die Aussagen des Kronzeugen Tarek Mousli. Dieser wurde für seine vor allem auf Hörensagen basierenden Aussagen bereits im Dezember vergangenen Jahres mit zwei Jahren auf Bewährung und monatlich 2.400 Mark aus der Staatskasse belohnt. Der Berliner Prozess wurde am 12. April ausgesetzt, nachdem der Bundesgerichtshof am 30. März beschlossen hatte, dass gegen Rudolf Schindler nun doch wegen "Rädelsführerschaft" in der RZ eine Hauptverhandlung vor dem Berliner Kammergericht durchgeführt werden müsse. Daraufhin verband der 1. Strafsenat des Kammergerichts das Verfahren gegen Schindler mit dem Berliner Verfahren und setzte zunächst die Hauptverhandlung bis voraussichtlich zum 17. Mai aus. Schindler, der im Frankfurter OPEC-Verfahren freigesprochen worden war, befindet sich seitdem erneut in Haft, die anderen Angeklagten sind mittlerweile seit über 16 bzw. 12 Monaten in Untersuchungshaft. Mit Andrea Würdinger sprach Volker Eick.

ak: Nach über einem Monat und insgesamt nur vier von acht geplanten Prozesstagen vor dem 1. Strafsenat des Berliner Kammergerichts wird der Prozess gegen Ihren Mandanten und die mittlerweile vier Mitangeklagten ausgesetzt und erst in einigen Wochen neu aufgerollt. Warum?

RAin Würdinger: Allen Prozessbeteiligten und auch dem Strafsenat war bekannt, dass eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) unmittelbar vor Prozessbeginn oder während der ersten Wochen zu erwarten war. Es war auch ein offenes Geheimnis, dass mit einer Aufhebung der Entscheidung des 2. Strafsenats in Sachen Schindler zu rechnen war; dieser hatte die Zulassung der Anklage mit dem Hinweis abgelehnt, dessen RZ-Mitgliedschaft sei bereits im OPEC-Verfahren Gegenstand der Verhandlung gewesen. Er dürfe daher - zu Gunsten des Angeklagten - nicht erneut Gegenstand einer Anklage vor einem anderen Gericht sein. Dieser Auffassung hat sich der BGH nicht angeschlossen und ausgeführt, dass jede RZ eine eigene selbstständige terroristische Vereinigung und die Berliner RZ im Frankfurter Verfahren noch nicht abgearbeitet worden sei.

Klar war auch, dass die Vorsitzende Richterin Hennig zwar ab dem 22. März Hauptverhandlungstermine angesetzt hat, um dem Beschleunigungsgebot in Haftsachen zumindest formal nachzukommen - sie hätte sich sonst eine Rüge vom BGH eingefangen, der regelmäßig die Akten zur Kontrolle der Haftfrage vorgelegt bekommt. Es zeigte sich jedoch schon im Vorfeld der Hauptverhandlung, dass die Vorsitzende wohl weiter Zeit schinden wollte, um dann - ohne dass im hiesigen Prozess schon viel an wesentlicher Beweisaufnahme gelaufen ist - mit Rudolf Schindler im Verfahren neu anzufangen. Aus diesem Grunde sollte nicht mit dem einzigen Beweismittel gegen die Angeklagten, der Vernehmung von Mousli, begonnen werden, sondern mit Verlesung von Urteilen zu anderen RZ, die - wie wir ja nun gerade wieder vom BGH bestätigt bekommen haben - selbstständige Vereinigungen im Sinne des § 129a StGB sind.

Eine Verlesung überhaupt - und dann noch am Anfang der Hauptverhandlung - kann nur den Sinn der Prozessverschleppung haben und setzt sich in skrupelloser Weise über die Rechte aller Angeklagten hinweg. Denn - wenn Untersuchungshaft vollzogen wird - dann muss alles getan werden, um den Prozess und die Beweisaufnahme zu fördern.

Hätte nicht das Verfahren gegen Rudolf Schindler gleich von Anfang an in das Verfahren mitaufgenommen werden können?

Selbstverständlich hätte die Bundesanwaltschaft (BAW) Rudolf Schindler gleich mit anklagen können. Dass es ein weiteres Verfahren in Frankfurt gegeben hat, hätte dem nicht entgegengestanden. In dem Frankfurter OPEC-Verfahren war vom dortigen Vorsitzenden, der für eine stringente Verhandlungsführung bekannt ist, die

Urteilsverkündung zunächst auf den 21. Dezember 2000 angesetzt worden. Das tatsächliche Ende hat sich nur geringfügig nach hinten verzögert. Die BAW konnte zum Zeitpunkt der Anklageerhebung davon ausgehen, dass es nicht zu zwei parallelen Berliner Verfahren vor zwei unterschiedlichen Strafsenaten kommt. Das Kammergericht hätte aber auch gleich den Beginn der Hauptverhandlung in Hinblick auf die absehbare Verbindung später ansetzen und sich damit der Überprüfung des BGH stellen müssen, wenn es selbst nicht schon von sich aus die Haftfortdauer beendet hätte. Alles andere ist "Prozessbetrug" und spielt in unzulässiger Weise mit den Freiheitsrechten der Angeklagten.

Am vorerst letzten Prozesstag, dem 12. April, haben Sie und die Verteidigung des Angeklagten Axel H. die Verbindung mit dem Verfahren gegen Rudolf Schindler abgelehnt. Warum?

Wir hatten bereits schriftlich der Verbindung widersprochen, da klar war, dass eine Verbindung zur Aussetzung und damit zur Verfahrensverzögerung führt. Eine Verfahrensverzögerung ist nicht im Sinne der Mandanten, denn bei der bisher unfairen Verfahrensweise durch den Senat war mit einer positiven Haftentscheidung nicht zu rechnen. Eine ernsthafte Überprüfung der Haftverhältnisse durch den Senat hat keine Sekunde stattgefunden. Indem die Vorsitzende bekannt gegeben hat, sie beabsichtige auch bei Neubeginn im Mai 2001 mit der Verlesung von unsinnigen Urteilen zu beginnen, ist doch offensichtlich, dass auch dieser Prozessbeginn zum 17. Mai Makulatur ist. Tatsächlich ist der eigentliche Beginn der Beweisaufnahme mit Mousli erst Wochen später. Diese unsinnige Verfahrensweise dient einzig und allein dazu, den Verteidigern von Schindler eine realistische Einarbeitungszeit über den 17. Mai hinaus zu ermöglichen. Würde die Vorsitzende mit offenen Karten gegenüber dem BGH spielen, müsste sie einräumen, dass eine sehr viel längere Unterbrechung erforderlich ist. So beginnt der Senat formal am 17. Mai, verhandelt ein bisschen Belangloses, um dann am 20. Juli eine Sommerpause von einem Monat eintreten zulassen. Mit Beschleunigung des Verfahrens, Rechtstaatlichkeit des Verfahrens und was es da alles noch so im Repertoire eines höheren Richters geben soll, hat das nichts mehr zu tun.

In der schriftlichen Antwort des Berliner Kammergerichtes wird Ihnen und Ihren KollegInnen vorgeworfen, Sie selbst seien für die Verschleppung des Verfahrens verantwortlich. Konkret heißt es dort, dass die Anklage nicht verlesen werden konnte, beruhe "darauf, dass Gegenstand der Hauptverhandlung zunächst der Gesundheitszustand der Angeklagten E., sodann der Besetzungseinwand ihrer Verteidiger und der Antrag auf Einstellung des Verfahrens des Angeklagten B. war". Haben dann also Sie selbst als Verteidigung die Verschleppung des Verfahren zu verantworten?

Dieser Vorwurf ist nicht nur unsinnig, sondern zeigt, wie wenig rechtstaatlich dieser Senat verankert ist. Der Beschluss zeigt, mit welch tumbem Gedankengut der Senat behaftet ist. Die Anträge, so wie sie gestellt wurden, mussten nach der Strafprozessordnung genau zu diesen Zeitpunkten gestellt werden. Die Verlesung der Besetzungsrüge hat circa anderthalb Stunden in Anspruch genommen. Dass der Senat und die Bundesanwaltschaft - obwohl ihnen die schriftlich verfasste Rüge vorher zugefaxt worden war, obwohl der Richter Alban als Präsidiumsmitglied sich bereits Anfang des Jahres ausführlich damit befasst hatte und die Richtlinien selber für rechtswidrig hielt - nicht in der Lage waren, über die Rüge innerhalb eines Nachmittags zu entscheiden, lässt entweder auf mangelnde Qualifikation schließen oder aber auf die Absicht der Prozessverschleppung. An keinem der Verhandlungstage ist länger als zwei bis zweieinhalb Stunden verhandelt worden, und der jeweils nächstfolgende Verhandlungstag wurde ohne Not von der Vorsitzenden aufgehoben.

Konkret Ihrem Mandanten wird in der Antwort des Kammergerichts auf die mündliche Haftprüfung vorgeworfen, dass er "zum Teil über Jahre hinweg arbeitslos" gewesen sei und "unklare persönliche Bindungen" habe; zwei anderen Angeklagten wird das genaue Gegenteil vorgeworfen, nämlich dass sie "in festen sozialen Bindungen" lebten und "vielseitige Befähigungen" hätten sowie "Strebsamkeit" an den Tag legten, die ihnen "ein Einkommen sichern" könnten. Wie müssen Angeklagte vor dem Berliner Kammergericht beschaffen sein, damit sie eine Chance haben, aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden?

Ihnen darf nicht der Vorwurf des § 129a StGB gemacht werden und der, einem Richter - wenn auch in rechtsverjährter Zeit - ins Knie geschossen zu haben.

Spielt denn keine Rolle, dass der verurteilte Kronzeuge Mousli trotz der zum Teil angeblich weitaus schwereren Straftaten bereits nach wenigen Monaten auf freiem Fuß war und nur mit einer geringen Strafe belegt worden ist?

Offensichtlich spielt dies alles keine Rolle, auch nicht die Selbstauflösung der "RZ" bereits vor Jahren und damit die fehlende Gefährlichkeit, die ja den unsäglichen § 129a StGB überhaupt rechtfertigen soll.

Das heißt also, es wird hier die jetzt über ein Jahr währende Untersuchungshaft zur Erzwingungshaft gemacht? Die Angeklagten sollen gezwungen werden, ihr Recht auf Aussageverweigerung aufzugeben?

Hier handelt es sich klar um Erzwingungshaft. Dies zeigt sich schon an den Offerten der BAW beim Haftprüfungstermin, dass bei einem Geständnis sich die Haftfrage selbstverständlich ganz anders stellen werde, dies gelte natürlich auch für die Strafhöhe .

Ihr Kollege Eisenberg hat namens seiner Mandantin Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Haftfortdauer eingereicht. Worauf bezieht er sich dabei, und womit rechnen Sie?

Der Kollege bezieht sich im Wesentlichen auf die zögerliche Bearbeitung und die ungerechtfertigte lange Haftdauer. Schließlich lebt seine Mandantin bereits seit zehn Jahren in absolut bürgerlichen Zusammenhängen straffrei. Eine Prognose über die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht möchte ich nicht abgeben.

In der Öffentlichkeit ist immer noch unklar, ob Tarek Mousli das Ende 1999 noch bestehende Kronzeugengesetz benutzt hat oder nicht. Während seiner Verhandlung im Dezember 2000 hieß es "nein", im Kammergerichtsbeschluss vom 12. April 2001 heißt es aber, Mousli "hat die damals noch gültige Kronzeugenregelung in Anspruch genommen". Können Sie das aufklären?

Mousli hat sich bei Beginn seiner Aussagen auf die Anwendung der Kronzeugenregelung berufen. Sie ist, da sie Ende 1999 ausgelaufen ist, nicht mehr angewandt worden. Korrekt ist, dass die Kronzeugenregelung ausdrücklich nicht angewendet wurde, sondern Mousli aufgrund seines Geständnisses Strafmilderung erfahren hat.

Wie wird es am 17. Mai nun weiter gehen?

Auf jeden Fall unfreundlicher.

In Teilen der autonomen Linken wird den Angeklagten und ihrer Rechtsvertretung der Vorwurf gemacht, sie führten ein unpolitisches Verfahren, zum Teil wird mit Entsolidarisierung gedroht. Können Sie zu diesem Vorwurf etwas sagen?

Ich halte den Vorwurf für Unfug. Ich habe ihn immer nur vereinzelt mal gelesen. Wer konkret diesen Vorwurf erhebt und aus welchem Grund, ist mir bisher noch nicht mitgeteilt worden. Allerdings: Sollte die Forderung sein, öffentlich über Verteidigungsstrategien zu diskutieren, muss ich tatsächlich klarstellen, dass dies mit mir nicht zu machen ist.

Haben Sie eine Vorstellung davon, wie lange der Prozess voraussichtlich dauern wird?

Auch hier halte ich Spekulationen für nicht hilfreich. Dies wird sich erst zeigen, wenn mit der Vernehmung des Zeugen Mousli überhaupt begonnen wurde.

"Mit Beschleunigung des Verfahrens und was es da alles noch so im Repertoire eines höheren Richters geben soll,

hat das nichts mehr zu tun."

"Hier handelt es sich klar um Erzwingungshaft. Das zeigt sich schon an den Offerten der BAW, dass bei einem Geständnis sich die Haftfrage ganz anders stellen werde."

36. Fruchtzwerge - nein danke! Boykott gegen den französischen Konzern Danone

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:19

In Frankreich hat eine Reihe von Werkschließungen zu heftigen Protesten geführt, die auch die Regierung unter Druck setzen. Neben Demonstrationen und Betriebsbesetzungen rufen die Beschäftigten, Gewerkschaften und die Kommunistische Partei noch zu einer anderen Form des Protestes auf: dem Boykott aller Danone-Produkte.

Am 29. März diesen Jahres machten gleichzeitig zwei größere Unternehmen durch massive Entlassungspläne auf sich aufmerksam. Zum einen kündigte der Nahrungsmittelkonzern Danone die Schließung zweier Werke, im nordfranzösischen Calais und in Ris-Orangis in der Pariser Banlieue, an. Insgesamt sollten 1.816 Stellen in sechs europäischen Werken verschwinden, davon ein Drittel an französischen Standorten. Gleichzeitig gab die britische Bekleidungskette Marcs & Spencer die völlige Aufgabe ihrer französischen und anderen kontinentaleuropäischen Niederlassungen bekannt: 4.390 Arbeitsplätze sollen dadurch auf einmal vernichtet werden, davon 1.700 in Frankreich.

Während die Niederlassungen von Marcs & Spencer rote Zahlen schrieben, hat die Danone-Aktie an den Börsen im Laufe des Jahres 2.000 um 37 Prozent an Wert gewonnen. Konkret hatte Danone im letzten Jahr einen Reingewinn von 4,7 Mrd. Francs (rund 715 Mio. Euro) erzielt, bei einem Umsatz von rund 85 Mrd. Francs (13 Mrd. Euro). Dabei wies allerdings die Keksbranche LU einen geringeren Reingewinn als die beiden anderen großen Geschäftsbereiche des Konzerns auf (Mineralwasser mit Evian, Badoit, Volvic etc. und Milchprodukte).

Als Begründung für den vorgelegten Sozialplan macht Danone geltend, dass man, um gegenüber Nestlé konkurrenzfähig zu bleiben, präventiv restrukturieren müsse. Die französischen Produktionsstandorte von Danone wiesen Überkapazitäten auf, da sie nur zu gut 42 Prozent ausgelastet seien, rechnet die Konzernspitze vor. Doch diese Rechnung geht nur auf, wenn man - wie das Unternehmen es offenkundig tut - davon ausgeht, dass die Maschinen 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr laufen.

Mit Calais und Ris-Orangis sind nicht zufällig zwei Niederlassungen betroffen, die sich durch einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auszeichnen. Das dortige Personal soll nunmehr durch ein jüngeres (und damit noch schlechter bezahltes) ausgetauscht werden. Danone plant, zumindest einen Teil der Keksherstellung in absehbarer Zukunft nach Osteuropa auszulagern, wo Lohnkosten und soziale Absicherung niedriger sind als in Frankreich.

Die französische Regierung und die ihr angehörenden Linksparteien befürchten nun, dass sich der soziale Unmut vor allem der schlechter gestellten Schichten noch mehr als bei den Kommunalwahlen im März Luft macht (siehe AK 449). Aus diesem Anlass gab das Jospin-Team die Parole des Ni - ni (Weder -Noch) aus: "Weder zuschauen noch verbieten". Premierminister Jospin ließ Arbeits- und Sozialministerin Elisabeth Guigou einen "Plan" ausarbeiten, der im wesentlichen drei Maßnahmen beinhaltet: Erstens sollen die Abfindungszahlungen im Falle betriebsbedingter Entlassungen vom bisherigen gesetzlichen Minimum (einem Zehntel eines Monatsgehalt pro Jahr vergangener Betriebszugehörigkeit) auf das Doppelte erhöht werden. Dies hätte aber praktisch nur einen geringen Effekt, denn die Tarifverträge in den meisten Branchen gehen ohnehin über dieses legale Minimum hinaus. Daneben soll der Betriebsrat erweiterte Informationsrechte und ein Vorschlagsrecht für alternative Optionen erhalten - was aber an den innerbetrieblichen Machtverhältnissen letztendlich wenig ändern dürfte. Die Unternehmen sollen ferner verpflichtet werden, sich um eine Weiternutzung der aufgegebenen Produktionsstätten durch andere Betriebe zu kümmern - auch das tun sie meist heute schon. Und schließlich sollen die Unternehmen angehalten sein, für die Entlassenen eine "Bilanz ihrer beruflichen Kompetenzen" zu erstellen. Ob diese deswegen immer einen neue Beschäftigung finden, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Die Verkündung dieser eher schwachen Maßnahmen konnte den breiten sozialen Unmut nicht wirklich beruhigen.

Die Bewegung für den Boykott der Danone-Produkte ging zunächst vom LU-Standort Calais aus, dessen KP-Bürgermeister Jacky Hénin sich die Forderung der CGT und der betroffenen Beschäftigten ("Danone entlässt, entlassen wir Danone aus unserem Einkaufswagen!") zu eigen machte und die Boykottforderung

lancierte. Rasch schlossen sich eine Reihe zumeist links regierter Städte und Gemeinden an, wie etwa die KP-Rathäuser von Saint-Denis und Montreuil bei Paris oder das Bezirksparlament desselben Départements - Seine-Saint-Denis-, die Danone-Produkte aus ihren Kantinen verbannten. Aber auch die vom gaullistischen RPR regierte Pariser Trabantenstadt Savigny-sur-Orge - Nachbarkommune des von Schließung bedrohten Werks in Ris-Orangis - war mit von der Partie.

Widerspruch gegen den Boykott kam hingegen aus den rechteren Gewerkschaften in den von der Schließung verschonten Werken. Sie warnten davor, "den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen", wie etwa die "gemäßigte" Gewerkschaft FO im Werk im südwestfranzösischen Champagnac. In Besançon, einem weiteren von der Schließung verschonten Danone-Standort, rief die FO statt zum Boykott zum verstärkten Kauf von Danone-Produkten auf. Nur damit seien Arbeitsplätze zu erhalten. Auf nationaler Ebene wurde eine solche Position vom Arbeitgeberverband MEDEF, den Wirtschaftsliberalen und dem sozialliberalen "modernen" Gewerkschaftsbund CFDT vertreten.

Die Begrenztheit der Boykott-Forderung liegt auf der Hand: Wollten die VerbraucherInnen auf diesem Wege alle verurteilungswürdigen kapitalistischen Praktiken abstrafen, würden sie sich wohl zunehmend selbst aller Konsummöglichkeit berauben - zumal der Markt zumeist gar nicht die Informationen über die Hintergründe der Produktion zur Verfügung stellt. Dennoch ist eine solche Boykottbewegung - symbolisch gegen einen Konzern gerichtet - eine mögliche öffentlichkeitswirksame Aktionsform. Wenn auch die Auswirkungen auf den langfristigen Umsatz von Danone begrenzt sein mögen, so sind doch Danones Bemühungen um ein "soziales" Konzernimage nachhaltig ruiniert. Zudem können sich bei einem Boykott auch Menschen dem Kampf gegen Entlassungen anschließen, die nicht konkret betroffen sind.

Unterdessen rührt sich auch auf den Straßen Protest, der aber bisher noch durch die Politik und spezifische Organisationsinteressen kanalisiert wird. Die französische KP, nach ihrer Bauchlandung bei den Kommunalwahl um den Nachweis ihrer Mobilisierungsfähigkeit bemüht, nutzte die Gelegenheit und rief dazu auf, am 21. April in Calais zu demonstrieren. Rund 15.000 Personen folgten dem Aufruf. Die Beschäftigten der direkt betroffenen Betriebe zogen dem Demonstrationszug in kämpferischer Stimmung vorneweg. Viele EinwohnerInnen schlossen sich den Protesten an: Hier schmückte ein Käsegeschäft sein Schaufenster mit einem Hinweis "Auch wir boykottieren Danone-Produkte", dort bekleidete ein Laden für Babykleidung einen Teddybären mit dem T-Shirt "Gemeinsam gegen Danone". Das Rathaus war - ein wenig großsprecherisch - von der regierenden KP mit einem Spruchband versehen worden: "Calais, Welthauptstadt des Widerstands gegen den Wirtschaftsliberalismus".

KP-Chef Robert Hue forderte vor Ort, dass das von ihm vorgeschlagene Gesetz zur Kontrolle öffentlicher Unternehmenssubventionen, das bereits im Dezember 2000 verabschiedet worden war, endlich umgesetzt werden müsse. Diesem Gesetz zufolge könnten "zu Gunsten der Beschäftigung" von Unternehmen einkassierte Subventionen zurückgefordert werden, wenn dieselben Betriebe dann Personal entlassen. Erst bei Bekanntwerden der Danone-Pläne war den KP-PolitikerInnen aufgefallen, dass das Arbeitsministerium keinerlei Anstalten gemacht hatte, die nötigen Ausführungsbestimmungen für das ungeliebte Gesetz zu erlassen. Dabei ging es für die Parteikommunisten nicht ganz ohne Unannehmlichkeiten ab. Nicht nur, dass die trotzkistischen Parteien LO und LCR ihrerseits stark nach Calais mobilisiert hatten und die Kundgebung zu prägen suchten. Auch parteiintern gab es Kritik: So bemängelte der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Nikonoff in einem Artikel für die Parteizeitung L'Humanité, Zeit und Ort der Demo seien durch die Parteileitung eigenmächtig und ohne jede Rücksprache auf andere AkteurInnen der sozialen Bewegung allein festgesetzt worden. Das sieht nicht nur er so, doch durfte sein Artikel nicht erscheinen.

Am 9. Juni wird es in Paris eine Großdemonstration gegen die Entlassungen geben. Anlass dafür haben die Konzerne erst in den letzten Tagen erneut geliefert: Am 26. April wurde bekannt, dass der Küchenelektronik-Hersteller Moulinex in nächster Zukunft einen weiteren "Sozialplan" auflegen wird, dem 4.000 Arbeitsplätze - darunter 1.500 in Frankreich - zum Opfer fallen sollen. Die Küchengeräte sollen dann aus Mexiko und China kommen.

Bernhard Schmid, Calais

http://www. Jeboycottedanone.net

Kauft keine Kekse von Danone!

Nie wieder Schokopuddings von Danone!

37. Essensmarken für "Totalverweigerer". Skurriles und Bitteres in der Faulenzer-Debatte

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:21

Debatten fallen nicht vom Himmel, erst recht nicht, wenn sie vom Bundeskanzler los getreten werden. Ein ganzes Heer von MedienberaterInnen und KommunikationsstrategInnen sind am Werke, wenn Kanzlerworte geplant, getimet und letztlich lanciert werden. Das war letztes Jahr bei Schröders Greencard-Rede genauso wie heute mit seiner Erwerbslosenbeschimpfung.

Ein strategischer Zweck der momentanen Faulenzer-Debatte liegt dabei auf der Hand: Es geht darum, die für diesen Sommer anstehende Neufassung des Sozialgesetzbuchs III (SGB III) ideologisch abzusichern. Am 11. März gab das Bundesministerium für Arbeit bekannt, dass es bei der geplanten Novelle auch darum gehe, das Verhältnis von "Sozialpflichten" und "Sozialrechten" "neu zu justieren". Eine Verletzung der geplanten flächendeckenden Eingliederungsverträge solle mit rigorosen Sperrzeiten bestraft werden (vgl. AK 449). Bereits hier sprachen die Medien von Riesters Attacken auf "faule Arbeitslose". Am 6. April verkündete Schröder höchstpersönlich: "Es gibt kein Recht auf Faulheit" und forderte eine härtere Gangart gegen "unwillige Arbeitslose". Seitdem überschlagen sich die Medien mit Berichten über "Faulenzer", ansteigende Zahlen bei den Sperrzeiten der Arbeitsämter, ominöse Dunkelziffern oder "Menschen, die auf Kosten des Staates leben, obwohl sie arbeiten könnten". Gleichzeitig kommen immer mehr Einzelheiten über den Inhalt der geplanten SGB III-Novelle ans Licht: Der Ermessensspielraum der Arbeitsämter bei der Verhängung von Sanktionen soll abgeschafft werden, Arbeits- und Sozialämter sollen enger zusammenarbeiten mit der Perspektive, die Arbeitslosenhilfe schließlich abzuschaffen. Diese alte CDU-Forderung will die rot-grüne Bundesregierung jedoch erst in der nächsten Legislaturperiode erfüllen. Die CDU schließlich bedient sich nur allzu gerne der Schröder'schen Stammtischrhetorik und geht gleich in die Vollen: "Totalverweigerer" sollen nur noch ein absolutes Existenzminimum erhalten und das auch nur in Form von Lebensmittelgutscheinen (Handelsblatt, 25.4., FR, 25.4.).

"Problemgruppen" und "Faulenzer"

Erst 1969 in Kraft getreten, ist kaum ein Bundesgesetz öfter novelliert worden wie das Arbeitsförderungsgesetz (AFG)/SGB III. Novellierung bzw. beschönigend "Reform" hieß dabei immer Einschränkungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie Verschärfung der sogenannten Zumutbarkeitsregelungen, d.h. der Bedingungen, die Erwerbslosen bei ihrem Bemühen um Arbeitsaufnahme zugemutet werden konnten. Hans Uske hat 1995 in einer schönen diskurstheoretischen Untersuchung gezeigt, wie jede dieser Novellen von einer öffentlichen Kampagne gegen "unechte" Erwerbslose und "Drückeberger" begleitet worden ist (1). Dabei entsprechen die Zyklen der Faulenzer-Debatte auch dem Konjunkturverlauf. Besonders beliebt sind sie, wenn in Zeiten eines relativen ökonomischen Aufschwungs die Erwerbslosenzahlen konstant hoch bleiben oder nur langsam sinken. Und nahezu 4 Mio. offizielle Erwerbslose sind eine harte Nuss für einen Kanzler, der die Halbierung der Erwerbslosigkeit binnen vier Jahren versprochen hat. Da bietet es sich natürlich an, die Erwerbslosenstatistiken dadurch zu schönen, dass man auf "unechte" Erwerbslose verweist, solche die entweder als "Problemgruppen" nicht arbeiten können oder aber als "Faulenzer" nicht arbeiten wollen. Der Effekt ist in beiden Fällen derselbe: Das gesellschaftliche Phänomen der Massenerwerbslosigkeit wird individualisiert und die Opfer zu Schuldigen. Individuelle Defizite wie Alter, Qualifikationsmängel, Fehlsozialisation oder auch Krankheit und Drogenkonsum oder aber offene Arbeitsunwilligkeit sind in diesem Diskurs die Ursachen für Erwerbslosigkeit, nicht aber die Marktlogik und das kapitalistische Verwertungsinteresse. Gerade die Verknüpfung der Faulenzer-Debatte mit der Figur des "Sozialschmarotzers" oder gar des neuen "Ausbeuters", wie Norbert Blüm die "faulen Erwerbslosen" einmal bezeichnet hat, gerät Erwerbslosigkeit zudem ganz schnell in die Nähe delinquenten Verhaltens.

Arbeit um jeden Preis?

Aber bei genauerer Betrachtung richtet sich die momentane Diskussion beileibe nicht nur gegen Erwerbslose. Sie legitimiert gleichzeitig ein Bild von Arbeit und Flexibilität, in dem abweichende Bilder und Ansprüche denunziert werden. Das Bild vom "faulen Erwerbslosen" braucht nämlich einen Vergleichsmaßstab, nämlich ein Bild von Arbeitswilligkeit bzw. von einem arbeitswilligen Erwerbslosen. Unter der Hand wird in der

Faulenzer-Debatte so auch das Bildes des "ordentlichen Arbeiters" gemalt, der sich nicht zu fein ist, Lohnsenkungen hinzunehmen, um seinen Arbeitsplatz zu erhalten, der bereit ist, stundenlang zur Arbeit und nach Hause zu fahren, der auch bereit ist, für den Job von Mecklenburg-Vorpommern nach Bayern umzuziehen und dabei bereit ist, Freunde und soziale Beziehungen aufzugeben. Es ist das Bild des ordentlichen Arbeiters, der sich den Anforderungen des Strukturwandels und der Flexibilisierung unterwirft, der bereist ist, trotz Krankheit weiterzuarbeiten und auch sonst jede Menge Opferbereitschaft an den Tag legt. "Arbeitswilligkeit ist nicht mehr der Wille, einer sinnvollen Arbeit nachzugehen, sondern die Bereitschaft, sich den Bedingungen des Arbeitsmarkts zu unterwerfen und persönliche Bedürfnisse dafür zu opfern." (2)

Doch selbst dort, wo "normale" Arbeitsbedingungen noch als "eigentlich unzumutbar" oder "problematisch" wahrgenommen werden, etwa im Bereich der deregulierten Niedriglohnsektoren, bei Leiharbeitsfirmen oder in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, wird der Umstand, dass in der Tat viele Menschen so opferbereit arbeiten, zu einer weiteren Keule gegen Erwerbslose: Wenn nämlich "normale" ArbeitnehmerInnen auch unter solchen Bedingungen arbeiten, so ist das erst recht Erwerbslosen zuzumuten.

Zurecht haben viele die Schröder'sche Erwerbslosenschelte als Beleidigung empfunden, nicht selten mit dem Hinweis, dass sie natürlich nicht faul seien, sondern gerne arbeiten würden. Sehr viel seltener aber ist das Recht verteidigt worden, eine Arbeit als unzumutbar auch ablehnen zu können. Genau hier läge aber die richtige Antwort auf die Faulenzer-Deabtte: Auch wenn Ansprüche an die Arbeit, an Arbeitsbedingungen und Löhne, Neigungen und Interessen, persönliche Lebensplanungen etc. in Gegensatz zu den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes geraten, so bin ich nicht bereit, diese Ansprüche aufzugeben. Und wenn das dann Faulheit ist, so muss man dieses Recht auf Faulheit verteidigen.

dk

Anmerkungen:

1) Hans Uske: "Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit", Duisburg 1995

2) a.a.O., S. 50

38. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:39

Nachrichten aus der Welt der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit

Zelten gegen Lohnraub

Auf einem Grünstreifen an der wichtigsten Madrider Verkehrsader Paseo de la Castellana steht seit fast drei Monaten eine Zeltstadt. Ihre Bewohner sind weder Hippies noch Punks oder sonstige Freaks, sondern zahlreiche Beschäftigte der spanischen Telefongesellschaft Sintel. Mit ihrem Auftritt zwischen Bankhochhäusern, dem Fußballstadion von Real Madrid und dem Wirtschaftsministerium protestieren die Arbeiter dagegen, dass sie seit neun Monaten keine Lohnzahlungen mehr erhalten haben.

Sintel ist eine ehemalige Tochter des spanischen Telekommunikationskonzerns Telefónica. 1996 wurde sie an den Exil-Kubaner und Castro-Gegner Jorge Mas Canosa und seine Firma Mastec verkauft. Der wiederum verkaufte die inzwischen völlig heruntergewirtschaftete Firma im Februar diesen Jahres für symbolische zwei Euro an den spanischen Jungunternehmer Carlos Gila. Inzwischen hat Gila die Zahlungsunfähigkeit bekannt gegeben. Das Unternehmen mit 1.800 Beschäftigten sitzt auf einem Schuldenberg von rund 250 Mio. DM.

Der Protest der Beschäftigten richtet sich vor allem gegen die Geschäftspolitik des Vorbesitzers sowie die ehemalige Mutter Telefónica. Diese hatte Sintel seiner Zeit mit dem Verweis auf den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gegründet und den Beschäftigten vorgeworfen, zu lange auf sozialen Errungenschaften bestanden zu haben. Nach dem Verkauf von Sintel hatte Telefónica dann auch gleichzeitig ihre Folgeaufträge eingestellt. Die Sintel-Belegschaft sieht daher auch in diesem Verkauf den eigentlichen Auslöser für die Krise des ehemals sehr erfolgreichen Unternehmens und fordert Telefónica an den Verhandlungstisch. (FAZ)

1. Mai bei McDonald's

München, 1. Mai 2001, gegen 14 Uhr: Ca. 60 AktivistInnen des WeltWeiterWiderstands-Kollektivs, des people.not.profit.collective, von Greenpeace, Animal Peace, Linksruck u.a. besetzen die angeblich größte McDonald's-Filiale am Münchener Stachus. Sie entrollten Transparente im Kassenbereich mit den Slogans "McAusbeuter", "McAbholzer", "McArbeiterfeind", "WeltWeiterWiderstand" und "People before profit". Für kurze Zeit wurden auch die Eingänge besetzt. Die Reaktionen seitens der KundInnen und PassantInnen waren offenbar durchaus freundlich. Und auch die Polizei war wohl eher überrascht und irritiert: Erst nach einer halben Stunde am Ort des Geschehens verhielt sie sich durchaus zurückhaltend und gewährte den AktivistInnen "freien Abzug".

Die Aktion - die seit langer Zeit erste dieser Art in München - war ursprünglich die Initiative einer kleinen Hand voll Leuten, die unmittelbar zuvor auf der Münchener 1. Mai-Demo weitere Menschen angesprochen haben.

(www.labournet.de)

Griechen sauer

Am Donnerstag, den 26. April, ging in Griechenland nichts mehr. Der größte Generalstreik seit zehn Jahren legte das Land lahm, insbesondere wurden staatliche Institutionen und öffentliche Unternehmen bestreikt wie Fernsehen und Rundfunk oder die öffentlichen Verkehrsbetriebe. Der Streik, zu dem der Gewerkschaftsdachverband und die Gewerkschaft der beim Staat Beschäftigten aufgerufen hatte, richtete sich gegen die geplante "Reform" der Sozialversicherungen. Insbesondere die steigenden Pensions- und Rentenansprüche sind der Regierung ein Dorn im Auge. Arbeits- und Sozialminister Giannitsis warnt unablässig vor einem bevorstehenden Bankrott der Rentenkassen und versuchte in einem jüngsten Gesetzentwurf, das Rentenalter auf 65 Jahre festzulegen. Gleichzeitig soll ein Rentenanspruch erst bei mindestens 40 Berufsjahren gelten. Der Generalstreik hat nun unmittelbar dazu geführt, dass dieser Gesetzentwurf erst einmal auf Eis gelegt wurde. Stattdessen will Giannitsis auf Vorschläge der Tarifpartner warten. Dieses griechische Beispiel kann als jüngstes Indiz für die These gewertet werden, dass sich in

Europa die direkten Klassenauseinandersetzungen von den Bedingungen im unmittelbaren Produktionsprozess weg auf die Ebene des Sozialstaates verlagern. (FAZ)

Daimler schafft Bargeld ab

Seit Anfang April ist im Werk Bremen von DaimlerChrysler das Bargeld abgeschafft. Wer jetzt die Gastronomieeinrichtungen wie Betriebsrestaurants, Shops oder auch Automaten benutzen möchte, braucht jetzt eine Chip-Karte oder seinen maschinenlesbaren Werksausweis. Was auf den ersten Blick als Vereinfachung daherkommt, hat seine Tücken. Miteinkaufen für KollegInnen bedeutet, den Ausweis aus der Hand zu geben, ohne zu wissen, ob denn auch der richtige Betrag abgebucht worden ist. Irrtümer nachträglich zu korrigieren ist kaum möglich, denn wer weiß schon, wer vor acht Wochen eingekauft hat. Verlust des Werksausweises ist besonders übel und kommt dem Verlust einer Scheckkarte gleich. Der Finder kann sich bedienen wie er/sie will.

In einem Kommentar in der jüngsten Ausgabe der Betriebszeitung Kollegen von Daimler informieren wird aber auch noch auf ein grundsätzlicheres Problem hingewiesen. Über 20 Jahre lang war es im Bremer Betriebsrat Mehrheitsmeinung, dass die bargeldlose Abrechnung von Speisen und Getränken abgelehnt wird. Schon die Vorläuferin der jetzigen Chip-Karte wurde von den kritischen Teilen des Betriebsrates mit dem Argument abgelehnt, sie sei der Einstieg in den maschinenlesbaren Werksausweis. Dieser ist zwar inzwischen eingeführt, doch erfasst er bisher nur die Komm- und Gehzeiten. Die Ausweitung auf die bargeldlose Abrechnung in Restaurants und an Automaten legt die Befürchtung nahe, es könnte sich hier um einen weiteren Schritt zur technologischen Kontrolle der Beschäftigten handeln: "Noch gibt's die Wahl zwischen Ausweis und Le-gic-Karte. Mich würde es allerdings nicht überraschen, wenn ab Oktober die Aufwertungsautomaten für die Le-gic-Karte des öfteren ‚außer Betrieb` sind und die Belegschaft an die Bezahlung mit dem Werksausweis gewöhnt werden soll."

(www.labournet.de)

Frauen gegen Privatisierung

Seit dem 1. September letzten Jahres streiken in der Region Dudley, England, die Angestellten der staatlichen Krankenhäuser. Sie wehren sich gegen die drohende Privatisierung des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS). Bei dem Streik bei der Dudley Group of Hospitals handelt es sich um den längsten Arbeitskampf in der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens in Großbritannien.

Die rund 600 streikenden GewerkschafterInnen, überwiegend Frauen in schlecht bezahlten Teilzeit-Stellen, werden durch die sogenannte Private Finance Initiative (PFI) bedroht, ein Plan, der die Überleitung der Dudley Group of Hospitals an das Privatunternehmen Summit Healthcare vorsieht. Ursprünglich war der Transfer für Oktober letzten Jahres geplant, doch die Streikaktivitäten haben bisher immer wieder zu einer Verzögerung der Privatisierung geführt. Der PFI-Plan stammt noch aus der Regierungszeit der Tories unter Premier John Major und wird von New Labour nahtlos weiter verfolgt.

Nachdem die Führung der zuständigen Gewerkschaft UNISON sich lange Zeit eher zögerlich zu dem Dudley-Streik verhalten hat, hat eine nationale Konferenz der Sektion Gesundheit der UNISON Ende März 2001 in Cardiff den Streikenden die volle Solidarität zugesichert. Für die AktivistInnen vor Ort war diese Unterstützung durchaus überraschend. Sie hatten offenbar mit einem entsprechenden Einfluss der Basis-Mitglieder auf der Konferenz nicht gerechnet. UNISON hat in Cardiff eine landesweite Kampagne gegen die PFI beschlossen und entsprechende finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Kampagne wendet sich gegen die schleichende Privatisierung des NHS und gegen die konkreten Pläne in Dudley, 70 Betten abzubauen und auf 40 Jahre das Profitprinzip als Leitmotiv der Krankenhäuser festzuschreiben.

Ende April ging der Dudley-Streik in eine nächste Runde. Aus dem Gesundheits- und dem Finanzministerium verlautete, dass dort der Überleitung des Leitungspersonals an Summit Healthcare zugestimmt worden sei und das private Konsortium bereits mehrere vertragsrechtliche Rahmenbedingungen festgeklopft habe, um die vollständige Übernahme zu besiegeln. Bis heute allerdings ist es noch zu keinem Vertragsabschluss gekommen. Dabei geraten Regierung und Konsortium unter Druck, denn im Frühsommer stehen in Großbritannien Wahlen vor der Tür, und ein Privatisierungsdeal mitten im Wahlkampf ist das Letzte, was Blair

gebrauchen könnte. Die Moral der Streikenden ist derweil ungebrochen. In der letzten April-Woche haben sie mit überwältigender Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks gestimmt.

(www.labournet.uk)

Wer streikt wo?

Wer glaubt, es herrsche Friedhofsruhe in Büros und Betrieben, dem sei ein Blick auf die "Great Speckled Bird Strike Page" (www.thebird.org) empfohlen. Auf diese Seite gelangt man z.B. auch über das labournet.usa. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit präsentiert diese Website einen Überblick über weltweite Streikaktivitäten mit Angaben über die bestreikten Unternehmen, Beginn des Streiks, Streikziele bzw. Streikursachen und OrganisatorInnen. So erfährt man z.B., dass seit 31. März die Angestellten der Schulbehörde in Toronto um höhere Löhne streiken, dass bei Pepsi Cola seit Mitte Februar die Abfüller für höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeiten kämpfen oder dass die AFL-CIO seit Februar letzten Jahres bei Boeing Kampfmaßnahmen gegen Ausbeutungspraktiken organisiert.

Wenig verwunderlich ist die Streikseite USA- und Kanada-lastig, aber der Dudley-Streik im britischen Gesundheitswesen wird ebenfalls erwähnt. Und im übrigen tut das einem gewissen euro-zentrierten und anti-amerikanischen Blickwinkel ganz gut.

(www.thebird.org)

39. Brotlose Künste. Tarifrunden in Zeiten des "Bündnisses für Arbeit"

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:16

Kaum kommt der Konjunkturmotor etwas ins Stocken, da machen sich die Wortführer aus dem Unternehmerlager mit der Forderung nach Nullrunden bei Löhnen und Gehältern bemerkbar. Mögliche künftige Gewinnrückgänge werden zum Anlass genommen, um die Gewerkschaften weiterhin im Namen des Standortes zu "disziplinieren". Nur ist diese Disziplin ohnehin schon mehr als genug vorhanden. Seit Jahren sinkt die Lohnquote. Es gibt für die Gewerkschaften überhaupt keinen Grund, diese Form der Zurückhaltung fortzusetzen. Es sei denn, das vorrangige Ziel der Tarifverhandlungen wird in der Sicherung und Stärkung des Standortes Deutschland gesehen. Die Abwärtsspirale bei den Einkommen ist mit dieser Strategie vorgegeben, die Aufwärtsspirale auf der Kapitalseite ebenfalls. Das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit erfüllt seinen Sinn.

Schon vor der Bekanntgabe des diesjährigen Frühjahrsgutachtens der sechs Wirtschaftsforschungsunternehmen, das von einem langsamen Rückgang der Konjunktur ausgeht, wurde von Kanzler Schröder die Parole von "moderaten" Tarifabschlüssen für das Jahr 2002 ausgegeben. Dass er sich keine ernsthaften Gedanken um den Verlauf der diesjährigen Tarifrunde machen muss, liegt an den Zwei-Jahres-Verträgen, die von den Gewerkschaften in den Großindustrien und im öffentlichen Dienst abgeschlossen wurden. Diese Abschlüsse brachten schon im letzten Jahr kaum mehr Geld auf das Gehaltskonto. Mit dem Anstieg der Inflation führen sie zu weiteren finanziellen Einbußen für die abhängig Beschäftigten. Seit dem 1. Mai gibt es in der Metall- und Elektroindustrie 2,1 Prozent mehr, ab 1. Juni wird in der chemischen Industrie 2 Prozent und ab Oktober im öffentlichen Dienst 2,4 Prozent mehr bezahlt werden. Und das bei einer aktuellen Inflationsrate von 2,8 Prozent!

Während Löhne und Gehälter noch nicht einmal mehr der Inflationsrate angeglichen werden, so wird die Steigerung der Produktivitätsrate vollkommen ungebremst an die Unternehmen weitergegeben. Von einer Umverteilungskomponente spricht in den Gewerkschaftszentralen und den Tarifkommissionen schon lange kaum noch jemand. Im Zeitraum von 1991 bis 1998 gingen die Lohnstückkosten in Deutschland um 10 Prozent zurück; die Stückgewinne stiegen um 34 Prozent. Zum Vergleich: Die Werte in den USA lagen bei minus 3,5 Prozent bei den Lohnstückkosten und plus 20 Prozent bei den Stückgewinnen. Nimmt man dann noch die Entwicklung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und die Entwicklung der Gewinne und Vermögen der letzten 20 Jahre hinzu, wird das Ausmaß der Umverteilung noch deutlicher. Zwischen 1980 und 1999 stiegen die Nettogewinne aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 84,4 Prozent, die realen Nettolöhne und Gehälter stiegen im gleichen Zeitraum gerade einmal um 4,3 Prozent.

In diesem Jahr stehen Tarifrunden im Einzelhandel, bei den Banken und Versicherungen an. Diese Tarifbereiche sind nicht gerade für Durchsetzungsfähigkeit und Kampfstärke bekannt. Die in den letzten Jahren von den Großbanken erzielten Gewinne in teilweise zweistelliger Milliardenhöhe sind allgemein geläufig. Deshalb wird an die Verantwortung der neuen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di appelliert: "Ihr muss ein Tarifabschluss gelingen, der den hohen Erwartungen der Beschäftigten infolge eines glänzenden Geschäftsjahres bei Banken und Versicherungen Rechnung trägt, zugleich aber Rücksicht nimmt auf die laufende Konjunktur." (Handelsblatt, 3. April) Man ist geneigt, die von den ver.di-Gewerkschaften hbv und DAG auf den Tisch gelegten Tarifforderungen von 5,5 Prozent (mindestens 100 Euro) zumindest als moderat zu bezeichnen. Diese Forderung sei viel zu hoch, schreibt das Handelsblatt und spekuliert darauf, dass ver.di in dieser Tarifrunde "vor ihre erste Zerreißprobe" gestellt wird.

Abschlüsse unter der Inflationsrate

Vollkommen bündniskonforme Politik betreibt der für Tarifpolitik zuständige DGB-Vorständler Heinz Putzhammer. Er empfiehlt einen Lohnzuwachs von drei bis vier Prozent und folgt damit den Vorschlägen der Wirtschaftsinstitute aus dem Frühjahrsgutachten. Und weil er schon so ein Oberrealo ist, hält Putzhammer Nullrunden "so unsinnig wie Lohnforderungen von zehn Prozent", wie sie IG Metall-Vorsitzender Zwickel richtigerweise kurzzeitig andachte. Das Handelsblatt (18. April) jubelt: "Wie schon in der vergangenen

Tarifrunde angedeutet, scheinen die Gewerkschaften endgültig bereit zu sein, auf ihre alte Forderung nach einer Korrektur der vermeintlich ungerechten Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital zu verzichten." Putzhammer assistierend, fordert die Zeitung "weitere sinnvolle Tabubrüche", noch bevor Ende des Jahres neue Verhandlungen in den Industrien beginnen. "Wie 1999 könnte die Kanzlerrunde die lohnpolitischen Leitplanken setzen, mit deren Hilfe die Gewerkschaften die Kurve zu einem beschäftigungsorientierten Tarifabschluss kriegen."

Unternehmer sollen sich mäßigen - verbal

Dazu müssten allerdings, so der Tipp, die Wirtschaftsverbände einen Beitrag leisten, indem sie auf "verbale Kraftmeierei" wie nach der letzten Bündnisrunde verzichten. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte, in vollkommen richtiger Wiedergabe der realen Verhältnisse, nach der jüngsten Bündnis-für-Arbeit-Runde von einem "2:0 Erfolg für uns" gesprochen. Von der Kapitalseite wird lediglich ein klügeres mediales Agieren gefordert, denn nachgiebige Gewerkschaftsführer auch noch offiziell zu demütigen, könnte Reaktionen hervorrufen, die die gewünschte Zurückhaltung in Frage stellen würden. Die Gefahr ist nicht sehr groß, aber den Unmut an der Basis sollte auch niemand unterschätzen.

Dass in den nun anstehenden Tarifrunden angesichts der aufgestellten Forderungen und angesichts der bereits vorliegenden Tarifabschlüsse der angepeilte "Zielkorridor" von drei bis vier Prozent nur mit verstärkten Anstrengungen und großem Durchsetzungswillen erreicht werden kann, ist jetzt schon klar. Berücksichtigt man neben der Inflationsrate noch Steuern und Sozialabgaben, dann werden die abhängig Beschäftigten selbst im günstigsten Fall nicht über mehr Kaufkraft verfügen.

gw.

40. Der Kapitalist in uns allen. "Arbeitskraftunternehmer" als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:38

Wenn Linke quer durch die Republik reisen, um sich auf Beratungstreffen die Köpfe heiß zu reden, so klagen sie sich in den Pausen ihr Leid - über Politik, Leben, Liebe und Arbeit. Dass Arbeit Stress macht, wissen alle, wie dem zu entgehen ist, nicht. "Gib doch einfach einen gelben Zettel ab!", lautet ein pragmatischer Vorschlag. Ein Vorschlag, der Fragen provoziert, vor allem bei denen, die dahinter mal wieder eine betriebslinke Fachterminologie vermuten. Was ist ein gelber Zettel? Wo krieg ich den her? Und vor allem: Wem gebe ich ihn?

Der alte Ökonom Josef A. Schumpeter ist seit einigen Jahren wieder im Kommen. Von ihm scheinen im wesentlichen zwei Aspekte in Erinnerung geblieben zu sein: Zum einen beschrieb er den Prozess kapitalistischer Entwicklung als "schöpferische Zerstörung", wobei alte Strukturen aufgebrochen, aber zugleich neue geschaffen würden. Und er benannte zum anderen als Hauptfigur dieses Vorgangs den Unternehmer. Das war vor knapp sechzig Jahren, aber man sollte nicht denken, dass die Idee mit ihrem Denker im Januar vor 51 Jahren starb. Heute wird das Unternehmerische stärker als je zur Speerspitze der Entwicklung erhoben: "Existenzgründer und Jungunternehmer sind vielfach die ‚Avantgarde` des Wandels von der Industrie zur Wissensgesellschaft", stellt die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen fest. (1). Das wäre nichts wirklich Neues, wenn nicht, die individuelle Spitzenleistung zum Motor der ganzen Gesellschaft und zur Aufgabe eines jeden Gesellschaftsmitglieds in der "unternehmerischen Wissensgesellschaft" erklärt würde: "Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge", lautet das Leitbild der freistaatlichen Zukunftskommission.

Auch den Industriesoziologen Günter G. Voß und Hans J. Pongratz (2) geht es um eine grundsätzliche Neubestimmung der Gegenwart. Auch für sie befindet sich der Nachkriegskapitalismus seit Mitte der siebziger Jahre in einer grundlegenden Krise. Es geht also ums große Ganze. Voß und Pongratz gehen von einer "analytischen Arbeitskraft-Perspektive" aus und fragen nach dem Wandel der Ware Arbeitskraft. Ihre These ist, dass sich die Ware Arbeitskraft strukturell vom "Verberuflichten Arbeitnehmer" zum "Arbeitskraftunternehmer" (AKU) wandle. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht die Annahme, dass sich mit neuen Anforderungen am Arbeitsplatz sowohl die "Ware Arbeitskraft" selbst als auch das Bewusstsein der ArbeiterInnen grundlegend verändern. Während der Arbeits- und Lebenszusammenhang des "verberuflichte Arbeitnehmers" des Fordismus auf Kontinuität angelegt war, steht beim AKU die Diskontinuität bzw. die beständige Anpassungsbereitschaft und -notwendigkeit im Vordergrund. Das führe zu einem unternehmerischen Verhältnis der Arbeitskräfte zu ihrer eigenen Arbeitskraft und zu einer veränderten Verfasstheit von Arbeitskraft insgesamt.

Sei dein eigener Boss!

Vollkommen neu sind derartige Arbeitsverhältnisse nicht: Ausgehend von der Diskussion um die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Niedriglohnsektoren, "Dritter Sektor" und "neue Selbstständigkeit" analysieren Caroll Haak und Günther Schmid, SozialforscherInnen am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), ob die Charakteristika der Arbeitsmärkte von KünstlerInnen und PublizistInnen künftige Entwicklungen des gesamten Arbeitsmarktes bereits vorwegnehmen. Neue Selbstständige, Free Lancer und auch ArbeitskraftunternehmerInnen prägen diesen Teilarbeitsmarkt. Sie verbinden ihr Misstrauen gegenüber sozialstaatlich regulierten Arbeitsverhältnissen mit einer Vision von selbstbestimmter Eigenarbeit und stehen sowohl mit ihren Ansprüchen als auch in ihren tatsächlichen Erwerbsverhältnissen jenseits des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses. Das heißt jedoch nicht, dass KünstlerInnen und PublizistInnen nicht auch in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zu finden wären. Üblich ist vielmehr, dass sie entweder parallel oder abwechselnd in unterschiedlichen Erwerbsformen ihr Geld verdienen.

"Der Widerwillen der Arbeiter, Tag für Tag einen ganzen Arbeitstag zu bestreiten, war die Hauptursache für den Bankrott der ersten Fabriken." (3) Anders formuliert: Der frühkapitalistischen Produktionsweise fehlte eine

entsprechende Lebensführung der ProduzentInnen. Genau so wenig wie der Lohnarbeiter spontan aus den Trümmern des Industrialisierungsprozesses hervorgekrochen ist, wird auch die fordistische Massen- bzw. Facharbeiterin nicht von heute auf morgen zum AKU mutieren. Es gibt keinen Automatismus, der dafür sorgt, dass sich die Lebensführung der Arbeitskräfte spontan den neuen ökonomischen Erfordernissen anpasst.

Andererseits ist ein kultureller und moralischer Wandel, der zur Herausbildung des Typus "Arbeitskraftunternehmer" beiträgt, nicht zu leugnen. Die "Neuen Sozialen Bewegungen" mit ihrer ökologischen, antikapitalistischen und feministischen Ausrichtung haben dazu beigetragen, das fordistische Modell der Lebensführung aufzubrechen. Das betrifft zum einen die feministische Kritik an den Geschlechterrollen in der Normalfamilie mit dem lohnarbeitenden Mann und der im Haushalt tätigen Frau. Diese Kritik hat dazu geführt, dass das Normalarbeitsverhältnis als Leitbild aufgelöst wurde: "Wenn man von einer 'Krise' des 'Normalarbeitsverhältnisses' sprechen kann, dann nur insofern, als sich seine wesentliche Voraussetzung - das darin enthaltende Geschlechtermodell - überlebt hat." (4)

Aber auch die Diskurse um "Befreiung in der Arbeit", um ein größeres Maß an Zeitautonomie sowie eine Kritik an dem staatsbürokratisch regulierten Lebenslauf Ausbildung-Arbeit-Rente sind Bestandteile des sogenannten "Wertewandels", auf den eine neoliberale Hegemoniepolitik zurückgreifen kann. Statt (einengender) Sicherheit und Stabilität herrscht Ungewissheit: "Das Individuum muss aus sich heraus jeweils von neuem mit der Kontingenz, also der Tatsache, dass auch alles andere möglich sein könnte, fertig werden." (5)

Selbstveredelungs strategien

Voß und Pongratz kennzeichnen die neue Arbeitskraftstrategie auf betrieblicher Ebene als "fremdorganisierte Selbstorganisation". Der Arbeitskraft fallen zwar einerseits erweiterte Freiräume und ein gewisses Maß an Autonomiegewinnen zu, andererseits wird jedoch der Leistungsdruck ganz im Sinne eine "management by stress" massiv erhöht. Selbstkontrolle und Selbstdisziplinierung stehen stärker im Vordergrund. Von den Arbeitskräften wird unternehmerisches Denken verlangt. Vor der Hoffnung, diese neuen Freiräume zu nutzen, steht jedoch die Einsicht, dass weder betriebliche Herrschaftsverhältnisse noch Ausbeutung verschwinden. Im Gegenteil: Die Ausbeutung durch die Unternehmer wird durch die Selbstausbeutung der Arbeitskräfte ergänzt. Während der proletarische Lohnarbeiter des Frühkapitalismus seine Arbeitskraft als "Roh-Stoff" lieferte, und die verberuflichte ArbeitnehmerIn Teil einer an standardisierte Berufsformen gebundenen "Massenware Arbeitskraft" war, liefert der AKU des Postfordismus sich und seine Arbeitskraft als "veredeltes Halbfertigprodukt".

Bei außerbetrieblichen AKUs - wie Free Lancer und Neue Selbstständige - scheint eine weitere Bastion fordistischer Lebensführung zu fallen: die Trennung von Arbeit und Freizeit. Diese verflüchtigt sich z.B. in bierseligen privat-geschäftlichen Absprachen womöglich nach dem Polittreffen. Das permanente Selbstmanagement kennt keine Arbeitszeiten.

Claus Offe und Gero Lenhardt (7) bezeichneten die Auswirkungen der Industrialisierung als "passive Proletarisierung". Sie war in diesem Sinne eine notwendige, jedoch noch nicht hinreichende Bedingung für die Konstituierung des Lohnarbeiters. Den Part der "aktiven Proletarisierung" weisen sie der staatlichen Sozialpolitik zu. Diese erst habe die Alternativen zur Lohnarbeit wie Bettelei, Raub, etc. unterbunden. Staatliche Sozialpolitik - so Lenhardt und Offe - sei die ständige Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter. Welchen Beitrag leistet demnach heute staatliche Sozialpolitik bei der Herausbildung von ArbeitskraftunternehmerInnen?

Wichtig ist in diesem Zusammenhang das Leitbild des "aktivierenden Staates". Hier finden sich die Ansatzpunkte für eine staatliche Regulation, die den Typus ArbeitskraftunternehmerIn zum Ziel hat. Im Kabinettsbeschluss "Moderner Staat - Moderne Verwaltung" hat die Bundesregierung bereits im Dezember 1999 die Schlüsselbegriffe dieses Leitbildes formuliert. Der Staat wird als Moderator gesellschaftlicher Selbstorganisationsprozesse konstruiert und verklärt. Er soll dabei im Kern "eine neue Balance zwischen staatlichen Pflichten und zu aktivierender Eigeninitiative und gesellschaftlichen Engagement" herstellen. Im "Nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionsplan 2001", den das Kabinett Anfang März diesen Jahres beschlossen hat, werden die für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik relevanten Maßnahmen als vier Säulen dargestellt.

Modell: aktivierender Staat

Säule I: Da Arbeitslosigkeit von der Bundesregierung als Qualifikationsproblem der Einzelnen gesehen wird, rangiert an erster Stelle die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (employability).

Säule II: Wer schon nicht lohnabhängig arbeitet, sollte sich zumindest selbstständig machen. Die "Entwicklung des Unternehmergeistes und Schaffung von Arbeitsplätzen" sollen die Wirtschaft zum boomen bringen (entrepreneurship).

Säule III: Künftig müssen Menschen auf ständige Veränderungen vorbereitet sein. Die "Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmer und ihrer Beschäftigten" (adaptability) wird deshalb wichtig.

Säule IV: Schließlich gilt "Gender Mainstreaming" der Bundesregierung als Leitlinie zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männer.

Zusammengefasst könnte man sagen: von der Regulierung der Kontinuität zur Regulierung der Diskontinuität.

Folglich stehen Teile der Linken vor dem Problem, Widerstand gegen sich selbst leisten zu müssen. Ihre Arbeitsweisen entsprechen zwar ihren eigenen Lebensvorstellungen, aber genauso gut dem herrschenden Leitbild erneuerter Ausbeutung. Sie sind nicht nur ein Faktor innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, sondern anscheinend sogar deren ProtagonistInnen. Kein Wunder also, dass der "gelbe Zettel" als Teil eines fordistischen Arbeitsalltages in Vergessenheit gerät. Widerstandsformen werden sich also jenseits des "gelben Zettels" und anderer Insignien des "verberuflichten Arbeitnehmers" entwickeln müssen. Der Weg zurück kann nur in einer Sackgasse enden.

Christian Brütt

Anmerkungen:

1) Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: "Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen" Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, S. 51

2) Voß, Günter G. / Pongratz, Hans J. (1998): "Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, H. 1, 131-158

3) André Gorz: "Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft", Hamburg 1994, S. 39

4) Alexandra Wagner: "Krise des ‚Normalarbeitsverhältnisses'? Über eine konfuse Debatte und ihre politische Instrumentalisierung", in: Claus Schäfer (Hg.): Geringere Löhne - mehr Beschäftigung? Niedriglohnpolitik, Hamburg 2000, S. 200-246

5) Alex Demirovic: "Hegemoniale Projekte und die Rolle der Intellektuellen", in: Das Argument 239, H. 1/2001, S. 63

6) Lenhardt, Gero / Offe, Claus (1977): "Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsansätze der Sozialpolitik", in: Christian v. Ferber / Franz-Xaver Kaufmann (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik, SH 19 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 98-127

41. Lernfähigkeit der Subjekte: Leben und Werk Gottfried Mergners

Zu Leben und Werk Gottfried Mergners

Autor: Thomas Geisen · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Wissenschaftskritik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:03

Der Erziehungswissenschaftler Gottfried Mergner lehrte an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg. In seinem Forschungsschwerpunkt Kolonialismus beschäftigte er sich vor allem mit den Prämissen von Herrschaft und Unterdrückung. Die entscheidenden Fragen, denen sich eine kritische, emanzipative Wissenschaft stellen muss, sind für Mergner: Wie war es möglich, dass sich Menschen "aus freien Stücken" an Verbrechen, an Mord und Totschlag beteiligen konnten? Wieso gab es zur gleichen Zeit Menschen, die nicht mitmachten und sogar Widerstand leisteten? Mergner verstarb am 6. Juni 1999.

Dem schwarzen Afrikaner kam im europäischen Triumphzug durch die Welt und seiner Widerspiegelung in der deutschen heimatlichen Kultur nur randständige Bedeutung zu. Er verkam dort zur Karikatur oder zum rassistischen Stereotyp. Doch wenn wir ihn auf seinem Platz am Rande unserer Kultur aufsuchen, lässt er uns die Barbarei sowohl des europäischen Beutezugs als auch die erzieherische Zwangsgewalt im Prozess der Zurichtung zum beutemachenden Europäer erkennen", schreibt Gottfried Mergner in einem Aufsatz über den Afrikaner als Erziehungsmittel im deutschen Kinderbuch. (Vgl. Mergner 1989) Den Ausführungen liegt die Frage zu Grunde, wieso der "schwarze Afrikaner" so wichtig für eine mentalitätsgeschichtliche Analyse des kolonialen Verhältnisses ist. Denn trotz seiner "randständigen Bedeutung" ist das stereotype und karikaturhafte Abbild des "schwarzen Afrikaners" zum Symbol des Kolonialismus, der Herrschaft Europas über die Welt geworden. Mergner kommt zum Ergebnis, dass dies vor allem der Tatsache geschuldet ist, dass am "schwarzen Afrikaner" exemplarisch der "zivilisierende" Einfluss der "weißen Europäer" aufgezeigt und exekutiert wird. Erst durch die "weißen Europäer" wird aus dem Afrikaner ein gutes, nützliches Glied der Gesellschaft - natürlich der kolonialen Gesellschaft, in der der "schwarze Afrikaner" vor allem Diener und guter, da folgsamer Arbeiter wird. Das Festhalten an diesen "traditionellen" Bildern und Stereotypen ist Ausdruck einer anhaltenden Verweigerung kritischer Reflexion und Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit.

Die Ausübung von Gewalt blieb nicht auf die Kolonien beschränkt. Vielmehr wurde Europa selbst - vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - zum Schauplatz brutalster Kriege und Verbrechen, die sich ohne den Kolonialismus nicht erklären lassen. Mergner beschäftigte die Frage, wie Menschen überhaupt zu "beutemachenden Europäern" werden konnten, die sowohl außerhalb Europas und dann auch in Europa selbst wüteten. Aber auch: Was hat Menschen bewogen, sich diesen Prozessen herrschaftlicher Normierung zu widersetzen und solidarisch mit den "Unterdrückten", "Ausgebeuteten", "Geknechteten" zu handeln?

"Äußere" und "Innere" Kolonisation

Das Fundament der kolonialen Expansion bildete die technische Entwicklung in Europa. Neben dem militärischen Bereich waren es vor allem die Fortschritte in der Kommunikations- und Transporttechnologie, aber auch in den administrativen Fähigkeiten, die die Voraussetzungen für das Gelingen der kolonialen Expansion bildeten. Darüber hinaus mussten die Menschen jedoch erst zu "beutemachenden Europäern" zugerichtet werden, um die neuen technologischen Möglichkeiten für die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung nutzbar machen zu können. Grundlegend hierfür war ein menschliches Bewusstsein, das sich dem ökonomischen Verwertungsinteresse unterordnete. Dies geschah zunächst mittels Zwang, bis es schließlich gelang, durch Erziehung ein "industrialisiertes Bewusstsein" (Dreßen) zu schaffen, das heißt ein sich den kapitalistischen Verwertungsinteressen unterordnendes und sich immer wieder selbst, aus eigenem Antrieb herstellendes und erneuerndes Bewusstsein. Die "äußere" Kolonisation ging einher mit einer "inneren" Kolonisation. Die Menschen mussten im eigenen Herrschaftsbereich mit Hilfe der "erzieherischen Zwangsgewalt" zugerichtet werden. Ziel ist es, den herrschaftlichen Bedürfnissen, die in der kapitalistischen Produktion und Expansion liegen, zu entsprechen. (Vgl. Mergner 1982) Diese Zurichtung erfolgt über die individuelle Anpassung oder Ein-Passsung des Menschen in die bestehende Welt mit ihren objektiven Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen.

In dieser erzwungenen Normierung des europäischen Menschen zum "beutemachenden Europäer", zum "kapitalistischen Mehrwertproduzenten" und zum "gehorsamen Untertanen" liegt für Mergner jedoch auch die Voraussetzung für eine solidarische Praxis mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit. Das Individuum wird entwürdigt und entwertet, wenn es gezwungen wird, sich unter die Funktionslogik und die Bedürfnisse des kapitalistischen Marktes unterzuordnen. In der Reflexion der am eigenen Leib erlebten Demütigungen wurzelt die Fähigkeit zu einer solidarischen Praxis. Ohne diese kritische Selbstreflexion verkommt solidarisches Handeln entweder zur mitleidigen Pharce oder zur bornierten Selbstbeweihräucherung. Mergner schreibt zu den Grundlagen solidarischen Handelns: "Denn trotz unserer Privilegien wurden wir alle - wenigstens als Kinder - selbst erst einmal zu zugerichteten Opfern. In der Konfrontation mit unserer eigenen Geschichte und mit der Expansionsgeschichte Europas eröffnet sich unser existenzieller Widerspruch von Anpassung und Widerstand. Das Bewusstsein dieser Ambivalenz - unseres Doppel-Lebens - ermöglicht es uns trotz unseres Erbes, solidarisch mit den Widerstandsbewegungen in aller Welt zu werden, ohne dabei unsere eigenen Identität aufzugeben." (Mergner 1998, S. 19)

Im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen zur Widerstandsgeschichte versucht Mergner die "Monaden des Widerstandes" (Benjamin) zu erforschen und für gegenwartsbezogene Reflexionen nutzbar zu machen: Wie entstand widerständiges Handeln und wo fand es seine Grenzen? Denn sowohl bei den Opfern als auch bei den TäterInnen handelt es sich um Menschen, die einerseits als Subjekte handelnd in das Geschehen der Welt eingegriffen haben und die andererseits den gesellschaftlichen Bedingungen als "be-handelte" Objekte herrschaftlicher Verfügungsmacht unterworfen wurden. Mergner entwickelte die "Theorie der sozialen Lerngrenzen", die er wie folgt charakterisiert: "Mit Hilfe der ‚Theorie der sozialen Lerngrenzen` können die konkreten Tätigkeiten der Menschen - seien es sinnlich abstrakte, gedankliche oder konkret praktische Tätigkeiten - erkundet werden. Das bewusst veränderte und verändernde Einwirken auf die eigene geschichtliche Wirklichkeit wird in ihr als Lernen begriffen." (Mergner 1999, S. 23)

Zurichtung für Herrschaftsinteressen

Gottfried Mergner hat in seinen Arbeiten immer wieder versucht, verschiedene Widerstandsbewegungen miteinander in Beziehung zu setzen und zu fragen, warum die jeweiligen Bewegungen nicht in der Lage waren, ihre eigene Begrenztheit zu erkennen und produktiv zu überwinden. Exemplarisch ist ihm dies in der Untersuchung des Verhaltens der Arbeiterbewegung zur Kolonialfrage in dem Aufsatz ",Solidarität mit den Wilden?` - Die deutsche Sozialdemokratie und die afrikanischen Widerstandskämpfe in den ehemaligen deutschen Kolonien" gelungen. (Vgl. Mergner 1998) Er hat hier nachgewiesen, wie das Verharren innerhalb "sozialer Lerngrenzen" dazu führte, dass sich die Arbeiterbewegung in weiten Teilen ideologisch der herrschenden Kolonialpolitik anschloss. Sie nahm lediglich für sich in Anspruch, in der Lage zu sein, eine "humanere" Kolonialpolitik durchführen zu können. Diese "Trennungen" zwischen unterschiedlichen Widerstandsbewegungen, die als ideologische Annäherung an herrschaftliche Positionen und als Übernahme autoritärer Einstellungen wirksam wurden, waren zugleich Rückschritte in den Kämpfen um Humanität und Emanzipation.

Eine Parallele zur Ausbildung autoritätsfixierter, hierarchischer Einstellungen in der Kolonialfrage findet sich auch innerhalb der Strukturen sozialer Bewegungen. Dies zeigt sich vor allem in der Entstehung und Etablierung von Führer-Gefolgschaftsstrukturen. Hier findet eine strukturelle Entmündigung der Vielen zu Gunsten einer dominanten Führungselite statt. Gottfried Mergner hat im Umgang der Arbeiterbewegung mit dem Tod eine wichtige mentalitätsgeschichtliche Grundlage für den Aufbau von Führer-Gefolgschaftsstrukturen innerhalb sozialer Bewegungen herausgearbeitet. Zwei Arbeiten sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung: "Politik und Moral" (1985) sowie "Der Tod und die Sozialdemokratie" (1998). Der Erziehungswissenschaftler Mergner zeigt hier, wie die verstorbenen "Führer" der Arbeiterbewegung zu Ikonen stilisiert und damit zu Objekten ideologischer Aneignung gemacht werden. Der Prozess der Ikonisierung ist deshalb ideologisch, weil die Taten konkreter Menschen im Nachhinein ihrer Lebendigkeit beraubt werden, indem sie ihrer Fehler und Widersprüche, ihrer Ecken und Kanten, ihrer Angepasstheit und/oder Widerständigkeit entkleidet werden. Dadurch werden sie instrumentalisierbar und es wird möglich, Verstorbene zu unangreifbaren Autoritäten aufzubauen, die das Ideal einer Bewegung, einer Generation, einer Gruppe, eines Volkes etc. verkörpern.

Unumstößliche Wahrheiten, Autoritätsgläubigkeit und Opportunismus waren Mergner ein Graus, sein Ideal war die selbstbewusste, Verantwortung für sich und die Mitmenschen übernehmende Persönlichkeit, die die Würde jedes Menschen achtet.

Thomas Geisen

Literatur:

G. Mergner: "Innere und äußere Kolonisation" (1982)

G. Mergner: "Politik und Moral", In: Baumann u.a. (Hg).: "Anarchismus in Kunst und Politik." Oldenburg 1985, S. 156-167.

G. Mergner u.a. (Hg): "Die Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch bis 1945" (1989)

G. Mergner: "Dominanz, Gewalt und Widerstand. Fragmente und Brüche europäischer Mentalitätsgeschichte"; Hg: Geisen; Berlin/ Hamburg 1998.

G. Mergner: "Lernfähigkeit der Subjekte und gesellschaftliche Anpassungsgewalt.

Kritischer Dialog über Erziehung und Subjektivität"; Hg: Geisen; Berlin/ Hamburg 1999.

42. Who the fuck is Robert Zimmermann? Bob Dylan zum Sechzigsten

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Kultur; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:30

Da steht einer, der bedeutenden Anteil an den Liedern deiner Jugend hatte, vor vierhunderttausend Fans etwas behäbig auf der Bühne und dahinter thront eine der Hasspersonen deiner Jugend und hat das Spektakel auch noch bezahlt. Verkehrte Welt?

Knocking on heavens door" ist das erste Lied, das Bob Dylan dem Papst vorspielt. Keine Miene verzieht das Oberhaupt der katholischen Kirche. Nicht "With god on our side" folgt, sondern das düster apokalyptische "Hard Rain". Der Papst runzelt die Stirn. Doch es kommt zu keinem Skandal, die Kirche ist zufrieden. Dylan auch, die gegenseitige Promotion ist gelungen. Das war 1997, und die Geister stritten sich schon seit ein paar Jahren über den politischen Gehalt von Popmusik.

Bob Dylan, der Ende Mai das sechzigste Lebensjahr vollendet, ist sicherlich einer derjenigen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich überhaupt so etwas entwickelte, wie ein "politisch fortschrittlicher Subtext" von Popmusik. Am 24. Mai 1941 wurde Robert Allen Zimmermann als Sohn einer jüdischen Familie in Duluth Minnesota geboren. Ins High-School-Jahrbuch schrieb er später einmal als Berufswunsch: "Mitglied der Band von Little Richard". Damit ist bereits eine Quelle seiner Musik ausgemacht: Der Rock'n'Roll.

Die zweite kam an der Universität von Minnesota dazu, an der er sich noch als Robert Zimmermann einschrieb. Im Roman "Donna und Jill" beschreibt Marge Piercy eindrucksvoll, welchen Stellenwert die Folk Musik unter den Studierenden Ende der fünfziger Jahre in den USA hatte.

Einer der Großen dieses Genres, Woody Guthrie, wurde zum "letzten Idol" Bob Dylans, wie er sich seit seinen ersten Auftritten nannte. Ein Besuch des schon todkranken Woody Guthrie, bei dem Dylan seine Kunst vorführen durfte, kommentierte Guthrie in der von ihm gewohnt liebevoll ironischen Art: "Seine Texte sind vielleicht nicht so gut, aber singen kann er." Das Unverständnis dieser Ironie mag die Plattenfirma Columbia, bei der Bob Dylan seit 1963 seine Produktionen veröffentlicht, dazu bewegt haben, die Platte "Selfportait" 1970 mit dem Aufkleber "no one sings Dylan better than Dylan" zu versehen. Eine Platte die von der Kritik völlig zu Recht mit dem Prädikat "Bob Dylan meets Schlager" tituliert wurde.

Aber das war es genau, was den Komponisten, Liedermacher und Rockmusiker Dylan ausmachte. Er saugte die populäre Musik seiner Zeit auf, versah sie mit dem damals angesagten politischen Protest, formulierte die Musik um und heraus kam: Popmusik. Den politischen Protest der US-amerikanischen Folkmusik von Woody Guthrie, Joan Baez, Pete Seeger und Phil Ochs verband er mit dem kulturellen Protest von Little Richard, Elvis Presley und anderen. Dabei lies er Blues und auch Gospel als Elemente einfließen, die sich aus dem zivilen Aufbegehren der Afroamerikaner und ihrer Forderung nach der Durchsetzung gleicher Rechte speisten. Mit seinen Texten nahm er die Bewegung auf, die sich an den US-amerikanischen Hochschulen gegen die Repression in der McCarthy Ära, gegen den Krieg in Korea und in Vietnam entwickelte.

Seine Lyrik packte er in Melodien, die geradezu danach schrien, von einer Generation die gegen diese Kriege und die Ungerechtigkeit aufbegehrte, an Lagerfeuern gesungen zu werden. Wie hasste ich "blowing in the wind." genau dafür, dass es später immer von Vanilletee trinkenden und in Saritücher eingepackten Gitarrenspielern angestimmt wurde.

Erst 1991 trug Neil Young in der Frankfurter Festhalle dieses Lied in einer Form vor, die es zu seinen Ursprüngen zurückbrachte und von jedem Geruch nach Räucherstäbchen befreite. Vor dem Hintergrund von Sirenen, Flugzeuggeräuschen und Bombeneinschlägen, spielte Young die Gitarre wie in der Filmmusik zu "Dead man". Jede Note wurde quasi herausgequält. Er transformierte den rebellischen Charakter des Liedes in die Zeiten des Krieges der NATO gegen den Irak.

Staubsauger seiner Zeit

Es waren Interpreten wie Neil Young, die das Rebellische der Lieder wieder zum Vorschein brachten. Dennoch hat Bob Dylan, ähnlich wie die Beatles (die er bezeichnender Weise zum Marihuana-Rauchen verführt haben soll) Eckpunkte gesetzt. Popmusik und emanzipative Gesellschaftskritik wurde für eine ganze

Jugendgeneration miteinander verbunden. Anfang der sechziger stellte die Medienindustrie die dafür notwendigen Produkte bereit. Die Vinylplatte ließ gegenüber der Schellackplatte über drei Minuten lange Stücke zu. Langspielplatten wurden für einen größeren Kreis erschwinglich. Der Streit der Chronisten, wer für den ersten Videoclip verantwortlich zeichnet, die Beatles oder Bob Dylan, verweist auf die Bedeutung dieser Popikonen. Gesichert ist, dass Bob Dylan mit "blonde on blonde" die erste Doppel-LP der Plattengeschichte veröffentlichte.

Viele seiner Lieder wurden erst durch andere Interpreten berühmt. So hatten die Byrds unter anderem mit "Mr. Tambourine man" schon einen Nr. 1 Hit, lange bevor Bob Dylan es 1966 mit "Like a Rollling stone" selber schaffte. "All along the watchtower" wurde in der Fassung von Jimi Hendrix berühmt und "Mighty Quinn" in der von Manfred Mann. Dass "Maggies Farm" auch in Punk-Kreisen der frühen achtziger Eingang fand, hat Dylan Frau Thatcher zu verdanken. Dies Lied ist typisch dafür, wie Dylan aus einem klassischen Folksong ein rebellisches Poplied machte: 1961 sang Dylan oft "Hard Times in the Country", einen ländlichen Protestsong über das harte Leben eines Pächters mit einem ausbeuterischen Grundherrn. Dieser Song ging auf Pete Seegers "PennyS Farm", von 1950 zurück. Seegers George Penny war das Gemeinste an Grundherr, was je frei herumlief.

Nach und nach verband Dylan die beiden Lieder, schrieb einen neuen Text, eine neue Melodie, und es entstand "MaggieS Farm". Er hatte sehr früh begriffen, dass Gesellschaftskritik viele Gewänder tragen kann. Der Song ist eine Verurteilung aller sinnlosen Arbeit. Für Dylans Stil damals ein Titel mit außergewöhnlicher Härte. Hell liegt seine Stimme über der Band, die eine simple R & B-Struktur zum Schwingen bringt. Macht sich der/die Hörende zuerst über die Probleme des Erzählers eher lustig, so wird bald klar, dass wir alle auf irgendwessen Farm arbeiten. Und es waren Rage Against the Maschine, die im letzten Jahr diesen Song wieder mit provozierendem Leben versahen.

Hochgelobte leben länger

1991, während des Krieges gegen den Irak, bringt es Bob Dylan immerhin während der Grammy Verleihung zu einer der besten Live-Fassungen von "Masters of war". Bei der Amtseinführung von Clinton 1993 gibt er dann allerdings eine fürchterliche Vorstellung mit "Chimes of Freedom". 1997 spielt er Wojtyla drei Liedchen vor, der daraufhin versuchte, seine Fassung von "blowing in the wind" vorzutragen. Im Jahre 2000 überreicht ihm Schwedenkönig Carl Gustav den schwedischen Musikpreis, es folgen 2001 der Golden Globe und der Oskar für die beste Filmmusik. Doch auch diese Ehrungen können die Verdienste Bob Dylans um die progressive Pop Musik nicht schmälern.

Zur Feier des Geburtstages von Bob Dylan am Schluss noch eine Erinnerung an einen seiner frühen musikalischen Weggefährten, der sich vor 25 Jahren, am 8. April 1976, das Leben nahm. Phil Ochs, dessen Texte politisch radikaler als die von Dylan waren, konnte unbestrittenermaßen auch noch besser singen. Popmusik zu machen hat er nie versucht. Mit "Love ME I'M a liberal" schrieb er allerdings eine Hymne für die Grünen, lange bevor es sie gab. Wer die Stimmung der sechziger im Spiegel seiner Folksongs hören möchte, dem sei die CD "There but for Fortune" von Phil Ochs empfohlen.

Tommy Schroedter

43. Gremliza greint und entschuldigt sich

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:46

Hermann L. Gremliza hat sich über uns geärgert. Das war unvermeidlich: In ak 447 wurde sein berüchtigter Artikel aus dem Jahre 1977 zitiert, in dem er die Linke zum Kampf gegen die RAF aufgerufen hatte. Gremliza wörtlich: "Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Passdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen."

Die konkret-Redaktion teilt nun in Ausgabe 5/2001 mit, Gremliza habe sich schon 1997 von seinem Denunziationsappell distanziert. Das ist der ak-Redaktion keineswegs entgangen. In ak 408 haben wir "Gremlizas späte Reue" (nach 20 Jahren und etlichen Kritiken!) bekannt gemacht und gewürdigt.

Dass das Gremliza-Zitat in dem Artikel "Das Jahr 1977" noch einmal dokumentiert wird, darf nicht als unfaires Nachkarten in einer abgeschlossenen Angelegenheit verstanden werden. Denn in dem Artikel über 1977 musste Gremlizas Appell zitiert werden - als zeitgeschichtliches Dokument linker "Terrorismus"-Hysterie, das nach meiner Erinnerung in seiner Maßlosigkeit unübertroffen geblieben ist; die in dem Artikel ebenfalls zitierten Distanzierer Claussen und Narr (Sozialistisches Büro) haben sich vergleichsweise geringfügige Verfehlungen geleistet.

So wird denn, wenn es um die linke Geschichte der 70er Jahre geht, Gremlizas Verirrung auch weiterhin zitiert werden müssen - "der Klarheit und der Wahrheit wegen" (alter Arbeiterkampf-Slogan). Einen positiven Nebeneffekt hat der Artikel in ak 447 schon gehabt. Gremliza hat sich diesmal deutlicher als 1997 zur Sache erklärt und entschuldigt: "bei allen Mitgliedern der RAF und anderen linken Staatsfeinden, denen sein Aufruf zur Denunziation Schaden zugefügt haben könnte."

Na also, es geht doch!

Js.

44. Zebda goes Zapatismus. Erfolge der Liste Motivé-e-s bei den französischen Kommunalwahlen

Die Erfolge der Motivé-e-s bei den französischen Kommunalwahlen

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak450/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:02

Bei den Kommunalwahlen in Frankreich erzielte die im Dezember gegründete linksalternative Liste Motivé-e-s in Toulouse im ersten Wahlgang erstaunliche 12,4 Prozent der Stimmen. Demgegenüber haben linksradikale Bündnisse, wie die von der früheren KP-Europaparlamentsabgeordneten Aline Pallier angeführte Bündnisliste LCR, schwere Stimmenverluste einfahren müssen. Im zweiten Wahlgang bildeten die Moti-vé-e-s mit den Linksparteien ein Bündnis, das jedoch in der Stichwahl gegenüber dem Konservativen Philippe Douste-Blazy verlor (ak 449). Der Erfolg der Motivierten lässt sich nicht trennen vom Erfolg der linken Band Zebda, deren Sänger Salah Amokrane und Magyd Cherif für die Liste kandidierten. Mit ihrer Wahlkampagne, die eine Mischung aus Kulturevent, offenem Diskussionsprozess und geschickter medialer Selbstinszenierung war, konnte die Liste vor allem StudentInnen und ImmigrantInnen motivieren, sich wieder aktiv in politische Prozesse einzumischen.

Was die Liste der Motivé-e-s schon auf den ersten Blick von anderen grünen oder linken Gruppen unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie ohne ein Programm gestartet sind. "Wir wollen eine Debatte führen und nicht eine Reihenfolge von Wörtern festlegen", erklärt die zweite Kandidatin der Liste, Elisabeth Heysh. So verfolgten die Motivierten in ihrem Wahlkampf in Anlehnung an die ZapatistInnen ein basisdemokratisches Modell, bei dem es zunächst darum ging und geht, dass Menschen einer Stadt sich ihrer Wünsche und Bedürfnisse klar werden, um dann in einem zweiten Schritt nach Lösungen zu suchen. "Uns geht es um eine Wiederaneignung von Politik als das wesentliche Element einer guten Demokratie. Die Form, wie Demokratie heute funktioniert, lässt zu wünschen übrig. Es gibt eine Diskrepanz zwischen den professionellen Politikern, die politische Prozesse als ihr privilegiertes Terrain betrachten, und den Bürgern, die es nicht gewohnt sind, ihre Stimme innerhalb der öffentlichen Debatte zu erheben", erläutert Zebda-Sänger Salah Amokrane. Mit dem offenen Angebot an die BürgerInnen, sich in die Stadtpolitik einzumischen und gemeinsam an einem Programm zu arbeiten, trafen die Motivé-e-s vor allem den Nerv der jungen ToulouserInnen. So engagierten sich in den letzten Monaten vor der Wahl über 400 Menschen bei den Motivé-e-s. Insgesamt haben sich fünf Arbeitsgruppen zu den Themen Kultur, demokratische Teilnahme, Stadtteilpolitik, Internationale Zusammenarbeit und Für eine nicht-sexistische Gesellschaft gebildet, die sich über die Grundzüge des politischen Programmes verständigten. Neben diesen Diskussionsforen waren es aber vor allem die Konzerte und die vielfältigen künstlerischen Aktionen, die viele junge Menschen mobilisierten. So war der Wahlkampf der Motivé-e-s geprägt von einem bunten Nebeneinander von Politik, Kunst und Musik. "Wir müssen gemeinsam neue Aktionsformen und Räume finden, die es jedem erlauben, sich zu artikulieren", erklärt Amokrane.

Wiederaneignung der Politik

Dass diese Strategie aufging, hängt sicherlich mit der großen Popularität der Band Zebda zusammen. Die französisch-arabische Band ist sowohl in der subkulturellen Musikszene als auch in der ImmigrantInnenbewegung verankert. Seit Jahren engagiert sich die linke Band in der Sans-Papiers-Bewegung. Ihre Musik, die eine Mischung zwischen Rap, Rai und Rock ist, besticht vor allem durch ihre engagierten Texte, in denen Rassismus und soziale Ungerechtigkeiten angeprangert werden. Gleichzeitig ist die Musik äußerst eingängig und tanzbar, so dass sie sowohl auf Partys als auch auf Demos gespielt wird. Die Texte, die vom Leben in der Vorstadt, von den Problemen des Erwachsenwerdens oder von der Situation der Sans Papiers erzählen, überzeugen durch ihre Authentizität. Die Glaubwürdigkeit der Band hat sicherlich für einen großen Vertrauenvorschuss der Motivé-e-s-Liste gesorgt. Dennoch lässt sich der Erfolg der Liste nicht nur an der Popularität ihrer prominenten Kandidaten festmachen. Auch Analysen, die den Erfolg der Liste lediglich auf ihre geschickte Vermarktung in den Medien reduzieren, können die Erfolgsstory der Motivé-e-s nicht ganz erklären. Angesichts des großen Mobilisierungspotenzials vor allem im studentischen und migrantischen Milieu müssen sich die linken und linksradikalen Gruppierungen, die Stimmen an die Motivierten verloren haben, fragen, ob ihre politischen Formen und Instrumente ausreichend sind.

Mit ihrem sozialen und künstlerischen Engagement und mit der basisdemokratischen Organisationsform konnten die Motivé-e-s vor allem bei den politikverdrossenen jungen Menschen Punkte machen. In Interviews geben sich die Zebda-Sänger Magyd Cherif und Salah Amokrane bewusst volks- und bewegungsnah: Die Leute hätten einfach keinen Bock mehr auf weitere nicht eingehaltene Versprechen von Seiten der Politiker, deswegen verstehen sich die Motivé-e-s auch nicht als traditionelle Partei, die unter allen Umständen die politische Macht erlangen will.

Musik macht Politik

Ein Ziel der Motivierten war es, den Einzug der Konservativen ins Toulouser Rathaus zu verhindern. Aus diesem Grund schlossen sie sich in der zweiten Wahlrunde mit den Linksparteien zu einem Bündnis zusammen. Doch so ganz ungelegen kam den Musikern die Niederlage in der Stichwahl dann doch nicht. Denn die Vorstellung, jetzt selbst zu der Garde der geächteten Politschwätzer zu gehören, war für die Zebdas wohl alles andere als verlockend. So betont Salah Amokrane, dass das wahre Ziel der Motivé-e-s eigentlich das Erreichen der dritte Runde sei, "das heißt die Etablierung einer neuen Bewegung, die die Bürger wieder ins das Herz der politischen Debatte zurückholt". Die dritte Runde ist eingeläutet, nun wird sich zeigen, ob die Motivation der Motivierten für eine oppositionelle Politik weiter anhält.

Nicole Vrenegor

45. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:20

Nachdenken über die Anti-AKW-Bewegung

Der Castortransport ist vorbei. Jetzt ist Zeit zur Reflexion: Wie ist es gelaufen? Was war gut? Was nicht? Was kann verbessert werden? Neben diesen Aktionsnachbereitungen ist aber endlich auch mal die Zeit, wieder grundlegend über Anti-AKW-Politik nachzudenken. Dazu liefert das von der Marburger Gruppe Anna-Liese herausgegebene Heft: friede in deutschland? und den grünen ein wohlgefallen genug Stoff. Die Broschüre deckt ein breites Themenspektrum ab: Atomkonsens, Nationalismus und Anti-AKW-Bewegung, Urantransporte nach Gronau, Leukämieerkrankungen in Krümmel, Fischer als Ikone der Integration, Wiederaufbereitung in La Hague. Die autonome Gruppe Anna-Liese versteht sich als kritisch-solidarischer Teil der Linken in der Anti-AKW-Bewegung. So zeichnen sich die Gruppentexte zum einen durch eine klare Positionierung aus, auf der anderen Seite fehlen die szene-üblichen Seitenhiebe auf andere Gruppen, die es immer noch nicht kapiert haben, was sehr angenehm ist. Herauszuheben sind die beiden Texte zur Konstruktion von Nation und anderem nationalen (Atom-) Müll. Die Wiener Heribert Schiedel und Thomas Schmiedinger analysieren die Überschneidungen zwischen der österreichischen Umweltbewegung und den rechten HeimatschützerInnen. In Deutschland schwimmt sogar in Milch legen die Anna-Liesen ein Diskussionspapier zur Produktion von nationalen Identitäten vor. Sie zeigen, wie das Denken in nationalen Wir-Kategorien auch bei den Grünen vorzufinden ist, etwa wenn von "unserem deutschen Atommüll" die Rede ist. "Wir hoffen", so die Gruppe in ihrem Vorwort, "mit diesen Texten anzuecken, Streit auszulösen". Da kann mensch nur hoffen, dass möglichst viele das Angebot annehmen und konstruktiv mitstreiten.

Das Heft: friede in deutschland? und den grünen ein wohlgefallen kann bestellt werden bei anna-liese@gmx.de oder beim Infoladen Marburg, Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; 42 Seiten, 5 DM

New Economy -

neuer Kapitalismus?

Diese Frage behandeln mehrere Autoren im neuen Prokla-Heft, der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurden kritische Geister, die der Mär widersprachen, die neue Ökonomie setze kapitalistische Verläufe außer Kraft, als Spinner und Traditionalisten behandelt. Nun gab es den ersten großen Crash am neuen Markt, die Beschäftigten finden ihre Arbeitsverhältnisse nicht mehr nur noch hip, die Chefs in Start-up-Unternehmen benehmen sich auch wieder wie solche ... Es ist also an der Zeit, sich den Gegebenheiten wieder analytischer zu nähern. Die Prokla-Redaktion spürt den verschiedenen Bedeutungsebenen des Begriffs der New Economy nach und dechiffriert den Glauben an die endgültige Überwindung von Klassengegensätzen, Krisen und Verteilungsungerechtigkeiten im Kapitalismus. Eng verknüpft ist die New Economy mit dem Bedeutungsanstieg der Aktienmärkte. Jan Priewe untersucht in seinem Beitrag ("Vom Lohnarbeiter zum Shareholder?"), welchen Einfluss diese Entwicklung auf die Vermögensverteilung hat. Er weist nach, dass bei den Lohnabhängigen Aktienbesitz keineswegs zentraler Bestandteil des Vermögens ist. Die Verheißungen eines weiteren "Golden Age" werden am Beispiel der USA überprüft. Cristoph Scherrer hinterfragt, inwieweit der Produktivitätszuwachs der letzten Jahre allein durch die informationstechnische Entwicklung hervorgerufen wurde. Er hält es für noch nicht entschieden, ob sich mit der New Economy ein neues Akkumulationsregime herausgebildet hat. Kommt nach "Taylorismus" und "Toyotismus" jetzt der "Wintelismus"? Wer in dieser Frage der Zeit sachkundig mitreden möchte, sollte sich den Beitrag von Boy Lüthje zu Gemüte führen. Am Beispiel von Silicon Valley, der Region die wie keine andere den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus repräsentiert, diskutiert Lüthje nicht nur die Veränderungen in der Regional- und Branchenstruktur, sondern auch, welche Arbeitsverhältnisse für diesen Strukturwandel Voraussetzung waren. Verdienstvoll ist auch der Blick auf die (Nicht-)Organisierungsansätze der US-amerikanischen Gewerkschaften und die Selbstorganisierungsprozesse in diesem Sektor. Die Beiträge von Thomas Sablowski und Joachim Rupp untersuchen die Bedeutung der New Economy als Kapitalvernichtungsmaschine, während Trevor Evans den Zusammenhang zwischen einer enormen Verschuldung und dem Wirtschaftsboom in den USA thematisiert. Oliver Schöller steuert noch eine Analyse des einflussreichen Think-Tanks Bertelsmannstiftung bei.

Prokla 122 (März 2001) New Economy - neuer Kapitalismus? Verlag Westfälisches Dampfboot; 152 Seiten, 20 DM

Staat und Staatsfeinde

Mathias Edler ist seit Jahren in der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg aktiv und seit einiger Zeit auch deren Vorstandsmitglied. Mit Demonstranten als "Staatsfeinde" - "Staat" als Feindbild? veröffentlichte Edler jetzt seine Magisterarbeit. Verlegt wurde das Buch von der Alten Jeetzel-Buchhandlung und dem Verlag Lüchow. Auf den 200 Seiten wird eine detaillierte und mit viel Insiderwissen gespickte Geschichte des Widerstands im Wendland nachgezeichnet. Edler gibt einen Überblick seit den Anfängen in den 70er Jahren, konzentriert sich dann aber in drei Kapiteln auf den Zeitraum von 1994 bis 1997, der Zeit der ersten Castortransporte nach Gorleben. Er stellt die unterschiedlichen Akteure auf Seiten des Widerstands vor und bringt zahlreiche Beispiele, mit welchem Ideenreichtum die Initiativen ihren Kampf gegen Castor und Atomstaat entwickelten. Ein Kapitel widmet er der Bedeutung der Medien für die Kultivierung bzw. den Abbau von Feindbildern. Spätestens hier kann man kritisieren, dass er mit nicht eingeführten Begriffen operiert. "Staatsfeinde" oder auch "Feindbilder" verweisen auf Carl Schmitt und seine Freund-Feind-Unterscheidung. Erst am Ende seiner Arbeit bringt Edler dazu einige Erläuterungen. Das wirkt wie angeklatscht, zumal auch ein echtes Schlusswort oder eine Zusammenfassung fehlt. Wenn Edler die Schmittsche Freund-Feind-Unterscheidung, die ja die reale Vernichtung des zum Feind erklärten beinhaltet, auf die Auseinandersetzungen in Gorleben anwenden will, dann wäre es unbedingt erforderlich gewesen, die theoretischen Grundlagen gleich am Anfang zu erklären. Dennoch: die Fülle von Informationen, die Edler durch Auswertung zahlreicher Dokumente und vieler Interviews liefert, macht das Buch lesenswert. Es kann vor allem denjenigen ein lebendiges Bild liefern, die nicht mit dem Wendland auf Du und Du sind. Wer lieber die Quellen selbst studieren möchte, für den hat Edler auch noch was zu bieten: Im Juni 2001 erscheint eine Sammlung der ungekürzten Originaldokumente, auf denen das Buch basiert. Der Band erschließt bis heute unveröffentlichte Materialien nicht nur der BI sondern auch der Polizei oder der Gerichte und macht sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Mathias Edler, Demonstranten als "Staatsfeinde" - "Staat" als Feindbild? Bürgerinitiative, Medien und Staatsgewalt im Streit um die Castor-Transporte in das Atommüll-Zwischenlager Gorleben, Alte Jeetzel-Buchhandlung und Verlags GmbH Lüchows; ISBN 3-928117-13-0; 200 Seiten, 24,80 DM.

Der (zugehörige) Dokumentenband mit 215 Seiten im Format A 4 erscheint im Juni unter der ISBN-Nummer 3-928117-14-0. Der Preis steht noch nicht fest. Nachfragen an die Alte Jeetzel-Buchhandlung: 05841-5756

46. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:42

Verratene Ideale

Mehr als 20.000 deutsche Vertragsarbeiter (mit ihren Familien über 40.000 Menschen) lebten und arbeiteten 1932 in der UdSSR, zum einen, um am Aufbau der "neuen Zivilisation" teilzunehmen, und zum anderen, um der Massenarbeitslosigkeit zu entkommen. Nach 1933 änderte sich jedoch die sowjetische Politik gegenüber den zuvor angeworbenen Arbeitern wie auch gegenüber den EmigrantInnen. Im Zuge der aufkommenden Spionomanie konnte hinter jedem Ausländer ein "Feind" stecken.

Mehr zu diesem Thema wird Joachim Szodrynski in der Eimsbüttler Geschichtswerkstatt berichten.

Hamburg, 17.5., um 19.30 in der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Sillemstr.79, www.stadtteil.net/morgenland

Illegalisierte legalisieren

"Ständige Verschärfungen der Gesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland und wohl auch im übrigen Europa führen zu einer stetig wachsenden Zahl von Menschen ohne Aufenthaltstitel. Das zwingt uns, über andere Möglichkeiten für ein dauerhaftes Bleiberecht nachzudenken. Legalisierungs-Kampagnen in den europäischen Nachbarländern und den USA während der letzten fünf Jahre sind für uns Anlass, diese Form einer Durchsetzung von Aufenthaltsrechten zu diskutieren" schreibt die Arbeitsgruppe "Flüchtlinge ohne legalen Aufenthaltsstatus" und lädt zu mehreren Veranstaltungen im Hamburger Kölibri ein:

17.5.: Zur Legalisierungskampagne in den USA: Diskussion mit Pater Joel Magallan aus New York, Koordinator der "National Coalition for Dignity and Amnesty" und Traudel Vobrodt, Pax Christi Berlin, Pass amnesty

7.6.: Beispiel Niederlande: Diskussion mit der Referentin Rian Ederveen aus den Niederlanden von PICUM (Platform for International Cooperation on undocumented Migrants).

Hamburg, um 19 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, Eintritt 3 DM

Seminar zu intellektuellem Rechtsextremismus

Das AKE-Bildungswerk organisiert ein Seminar, das sich mit den Argumentationen und Konzeptionen der intellektuellen extremen Rechten beschäftigen wird. Die wichtigste Publikation, deren Strategien auch im Seminar untersucht werden sollen, ist die Zeitung Junge Freiheit, die seit 1986 rechtsintellektuellen Ideologien ein Forum bietet.

Vlotho, 18.5.-19.5., im Jugendhof. Infos und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Tel. 05733/95737, mail: AKEBW@aol.com

Das Recht auf Faulheit - Zukunft der Nichtarbeit

"Eine Zukunft der Nichtarbeit, die nicht nur ‚frei von` Arbeit ist, sondern die auch ‚frei für` eine erfüllende Arbeit wäre, steht gesellschaftlich fundamental in Frage. Das Themenwochenende zur Zukunft der Nichtarbeit an der Berliner Volksbühne will darum mit Vorträgen, szenischer Gestaltung, Video-Performance, einem Forum für Arbeitsloseninitiativen, Volxküche und einem Fest einen ‚Markt` der Auseinandersetzung provozieren, der als kreativer Gegenentwurf zur zunehmenden sozialen Depressivität wirksam ist."

Themenwochenende der Volksbühne in Zusammenarbeit mit der FU Berlin, Arbeitsloseninitiativen und dem Freitag.

Berlin 18.-20.5.01, Volksbühne

Basisgruppen

in Serbien

Frühjahr 2001 - ein halbes Jahr nach dem Sturz von Milosevic. Wie verändert sich die Gesellschaft in Serbien? Wie entwickeln linke Basisgruppen unter den Bedingungen von Militarismus, neoliberalen Reformen,

Nationalismus und Autoritarismus eine konkrete politische Praxis? Fünf Mitglieder verschiedener Gruppen aus Belgrad und Kraljevo, u.a. Ratibor Trivunac (Antimilitaristische Kampage und Studierendenvertretung an der Universität Belgrad) und Lidija Vasiljevic (Assoziation für eine Fraueninitiative Belgrad) werden diese und andere Fragen in einem Tagesseminar diskutieren. Veranstalter ist das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Berlin, 20.5., 11-19 Uhr im Theater im Dritten Stock in der Volksbühne

Doppelt zahlen?

Nein Danke!

Das Hamburger Dritte-Welt-Zentrum lädt in seiner Reihe "Momentaufnahmen aus dem Südlichen Afrika" zu einer Veranstaltung mit Neville Gabriel, Generalsekretär von Jubilee 2000 South Africa und Mitarbeiter von Justitia und Pax der Katholischen Bischofskonferenz in Südafrika, ein. Er wird über die Kampagne zur Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika berichten.

Hamburg, 21.5., um 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Eintritt 3 DM

Erich-Mühsam-Preis an Mumia Abu-Jamal

Mumia Abu-Jamal, der seit nunmehr 19 Jahren in der Todeszelle sitzt, erhält dieses Jahr den Erich-Mühsam-Preis. Stellvertretend für ihn wird Peter Gingold, der als Widerstandskämpfer von den Nazis zum Tode verurteilt wurde, den Preis entgegennehmen. Leila Haas (Text), Karl-Martin Matt (Saxofon) und Harald Nolt (Vibrafon) werden ihr Programm "Schwarze Raben - Weiße Wächter - Free Mumia!" mit Texten des Preisträgers aufführen. Außerdem erscheint Terry Bissons Biografie zu Mumia Abu-Jamal zu diesem Termin auf deutsch.

Lübeck, 27.5., um 15 Uhr im Buddenbrockhaus, Mengstr.4. Infos: atlantik@brainlift.de.

Filmeabend

Das Ottensener Lichtmeß Kino zeigt zwei Filme zum Thema "Dialog zwischen den Kulturen". Nach dem Vorfilm "Büyük Mamas" von Gülseli-Bille Bauer (Video, 9 min) läuft der Film "Interessiert mich doch nicht, ob jemand schwarz, weiß, gelb oder kariert ist. Aber..." von Marily Stroux und Claudia Leitsch (Video, 60 min).

Hamburg, 29.5., um 19.30 Uhr, Lichtmeß-Kino, Gaußstr.25, Eintritt: 8 DM

Va Banque

Immer wieder lohnenswert: Wer der Arbeit überdrüssig ist oder sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, träumt häufig von einem Lottogewinn oder fantasiert von dem Veränderung versprechenden Bankraub. Lesung und multimediale Performance mit dem Herausgeber Klaus Schönberger.

Bonn, 9.6., um 20 Uhr im Buchladen Le Sabot, Breite Straße Str. 76

Die FAI in Spanien

Vortrag über die Geschichte der FAI (iberische anarchistische Föderation) im spanischen Bürgerkrieg. Neben dem Verhältnis zwischen FAI zur anarcho-syndikalistischen CNT soll auch die spezifische Organisationsform kritisch beleuchtet werden.

Berlin, 12.6. um 20 Uhr im Köpi,

Köpenicker Str.137

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:45

Ein Hauch der Revolte trug ein ak-Redakteur in unseren Hamburger Redaktionskeller, als er am 2. Mai zur Produktion dieser Ausgabe erschien und von seinen Erlebnissen aus Kreuzberg erzählte. Etwa 50.000 Pflastersteine sollen dort bei den revolutionären Maifestspielen geworfen worden sein. Doch manche der SchützInnen scheinen nicht genau gewusst zu haben, was sie da taten. Denn eines der "Berliner Argumente", wie die handlichen Quader von Insidern gerne genannt werden, hat den Kopf unseres Mitarbeiters nur knapp verfehlt.

Dabei ist er bestimmt kein Staatsdiener. Das hat er bewiesen, als er versuchte in einem vorbildlichen Akt der Einheitsfrontpolitik mit einer Jungle-World-Redakteurin und dem Vorsitzenden des Republikanischen Anwaltsvereins einen gefangen gehaltenen Autor aus dem Griff der Staatsmacht loszueisen. Das war nicht ganz uneigennützig, wie wir zugeben müssen, denn dieser hatte seinen Artikel noch nicht abgeliefert.

Um Euch solche spannenden Notizen aus dem aufregenden Redaktionsalltag mitzuteilen, haben wir nun diese neue Rubrik eingeführt. Das Editorial. Natürlich soll es an dieser Stelle nicht um Klatsch und Tratsch gehen, wie ihr nach dem ersten Absatz meinen könntet, sondern darum, euch über Neuigkeiten aus der ak-Redaktion auf dem Laufenden zu halten, die euch tatsächlich interessieren könnten. Das Editorial ist ein erstes sichtbares Ergebnis unserer Zukunftskonferenz vom vergangenen Februar.

Viele noch unsichtbare Neuerungen reifen mittlerweile heran. Im Mai findet ein erstes Treffen der Vorbereitungsgruppe für ein geplantes ak-Magazin statt. Noch ist nicht entschieden, wie, in welchem Umfang und ob überhaupt ein solches Projekt zusätzlich zu unserer Zeitung zu realisieren wäre. Hauptsächlich fehlt das Geld. Interessante Themen würden unseren AutorInnen schon einfallen. Das hat sich bei der Produktion dieser Ausgabe gezeigt, als wieder eine Reihe von Artikeln auf die nächste Nummer verschoben werden mussten, weil es keinen Platz mehr gab.

Erfreulich finden wir, dass seit über einem Jahr unsere verkaufte Auflage wieder steigt. Wenn es sich dabei auch nicht um große Sprünge handelt, ermutigt uns diese Tendenz dennoch. Wir überlegen natürlich, wie wir die Entwicklung beschleunigen können. Zumindest eine unmittelbar realisierbare Ideen haben wir: In Zukunft wollen wir Themen verstärkt auch in Form von Schwerpunkten behandeln. In der nächsten Ausgabe werden wir das Thema "Identitätspolitik" untersuchen und in der übernächsten auf die Debatte um die "Antiglobalisierungsproteste" eingehen: Rechtzeitig zum G-8-Treffen in Genua, das am 21./22. Juli stattfinden und voraussichtlich zu einem Höhepunkt der bisherigen Gipfelstürme werden wird.

Eure Redaktion

48. Vielen Dank für 52.000 DM!

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:48

Die größten OptimistInnen in unserer Runde hatten natürlich gehofft, dass die 60.000 DM für ak zusammen kommen werden. Knapp daneben ist zwar auch vorbei, aber mit den eingegangen 52.000 DM können wir zumindest für die nächsten elf Monate planen (vielleicht trudeln ja in den nächsten Tagen noch einige Beträge ein). Eine erfreuliche Entwicklung hindert uns aber daran, groß zu jammern: Monat für Monat steigen mittlerweile die Abozahlen; eine erfreuliche Tendenz. Wir setzen darauf, dass dieser Trend weiter anhält und wir dadurch die Finanzierungslücke schließen können.

Deshalb unsere Bitte: Werbt für ak. Wir bieten euch für Veranstaltungen oder andere Anlässe kostenlose ak-Exemplare zum Auslegen und Verteilen an. Natürlich schicken wir auch gerne ak-Verkaufsexemplare für Büchertische zu. Daneben kann unsere Werbepostkarte angefordert werden (wir entwickeln gerade eine neue Auflage).

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Ende des Jahres gilt es, 30 Jahre ak zu feiern. Noch steht nicht fest, wie dieses Ereignis gewürdigt werden wird. Erste Planungen laufen jedoch schon an. Denn an der Entwicklung von ak wird sich auch die Entwicklung der Linken in diesem Lande nachzeichnen lassen.

Wir alle an der Zeitung ak Beteiligten sind wild entschlossen, das Projekt ak - mit allen seinen Windungen, Wendungen und Änderungen - noch einige Jahre weiter zu führen. Das dies möglich ist, dazu tragen eure Spenden einen wesentlichen Anteil bei. Deshalb zum Abschluss der diesjährigen Spendenaktion nochmal ein ganz dickes Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg.

Verwendungszweck: Spende, StNr.

Hbg Mitte Altstadt 17/441/05419

49. Gegen Residenzpflicht und Abschiebungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/auf2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:auf2

AntirassistInnen haben sich für die nächsten Wochen viel vorgenommen. Ins Visier nehmen sie zum einen die bürokratischen Schikanen bundesdeutscher "Ausländerpolitik", zum anderen das Geschäft mit der Abschiebung.

In Deutschland ist es Flüchtlingen verboten, sich frei zu bewegen. Das Residenzpflichtgesetz weist den AsylbewerberInnen einen Landkreis zu und verbietet ihnen, ihren Wohnort ohne Genehmigung zu verlassen. Im Alltag unterwirft dieses Gesetz Flüchtlinge erniedrigenden Polizeikontrollen. Vor genau einem Jahr, auf dem Flüchtlings-Kongress in Jena, wurde eine Kampagne gegen die Residenzpflicht beschlossen. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Kampagne wird eine bundesweite Demonstration am 19. Mai in Berlin sein.

Der Kampf gegen das Geschäft mit der Abschiebung geht demnächst in eine neue Runde. Allein vom Frankfurter Rhein-Main-Flughafen werden jährlich rund 10.000 Flüchtlinge abgeschoben, die Hälfte davon in Linienmaschinen der Lufthansa.

Um bei den Passagieren kein Aufsehen zu erregen, werden die "Schüblinge" (Amtsdeutsch) über die Hintertreppe in die Maschinen verfrachtet und in die letzte Reihe bugsiert. Für die deutsche Airline und ihr Image ist Diskretion alles.

Die deportation.class-Kampagne von kein mensch ist illegal hat allerdings einen gehörigen Teil dazu beigetragen, dass diese Diskretion nicht mehr in gewohnter Form gewährleistet ist. Mit einer online-Demonstration - moderne Zeiten erfordern moderne Kampfmittel - wird nun eine neue Etappe in der Auseinandersetzung mit der Lufthansa eröffnet. Ziel ist es, deren Internet-Präsenz während der Demonstration lahm zu legen.

Schon heute laufen Abschiebungen mit Linienmaschinen nicht mehr so reibungslos ab wie früher. Die erfinderische bundesdeutsche Abschiebemaschinerie schlägt deshalb andere Wege ein: Der neueste Trend sind Charterflüge. Hier tut sich vor allem die rumänische Fluglinie Tarom hervor.

Aber keine Bange: Sind wirbei der Online-Demo erfolgreich, steht das nächste Kampagnenziel schon bereit.

Seite 3-5

50. Quelldatei sp050501.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/sp050501.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:sp050501

Eingang bis 06.04.01 50.472,09

J.K., Düsseldorf 50,00

J.M., Zella-Mehlis 60,00

S.D., Berlin 50,00

S.K., Freiburg 500,00

K.R., xy 60,00

J.G., Köln 200,00

J.B., Hamburg 100,00

A.P., Nürnberg 20,00

C-O.W., Bonn 100,00

M.K., Grebenau 100,00

N.M., Dietzenbach 100,00

A.B., München 20,00

J.H., Nürnberg 250,00

B.H., Hahnenbach 19,56

Summe bis 05.05.01 1.629,56

Summe gesamt 52.101,65

51. Quelldatei tuer_tit.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak450/tuer_tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:450:tuer_tit

Die politische Situation in der Türkei ist brisant. Einerseits befindet sich das Land in einer sozialen Krise, die Lira hat über 50 Prozent ihres Wertes verloren, andererseits ist der Staat kaum noch in der Lage, seine Schulden zu bezahlen. Eine Lösung in dieser Frage ist nicht in Sicht.

Genauso wenig sieht es nach einer Lösung für die Gefangenen aus. Seit dem 20. Oktober befinden sich tausende von Gefangenen und Angehörigen im Hungerstreik oder im Todesfasten, das bis heute schon über 50 Gefangenen das Leben gekostet hat.

Wir berichten auf den Seiten 11 bis 13.